

# DER WEG

DES REVOLUTIONÄREN

Nr. 8 **KOMMUNISMUS**

Theoretisches Organ der Revolutionär-Kommunistischen Organisation zur Befreiung

[www.rkob.net](http://www.rkob.net) | Nr.8 | August 2011 | Preis: 5€

# Die halbe Revolution

Lehren und Perspektiven  
des arabischen Aufstandes

von Michael Pröbsting

Vorwärts zu einer  
revolutionären,  
5. Internationale  
der Arbeiter und  
Arbeiterinnen.

Arbeiter, Arbeiterinnen und unterdrückte  
Völker aller Länder vereinigt euch!

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>S.3</b>
<b>I. Die Hintergründe der Revolution</b> .....	<b>S.4</b>
Frühling der Völker .....	S.4
Bouazizi und Sa'id – die Auslöser .....	S.4
Weltweite Krise der kapitalistischen Ordnung .....	S.5
Die Einbindung der arabischen Länder in die Weltwirtschaft .....	S.6
Zunehmende Ausbeutung der halb-kolonialen Welt durch das imperialistische Kapital .....	S.6
Spekulation treibt Lebensmittelpreise in die Höhe .....	S.7
Armut und Diktatur .....	S.8
Erschütterung der imperialistischen Ordnung in der Region .....	S.9
Gemeinsamer Charakter als authentische Revolutionen .....	S.10
Exkurs: Die neue welthistorisch revolutionäre Periode .....	S.10
<b>II. Die moderne ArbeiterInnenklasse im Nahen Osten</b> .....	<b>S.11</b>
Proletarisierung in Nordafrika und dem Nahen Osten .....	S.12
Das arabische Proletariat 2011 und das russische Proletariat 1917 .....	S.14
Ähnlichkeiten in der bürgerlichen Herrschaftsform .....	S.16
Exkurs: Der Wind kommt zunehmend vom Süden. Über die wachsende Bedeutung des Proletariats der halbkolonialen und schwachen imperialistischen Staaten .....	S.17
<b>III. Fragen der marxistischen Theorie:</b>	
<b>Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus nach Trotzki und nach Stalin</b> .....	<b>S.19</b>
Trotzkis Theorie der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung .....	S.19
Die ungleichmäßige Entwicklung der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes .....	S.21
Stalins Uminterpretation des Gesetzes der gleichzeitigen Entwicklung .....	S.22
<b>IV. Der bisherige Verlauf der Revolutionen</b> .....	<b>S.26</b>
Tunesien .....	S.26
Ägypten .....	S.26
Libyen .....	S.26
Jemen .....	S.27
Bahrein .....	S.27
Syrien .....	S.27
Die Politik der imperialistischen Großmächte .....	S.27
Die ArbeiterInnenklasse betritt die Bühne .....	S.28
Volkskomitees – Revolutionäre Komitees – Räte .....	S.29
Exkurs: Zur Herangehensweise an die demokratischen Protestbewegungen .....	S.29

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion: "Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung" (RKOB), Stiftgasse 8, 1070 Wien. Offenlegungspflicht nach §25-Mediengesetz Medieninhaber (Verleger) des periodischen Druckwerkes "Revolutionäre Befreiung" ist zu 100% die Partei "Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung" (RKOB), Stiftg. 8, 1070 Wien. Spenden an: BAWAG Kontonr. 04310-101-910, BLZ: 14000

***www.rkob.net - aktiv@rkob.net - Tel.: 0650/4068314***

<b>V. Die Revolution und ihre Herausforderungen.</b>	
<b>Zu einigen Fragen der revolutionären Strategie</b> .....	<b>S.31</b>
Revolutionäre Kampfpartei .....	S.31
Die Losung der ArbeiterInnenpartei .....	S.32
Die Hauptfrage der arabischen Revolution: niederwerfen oder niedergeworfen werden ..	S.32
Die Irrungen des reformistischen Gradualismus.	
Verschiedene Wege um den Kapitalismus zu demokratisieren .....	S.33
Die reformistische Illusion der demokratischen Überwachung der bürgerlichen Regierung .....	S.36
Zur embryonalen Etappen-Theorie der LFI .....	S.40
Friedlicher Weg zum Sozialismus oder bewaffneter Aufstand und Bürgerkrieg? .....	S.41
Die revolutionären Herangehensweise und die reformistische Herangehensweise an die Losung der Verfassungsgebenden Versammlung .....	S.44
Die Gefahren der Konterrevolution .....	S.46
<b>VI. Fragen der marxistischen Theorie:</b>	
<b>Die Strategie der permanenten Revolution</b> .....	<b>S.47</b>
Die Strategie des Stalinismus/Maoismus:	
Die demokratische Revolution mit der nationalen Bourgeoisie erkämpfen. ....	S.47
Die revolutionäre Strategie von Lenin und Trotzki .....	S.49
Nur durch die Diktatur des Proletariats können die demokratischen Aufgaben verwirklicht werden .....	S.50
Antiimperialistische Einheitsfront statt bürgerlicher Volksfront .....	S.51
Sozialismus in einem Land oder Ausrichtung auf Weltrevolution .....	S.53
<b>VII. Die Intervention der imperialistischen Großmächte in Libyen, der Kampf der Volksmassen gegen die Gaddafi-Diktatur und die Taktik der revolutionären KommunistInnen</b> .....	<b>S.55</b>
Verbürgerlichung der Rebellenbewegung .....	S.56
Sozialimperialismus, Pazifismus und kleinbürgerlicher „Antiimperialismus“ .....	S.57
Die Haltung von Trotzki's IV. Internationale .....	S.59
Einige geschichtliche Beispiele .....	S.59
Im Falle einer NATO-Invasion .....	S.60
<b>VIII. Das Programm der arabischen Revolution</b> .....	<b>S.60</b>
Zentrale Losung der Sowjets/Räte/Komitees .....	S.60
Revolutionär-demokratische Losungen .....	S.61
Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle .....	S.61
Kampf für die Umwandlung der Gewerkschaften .....	S.61
Für die Rechte der Frauen, der MigrantInnen und der Jugend! .....	S.62
Nieder mit dem Imperialismus und seiner Handlanger! .....	S.62
Für die Niederlage der NATO in Libyen! Hände weg von Syrien! .....	S.62
Die Revolution permanent machen und zur Machtergreifung vorantreiben! .....	S.62
Die Revolution internationalisieren! .....	S.63
<b>Anmerkungen</b> .....	<b>S.64</b>
<b>Das will die RKOB</b> .....	<b>S.71</b>

# Vorwort

Am Beginn des dritten Teils seiner Kritik des Programms der stalinistischen Komintern schrieb Leo Trotzki zu den Lehren der chinesischen Revolution 1925-27:

*„Aufgrund einer Analyse der Erfahrungen, der Fehler und der Tendenzen der Revolution des Jahres 1905 haben sich der Bolschewismus, der Menschewismus und der linke Flügel der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie endgültig herausgebildet. Eine Analyse der Erfahrungen der chinesischen Revolution ist jetzt für das internationale Proletariat von nicht geringerer Bedeutung.“*<sup>1</sup>

Der Führer der russischen Oktoberrevolution 1917 und später der Vierten Internationale wies damit auf die Tatsache hin, daß sich das politische Wesen von marxistischen Strömungen nicht nur durch allgemeine Programme und Manifeste auszeichnet, sondern auch und vor allem durch die Anwendung des Programms auf die wichtigsten Herausforderungen des Klassenkampfes. Denn der Marxismus ist, wie Lenin oft betonte, *„kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln“*.<sup>2</sup> Dementsprechend müssen die Analysen der wichtigsten Klassenkampfeignisse, die theoretischen und programmatischen Schlußfolgerungen sowie die taktischen Konsequenzen im Zentrum der Beurteilung von politischen Organisationen stehen. Die *Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung (RKOÖB)* legt mit den folgenden Thesen ihre Stellung zur arabischen Revolution dar.

Die arabische Revolution kann als das Ereignis bezeichnet werden, daß die *erste revolutionäre Welle der neuen welthistorischen Periode* darstellt. Diese neue Periode begann mit der historischen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft 2008/09 und markiert den Übergang des kapitalistischen Systems zu einer Etappe des Zerfalls und Niedergangs. Wir Bolschewiki-Kommunistinnen und Kommunisten bezeichnen daher diese Periode als eine *welthistorisch revolutionäre Periode*. Darunter verstehen wir eine Periode, in der Sieg oder Niederlage des Proletariats im Kampf um die Macht – also revolutionärer Sturz der herrschenden Klasse oder historische Niederlagen für die ArbeiterInnenklasse durch die imperialistische Konterrevolution – darüber entscheiden werden, ob am Ende dieser Periode der Menschheit Sozialismus oder Barbarei bevorsteht.

Stellt die schwerste Weltwirtschaftskrise seit 1929 den Eintritt in einen neuen historischen Abschnitt auf *objektiver Ebene* dar, so verkörpert die arabische Revolution die Nachvollziehung des Eintritts in diese neue Periode auf *subjektiver Ebene*. Die arabische Revolution markiert somit einen wichtigen Prüfstein des Marxismus heute.

Ähnlich wie bei den russischen Revolutionen von 1905 bzw. 1917 oder der chinesischen Revolution 1925-27 muß sich die bolschewistische Linie in der korrekten Anwendung der marxistischen Prinzipien auf die arabische Revolution beweisen. Die RKOÖB präsentiert mit den folgenden Thesen ihre Position zu diesem höchst aktuellen und brennenden Thema und hofft auf eine intensive und klärende Auseinandersetzung mit AktivistInnen der revolutionären und der ArbeiterInnenbewegung. Denn eine richtige Einschätzung der arabischen Revolution stellt heute eine wichtige Basis für den internationalen und nationalen Zusammenschluß von Kommunistinnen und Kommunisten dar.

Abschließend noch einige Anmerkungen zum Aufbau und der Zielsetzung des Buches. Wie der Titel bereits nahelegt, ist es die vorrangige Aufgabe dieser Arbeit, die wichtigsten Lehren und Schlußfolgerungen der Arabischen Revolution herauszuarbeiten. Wir wollen die wesentlichen Hintergründe der revolutionären Welle in Nordafrika und dem Nahen Osten hervorstreichen. Ebenso sollen die wichtigsten Fragen der Strategie der Revolution diskutiert und den – leider weitverbreiteten – falschen Lehren und Schlußfolgerungen gegenübergestellt werden. Wir wollen weiters die Fragen der Arabischen Revolution im Lichte der historischen Auseinandersetzungen in der ArbeiterInnenbewegung um die Fragen der marxistischen Theorie betrachten. Und schließlich beabsichtigen wir, einige allgemeine Schlußfolgerungen aus der Arabischen Revolution für den zukünftigen weltweiten revolutionären Prozeß zu ziehen sowie die Kernelemente des revolutionären Programms zu erarbeiten.

Abschließend möchte sich der Autor dieses Buches bei verschiedenen GenossInnen bedanken, die wertvolle Beiträge für dessen Zustandekommen geleistet haben. Im besonderen danke ich Nina Gunić und Johannes Wiener, mit denen ich das Buch in den verschiedenen Stadien seiner Entstehung vom Anfang bis zum Ende wiederholt diskutierte und die mit zahlreichen Ergänzungen, Korrekturen und Anregungen zum Zustandekommen dieses Buches beigetragen haben. Ebenso bedanke ich mich bei unserem US-amerikanischen Genossen, Adam Beltz, der den Entwurf des Buches kritisch durcharbeitete und eine Reihe von Ergänzungen vornahm. Schließlich möchte ich auch Marc Hangler danken, der mit seiner genauen und gewissenhaften Durchsicht des Endtextes dazu beitrug, daß das Buch von zahlreichen Tipp- und Rechtschreibfehlern befreit wurde.

*Michael Pröbsting*

*(Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung)*

Wien, August 2011

# Lehren und Perspektiven der Arabischen Revolution

## Die Stellung der *Revolutionär-Kommunistischen Organisation zur Befreiung* (RKOB) zur Analyse, den Herausforderungen und dem marxistischen Programm der Arabischen Revolution

### I. Die Hintergründe der Revolution

Revolutionen beginnen oft mit einem scheinbar kleinen Zwischenfall. Doch plötzlich – gerade für die herrschende Klasse erscheint es aus dem Nichts heraus – entwickelt sich aus diesem Ereignis eine Welle des Protestes, die sich zu einer Lawine und schließlich zu einer Revolution steigert. Eine solche Revolution – eine im wahrsten Sinne des Wortes Große Revolution von historischem Ausmaß – entfaltet sich vor unseren Augen im arabischen Raum. Eine Region, in der die Ordnung der kapitalistischen Ausbeuterklasse bislang als stabil erschien, in der Diktatoren, Familienclans und Königshäuser über Jahrzehnte hinweg unangefochten herrschen konnten, wird seit Jänner 2011 von Massenprotesten, Aufständen und Bürgerkrieg durchzogen.

#### Frühling der Völker

Diese Revolutionen haben gemeinsame Ursachen, nämlich die ähnlichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen, die auf den unterdrückten Klassen lasten. Die gemeinsamen Lebensbedingungen zeichnen sich durch die kapitalistische Verarmung und die Brutalität der Diktaturen in Nordafrika und dem Nahen Osten, die allesamt Teil der von Krisen gekennzeichneten imperialistischen Ordnung sind, aus.

Damit sollen nicht die Besonderheiten der revolutionären und konterrevolutionären Entwicklungen in den einzelnen Ländern geleugnet werden. Doch zuallererst gilt es, die *gemeinsame Natur* der revolutionären Welle in der arabischen Welt zu verstehen. Hunderttausende und Millionen Menschen stehen auf, weil sie ein Leben in sozialer Sicherheit, in Freiheit und Würde erkämpfen wollen. Dieser gesellschaftliche Motor treibt die Menschen auf die Straße – sei es in Tunis, in Kairo, in Bengasi, in Dera'a, in Sanaa oder in Manama.

Die arabischen Revolutionen tragen überall den Charakter von Volksrevolutionen gegen die herrschende Klasse – egal ob sie sich gegen mehr oder weniger offen pro-imperialistische Regimes richten.

Im März 1848 – als eine Welle von Revolutionen durch Europa fegte und die stabilsten Regimes ins Wanken gerieten – sprach man von einem „Frühling der Völker“. Ähnlich können wir auch heute von einem Frühling der Völker in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens sprechen.

#### Bouazizi und Sa'id – die Auslöser

Jede Revolution hat ihre Auslöser und ihre Hintergründe. Die Auslöser sind zumeist zufällig. Aber schon Hegel

pflegte zu sagen, daß sich im Zufall oft die Notwendigkeit ausdrückt, sprich, daß scheinbar zufällige Ereignisse zum Auslöser für seit längerem unter der Oberfläche schwellende gesellschaftliche Entwicklungstendenzen werden. Leo Trotzki, der marxistische Theoretiker und Führer der russischen Oktoberrevolution 1917, merkte in seiner Autobiographie an, „wie diensteifrig das Zufällige dem Gesetzmäßigen hilft. Allgemein gesprochen, spiegelt sich das Gesetzmäßige des gesamten historischen Prozesses im Zufälligen wider.“<sup>3</sup>

Ihren Ausgang nahm die arabische Revolution in Tunesien. Auslöser war die öffentlichen Selbstverbrennung des 26-jährigen Straßenhändler Mohammad Bouazizi in der Stadt Sidi Bouzid am 17. Dezember 2010. Bouazizi hatte sein Studium der Informatik abgeschlossen, fand jedoch keinen Job. Er schloß sich der studentischen Arbeitslosen-gruppe Collectif des étudiants chômeurs an. Durch den Verkauf von Obst und Gemüse versuchte er, sich und seiner Familie das Überleben sowie seiner Schwester die Ausbildung zu ermöglichen. Wie so viele andere war auch er dabei den ständigen Schikanen der Behörden und der Polizei ausgesetzt. Da er keine gebührenpflichtige Genehmigung besaß und auch kein Geld, um die Behörden zu bestechen, verhöhnten eine Polizistin und zwei Polizisten ihn in der Öffentlichkeit, bespuckten und schlugen ihn und beschlagnahmten schließlich seinen Karren und eine Waage. Als sich die Behörden weigerten, ihm sein Eigentum zurückzugeben, übergab er sich vor lauter Verzweiflung eine Stunde später mit Benzin und zündete sich an. Er starb, aber mit seiner Tat löste er eine Welle der revolutionären Mobilisierungen aus.

In Ägypten wurde der 28-jährige Khalid Sa'id zu einer Symbolfigur des Protestes. Durch Zufall gelangte er in einem Internet-Cafe in Alexandrien an ein Video, das mehrere Polizisten dabei zeigt, wie sie sich beschlagnahmte Drogen untereinander aufteilen. Er veröffentlichte daraufhin diese Aufnahme im Internet. Die Rache der Polizei ließ nicht lange auf sich warten. Sie verhafteten ihn kurzerhand und prügeln ihn zu Tode. Seinen Angehörigen gelang es, den Fall trotz versuchter Vertuschung durch die Behörden öffentlich zu machen. 5 Der „Tag des Zorns“ am 25. Jänner, an dem die Revolution in Ägypten ihren Ausgang nahm, wurde u.a. von einer Facebook-Gruppe namens „Wir sind alle Khaled Sa'id“ initiiert.

Diese tragischen Einzelschicksale symbolisieren die unzähligen Gründe, warum sich heute Millionen Menschen gegen die pro-imperialistischen Tyrannen erheben und bereit sind, für die Sache der Freiheit und der Gleichheit zu kämpfen und notfalls zu sterben: Armut und Elend, ein Leben ohne Zukunft und Hoffnung, Unterdrückung der

grundlegendsten demokratischen Freiheiten durch den kapitalistischen Staatsapparat und ständige Demütigung und Erniedrigung durch die Schergen des Regimes.

In der Geschichte sind Einzelschicksale oft zu wichtigen Symbolträgern für Massenbewegungen geworden. Ein anderes Beispiel der jüngeren Geschichte ist auch Neda, eine junge Aktivistin, die 2009 während einer Demonstration in Teheran von einem Scharfschützen des iranischen Regimes hingestreckt wurde. Ihr Gesicht wurde mit einem Schlag nicht nur im Iran, sondern auch international als Gesicht der Protestbewegung bekannt. Der Wert von Symbolfiguren für Protestbewegungen ist ein extrem hoher.

Die Geschichte revolutionärer Bewegungen aber zeigt auch, daß es fatal ist, ultra-linke Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Isolierte Einzelaktionen wie sie von einer RAF getätigt wurden, oder auch dramatische Selbstmorde, um das Bewußtsein der Massen aufzurütteln wie sie Suffragetten vor hundert Jahren im Kampf um das Frauenwahlrecht begingen, haben oft eine fatale Wirkung. In beiden Fällen können solche Aktionen sehr leicht vollkommen am Verständnis der Massen vorbeigehen und sogar vom Staatsapparat genützt werden um schärfere Angriffe ohne großen Widerstand der Bevölkerung durchzubringen.

Nur eine enge Verbindung aus Massenbewegungen und bewußt geschaffenen oder auch ungeplanten Symbolfiguren bzw. Einzelaktionen können zu einer Stärkung der Protestbewegung und den Massen zu einem höheren Klassenbewußtsein verhelfen.

### Weltweite Krise der kapitalistischen Ordnung

Damit kommen wir auch zu den tieferen Ursachen der Revolutionen, die gegenwärtig die Tyrannen im Nahen Osten und die Großmächte zum Zittern bringen. So zufällig die Auslöser der arabischen Revolutionen auch sein mögen – Fälle wie die oben beschriebenen kamen in den letzten Jahren und Jahrzehnten unzählige Male vor – so sind es Zufälle, die „wie alle historischen Zufälle, der Notwendigkeit das Ventil öffnete.“<sup>6</sup> Mit anderen Worten: es ist alles andere als ein Zufall, daß in der gegenwärtigen weltpolitischen Lage die herrschende Ordnung im arabischen Raum von revolutionären Erhebungen der Massen bedroht wird.

In der Tat lösten die schweren Erschütterungen der Weltwirtschaft und Weltpolitik ebensolche tiefgreifenden – zuerst unterirdisch wirkenden und schließlich explosionsartig an die Oberfläche schießenden – Umwälzungen in den Ländern des Nahen Ostens aus. Diese globale Krise des Kapitalismus ist der alles beherrschende Hintergrund, der auch die stabile Herrschaft der kapitalistischen Regimes im Nahen Osten untergräbt. Trotzki's Feststellung, daß „der nationale Kapitalismus nicht anders verstanden, ge-

schweige anders umgestaltet werden (kann), denn als ein Teil der Weltwirtschaft“<sup>7</sup>, besitzt gerade auch für die gegenwärtigen Entwicklungen in der arabischen Welt höchste Relevanz.

Wie wir schon mehrfach feststellten, befindet sich die kapitalistische Weltwirtschaft und mit ihr die auf dieser beruhenden bürgerlichen Herrschaftsordnung seit 2008 in einer Periode der historischen Systemkrise. Eine Systemkrise, die eine neue, welthistorisch revolutionäre Periode eröffnete.

Diese Periode nahm ihren Ausgang mit dem Einsetzen der schwersten Weltwirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg. Im Verlauf der Rezession 2008/09 brach die weltweite Industrieproduktion um 12-13% ein, in den imperialistischen Industrieländern gar um 18.9%.<sup>8</sup> Diese scharfe Wirtschaftskrise geht auf einen seit den frühen 1970er Jahren andauernden Niedergang der kapitalistischen Weltwirtschaft, der sich in einer Verschärfung der Krisen und eine sich abschwächende Wachstumsdynamik ausdrückt. Dieser Niedergang führte in den 2000er Jahren zu einem Umschlagen von Quantität in Qualität, der Kapitalismus erreichte eine qualitativ neue Stufe der Verschärfung seiner inneren Widersprüche und somit seines Niedergangs.<sup>9</sup>

Nehmen wir zuerst die Entwicklung des weltweiten Brutto-Inlandsproduktes im Zeitraum 1971-2010 in Tabelle 1. Das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) ist zwar ein ungenauer Indikator für das Wachstum der Werteproduktion, nicht zuletzt auch deswegen, weil es den spekulativen Finanzsektor miteinberechnet. Da er jedoch die bevorzugte Wirtschaftskategorie der bürgerliche Ökonomen ist, findet sich dazu das meiste Datenmaterial. So sehen wir in der Tabelle 1 eine zunehmende Abschwächung des BIP in den Jahrzehnten seit den 1971 von 3,8% auf 3,2% auf 2,6 bzw. 2,48%.

Diese Tendenz zur Stagnation, die in den 2000er Jahren eine neue Qualität erreichte, wird besonders sichtbar, wenn wir uns den Kernbereich der kapitalistischen Werteproduktion ansehen: die Industrieproduktion. Während in den 1960er Jahren die Industrieproduktion in den imperialistischen Zentren um durchschnittlich zwischen 5% und 13% pro Jahr anwuchs, verlangsamte sich diese Tendenz in den 1980er Jahren auf 1,7% bis 4% und schlug – wie Tabelle 2 zeigt – in den 2000er im Durchschnitt in einen Rückgang der industriellen Werteproduktion um.

Grundlage dieser schwächer werdenden Wachstumsdynamik ist die sich verschärfende Tendenz der Überakkumulation des Kapitals und die damit verbundene Tendenz der fallenden Profitrate. Für die KapitalistInnen wird es immer schwieriger, ihr Kapital profitabel anzulegen und sie investieren ihre Gewinne daher immer weniger in die Produktion und immer mehr in Spekulation u.ä. Dies führt zu einer Stockung des Kapitalakkumulationsprozesses, also einer Verlangsamung der Investitionstätigkeit. Dies zeigt auch die folgende Tabelle 3 eindrucksvoll, die die Entwicklung der Wachstumsraten der Brutto-Anlageinvestitionen in den imperialistischen Zentren 1961-2010 anzeigt. Betrug die Wachstumsrate der Kapitalakkumulation in den 1960er Jahren in den imperialistische Zentren USA, Japan und EU-15 noch zwischen ca. 5 und 15%, sank diese in den darauffolgenden Jahrzehnte auf 2-5%, um in den 2000er Jahren gar in eine völlige Stagnation oder sogar Rückentwicklung zu münden (zwischen +0,3 und -1,9).

**Tabelle 1: Wachstumsraten des Welt-Brutto-Inlandsproduktes 1971-2010 (in % pro Jahr) (10)**

1971-1980	+3.8%
1981-1990	+3.2%
1991-2000	+2.6%
2001-2010	+2.48%

## Die Einbindung der arabischen Länder in die Weltwirtschaft

Die Entwicklung der Weltwirtschaft hatte unausweichlich entscheidenden Einfluß auf die arabischen Länder. Denn der Kapitalismus ist von seinem ganzen Wesen her ein globales System. Schon Marx merkte im III. Band des ‚Kapital‘ einmal an, daß „... der Weltmarkt ... überhaupt die Basis und die Lebensatmosphäre der kapitalistischen Produktionsweise (bildet) ...“<sup>13</sup>

Kein Land kann sich den Gesetzen der weltweit operierenden – und sich nur weltweit entfalten könnenden – Produktivkräfte entziehen. Das gilt natürlich auch für die Länder des Nahen Ostens. Die zentrale Bedeutung der Erdöl- und Erdgasexporte dieser Länder für die imperialistischen Ökonomien und die beträchtlichen Kapitalexporte der Golfmonarchien v.a. in die USA sind dabei besonders herausstechende Faktoren, wenn auch nicht die einzigen Beispiele dafür.

Ohne den Export des Erdöl und Erdgases auf dem Weltmarkt würden zahlreiche Staaten im Nahen Osten und Nordafrika einen enormen Rückschlag in ihrer wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung erleben. Gleichzeitig sind diese Länder mit ihren gewaltigen Rohstoffressourcen faktisch unverzichtbar für die imperialistische Weltwirtschaft. Wie aus der Tabelle 4 hervorgeht, befinden sich in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas 3/5 der weltweiten Erdölreserven und über 2/5 der weltweiten Erdgasreserven. Ebenso kommen 4 der 6 weltweit größten Erdölexporteure aus dieser Region (siehe Graphik 1)

Die beiden Graphiken 2 und 3 zeigen darüberhinaus, welches Ausmaß die angehäuften Fremdwährungsreserven der erdölproduzierenden Staaten in den letzten Jahrzehnten angenommen haben. Sie zeigen auch, wie hoch der Überschuß der Waren- und Kapitalexporte dieser Länder im Verhältnis zum Wert ihrer nationalen Wirtschaft ist und – was v.a. für den US-Imperialismus besonders bedeutsam ist – wie wichtig die Petro-Dollars der erdölproduzierenden Staaten für die Finanzierung der US-Wirtschaft geworden sind. Graphik 3 veranschaulicht, daß beispielsweise im Jahr 2006 ca. 2/5 des gesamten US-Zahlungsbilanzdefizits durch Kapitalimporte aus den OPEC-Staaten finanziert wurde.

Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, wie groß die Bedeutung der Petro-Dollars für die imperialistischen Zentren sind – allen voran die USA – und wie wichtig daher für die westlichen Großmächte die politische und militärische Vorherrschaft über den Nahen Osten ist.

Insgesamt sind – wie die Tabelle 5 zeigt – die Länder des

Nahen Ostens über den Handel, Auslandsinvestitionen und Kredite stark mit der imperialistisch dominierten Weltwirtschaft verflochten. In Ländern wie Ägypten, Tunesien, dem Iran oder der Türkei machen der Import und Export von Waren um die 40-50% der gesamten Brutto-Inlandsproduktes aus, in anderen Staaten wie Libyen, Syrien, dem Libanon oder dem Jemen sogar 2/3 bis 4/5.

Gerade auch in der Periode der Globalisierung wurden verschiedene Länder der Region zu beliebten Zielen imperialistischer Kapitalexporte. Zwischen 2004 und 2009 fanden in Ägypten laut Angaben von Minister Mahmoud Mohieddin Auslandsinvestitionen in der Höhe von 46 Milliarden US-Dollar statt.<sup>19</sup> Diese Auslandsinvestitionen kamen natürlich v.a. aus den imperialistischen Staaten. So hatten z.B. 7.4 der 12.8 Mrd. US-Dollar, die 2008/09 in Ägypten investiert wurden, ihren Ursprung in den USA oder der EU.<sup>20</sup>

Kurz und gut, die arabischen Länder sind Teil der kapitalistischen Weltwirtschaft und unterliegen daher ihren Gesetzen. Der Kampf für eine kommunistische Perspektive der arabischen Revolution muß diese internationale Verwurzelung der Länder zum Ausgangspunkt für eine internationalistische Herangehensweise nehmen.

### Zunehmende Ausbeutung der halb-kolonialen Welt durch das imperialistische Kapital

Die oben beschriebenen mangelnden Möglichkeiten des Kapitals zu profitablen Investitionen in der Produktion treibt diese zu einer immer stärkeren Ausbeutung der halb-

#### Graphik 1: Die 15 weltweit größten Erdölexporteure 2009 (in 1.000 Barrel pro Tag) (15)

Land	Nettoexporte (1 000 Barrel/Tag)
Saudi Arabien	7 322
Russland	7 194
Iran	2 486
Verein. Arabische Emirate	2 303
Norwegen	2 132
Kuwait	2 121
Nigeria	1 939
Angola	1 878
Algerien	1 807
Irak	1 764
Venezuela	1 748
<b>Libyen</b>	<b>1 525</b>
Kasachstan	1 299
Kanada	1 144
Katar	1 066

#### Tabelle 2: Wachstumsraten der Industrieproduktion in den imperialistischen Zentren 1961-2010 (in % pro Jahr) (11)

	USA	Japan	EU-15
1961-1970	+4.9%	+13.5%	+5.2%
1971-1980	+3.0%	+4.1%	+2.3%
1981-1990	+2.2%	+3.9%	+1.7%
1991-2000	+4.1%	+0.2%	+1.6%
2001-2010	-0.2%	-0.4%	-0.3%

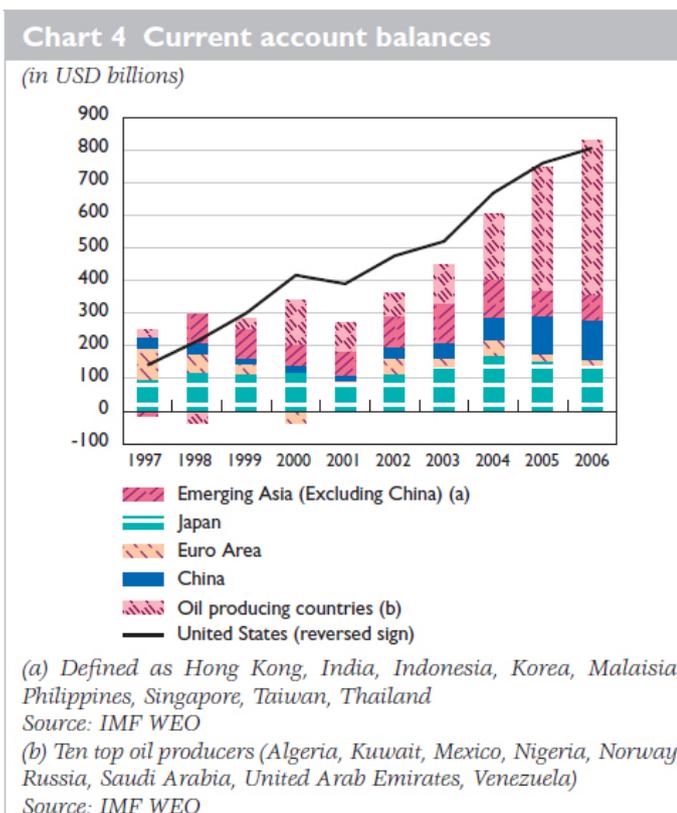
#### Tabelle 3: Wachstumsraten der Brutto-Anlageinvestitionen in den imperialistischen Zentren 1961-2010 (in % pro Jahr) (12)

	USA	Japan	EU-15
1961-1970	+4.7%	+15.7%	+5.9%
1971-1980	+3.9%	+3.5%	+1.8%
1981-1990	+3.0%	+5.7%	+2.7%
1991-2000	+6.4%	-0.6%	+2.2%
2001-2010	-0.8%	-1.9%	+0.3%

## Graphik 2: Fremdwährungsreserven und Zahlungsbilanz der erdölproduzierenden Staaten (2008, in Milliarden US-Dollar) (16)

Country	Current Account Balances (% of GDP)	Foreign Exchange Reserves (U.S. Bils. \$) (March 2008, Except as Noted)
Saudi Arabia	25.3	27.2
United Arab Emirates	21.6	81.4 (Feb. 08)
Kuwait	47.4	16.6
Iran	10.4	NA
Iraq	NA	NA
Qatar	34.6	15.6
Algeria	23.2	123.6
Libya	42.5	87.1
Venezuela	8.5	20.3
Indonesia	2.4	58.8

## Graphik 3: Die Verteilung des globalen Zahlungsbilanzungleichgewichts (2006, in Milliarden US-Dollar) (17)



(Erläuterung: Die mit dem dunklen Strich dargestellte Linie kennzeichnet die Höhe des US-Zahlungsbilanzdefizits. Die aufeinander gestellten Kästen stellen die Kapitalausfuhren der jeweiligen Staaten dar. Die Angaben sind in Milliarden US-Dollar.)

kolonialen Welt. Neben dem ungleichen Tausch ist dies vor allem die Ausbeutung durch den Export von Kapital. Ein Indikator für die imperialistische Ausbeutung durch den Kapitalexport ist folgende Zahl: Zusammengerechnet flossen alleine im Zeitraum 1995-2010 netto 6.540,2 Milliarden US-Dollar von den halb-kolonialen Ländern in Richtung imperialistische Zentren. (siehe Tabelle 6) Und das ist wie gesagt nur ein Teil des Extraprofits, der durch den Kapitalexport gewonnen wird und nicht vom Monopolkapital aus den Halbkolonien abgezogen wird.

### Spekulation treibt Lebensmittelpreise in die Höhe

Eine weitere Folge der oben beschriebenen mangelnden Möglichkeiten des Kapitals zu profitablen Investitionen in der Produktion ist das enorme Anwachsen der weltweiten Verschuldung sowie der Spekulation. Die MonopolkapitalistInnen – die großen Konzerne, von denen alleine die 500 größten Multis 53 Prozent des Weltbruttosozialproduktes kontrollieren<sup>22</sup> – verlangen immer verzweifelter nach Unterstützung durch den Staat und verlegen sich gleichzeitig immer mehr auf das Spekulieren an Börsen, mit Schuldtiteln usw. Dies schlägt sich u.a. in einem dramatischen Anstieg der Spekulation mit Rohstoffen nieder, was wiederum zu einem rasanten Hochschnellen der Lebensmittelpreise führt.

Gerade auch die massiven Spekulationen, die auf Getreidepreise geführt wurden, zeigen den wahnwitzigen Charakter des kapitalistischen Systems auf und zerstören jegliche Illusion über die Möglichkeit einer glücklichen Zukunft für die Menschheit im Rahmen des Kapitalismus. Viele ReformistInnen und kleinbürgerliche Umweltschutzorganisationen bejubelten die Einführung von Biosprit, deren Konsequenz aber massive Spekulationen mit Getreide waren und die Preise für dieses Grundnahrungsmittel explodieren ließen. Wieder einmal zeigte sich: Egal wie man es dreht und wendet – Kapitalismus bedeutet eben nicht, daß die besten Ergebnisse für die Menschheit auf Grund des Wettbewerbes und der Konkurrenz entstehen. Es bedeutet vielmehr, daß selbst etwas so positives wie die Entwicklung von alternativen Rohstoffen im Rahmen der Marktwirtschaft zu etwas Zerstörerischem verkommt. Umweltschutz und Nachhaltigkeit, Beseitigung der Armut und des weltweiten Hungerns lassen sich nur durch ein System erreichen, daß nicht den Profit einzelner, sondern die Versorgung aller zum Ziel hat. Auch an diesen Ereignissen gemessen hat die Aussage der marxistischen Revolutionärin Rosa Luxemburg – „Sozialismus oder Barbarei“ – wieder Gültigkeit bewiesen.

Im letzten Jahrzehnt stiegen daher die Lebensmittelpreise massiv an. Eine Tonne Reis kostete im Jahr 2003 noch 600 US-Dollar, 2008 jedoch bereits 1.800 US-Dollar. Alleine in der zweiten Jahreshälfte 2010 stieg der Getreidepreis um 32% an. 23 Kein Wunder, daß in den beiden letzten Jahren laut dem US-Außenministerium weltweit mehr als 60 Lebensmittelrevolten stattgefunden haben, darunter auch ein Aufstand in Ägypten im März 2008, der dem Mubarak-Regime einen ersten Vorgeschmack auf die kommende Revolution gab. 24

Der linke Schriftsteller Michel Chossudovsky spricht zurecht von einem in diesem Ausmaß einmaligen, durch massive Finanzspekulationen des Kapitals ausgelösten „weltweiten Prozeß des Hungers“. 25

Diese Ernährungskrise ist keinesfalls durch die Überbev-

ölkerung bedingt. Tatsächlich wäre es laut der UNO-Welternährungsorganisation FAO möglich, ohne Schwierigkeiten 12 Milliarden Menschen zu ernähren. 26 Nein, die Ursache der zunehmenden Verarmung liegt in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und kann nur gemeinsam mit dieser beseitigt werden.

### Armut und Diktatur

Diese Verteuerung der Lebensmittel hat angesichts der weit verbreiteten Armut in den arabischen Ländern umso tragischere Konsequenzen. Zynischerweise jubelten die Frontinstitutionen des Kapitals – wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfond – über die „Erfolge“ der neoliberalen Reformen in den arabischen Ländern. So lobte die Weltbank noch im September 2010 die Diktatur von Zine El Abdine Ben Ali dafür, daß *„Tunesien bemerkenswerte Fortschritte bei gerechtem Wachstum, der Bekämpfung der Armut und dem Erreichen guter sozialer Indikatoren“* erreicht hätte.<sup>27</sup> So würden in Tunesien angeblich nur 7% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Auch das Mubarak-Regime wurde von der Weltbank als *„einer der Champions der Wirtschaftsreformen im Nahen Osten und Nord Afrika“* gefeiert.

Tatsächlich jedoch leben laut der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO (ILO) 44% aller ÄgypterInnen unter der Armutsgrenze von 2 US-Dollar. Die tatsächliche Arbeitslosenrate liegt bei 26,3% und ist unter den 15-29jährigen sogar dreimal so hoch! In Jemen liegt die Arbeitslosenrate bei 35%, die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze.

Besonders betroffen davon sind die Jugendlichen. Insgesamt spricht selbst die Weltbank davon, daß die Jugendarbeitslosigkeit in der Region bei durchschnittlich 25% und

in manchen Ländern bei 40% liegt. 28 Kein Wunder, daß dieser soziale Vulkan explosiver Gegensätze einmal zum Ausbruch kommen mußte. Und ebensowenig verwundert es, daß die Jugendlichen und die *khobzistes* (die Arbeitslosen) eine zentrale Rolle in der Revolution einnehmen.

Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft. Die herrschende Klasse lebt von der Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Klassen, allen voran der ArbeiterInnenklasse. Deswegen geht die steigende Armut der letzteren mit dem wachsenden Reichtum der KapitalistInnen Hand in Hand. Dieser Mechanismus gilt für alle kapitalistischen Länder – auch in Europa. Besonders kraß fand diese Entwicklung jedoch in den arabischen Ländern statt. Hier stehen die angehäuften Reichtümer der herrschenden Elite der KapitalistInnen in einem besonders schrillen Gegensatz zu der allgemeinen Armut.

So hat z.B. die Familie des im Jänner gestürzten Diktators Tunesiens Ben Ali die Wirtschaft an sich selber und ihre nächsten Freunde privatisiert. Sie sollen 30-40% der gesamten Wirtschaft kontrolliert haben. In Ägypten umgab sich der Präsidentensohn, Gamal Mubarak, mit einem Freundeskreis, der ebenfalls von zahlreichen Privatisierungen profitierte. Einer von ihnen z.B. Ahmed Ezz, Generalsekretär der regierenden Nationaldemokratischen Partei, soll auf diese Weise schließlich die Kontrolle über 2/3 des gesamten Stahlmarktes gewonnen haben und ein Privatvermögen von 18 Mrd. US-Dollar besitzen. Zohayr Garana, der ehemalige Tourismus-Minister hat es auf 13 Mrd. US-Dollar gebracht; Ahmad al-Maghrabi, der frühere Minister für Wohnbau auf 11 Mrd. US-Dollar und der frühere Innenminister, Habib Adli, auf 8 Mrd. US-Dollar! 29 Kein Wunder, daß auf dem Tahrir-Platz in Kairo immer wieder Losungen gegen die *haramiyya* (Diebe) gerufen werden. Ähnliche Beispiele lassen sich auch für all die an-

**Tabelle 4: Anteil der Länder des Nahen Ostens und Nordafrika an den weltweiten Erdöl- und Erdgasreserven (2009) (14)**

	Erdölreserven		Erdgasreserven	
	In Millionen Barrel	Anteil	In Milliarden m <sup>3</sup>	Anteil
<b>Welt</b>	1.337.200	100%	189.712	100%
<b>Naher Osten und Nordafrika</b>	815.001	60,9%	83.763	44,2%

**Tabelle 5: Ausgewählte Länder des Nahen Ostens und ihre Einbindung in die Weltwirtschaft (in Mrd. US-Dollar) (18)**

	Brutto-Inlandsprodukt	Exporte	Importe	Ausländische Direktinvestitionen (Netto)	Auslandsschulden
<b>Ägypten</b>	162,8	25,5	48,4	11,6	30,4
<b>Iran</b>	385,1	116,4	57,2	0,8	20,6
<b>Jemen</b>	26,6	9,3	9,3	0,9	5,9
<b>Libanon</b>	28,7	4,5	16,8	2,8	24,6
<b>Libyen</b>	99,9	63,1	11,5	4,7	-
<b>Saudi-Arabien</b>	467,6	328,9	111,9	-8,1	-
<b>Syrien</b>	55,2	14,3	18,3	0,6	-
<b>Tunesien</b>	40,2	19,3	24,6	1,6	20,2
<b>Türkei</b>	794,2	132	202	22,2	251,5

deren Länder finden: den Gaddafi-Clan, die Saleh-Familie in Jemen, die korrupten Königshäuser in den Golfstaaten, die Familie Assad in Syrien usw.

Diese Herrscherhäuser konnten bzw. können sich über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg mittels einer brutalen Diktatur an der Macht halten. Um einige Beispiele zu nennen: Die herrschenden Königsfamilien in den Golfstaaten sind seit vielen Jahrzehnten, in Bahrein gar seit 230 Jahren an der Macht. Der libysche Diktator Gaddafi kam 1969 an die Macht, die Assad-Familie in Syrien 1970, Ali Abdullah Salih in Jemen 1978, Hosni Mubarak in Ägypten 1981 und Ben Ali in Tunesien 1987.

Diese bürgerlichen Diktaturen existierten nicht deswegen, weil „die Araber für die Demokratie nicht reif genug“ wären – ein reaktionäres Klischee, welches gerne die imperialistischen Ideologen verbreiten. Sondern sie existierten deswegen, weil die herrschende Klasse der KapitalistInnen nur mit solchen Methoden die Macht und die Profite sichern konnte und weil sie dabei direkt oder indirekt von den imperialistischen Großmächten unterstützt wurden.

Ägypten unter Mubarak war – nach Israel – der weltweit zweitgrößte Bezieher von US-Auslandshilfe. Mit den jährlichen 1,3 Milliarden Dollar konnte ein gewaltiger Militär-, Geheimdienst- und Polizeiapparat zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung finanziert werden. Selbst das Zentralorgan des britischen Großkapitals, *The Economist*, nannte das Mubarak-Regime kürzlich „Amerikas Leutnant“<sup>30</sup> Das Ben Ali-Regime in Tunesien war nicht nur ein Liebling der Weltbank, sondern war auch eng vor allem mit dem französischen Imperialismus verbunden. Diese Nähe schlug sich in zahlreichen Geschäftsverbindungen nieder, über die schließlich auch die französische Außenministerin Michele Alliot-Marie stolperte und zurücktreten mußte.

Bezeichnenderweise waren die Diktatoren-Parteien von Ben Ali, die RCD, ebenso wie auch die Partei Mubaraks, die NDP, jahrzehntelang Mitglied der „Sozialistischen Internationale“, also jener internationalen Organisation, in

der auch die SPD, die Labour Party, die französische PS, die spanische PSOE und die SPÖ Mitglied sind. Dieser unglaubliche Skandal, der den verlogenen, imperialistischen Charakter der Sozialdemokratie unterstreicht, wurde erst in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, als die Sozialistische Internationale nach (!) dem Sturz Ben Ali's die RCD und die NDP ausschloß. Offenkundig hatte sich dann der Nutzen ihrer Mitgliedschaft verloren und war nur noch eine Belastung. 31

Auch Jemens Präsident Saleh spielte in den letzten Jahren eine zentrale Rolle bei der sogenannten Terrorbekämpfung durch den US-Imperialismus und erhielt dafür umfangreiche Wirtschafts- und Militärhilfe.

Und ungeachtet des vorgeblichen Antiimperialismus des Gaddafi-Regimes in Libyen florierten in den letzten Jahren dessen Geschäfte und Abkommen (z.B. zur Flüchtlingsbekämpfung) mit der Europäischen Union und den USA. Die Pressestellen der westlichen Regierungen sind gerade damit beschäftigt, die verschiedenen Umarmungsphotos und Freundschaftserklärungen mit den arabischen Diktatoren von ihren Webseiten zu löschen.

### Erschütterung der imperialistischen Ordnung in der Region

Kommen wir schließlich zu einem weiteren wesentlichen politischen Faktor für die arabische Revolution: die Erschütterung der Vorherrschaft des US-Imperialismus. Die USA war als der nahezu absolute Hegemon unter den Großmächten seit 1945 auch die führende Macht im Nahen Osten. Sie verfügt mit Israel über einen loyalen und militärisch bestens ausgerüsteten Kettenhund in der Region, dessen militärische Überlegenheit bei verschiedenen Kriegen gegen die regulären Armeen der arabischen Staaten (1948, 1956, 1967, 1973, 1982) offensichtlich wurden. Es ist kein Zufall, daß die beiden Staaten, die die höchste US-Auslandshilfe bekommen, Israel (knapp 3,2 Mrd. US-

**Tabelle 6: Netto-Transfer von finanziellen Ressourcen in Entwicklungsländer und ehemalige stalinistische Staaten 1995-2010 (in Milliarden US-Dollar) (21)**

	1995	1997	1999	2001	2003	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Afrika</b>	5.7	-7.0	1.6	-16.4	-16.1	-76.4	-108.3	-100.9	-99.1	2.9	-35.3
<b>Ost- und Südasiens</b>	21.3	-32.1	-139.8	-120.8	-175.6	-265.7	-385.7	-529.8	-481.3	-427.5	-112.7
<b>West-Asien</b>	23.0	12.4	2.7	-29.7	-46.7	-143.7	-175.6	-144.0	-222.5	-48.4	-112.7
<b>Lateinamerika</b>	-0.6	23.2	7.4	2.5	-64.3	-111.4	-138.0	-106.4	-73.5	-72.1	-56.1
<b>Entwicklungsländer insgesamt</b>	49.5	-3.6	-128.0	-164.4	-302.7	-597.2	-807.8	-881.1	-876.4	-545.1	-557.0
<b>Ehemalige stalinistische Staaten</b>	-7.6	1.6	-25.1	-32.9	-38.0	-96.0	-117.1	-95.9	-149.1	-81.1	-133.0
<b>Entwicklungsländer und ehem. stalinist. Staaten insgesamt</b>	41.9	-2.0	-151.1	-197.3	-340.7	-693.2	-924.9	-977.0	-1025.5	-626.2	-690.0

Dollar) und Ägypten (knapp 1,6 Mrd. US-Dollar) sind. Zusammen beziehen die beiden Staaten ein Drittel der gesamten kombinierten US Auslandshilfe! 32

Die Tatsache, daß durch die Petro-Dollars der erdölproduzierenden Staaten ca. 2/5 des gesamten US-Zahlungsbilanzdefizits finanziert wurden (siehe Graphik 2) zeigt, wie stark der amerikanische Imperialismus von seiner politischen und militärischen Vorherrschaft in der Region profitierte. Doch die Vorherrschaft des US-Imperialismus wurde in den letzten Jahren zunehmend unterminiert. Waren die USA bis 1985 ein Netto-Gläubiger gegenüber dem Rest der Welt, hat sich seitdem diese Situation radikal gewandelt und heute sind die USA der weltgrößte Schuldner.

Dieser ökonomische Niedergang ging Hand in Hand mit einer politischen und militärischen Schwächung. Versuchte die Regierung Bush noch mit aller (militärischer) Gewalt den Niedergang aufzuhalten und die absolute Hegemonie des US-Imperialismus zu retten, so zeigen die militärische Schwächung und die Rückschläge dem Irak und Afghanistan ebenso wie die Niederlage des wichtigsten US-Verbündeten Israel im Libanon-Krieg gegen die Hisbollah 2006, daß der Einfluß der USA zurück geht.

Dieser Niedergang der absoluten Vormachtstellung der USA als Weltpolizist ist auch eine wichtige Ursache für den Beginn der neuen welthistorischen Periode. In der Zeit nach dem II. Weltkrieg und noch mehr nach 1991 waren die USA der absolute Hegemon in der kapitalistischen Weltordnung. Auf der Grundlage ihrer starken ökonomischen Stellung konnten sie eine militärische Dominanz ausbauen und festigen. Mit dem Niedergang dieser absoluten Hegemonie wurde eine Periode der zunehmenden politischen und militärischen Konkurrenz zwischen den Großmächten und somit auch verstärkte Instabilität der kapitalistischen Weltordnung eingeläutet.

Das darf jedoch nicht von der Tatsache ablenken, daß die USA nach wie vor die mit Abstand stärkste Militärmacht weltweit sind. Noch immer bestreiten die USA mit 698 Mrd. US-Dollar 43% aller weltweiten Rüstungsausgaben. 33

Mit dem Niedergang der absoluten Hegemonie der USA wurde auch der politische Rückhalt für die bürgerlichen Diktaturen in der Region geschwächt, deren Stabilität ja gerade auch auf der absoluten Vorherrschaft des US-Imperialismus beruhte.

Das Ansehen dieser Diktaturen wurde darüberhinaus auch dadurch geschwächt, daß es nicht diese Staaten waren, die Israel militärisch Paroli bieten konnten (siehe die Niederlagen in allen Kriegen seit 1948), sondern die kleinbürgerlich-islamistischen Widerstandsbewegungen Hisbollah im Libanon 2006 sowie Hamas im Gaza 2008/09. 34

### **Gemeinsamer Charakter als authentische Revolutionen**

Dieser kurze Überblick über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Hintergründe zeigt, daß die Revolutionen in den arabischen Ländern gemeinsame Ursachen haben. Diese sind die kapitalistische Verarmung und die Brutalität der Diktaturen.

Ein Auseinanderdividieren dieser Aufstände der ArbeiterInnen, der Bauern, der Jugendlichen in gerechtfertigte Revolutionen (dort wo es sich gegen offene US-Verbündete wie in Tunesien oder Ägypten richtet) und angeblich „konterrevolutionäre Verschwörungen“ (dort wo es gegen

Regimes wie in Libyen oder Syrien geht, die zeitweise in einem Konflikt mit den Großmächten stehen) ist dagegen komplett weltfremd und die soziale Natur dieser Ereignisse ignorierend.

Wir verurteilen daher Stellungnahmen und Erklärungen von Seiten einzelner stalinistischer und stalinophiler Organisationen, wahrhaft gesellschaftliche Bewegungen von hunderten und Millionen ArbeiterInnen, Jugendliche, Angehörige der unteren Mittelschichten usw. als CIA-gelenkte Verschwörungen denunzieren. Als MarxistInnen müssen wir zuallererst die objektiven Ursachen und gesellschaftlichen Klasseninteressen erkennen, die Massen gegen diktatorische, kapitalistische Regimes in Bewegung versetzen und berechnete demokratische und soziale Forderungen aufstellen lassen. Nein, wir haben es in den arabischen Ländern vielmehr mit authentischen Revolutionen zu tun. 35

### **Exkurs: Die neue welthistorisch revolutionäre Periode**

Diese Ereignisse unterstreichen die Analyse der RKOB, daß der Kapitalismus in den letzten Jahren in eine neue historische Etappe des Niedergangs getreten ist. Seit Anfang 2009 – zuerst innerhalb der LFI und nach unserem Ausschluß als unabhängige Organisation – haben wir wiederholt dargelegt, daß die schwerste Weltwirtschaftskrise seit 1929 den Übergang in eine neue historische Periode markiert.

Wir können ohne Übertreibung sagen, daß der niedergehende Kapitalismus noch niemals zuvor in einem solchen Ausmaß die Menschheit vor die Alternative Sozialismus oder Barbarei gestellt hat. Denn in der gegenwärtigen historischen Periode treffen drei Entwicklungslinien zusammen:

\* Erstens hat der Kapitalismus noch nie zuvor in seiner Geschichte die Produktivkräfte auf einem dermaßen hohen Stand entwickelt;

\* Zweitens hat der Kapitalismus noch nie zuvor in seiner Geschichte in einem derartigen Ausmaß solch gefährliche Destruktivkräfte hervorgebracht;

\* Drittens befindet sich der Kapitalismus in einer historisch tiefen Krise, haben sich die Widersprüche dermaßen angehäuft, daß sich das System als Ganzes in einer Kurve der niedergehenden Entwicklung befindet.

Daraus ergibt sich, daß der Menschheit enorme Gefahren drohen. Verelendung, Kriege, Umweltkatastrophen bedrohen die menschliche Zivilisation. Die von Rosa Luxemburg formulierte Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ bringt auf den Punkt, welchen Bedrohungen die Menschheit gegenübersteht: es droht die Gefahr eines historischen Rückschritts, der gesellschaftlichen Rückentwicklung durch – vom Kapitalismus verursachte – Naturkatastrophen, durch Kriege bis hin zum Nuklearkrieg, durch Hungerkatastrophen etc.

Folgende Faktoren verleihen daher der neuen historischen Periode einen revolutionären Charakter:

\* Der Kapitalismus befindet sich in einer historischen Krise seines Systems als ganzes,

\* Die Produktivkräfte zeichnen eine kapitalistische Kurve des Niedergangs;

\* Wir haben einen beschleunigten Niedergang der Hegemonie des US-Imperialismus und eine Verschärfung der Rivalitäten zwischen den Großmächten;

\* Daher sehen wir ein Anwachsen des Militarismus, des

Chauvinismus und von Kriegen; dies beinhaltet sowohl Kriege zwischen halbkolonialen Ländern als auch zwischen imperialistischen Staaten und halbkolonialen Ländern. Ebenso besteht längerfristig die Gefahr, daß die Rivalität zwischen den Großmächten in einen für die Menschheit bedrohlichen Weltkrieg umschlägt.

\* Die Bourgeoisie ist gezwungen, Angriffe von historischen Ausmaß auf die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker in der halbkolonialen Welt zu unternehmen;

\* Die Zerstörungen der Umwelt durch den kapitalistischen Raubbau untergraben und bedrohen die Grundlagen für eine nachhaltige, lebenswerte Zukunft der Menschheit;

\* Der Kapitalismus in seinem Niedergang bedroht die menschliche Zivilisation. Die Menschheit steht daher vor der akuten Alternative: Sozialismus oder Barbarei;

\* Die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker werden früher oder später unausweichlich Widerstand leisten und den Klassenkampf von oben durch einen Klassenkampf von unten beantworten;

\* Es kommt zu einem qualitativen Anstieg von vor-revolutionären und revolutionären Situationen, ebenso auch von konterrevolutionären Gefahren. Die Aktualität der Revolution steht auf der Tagesordnung.

Aus diesen Gründen sagt die RKOB, daß die Menschheit in eine Periode verschärfter sozialer Gegensätze eingetreten ist, die unweigerlich Revolutionen und Konterrevolutionen, Kriege, Katastrophen, Massenstreiks und Aufstände hervorbringt. Kurz: wir befinden uns in einer welthistorischen revolutionären Periode.

## II. Die moderne ArbeiterInnenklasse im Nahen Osten

Der Nahe Osten und Nordafrika werden in der bürgerlichen Öffentlichkeit oft als rückständige, noch von Stammes- und Nomadenstrukturen sowie feudalen Traditionen geprägte Länder wahrgenommen. Dieses von Hollywood-Schinken wie „Indiana Jones“ und „Lawrence von Arabien“ herrührende Klischee hat jedoch wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Tatsächlich besitzen die meisten Länder dieser Region eine entwickelte Industrie. Am bedeutsamsten ist hier natürlich die Erdöl- und Erdgasindustrie. Aber auch Länder, die keine großen Rohstoffvorkommen haben, verfügen über eine industrielle Basis (v.a. Textilindustrie, Fahrzeugteile, Stahlsektor). Daher nimmt der Industriesektor in solchen Ländern ohne bedeutete Rohstoffvorkommen wie der Türkei (27%), Tunesien (31,6%), Ägypten (35,3%) oder Jemen (44,3%) einen wichtigen Stellenwert in der Volkswirtschaft ein. Insgesamt

gehören die Länder des Nahen Osten und Nordafrika zu den industriell entwickelteren in der halbkolonialen Welt (siehe Tabelle 7).

Die durch den Rohstoffsektor sowie die Industrialisierung bedingte Entwicklung der Wirtschaften des Nahen Ostens und Nordafrikas zeigt sich auch in der Produktivität der Erwerbstätigen im internationalen Vergleich. Wie die Tabelle 8 zeigt, liegt die durchschnittliche Wirtschaftsleistung pro Kopf 2009 von Nordafrika mit 16.235 US-Dollar pro Kopf zwar unter dem Niveau von Lateinamerika (22.352) und Osteuropa bzw. der ehemaligen UdSSR (23.514), aber über der Produktivität der Länder Asiens oder Afrikas. Und der Nahe Osten verfügt – dank der Erdöl- und Erdgasproduktion – über eine pro-Kopf Wirtschaftsleistung (35.822), die nur von den entwickelten Industriestaaten übertroffen wird (70.946).

**Tabelle 7: Die Anteile der Wirtschaftssektoren am Brutto-Inlandsprodukt in den verschiedenen Regionen 2008 (36)**

	Agrarsektors	Industriesektors	Dienstleistungssektors
Welt	4,0%	30,1%	65,9%
Afrika	16,5%	40,7%	42,8%
Südafrika	3,3%	33,7%	63,0%
Lateinamerika	6,1%	34,2%	59,7%
Ostasien	9,3%	43,7%	47,1%
Südasien	17,5%	31,0%	58,3%
Südostasien	11,9%	41,8%	46,3%
Osteuropa und ehem. UdSSR	6,1%	36,4%	57,5%
USA	1,1%	21,9%	77,1%
Japan	1,4%	28,8%	69,7%
Europäische Industriestaaten	1,8%	27,1%	71,1%
Ozeanien	3,1%	28,2%	68,7%
Naher Osten	4,8%	49,7%	45,5%
Nordafrika	12,7%	46,0%	41,2%

Diese Industrialisierung geht Hand in Hand mit der vollkommenen Durchdringung der Wirtschaften der Region von kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen. Die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas sind kapitalistische Staaten, die der imperialistischen Weltwirtschaft und Weltordnung unterworfen sind. Wir bezeichnen solche von den Großmächten abhängige und unterdrückte Staaten als halbkoloniale Länder. Sie sind formell unabhängige Staaten, in Wirklichkeit aber vom Imperialismus abhängige Kolonien. Diese Abhängigkeit zeigt sich darin, daß die technologisch entwickeltsten, wertvollsten Produktionsmittel von den reichen imperialistischen Staaten kontrolliert werden und die halbkolonialen Länder sie von dort importieren müssen. Ebenso sind die die Weltwirtschaft beherrschenden multinationalen Konzerne in diesen reichen Staaten beheimatet. Ein weiteres Beispiel für die imperialistische Vorherrschaft ist die Kontrolle der Großmächte über internationale Institutionen wie die UNO, der IWF, die Weltbank usw.

### Proletarisierung in Nordafrika und dem Nahen Osten

Mit der Ausbreitung und Durchdringung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und einer industriellen Basis der Wirtschaft ging auch die Herausbildung eines modernen Proletariats einher. In der Tabelle 9 zeigen wir, daß ein großer Teil der Bevölkerung in den Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas in Städten lebt – in verschiedenen Ländern wie dem Iran, dem Libanon, Libyen, Tunesien oder der Türkei sogar zwischen 2/3 und 4/5 der Bevölkerung. Die Tabelle zeigt auch, daß sich auch in beträchtlichen Ausmaß ein weibliches Proletariat herausgebildet hat, auch wenn in den meisten Ländern die Proletarisierung der Frauen weniger vorangeschritten ist als die der Männer (v.a. wegen der Rolle der Frau im Familienbetrieb – sei es am Bauernhof oder im städtischen Kleinbetrieb – als helfende Angehörige, wodurch sie nicht als Lohnabhängige gezählt wird. Ebenso gibt es die sogenannten „home-based work“ außerhalb der Landwirtschaft, die teilweise zu 2/3 von Frauen getätigt werden – sprich Arbeiten, die zu Hause erledigt werden, für Firmen bzw. Privatperson-

**Tabelle 8: Produktivität der Erwerbstätigen in Nordafrika und dem Nahen Osten im internationalen Vergleich (2009, in US-Dollar pro Kopf) (37)**

	Wirtschaftsleistung pro Kopf 2009
Welt	21.180
Entwickelte Industriestaaten	70.946
Osteuropa und ehem. UdSSR	23.514
Ostasien	12.383
Südostasien	9.263
Südasien	6.714
Lateinamerika	22.352
Nordafrika	16.235
Naher Osten	35.822
Sub-Sahara Afrika	5.141

en wie Schneidereiarbeiten, etc.).

Vergleicht man den Grad der Proletarisierung im Nahen Osten und Nordafrika mit dem anderer Regionen der Welt, so zeigt sich, daß die ArbeiterInnenklasse im allgemeinen und auch der weibliche Teil des Proletariats einen Anteil an allen Erwerbstätigen haben, der über jenem der Länder Asiens und Afrikas liegt und nur unwesentlich unter dem Niveau Lateinamerikas. (siehe Tabelle 10) Natürlich sind wir uns bewußt, daß eine wissenschaftliche Definition der ArbeiterInnenklasse (all jene, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an das Kapital zu verkaufen) nicht vollkommen gleichzusetzen ist mit der formellen Kategorie „Lohnabhängige“. So sind Manager, Polizisten oder Berufssoldaten ebenfalls formell Lohnabhängige, gehören jedoch nicht zur ArbeiterInnenklasse. Andererseits kann

**Tabelle 9: Städtische Bevölkerung, ArbeiterInnenklasse und lohnabhängige Frauen in ausgewählten Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas (38)**

	Städtische Bevölkerung (Anteil an der Gesamtbevölkerung)	Lohnabhängige (Anteil an allen Beschäftigten)	Lohnabhängige Frauen (Anteil an allen erwerbstätigen Frauen)
Ägypten	41,0%	61,4%	47,9%
Iran	68,1%	51,4%	42,2%
Jemen	29,2%	41,6%	13,8%
Libanon	86,3%	-	-
Libyen	85,8%	-	-
Saudi-Arabien	82,3%	-	-
Syrien	49,2%	51,5%	68,9%
Tunesien	68,6%	64,3%	-
Türkei	71,0%	58,9%	49,7%

es formell Selbständige geben, die aber in Wirklichkeit zur ArbeiterInnenklasse zählen. Nichtsdestotrotz ist die in den bürgerlichen Statistiken verwendete Kategorie „Lohnabhängige“ ein nützlicher und im allgemeinen zutreffender Annäherungswert an den Umfang des Proletariats in den jeweiligen Ländern und Regionen. Tabelle 10 zeigt, daß weltweit knapp 47% aller Beschäftigten Lohnabhängige sind. In Südasien und Sub-Sahara Afrika sind es etwas mehr als 20%, in Ostasien und Südostasien um die 40% und in Lateinamerika, Nordafrika und Naher Osten beträgt der Anteil um die 60%. Der Anteil der Lohnabhängigen bei den weiblichen Erwerbstätigen ist in manchen Regionen ähnlich wie der allgemeine Durchschnitt, in anderen Regionen weicht er jedoch stark ab.

In den vergangenen Jahrzehnten entwickelte sich in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas ein beachtenswertes Industrieproletariat. Noch in den 1980er Jahren waren „in der Mehrheit der arabischen Länder kaum 10 Prozent in den industriellen Produktionsprozeß integriert“.<sup>40</sup> Heute sind es in etwa ein Viertel aller Beschäftigten. (siehe Tabelle 10). Bei den Frauen hingegen liegt der entsprechende Wert gegenwärtig bei um die 15%. (siehe Tabelle 11)

Nichtsdestotrotz zeigt sich der – im Vergleich zu den kapitalistisch entwickelten imperialistischen Industriestaaten – nach wie vor geringer entwickelte Stand der Produktivkräfte in Form des relativ hohen Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbstätigen. Die geringere Verbreitung moderner Agrarmaschinen erfordert den Einsatz einer großen Anzahl von Arbeitskräften in diesem

Wirtschaftssektor. Auffallend ist auch, daß verhältnismäßig wenig erwerbstätige Frauen in den Kernsektoren des Proletariats – der Industrie – sind, dafür umso mehr in der Landwirtschaft. Dies erklärt sich daraus, daß sich oft zuerst die Männer in der bäuerlichen Bevölkerung einen Job – zumeist als Lohnarbeiter – außerhalb der Landwirtschaft suchen, während die Frau weiterhin den Bauernhof bewirtschaftet. Die Tabellen 11 und 12 zeigen diese Entwicklungen.

Wie in allen bürgerlichen Ländern führt die Offensive der Kapitalistenklasse dazu, daß immer größere Teile der ArbeiterInnenklasse gezwungen sind, ihren Lohn in äußerst unsicheren Arbeitsverhältnissen zu verdienen. Dabei geht es nicht um kleine Randschichten, die von diesem Schicksal betroffen sind, sondern breite Teile des Proletariats. Wie die Tabellen 13 und 14 zeigen, ist es im Durchschnitt ein Drittel bis 40% aller Erwerbstätigen, die als prekär Beschäftigte gelten.

Ein anderes Merkmal, daß die zunehmende Verschlechterung der Lebenslage der ArbeiterInnenklasse widerspiegelt, ist die ansteigende Arbeitslosigkeit in der Region. Im Durchschnitt liegt die Arbeitslosenrate im Nahen Ostens und Nordafrika bei um die 10%. Unter den besonders unterdrückten Schichten wie den Frauen und den Jugendliche ist die Arbeitslosigkeit noch höher angesiedelt. So sind 15-17% der Frauen und fast ein Viertel aller Jugendlichen auf der Suche nach einem Job. (siehe Tabelle 15)

Schließlich wollen wir noch auf eine Besonderheit in der Zusammensetzung des Proletariats im Nahen Osten und Nordafrikas hinweisen. In einer Reihe von Ländern besteht

**Tabelle 10: Lohnabhängige insgesamt und lohnabhängige Frauen in den verschiedenen Weltregionen (39)**

	Lohnabhängige (Anteil an allen Erwerbstätigen)	Lohnabhängige Frauen (Anteil an allen erwerbstätigen Frauen)
Welt	46,9%	46,0%
Entwickelte Industriestaaten	84,3%	87,5%
Osteuropa und ehem. UdSSR	76,6%	78,0%
Ostasien	42,6%	53,5%
Südostasien	38,8%	14,6%
Südasien	20,8%	14,6%
Lateinamerika	62,7%	65,8%
Nordafrika	58,3%	56,7%
Naher Osten	61,5%	53,5%
Sub-Sahara Afrika	22,9%	14,4%

**Tabelle 11: Verteilung der Erwerbstätigen in Nordafrika und dem Nahen Osten 2009 (41)**

	Landwirtschaft		Industrie		Dienstleistungen	
	in Millionen	in Prozent	in Millionen	in Prozent	in Millionen	in Prozent
Naher Osten	12	19,1%	16,4	26,1%	34,4	54,8%
Nordafrika	18,4	27,8%	14,9	22,5%	32,9	49,7%

die ArbeiterInnenklasse zu einem Gutteil aus ausländischen StaatsbürgerInnen, also rechtlosen ArbeitsmigrantInnen. Und zwar in jenen Ländern, in denen die gewaltige Erdöl- und Erdgasindustrie eine Schlüsselrolle spielt. Das sind die Golfstaaten Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Kuwait, Bahrain, Oman, Saudi-Arabien sowie Libyen. Die herrschende Kapitalistenklasse holt Millionen migrantische ArbeiterInnen ins Land, um sie gerade in diesen Sektoren auszubeuten und sich so ein billiges und rechtloses Proletariat zu schaffen. In den erdölproduzierenden Ländern stellten und stellen daher die MigrantInnen einen enorm hohen Anteil – und z.T. sogar die Mehrheit – des Proletariats. So machen MigrantInnen in Libyen 10,4% der Gesamtbevölkerung aus, in Bahrain 39,1%, in Oman 28,4%, in Saudi-Arabien 27,8%, in den Vereinigten Arabischen Emiraten 70%, in Kuwait 68,8% und gar 86,5% in Katar. (siehe Tabelle 16 und 17) <sup>46</sup> Insgesamt machen sie 36% der Gesamtbevölkerung (36 Millionen) in den Golfstaaten aus. <sup>47</sup> Diese Angaben beziehen sich auf das Verhältnis der MigrantInnen auf die Gesamtbevölkerung. Da die MigrantInnen ja gerade wegen ihrer Erwerbstätigkeit ins Land geholt wurden, liegt naturgemäß der Anteil der Beschäftigten bei ihnen viel höher als bei der einheimischen Bevölkerung. Daraus kann man ableiten, daß die Ar-

beiterInnenklasse selber zu einem noch weit größeren Teil – und in manchen Fällen bis hin zu fast 100 Prozent – aus MigrantInnen besteht.

Auch und besonders in diesen Ländern zeigt sich, daß MigrantInnen eine national unterdrückte und überausgebeutete Schicht der ArbeiterInnenklasse sind – eine Tatsache, die von den links-reformistischen und zentristischen Organisationen in der ArbeiterInnenbewegung größtenteils ignoriert oder gar offen geleugnet wird. <sup>50</sup>

#### **Das arabische Proletariat 2011 und das russische Proletariat 1917**

Verschiedene Linke gehen davon aus, daß die ArbeiterInnenklasse und das gesamte werktätige Volk in den arabischen Ländern viel zu unterentwickelt seien, um wie in Rußland eine sozialistische Revolution durchzuführen. Das ist grundfalsch. Der wesentliche Unterschied zwischen den arabischen Ländern 2011 und Rußland im frühen 20. Jahrhundert liegt darin, daß es in Rußland damals in Gestalt der Bolschewiki eine erfahrene, revolutionäre Kampfpartei gab, was heute bislang noch völlig fehlt. Vergleichen wir jedoch die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen, also die soziale Struktur der arabischen

**Tabelle 12: Verteilung der weiblichen Erwerbstätigen in Nordafrika  
und dem Nahen Osten 2009 (42)**

	Landwirtschaft (in Prozent)	Industrie (in Prozent)	Dienstleistungen (in Prozent)
<b>Naher Osten</b>	33,1%	16,6%	50,3%
<b>Nordafrika</b>	31,1%	14,7%	54,2%

**Tabelle 13: Der Anteil der prekär Beschäftigten an allen Beschäftigten  
in ausgewählten Länder des Nahen Ostens (43)**

	Erwerbstätige insgesamt im Jahr 2008 (Anteil an der Gesamtbevölkerung im Alter von 15-64 Jahre)	Anteil der prekär Beschäftigten an allen Beschäftigten (2000-2008)
<b>Ägypten</b>	43,2%	24,8%
<b>Iran</b>	48,9%	42,7%
<b>Jemen</b>	39,0%	-
<b>Libanon</b>	45,9%	-
<b>Libyen</b>	48,6%	-
<b>Saudi-Arabien</b>	50,9%	-
<b>Syrien</b>	44,8%	42,4%
<b>Tunesien</b>	41,0%	-
<b>Türkei</b>	42,3%	35,3%

**Tabelle 14: Prekär Beschäftigte in Nordafrika und dem Nahen Osten 2009 (44)**

	Prekär Beschäftigte (in Millionen)	Anteil der prekär Beschäftigten an allen Beschäftigten
<b>Naher Osten</b>	20,5	32,7%
<b>Nordafrika</b>	26,8	40,4%

Ländern mit jener Rußlands vor der Revolution 1917, so fällt auf, daß Rußland bezüglich dem Grad der Modernisierung und der Herausbildung einer ArbeiterInnenklasse weitaus rückständiger war.

So lebten 1912 147,2 der 171 Millionen EinwohnerInnen Rußlands – also 86% der Bevölkerung – auf dem Land und bloß 14% in den Städten. 51. Die Volkszählung 1897 ergab, daß rund 80% der Erwerbstätigen Bauern waren. 52 Das Proletariat umfaßte am Beginn des 20. Jahrhunderts rund 10 Millionen Menschen. 53. Zusammen mit ihren Familienangehörigen machten sie 27,6% der Gesamtbevölkerung aus. 54 Unterteilt man das Proletariat in die verschiedenen Wirtschaftssektoren, so ergibt sich, daß im Jahr 1913 von den 20 Millionen Lohnabhängigen 7,1 Millionen in der Industrie, 1,5 Millionen im Baugewerbe, 1,9 Millionen im Transport, 5 Millionen in der Landwirtschaft und 4,5 Millionen als Tagelöhner bzw. im Dienstleistungssektor tätig waren. 55

Man vergleiche den gesellschaftlichen Anteil des Proletariats sowie der städtischen Bevölkerung von Rußland 1917

und dem Nahen Osten heute. Die zuvor angeführten Tabellen zeigen, daß der Anteil der städtischen Bevölkerung in Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens oft drei bis viermal so hoch ist wie in Rußland vor hundert Jahren. Der Anteil der Lohnabhängigen ebenso wie der des Industrieproletariats an den Erwerbstätigen ist ebenso zwei- bis dreimal so groß.

Das bedeutet, daß die objektiven Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution – das heißt einer Revolution, die von der ArbeiterInnenklasse zum Zwecke der proletarischen Machtergreifung geführt wird – heute in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens aufgrund des gestiegenen gesellschaftlichen Gewichts des Proletariats weitaus günstiger sind als in Rußland vor 1917.

Das bedeutet, die von den stalinistischen Organisationen propagierte separate Etappe der bürgerlich-demokratischen („volksdemokratischen, antiimperialistischen) Revolution aufgrund der angeblichen gesellschaftlichen Rückständigkeit der arabischen Länder, ist noch absurder und falscher, als sie es schon damals in den 1920er und

**Tabelle 15: Arbeitslosigkeit in Nordafrika und dem Nahen Osten 2009 (in Prozent) (45)**

	Arbeitslosenrate insgesamt 2009	Arbeitslosenrate der Frauen 2009	Arbeitslosenrate der Jugendlichen 2009
Naher Osten	10,3%	17,3%	24,9%
Nordafrika	9,9%	15,3%	23,4%

**Tabelle 16: ArbeitsmigrantInnen in ausgewählten arabischen Staaten 1960-1980  
(Anteil an allen Erwerbstätigen) (48)**

	1960	1970	1975	1980
Irak	-	-	2%	14%
Kuwait	73%	74%	71%	78%
Libyen	2%	16%	33%	34%
Saudi-Arabien	10	27%	40%	53%
Vereinigte Arabische Emirate	-	67%	84%	89%

**Tabelle 17: ArbeitsmigrantInnen in ausgewählten arabischen Staaten 2010 (49)**

	ArbeitsmigrantInnen insgesamt	ArbeitsmigrantInnen (Anteil an der Gesamtbevölkerung)
Libyen	682.000	10,4%
Katar	1.305.000	86,5%
Vereinigte Arabische Emirate	3.293.000	70%
Kuwait	2.098.000	68,8%
Bahrain	315.000	39,1%
Oman	826.000	28,4%
Saudi-Arabien	7.289.000	27,8%

1930er Jahren war. Wie wir später noch genauer darlegen werden, ist das Gesetz der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung des Kapitalismus und die von Lenin in seinen April-Thesen 1917 aufgegriffene und von Trotzki klarer ausformulierte Theorie der permanenten Revolution dafür umso aktueller.

### Ähnlichkeiten in der bürgerlichen Herrschaftsform

So sehr sich die einzelnen Länder im arabischen Raum durch nationale Besonderheiten und Unterschiede in der historischen Entwicklung auch unterscheiden, so haben sie doch eine gemeinsame Grundlage in ihrer gesellschaftlichen Struktur. Sie sind alle halb-koloniale Länder – das heißt Länder, die formell eigenständige Staaten sind, in Wirklichkeit aber eine untergeordnete, unterdrückte Position innerhalb der imperialistischen Weltordnung einnehmen und vom imperialistischen Monopolkapital ausgebeutet werden. Deswegen bezeichnen wir MarxistInnen diese Länder als vom Imperialismus unterdrückte, halb-koloniale Staaten.

Diverse StalinistInnen und ZentristInnen behaupteten, daß in manchen Ländern des Nahen Ostens ein „nicht-kapitalistisches“ oder sozialistisches System bzw. ein degenerierter ArbeiterInnenstaat existieren würde. Um nur ein paar Beispiele für solche falsche Ansichten anzuführen. Die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Regimes in Osteuropa pflegten enge Beziehungen zu verschiedenen staatskapitalistisch geprägten Diktaturen wie Süd-Jemen, Syrien, Libyen, Algerien oder Äthiopien. Phasenweise gab es auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Saddam Hussein-Regime im Irak oder Ägypten unter Naser. Noch in den später 1980er Jahren wurde in politisch-ökonomischen Fachpublikationen der stalinistischen Bürokratie z.B. Süd-Jemen als Land „mit einer qualitativ höheren Entwicklungsstufe der sozialistischer Orientierung“ bezeichnet. Bezüglich Syrien sprach man davon, daß das Baath-Regime eine „arabisch-nationalistische und antiimperialistische Grundausrichtung“ verfolge und „partiell sozialistisches Gedankengut aufgenommen“ hätte. „Die libysche Revolution (also das Gaddafi-Regime, d. A.) ... trotzte den Versuchen des Imperialismus und der inneren Reaktion, die fortschrittlichen Entwicklungen der Innen- und Außenpolitik des Landes rückgängig zu machen.“ 56

Ted Grant, der führende Kopf und Theoretiker des CWI/Militant und nach dessen Spaltung der IMT, behauptete in den 1970er und 1980er Jahren, daß in Ländern wie Syrien oder Süd-Jemen der Kapitalismus abgeschafft und durch einen „proletarischen Bonapartismus“ ersetzt worden sei. 57 Und eine andere pseudo-trotzkistische Organisation – das „Internationale Komitee der Vierten Internationale“ unter Gerry Healy – behauptete in den 1970er und 1980er Jahren, daß sich Libyen unter dem Gaddafi-Regime „auf dem Weg der sozialistischen Entwicklung befindet.“ Sogar Gaddafi selber wurde von diesen „Trotzkisten“ unterstellt, daß er sich „politisch in die Richtung des revolutionären Sozialismus entwickelt“. 58

Kurz und gut, StalinistInnen und verschiedenen ZentristInnen leugneten, daß all diese Staaten ungeachtet einer sozialistischen Rhetorik kapitalistische Klassengesellschaften waren und sind, in denen die bürgerlichen Diktaturen die ArbeiterInnenklasse und die armen Bauern ausbeuteten und unterdrückten und gegen die es galt, für eine soziale Revolution zu kämpfen. In ihnen herrschte und herrscht

eine KapitalistInnenklasse, die direkt oder indirekt und in engerer oder weniger enger Zusammenarbeit – oder besser gesagt Unterordnung – mit dem Imperialismus die Wirtschaft kontrolliert.

Bei den Golfstaaten, Ägypten oder Tunesien war dies besonders offensichtlich. Aber auch Regimes, wie jenes von Gaddafi, suchten und fanden ihren Platz in der imperialistischen Weltordnung. So betrieb Gaddafi nicht nur eifrig Erdölgeschäfte mit den imperialistischen Großmächten. Das Regime besitzt auch Eigentümer-Anteile an diversen italienischen Konzernen. So z.B. gehört einem staatlichen Investmentfonds Libyens 7% der Anteile an der größten Bank Italiens – der UniCredit. 59 Weiters besaß das Regime Anteile an dem Luftfahrt- und Rüstungskonzern Finmeccanica, dem Energieriesen Eni, der Autogruppe Fiat oder auch dem börsennotierten Fußballverein Juventus Turin. Es ist daher nicht überraschend – und auch das ist eine internationale Folgeerscheinung der Arabischen Revolution –, daß die gewaltige Schuldenkrise Italiens durch die Ereignisse in Libyen noch verschärft wurde. 60

Ebenso öffnete Gaddafi die heimische Erdölindustrie für Auslandsinvestitionen. Und das Regime sorgt dafür, daß so wenig Flüchtlinge wie möglich über Libyen nach Europa gelangen und geht zu diesem Zweck mit brutalsten Mitteln gegen MigrantInnen vor. Erst vor kurzem – im Oktober 2010 – unterzeichnete die EU mit Gaddafi einen mit 50 Millionen Euro von der EU geförderten „Flüchtlingsabwehrpakt“.

Die Golfstaaten sind in gewissen Sinne ein Sonderfall, da es sich hier um kleine (in Bezug auf die Bevölkerung) Staaten handelt, die von den imperialistischen Großmächten – allen voran die USA – besonders protegiert werden und aufgrund ihrer enormen Konzentration an Rohstoffreserven wirtschaftlich besonders reich sind. Sie sind besondere halbkoloniale Rentner-Staaten, deren herrschende Klassen aus politisch-strategischen sowie wirtschaftlichen Gründen von den imperialistischen Großmächten eine höchst privilegierte, parasitäre Existenz ermöglicht wird. 61 Ähnliches gilt für den privilegierten Stadtstaat Singapur, wo 30% der Beschäftigten aus dem Ausland kommen.

Aufgrund der Schwäche des heimischen Kapitals – wegen der verspäteten kapitalistischen Entwicklung – befindet sich ein bedeutender Teil der Wirtschaft entweder in staatlicher Hand oder wird vom ausländischen imperialistischen Kapital kontrolliert. In der einen oder anderen Form werden diese Länder von einem – in verschiedenem Ausmaß ausgeprägten – Staatskapitalismus gekennzeichnet.

Schließlich existieren auch auf der Ebene der politischen Herrschaftsform wesentliche Gemeinsamkeiten. Die konkrete Staatsform weist natürlich bestimmte Unterschiede auf: mit politisch feudalen Staatsstrukturen vermischter Überbau (Königshäuser wie in den Golfstaaten, Marokko, Jordanien) oder durch Militärputsche an die Macht gekommene Familienclans, die ihre Wurzeln in der Staatsbürokratie haben (Gaddafi, Assad usw.). Aber ungeachtet dieser Unterschiede haben sie eine diktatorische Herrschaft eines mit dem Kapital verwobenen bonapartistischen Staatsapparates gemeinsam.

Die fundamentalen Gemeinsamkeiten des diktatorischen, halbkolonialen Kapitalismus sind auch die wesentliche Ursache dafür, daß die Revolution sich so rasch und so leicht ausweiten konnte. Die ArbeiterInnen und Bauern haben in all diesen Ländern ähnliche drückende Probleme.

**Exkurs: Der Wind kommt zunehmend vom Süden.  
Über die wachsende Bedeutung des Proletariats  
der halbkolonialen und  
schwachen imperialistischen Staaten**

Die Revolutionen in der arabischen Welt bringen auch das Resultat einer längerfristigen Entwicklung zum Ausdruck – nämlich der Verschiebung des Gewichts des Proletariats von den imperialistischen Metropolen in Richtung der ärmeren Länder. Vor hundert Jahren – zur Zeit von Lenin und Trotzki – war das Proletariat in der kolonialen und halb-kolonialen Welt noch recht klein. Die kapitalistische Industrialisierung hatte in einem noch relativ geringen Maße um sich gegriffen.

Dies hat sich in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch geändert. Wie wir mit der Tabelle 18 zeigen, verlagert sich in allen Teilen der Welt das Gewicht bei der Erwerbstätigen vom Agrarsektor zum Industrie- und Dienstleistungssektor, wobei in den reichen imperialistischen Staaten – also den EU-15, Nordamerika und Japan – bereits seit mehreren Jahrzehnten der Agrarsektor nur noch einen sehr kleinen Teil der Beschäftigten umfaßt. Aber selbst außerhalb der reichen imperialistischen Metropolen – also in den Ländern mit der großen Mehrzahl der weltweiten Bevölkerung – arbeiten mittlerweile nur noch 40% aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft.

Damit zusammenhängend findet ein massives Wachstum der ArbeiterInnenklasse statt. Wie wir gezeigt haben, sind mittlerweile knapp die Hälfte aller Erwerbstätigen – genauer gesagt 46,9% - weltweit Lohnabhängige. 63

Die Proletarisierung sowohl allgemein als auch unter den Frauen ist natürlich in den unterschiedlichen Regionen aufgrund des unterschiedlichen Standes der kapitalistischen Entwicklung verschieden ausgeprägt. (siehe die bereits vorher abgebildete Tabelle 10)

Damit kommen wir auch zum nächsten charakteristisch-

en Merkmal der Entwicklung des internationalen Arbeitsprozesses: das Gewicht der Erwerbstätigen allgemein, sowie das des Proletariats im Besonderen verlagert sich zunehmend in die halbkolonialen sowie die ärmeren imperialistischen Länder (wie heute China und Rußland). Tabelle 19 zeigt die entsprechende Entwicklung in den letzten 45 Jahren: lebten 1965 noch ein Fünftel aller Erwerbstätigen in den imperialistischen Metropolen, sind es heute nur noch weniger als 14%. Alleine zwischen 1960 und 1980 wuchs die ArbeiterInnenklasse in Asien, Afrika und Lateinamerika um 66-100%. (siehe Tabelle 21)

Die enorme Bedeutung der Erwerbstätigen in den ärmeren Ländern wird auch ersichtlich, wenn wir uns die Verteilung der Industriebeschäftigten ansehen. Immerhin ist die Industrie der Kernsektor der kapitalistischen Wertproduktion. Tabelle 20 zeigt uns, daß 83,5% aller Industriebeschäftigten außerhalb der reichen imperialistischen Metropolen leben.

In der folgenden Tabelle 22 kann man erkennen, daß sich diese Tendenz in den letzten 15 Jahren ungebrochen fortsetzte. Heute leben  $\frac{3}{4}$  aller Lohnabhängigen in halbkolonialen sowie den ärmeren imperialistischen Ländern.

In Wirklichkeit ist die tatsächliche Verschiebung des Gewichts des Proletariats in Richtung der halbkolonialen und schwachen imperialistischen Länder größer als es die offiziellen Statistiken andeuten. Warum? Weil, wie schon oben festgestellt, die bürgerliche Kategorie „Lohnabhängige“ nicht nur ArbeiterInnen umfaßt. Allgemein kann man sagen, daß in den reichen imperialistischen Staaten eine nicht unbeträchtliche Minderheit der Lohnabhängigen nicht zur ArbeiterInnenklasse, sondern zu den lohnabhängigen Mittelschichten zählen (Aufsichtspersonal, Polizei usw.). In den ärmeren Ländern spielen die lohnabhängigen Mittelschichten eine viel geringere Rolle. Darüberhinaus ist in den imperialistischen Staaten auch der Anteil jener Schicht größer als im halbkolonialen Proletariat, den

**Tabelle 18: Aufteilung der Erwerbstätigen in den Wirtschaftssektoren weltweit (62)**

	Landwirtschaft			Industrie			Dienstleistungen		
	1950	1977	2008	1950	1977	2008	1950	1977	2008
Länder mit niedrigem Einkommen	78%	73%	40,7%	8%	11%	21,6%	14%	16%	37,8%
Länder mit mittlerem Einkommen	65%	46%		14%	22%		21%	32%	
Länder mit hohem Einkommen	25%	7%	3,7%	36%	38%	23,4%	39%	55%	72,8%

**Tabelle 19: Aufteilung der Erwerbstätigen in den verschiedenen Regionen für die Jahre 1965, 1995 und 2008/09 (64)**

	Erwerbstätige (in Prozent)		
	1965	1995	2008/09
Welt	100%	100%	100%
Entwickelte Industriestaaten	20%	15%	13,9%
Osteuropa und ehem. UdSSR	14%	10%	6,7%
Süd- und Ostasien	51%	57%	57,5
Lateinamerika	5%	6%	8,4%
Nordafrika und Naher Osten	2%	3%	4,3
Sub-Sahara Afrika	8%	9%	9,8%

MarxistInnen als ArbeiterInnenaristokratie bezeichnen - also jene Teile der Klasse, die von der Bourgeoisie mittels verschiedener Privilegien besser gestellt und bestochen werden; z.B. bestimmte Teile der sehr gut bezahlte FacharbeiterInnen oder IT-Angestellte. Die Grundlage dieser Bestechung sind die, durch die Überausbeutung der halbkolonialen Länder erzielten, Extraprofite. Das Resultat ist eine enorme Verbürgerlichung der ArbeiterInnenaristokratie und eine materielle Bindung dieser an den kapitalistischen Staat. – ungeachtet der Leugnung dieser Tatsache durch zahlreiche revisionistische Theoretiker. <sup>68</sup> Solche Tendenzen der Verbürgerlichung sind im Proletariat der halbkolonialen Welt viel geringer ausgeprägt. Andererseits wiederum ist das Proletariat in den ärmeren Ländern größer als es die offiziellen Statistiken vermuten lasse. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der ArbeiterInnen in

diesen Ländern ist aufgrund des großen informellen Sektors nicht als Lohnabhängige beschäftigt, sondern formell als Selbständige. Kurz und gut, der Anteil der halbkolonialen Länder an der WeltarbeiterInnenklasse könnte sogar statt  $\frac{3}{4}$  bis zu 80% betragen.

Das bedeutet natürlich nicht, daß das Proletariat in den Metropolen (also den verhältnismäßig reichen Staaten in Westeuropa, Nordamerika und Japan) unwichtig geworden wäre. Nichts wäre falscher als eine solche Annahme. Das Proletariat Westeuropas, Nordamerika und Japans spielt nach wie vor eine zentrale Rolle im internationalen Klassenkampf. Aber es ist unabdingbar für revolutionäre KommunistInnen, die gestiegene Bedeutung der halbkolonialen sowie die ärmeren imperialistischen Ländern in Asien, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Afrika zu erkennen und den Aufbau der revolutionären

**Tabelle 20: Aufteilung der Erwerbstätigen in der Industrie in den verschiedenen Regionen 2008/09 (65)**

	Erwerbstätige in der Industrie (in Millionen)	Verteilung der Industrie- beschäftigten
Welt	666,4	100%
Entwickelte Industriestaaten	109,8	16,5%
Osteuropa und ehem. UdSSR	39,5	5,9%
Ostasien	226,0	33,9%
Südostasien	49,9	7,5%
Südasien	122,2	18,3%
Lateinamerika	56,1	8,4%
Nordafrika	14,9	2,2%
Naher Osten	16,4	2,4%
Sub-Sahara Afrika	31,7	4,8%

**Tabelle 21: Wachstum der Arbeiterklasse in der halbkolonialen Welt (in Millionen) (66)**

Asien		Lateinamerika		Afrika	
1960	1980	1960	1980	1960	1980
93	145	36	67	16	38

**Tabelle 22: Aufteilung der Lohnabhängigen in den verschiedenen Regionen für die Jahre 1995 und 2008/09 (67)**

	Lohnabhängige (in Prozent)	
	1995	2008/09
Welt	100%	100%
Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen	65,9%	72,4%
Länder mit hohen Einkommen	34,1%	27,6%
Länder mit hohen Einkommen (ohne halb-koloniale EU-Staaten)	--	25%
Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen (mit halb-koloniale EU-Staaten)	--	75%

Weltpartei auch entsprechend zu gestalten. Die arabische Revolution ist ein kräftiges Lebenszeichen des halbkolonialen Proletariats! Jede Form von Metropolen-Borniertheit ist heute schädlicher denn je.

Welche programmatischen und organisatorischen Konsequenzen ergeben sich daraus für die ArbeiterInnenbewegung? Erstens ist es notwendig, daß die ArbeiterInnenbewegung die zentrale Bedeutung des Proletariats in der halbkolonialen Welt sowie den ärmeren imperialistischen Staaten begreift. Während vor 100 Jahren der Großteil des Weltproletariats in den entwickelten imperialistischen Industriestaaten lebte, haben wir heute die umgekehrte Situation: der Großteil des Weltproletariats lebt in der halbkolonialen Welt sowie unterentwickelten imperialistischen Staaten wie China und Rußland.

Zweitens muß die aufzubauende revolutionäre Weltpartei den tatsächlichen, im umfassendsten Sinne des Wortes, internationalen Charakter des Weltproletariats begreifen. Nicht nur jede Form der National-Borniertheit ist abzulehnen, auch jede Form der regionalen bzw. kontinentalen Borniertheit ist schädlich. Eine internationale ArbeiterInnenorganisation, eine Organisation, die den Anspruch

hat, eine revolutionäre Weltpartei aufzubauen, muß von Anfang an bestrebt sein, als tatsächlich internationale Organisation – also eine Organisation, die gerade auch die Bedeutung der ArbeiterInnenklasse des Südens und des Ostens versteht und widerspiegelt – zu existieren. Die künftige revolutionär-kommunistische Weltpartei hat daher ein stark halbkoloniales Gesicht oder ist keine Weltpartei.

Drittens treten wir Bolschewiki-KommunistInnen dafür ein, daß sich diese gewachsene Bedeutung der ArbeiterInnenklasse des Südens und des Ostens auch in ihrer Bedeutung und Rolle innerhalb der revolutionären Weltpartei und ihrer Aufbauorganisationen widerspiegelt. In den internationalen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung muß vermieden werden, daß deren Führungen sich vorwiegend von VertreterInnen aus den reichen imperialistischen Ländern zusammensetzen. Die zentrale Rolle des Proletariats des Südens und des Ostens muß sich nach Möglichkeit auch in einer entsprechenden, zentralen Vertretung dieser in der Führung der internationalen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung niederschlagen.

### III. Fragen der marxistischen Theorie: Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus nach Trotzki und nach Stalin

Die jüngsten Entwicklungen im arabischen Raum sind eine eindrucksvolle Bestätigung der Theorie der permanenten Revolution von Leo Trotzki und des ihr zugrundeliegenden Gesetzes der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung. Wie wir gezeigt haben, hat die arabische Revolution ihren Ursprung in den scharfen Umbrüchen der Weltordnung – also die Krise der Weltwirtschaft, die dadurch bedingte Verschärfung der sozialen Gegensätze sowie der Weltpolitik und der sich daraus ergebenden Schwächung der auf der Vorherrschaft des US-Imperialismus beruhenden regionalen Ordnung.

So international die Ursachen der arabischen Revolution bedingt sind, so international ist die Revolution selbst ihrem Wesen und ihren Auswirkungen nach. In Tunesien beginnend, breitete sie sich in Windeseile auf eine Reihe anderer Länder aus. Dabei blieb die Ausstrahlungskraft der Revolution nicht nur auf die arabischen Länder beschränkt. Im Iran, in China, bei den Massenprotesten in Griechenland und Spanien, ja selbst bei den Streiks der öffentlich Beschäftigten in Wisconsin in den USA war die arabische Massenbewegung ein positiver Bezugspunkt und Ansporn.

#### Trotzkis Theorie der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung

Die jüngsten Ereignisse in der arabischen Welt unterstreichen einmal mehr den Grundsatz des Marxismus, daß im Kapitalismus die einzelnen nationalen und regionalen Entwicklungen nur im Zusammenhang mit der weltweiten Entwicklung der Wirtschaft und der Politik begriffen werden können. Sie können nicht einfach und

nicht einmal in erster Linie aus den inneren, nationalen Faktoren abgeleitet werden. Genau genommen sind die Weltwirtschaft und die Weltpolitik – die sich wiederum als Schmelztiegel aller nationalen Faktoren zu einer eigenständigen Totalität über diese erheben – die ausschlaggebenden Triebkräfte. Die ungleichmäßige und kombinierte Entwicklung des Weltkapitalismus trifft mit den lokalen Besonderheiten eines Landes zusammen – diese sind selber wiederum „eine eigenartige Vermengung der wesentlichen Triebkräfte des Weltprozesses“<sup>69</sup> – und verschmilzt dann zu der jeweils spezifischen nationalen Dynamik der politischen und ökonomischen Verhältnisse eines bestimmten Staates.

Dies ergibt sich notwendigerweise aus dem grundsätzlich internationalen Charakter des Kapitalismus. Bleibt die Form der Organisation der Produktivkräfte zwar nationalstaatlich, so ist sie ihrem Wesen nach international, also die Grenzen des Nationalstaates überwindend und sich als Weltmarkt konstituierend. Diese Ansicht Trotzki's beruhte auf den Anschauungen von Marx und Engels. So schrieb Marx in den „Grundrissen“ – einer zentralen Vorarbeit für sein Hauptwerk „Das Kapital“:

„Im Weltmarkt hat sich der Zusammenhang des einzelnen mit allen, aber auch zugleich die Unabhängigkeit dieses Zusammenhangs von den einzelnen selbst zu einer solchen Höhe entwickelt, daß seine Bildung zugleich schon die Übergangsbedingung aus ihm selbst enthält.“<sup>70</sup>

Und im „Kapital“ selber betont Marx, daß der Weltmarkt die eigentliche Grundlage des Kapitals ist:

„Im Welthandel entfalten die Waren ihren Wert universell. Ihre selbständige Wertgestalt tritt ihnen daher hier auch gegenüber als Weltgeld. Erst auf dem Weltmarkt funktioniert das Geld in

*vollem Umfang als die Ware“<sup>71</sup>*

In einem Brief an Engels bekräftigt Marx noch einmal diesen Gedanken:

*„Die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft ist die Herstellung des Weltmarktes, wenigstens seinen Umrissen nach, und einer auf seiner Basis ruhenden Produktion.“<sup>72</sup>*

Dieses Verständnis war auch die Grundlage der Politik der bolschewistischen Partei und der Kommunistischen Internationale. In der weitverbreiteten Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – dem *„ABC des Kommunismus“* – legen die Autoren die Analyse der Partei Lenins und Trotzki dar:

*„Der gegenwärtige Kapitalismus ist ein Weltkapitalismus. Alle Länder sind aufeinander angewiesen: die einen kaufen bei den anderen. Es gibt jetzt auf der Erde kein Plätzchen, das nicht unter die Ferse des Kapitals geraten wäre, kein Land, das restlos alles für seinen Bedarf selbst erzeugen würde.*

*Eine ganze Reihe von Produkten kann nur in bestimmten Orten erzeugt werden: Orangen wachsen nicht in kalten Ländern, das Eisenerz kann nur dort gefördert werden, wo sich ein solches im Boden vorfindet; Kaffee, Kakao, Kautschuk können nur aus heißen Ländern bezogen werden. Die Baumwolle wird in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Indien, Ägypten, Turkestan usw. gepflanzt, von wo sie nach allen Weltheilen ausgeführt wird. Über Kohle verfügen England, Deutschland, die Vereinigten Staaten, die Tschechoslowakei und Rußland; Italien besitzt z.B. keine Kohle und ist deshalb völlig auf die englische oder deutsche Kohle angewiesen. Der Weizen wird nach allen Ländern aus Amerika, Indien, Rußland und Rumänien ausgeführt usw.*

*Außerdem sind die einen Länder fortgeschrittener als die anderen. Deshalb werden durch die ersteren allerlei Erzeugnisse der städtischen Industrie auf die Märkte der rückständigen Länder geworfen: z.B. Eisenwaren werden der ganzen Welt hauptsächlich von England, den Vereinigten Staaten und Deutschland geliefert; chemische Produkte lieferte vor allem Deutschland. Auf diese Weise hängt ein Land vom andern ab.“<sup>73</sup>*

Auf dieser Grundlage beruht auch die von Leo Trotzki entwickelte Theorie der ungleichzeitigen und kombinierten Entwicklung und die sich daraus ergebende Konzeption der permanenten Revolution: *„Der Marxismus geht von der Weltwirtschaft aus nicht als einer Summe nationaler Teile, sondern als einer gewaltigen, selbständigen Realität, die durch internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt geschaffen wurde und in der gegenwärtigen Epoche über die nationalen Märkte herrscht. Die Produktivkräfte der kapitalistischen Gesellschaft sind längst über die nationalen Grenzen hinausgewachsen. Der imperialistische Krieg war eine der Äußerungen dieser Tatsache.“<sup>74</sup>*

Daraus ergeben sich für Trotzki – wie wir später sehen werden – wesentliche Konsequenzen für den Aufbau des Sozialismus. Wenn die Entwicklung der Produktivkräfte einen internationalen, weltumspannenden Charakter angenommen haben, wenn keine moderne Wirtschaft der Welt ausschließlich in ihren nationalstaatlichen Grenzen existieren kann, dann kann eine wirkliche sozialistische Gesellschaft, in der die Produktivkräfte ein höheres Lebens- und Kulturniveau ermöglichen als im Kapitalismus, in der die Klassen und der Staat absterben, dann kann eine solche Gesellschaft ebenfalls nur international und nicht isoliert in einem einzelnen Land errichtet werden.

Diese Herangehensweise ermöglicht uns das Verständnis der arabischen Länder, die Entwicklung ihrer Industrie und

damit eines beachtenswertes Proletariats sowie ihrer Einbezogenheit in die Weltwirtschaft. Die gesamte Geschichte der Menschheit zeichnet sich durch eine Ungleichmäßigkeit in ihrer Entwicklung aus. Die arabisch-islamische Zivilisation zeichnete sich durch ein höchst entwickeltes Niveau aus, neben der sich das von Kriegen, Pest und Inquisition zerrüttete Europa des Mittelalters erbärmlich ausnahm. Die chinesische Zivilisation erlebte Hochblüten in Zeiten, in denen andere Kulturen wie z.B. die Indianer in Nordamerika noch auf einem viel niedrigeren Niveau waren. Die Geschichte des Römischen Reiches – die vom Zusammenprallen von Kulturen völlig unterschiedlicher Entwicklungsstufen geprägt war – ist ein weiteres Beispiel für dieses Gesetz. Deswegen spricht Trotzki auch zurecht von der Ungleichmäßigkeit als dem *„allgemeinsten Gesetz des historischen Prozesses“*.

Aus der Ungleichmäßigkeit ergibt sich notwendigerweise ein zweites, damit in engster Verbindung stehendes Gesetz – das *Gesetz der kombinierten Entwicklung*. Die verschiedenen Teile der Gesellschaft, die verschiedenen Länder der Welt, die verschiedenen Faktoren der Produktivkräfte und der Wirtschaft existieren nicht in Isolation voneinander, sondern wirken aufeinander ein, verweben sich miteinander und es bildet sich ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis heraus. Am Ende der Entwicklung dieser dialektischen Einheit von Gegensätzen – ihrem Kampf und ihrer gegenseitigen Einwirkung aufeinander – steht die Herausbildung einer neuen Entwicklungsstufe der gesellschaftlichen Formation, der Produktivkräfte, des politischen Systems usw. (als eine Art Aufhebung und Entwicklung von Gegensätzen auf neuer Stufe)<sup>75</sup>

Trotzki beschreibt diesen Mechanismus folgendermaßen: *„Die geschichtliche Gesetzmäßigkeit hat nichts gemein mit pedantischem Schematismus. Die Ungleichmäßigkeit, das allgemeinste Gesetz des historischen Prozesses, enthüllt sich am krassesten und am verwickeltesten am Schicksal verspäteter Länder. Unter der Knute äußerer Notwendigkeit ist die Rückständigkeit gezwungen, Sprünge zu machen. Aus dem universellen Gesetz der Ungleichmäßigkeit ergibt sich ein anderes Gesetz, das man mangels passenderer Bezeichnung das Gesetz der kombinierten Entwicklung nennen kann im Sinne der Annäherung verschiedener Wegetappen, Verquickung einzelner Stadien, des Amalgams archaischer und neuzeitiger Formen. Ohne dieses Gesetz, selbstverständlich in seinem gesamten materiellen Inhalt genommen, vermag man die Geschichte Rußlands wie überhaupt aller Länder zweiten, dritten und zehnten Kulturaufgebots nicht zu erfassen.“<sup>76</sup>*

Das Gesetz der kombinierten Entwicklung baut auf dem Gesetz der Ungleichmäßigkeit auf. Der US-amerikanische marxistische Theoretiker George Novack merkte in seinen Studien zu diesem Thema zurecht an: *„Diese beiden Gesetze trifft man immer gemeinsam an und sie sind zu einem einzigen Gesetz der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung verbunden.“<sup>77</sup>*

Je entwickelter die Produktivkräfte, je mehr sich also die Staaten und die wirtschaftlichen Beziehungen ausbreiten, desto stärker wirken die ungleichmäßig entwickelten Faktoren aufeinander ein, desto stärker wirkt das Gesetz der kombinierten Entwicklung. Dies wiederum bewirkt einerseits eine Angleichung, eine Nivellierung der verschiedenen Länder und Gesellschaftsformationen. Die rapide Entwicklung der Industrie in den halbkolonialen Staaten, in denen es vor 100 Jahren noch kaum ein Proletariat gab, die Ausbreitung moderner Technologien wie Computer

und Handy-Telephone in alle Regionen Afrikas usw. sind untrügliche Zeugnisse dieser Tendenz zur Angleichung. Doch „diese Nivellierung kann niemals eine irgend vollständige sein.“ (Trotzki) 78 Denn in noch stärkerem Ausmaß beschleunigt die kombinierte Entwicklung das Tempo der Ungleichmäßigkeit zwischen den verschiedenen Ländern, verstärkt die Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisse zwischen Staaten und nationalen Wirtschaften und schafft neue Formen der Ausbeutung.

### **Die ungleichmäßige Entwicklung der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes**

Die folgende Tabelle 23, die sich auf Forschungsergebnisse des bekannten und erst kürzlich verstorbenen Wirtschaftshistoriker Angus Maddison stützt, zeigt die wachsende Ungleichheit in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den verschiedenen Teilen der Welt. Diese Ungleichheit nimmt seit dem Beginn der Epoche des Imperialismus beschleunigt zu. Hierbei wird v.a. die weitaus raschere Vermehrung des Reichtums in den imperialistischen Metropolen im Vergleich zu den ärmeren Ländern ersichtlich. Ebenso ist auch der Aufholprozeß der neuen imperialistischen Macht China in den letzten 20 Jahren zu erkennen.

Die Entwicklung der Produktivkräfte verstärkt die Macht jener, die die Kontrolle über die fortgeschrittensten Technologien, Waffen usw. haben, über jene, die hierbei zurückliegen. Daher die jahrzehntelange fast absolute militärische Vorherrschaft des US-Imperialismus, daher die Kontrolle der Weltwirtschaft durch ein paar hundert multinationale Konzerne usw.

Aus dieser ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung ergibt sich die zunehmende Sprunghaftigkeit in der Entwicklung. Auch diese Sprunghaftigkeit – und zwar sowohl nach vorne, in Richtung historischen Fortschritt, als auch nach hinten, in Richtung geschichtlichen Rückschritt – können wir in der ganzen Geschichte der Menschheit beobachten. Deswegen schrieb Lenin auch zurecht über den dialektischen, sich in Sprüngen vollziehenden, Charakter der Entwicklung, die „die nicht gradlinig, sondern sozusagen in der Spirale vor sich geht; eine sprunghafte, mit Katastrophen verbundene, revolutionäre Entwicklung“ 80

So zum Beispiel war das antike Griechenland einst die führende Zivilisation, um später in die Bedeutungslosigkeit zurückzufallen. Ähnlich das Römische Reich, das sich zuerst aus einem Bauernland zur beherrschenden Macht des Mittelmeerraumes bis hinauf nach England aufschwang um später durch die Hunnen und Germanen zurückgeworfen zu werden. Als aktuellere Beispiele wären Portugal und Spanien zu erwähnen, die im 15. und 16. Jahrhundert Weltmächte waren, um im 19. und 20. Jahrhundert zu rückständigen imperialistischen Nationen zurückzufallen. Die USA wiederum waren im 19. Jahrhundert als weitgehendes Farmerland, das noch dazu durch den Bürgerkrieg zwischen Norden und Süden tief gespalten war, noch nicht in der Lage, eine weltpolitische Rolle zu spielen. Das 20. Jahrhundert dagegen wird zu Recht als das „amerikanische Jahrhundert“ bezeichnet.

Aber auch auf der Ebene des Klassenkampfes können wir solche Ungleichmäßigkeiten und Sprünge in der Entwicklung feststellen. Die britische ArbeiterInnenklasse brachte mit der Bewegung der Chartisten in den 1840er Jahren die erste politische ArbeiterInnenbewegung hervor, ver-

bürgerlichte jedoch später dank des enormen Reichtums und somit Bestechungspotential der heimischen imperialistischen Bourgeoisie, sodaß der Marxismus und Kommunismus in Britannien nie richtig Fuß fassen konnte. In Deutschland und Österreich dagegen entwickelte sich die ArbeiterInnenbewegung erst später, brachte dafür marxistische Massenparteien hervor, die in der II. Internationale eine führende Rolle spielten. In Rußland entwickelte sich der Marxismus wiederum noch später als in West- und Mitteleuropa, doch verband sich dort die zahlenmäßig kleine, aber hochkonzentrierte ArbeiterInnenklasse mit dem Haß der Bauern auf die Großgrundbesitzer und dem breiten Unmut über die Zarenherrschaft. Auch kannte Rußland eine mehr als glorreiche Vergangenheit durch die KämpferInnen der Narodniki und der Narodnaja Wolja, die noch vor der massenhaften Organisierung des russischen Proletariats den Kampf gegen das Regime des Zaren in den 1870er und 1880er Jahren führten, viele dabei unter Einsatz ihres Lebens. Dadurch wurde Rußland innerhalb weniger Jahrzehnte von einem Vorposten der Konterrevolution zu dem Vorposten der Weltrevolution.

Führen wir noch zwei aktuelle Beispiele der ungleichzeitigen und kombinierten Entwicklung an. Das Zusammenreffen modernster Technologien mit einer ArbeiterInnenklasse, die von einem diktatorischen Regime unterdrückt und als billige Arbeitskräfte profitabel ausgebeutet wird, kann – wie das Beispiel China zeigt – zu einer raschen Industrialisierung und der Herausbildung einer neuen imperialistischen Macht führen. Gleichzeitig jedoch verändert sich auch das Bewußtsein eben dieser ArbeiterInnenklasse. Nach der Niederschlagung des revolutionären ArbeiterInnen- und StudentInnenbewegung am Tian’anmen-Platz im Juni 1989 mußte die ArbeiterInnenklasse Jahre der brutalsten kapitalistischen Ausbeutung über sich ergehen lassen. Doch in den letzten Jahren sehen wir einen enormen Aufschwung von Streiks und auch lokalen Bauernaufständen, die einen neuen Frühling der chinesischen ArbeiterInnenklasse anzeigen.

Schließlich ist die arabische Revolution ein weiteres Beispiel. Die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas galten über viele Jahrzehnte als rückständig und die ArbeiterInnenklasse als ruhiggestellt. In kaum einen dieser Länder konnte der Marxismus je Fuß fassen. Die voranschreitende Industrialisierung dieser Länder, die immer drückender werdende Herrschaft der diktatorischen und korrupten Bourgeoisie und die Vormachstellung des verachteten, pro-israelischen und gleichzeitig immer schwächer werdenden US-Imperialismus waren das Gemisch, das letztlich zu der sozialen Explosion in der Region führte.

Das Gesetz der ungleichmäßigen und kombinierten Entwicklung ist auch wichtig um zu verstehen, wie es in bestimmten arabischen Ländern möglich ist, parallel zu den modernsten und profitabelsten Ausbeutungsformen und Produktionsstätten halb-feudale soziale und politische Strukturen aufrechtzuerhalten. Die enorm hohe Grundrente, die die Kapitalisten der erdölexportierenden Staaten beziehen, ermöglicht ihnen einen immensen Reichtum. Libyen besitzt z.B. ein höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf als Rumänien und jenes Saudi-Arabiens ist so hoch wie das der Schweiz. 81 Doch gerade diese „Modernität“ ermöglicht es den herrschenden Klassen dieser Länder, extrem rückständige soziale und politische Strukturen zu konservieren. Dadurch erhoffen die Bourgeoisie und

die imperialistischen Großmächte, ihre Macht besser absichern zu können. Wenn z.B. wie in Libyen und in den Golfstaaten die ArbeiterInnenklasse sich weitgehend aus rechtlosen und billigen MigrantInnen zusammensetzt, die gleichzeitig hohe Gewinne ermöglichen, dann können diese Bourgeoisien verhindern, daß ein Großteil der einheimischen Bevölkerung proletarisiert wird. Sie können somit gleichzeitig die weitere Existenz von Stammesstrukturen, von kleinbürgerlichen Schichten usw. sowie eines aufgeblähten, parasitären Herrschaftsapparates mit zahlreichen Prinzen etc. sowie einem gewaltigen Sicherheitsapparat gewährleisten. Kurz und gut, der immense Reichtum der modernen Erdölproduktion ermöglicht die Fortführung der Existenz rückständiger sozialer und politischer Formationen.

### Stalins Uminterpretation des Gesetzes der gleichzeitigen Entwicklung

Um die Frage der ungleichmäßigen Entwicklung und der Orientierung auf die internationale Revolution oder dem Aufbau des Sozialismus in einem Land entwickelte sich in den 1920er Jahren eine der wichtigsten Kontroversen in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. Der revolutionäre Flügel der Kommunistischen Internationale um Leo Trotzki ging davon aus, daß die ungleichmäßige Entwicklung notwendigerweise Hand in Hand mit der kombinierten Entwicklung und der Herausbildung eines Weltkapitalismus geht und gehen muß. Daraus schlußfolgerten sie, daß der Sozialismus als eine entwickelte Gesellschaft – in der die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit systematisch reduziert und die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Entfaltung des Menschen sukzessive erweitert wird, in der also die Produktivkräfte ein derartiges Niveau erlangen, daß ein Prozeß des Absterbens der Klassen und des Staat einsetzt – nur international und nicht in einem einzelnen Land aufgebaut werden kann. Das galt

natürlich besonders für ein wirtschaftlich rückständiges Land wie Rußland.

Der zentristische – also der sich an den Reformismus anpassende, nicht-revolutionäre – Flügel um Josef Stalin behauptete dagegen, daß die ungleichmäßige Entwicklung bloß bedeute, daß die einzelnen Länder *unabhängig voneinander* sich in diese oder jene Richtung entwickeln könnten. Daraus schlußfolgerten sie, daß die Orientierung auf das Vorantreiben der sozialistischen Weltrevolution falsch sei und die Konzentration der Kommunistischen Partei in Rußland auf dem Aufbau der Sozialismus in einem Land liegen müsse. Weiters müsse die Arbeit der Kommunistischen Internationale als ganzes diesem Aufbau des Sozialismus in Rußland untergeordnet werden. So fand unter Stalin eine Uminterpretation des Selbstverständnisses der KomunistInnen statt. Zur Zeit von Lenin und Trotzki war die vorrangige Aufgabe der KommunistInnen das Vorantreiben der Weltrevolution. Die Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion war in diese Perspektive integriert und ihr untergeordnet. So schrieb Lenin 1918 am Beginn des Bürgerkrieges:

*„Der ist kein Sozialist, der nicht begreift, daß man um des Sieges über die Bourgeoisie, um des Übergangs der Macht an die Arbeiter, um des Beginns der internationalen proletarischen Revolution willen keinerlei Opfer scheuen darf und soll, selbst nicht das Opfer, einen Teil des Territoriums zu verlieren oder schwere Niederlagen hinzunehmen, die uns der Imperialismus beibringen kann. Der ist kein Sozialist, der nicht durch Taten bewiesen hat, daß er zu schwersten Opfern von Seiten „seines“ Vaterlandes bereit ist, wenn nur die Sache der sozialistischen Revolution tatsächlich vorankommt.“* 82

Stalin kehrte das Verhältnis von Weltrevolution und dem Erhalt der Sowjetunion um. Nun wurde die Weltrevolution dem Erhalt der Sowjetunion – einem Synonym für den Macherhalt der Bürokratie – untergeordnet:

*„Ein Revolutionär ist, wer ohne Vorbehalte, bedingungslos, offen und ehrlich, ohne militärische Geheimberatungen bereit ist,*

**Tabelle 23: Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf (US-Dollar 1990), Welt und einzelne Regionen, 1820-2001 (79)**

	1820	1870	1900	1950	1990	2001
Westeuropa	1,204	1.960	2.893	4.579	15.966	19.256
USA	1.257	2.445	4.091	9.561	23.201	27.948
Japan	669	737	1.180	1.921	18.789	20.683
Kapitalistische Metropolen Gesamt	-	-	2.952	5.649	18.781	22.509
Osteuropa	683	937	1.438	2.111	5.450	6.027
Ehemalige UdSSR	688	943	1.237	2.841	6.878	4.626
Lateinamerika	692	681	1.109	2.506	5.053	5.811
China	600	530	545	439	1.858	3.583
Indien	533	533	599	619	1.309	1.957
Sonstiges Asien	584	643	802	918	3.084	3.997
Afrika	420	500	601	894	1.444	1.489
Ärmere Länder Gesamt	-	-	749	1.091	2.713	3.377
Welt	667	875	1.262	2.111	5.157	6.049

*die UdSSR zu schützen und zu verteidigen, denn die UdSSR ist der erste revolutionäre proletarische Staat in der Welt, der den Sozialismus aufbaut. Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen, weil die UdSSR die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt ist; diese revolutionäre Bewegung zu schützen und voranzubringen ist aber nicht möglich, ohne die UdSSR zu schützen.“* 83

Dieser Flügel um Stalin stützte sich auf die unter Bedingungen der Armut und des Bürgerkrieges herausgebildete und zur Macht gekommene Schicht der Bürokratie und dominierte die KPR und die Komintern ab 1924. Nach vier Jahren harten Fraktionskampfes gelang es den StalinistInnen schließlich Ende 1927, die tausenden AktivistInnen der Linken Opposition um Trotzki auszuschließen, in Gefängnisse zu stecken und schließlich fast vollständig auszurotten.

Der stalinistische Flügel rechtfertigte seine Abkehr von der Strategie der Weltrevolution hin zu einer national-reformistischen Version des Sozialismus durch eine völlig undialektische, mechanische Uminterpretation des Gesetzes der Ungleichmäßigkeit. Laut Stalin bedeute dieses Gesetz bloß, daß sich die verschiedenen Länder in unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickeln würden. Die Produktivkräfte hätten keinen internationalen, die Grenzen des Nationalstaates übergreifenden Charakter, sondern vielmehr seien in jeden einzelnen Land – sogar einem wirtschaftlich so rückständigen Land wie Rußland – die Voraussetzungen für den vollständigen Aufbau des entwickelten Sozialismus vorhanden. Laut Stalin gewährleisteten die Rohstoffe und die Größe des Landes, „daß wir alles haben, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten.“ 84

Diesen Standpunkt bekräftigte Stalin mehrmals. So schrieb er 1925:

*„Mit anderen Worten, unter der Diktatur des Proletariats sind bei uns, wie es sich erweist, alle Vorbedingungen gegeben, die notwendig sind, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten, wobei alle und jegliche inneren Schwierigkeiten überwunden werden, denn wir können und müssen sie aus eigener Kraft überwinden. Das ist wohl klar.“* 85

Daß dies nicht möglich war, zeigte die Tatsache, daß die Industrialisierung der Sowjetunion nur durch die brutale Zwangskollektivierung und dem Hungertod von Millionen Menschen möglich war und diese wiederum die Diktatur der Bürokratie verstärkte, dadurch die politische Unterstützung für den ArbeiterInnenstaat auf massivste Weise untergraben wurde und selbst diese Industrialisierung schließlich nicht den Untergang gegen die imperialistischen Staaten verhindern konnte.

Stalins national-reformistische Uminterpretation des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung stand in offenkundigen Widerspruch mit den Ansichten von Marx und Engels. Diese gingen noch vom weltumspannenden Charakter der Produktivkräfte und des Kapitalismus aus und sagten daher, daß der revolutionäre Umwälzungsprozeß und der Aufbau des Sozialismus ebenfalls international vonstatten gehen müssen. So schrieb Friedrich Engels in seiner bekannten Vorarbeit zum „Kommunistischen Manifest“ – den „Grundsätzen des Kommunismus“ aus dem Jahre 1847:

*„Frage: Wird diese Revolution in einem einzigen Lande allein vor sich gehen können?*

*Antwort: Nein. Die große Industrie hat schon dadurch, daß sie*

*den Weltmarkt geschaffen hat, alle Völker der Erde, und namentlich die zivilisierten, in eine solche Verbindung miteinander gebracht, daß jedes einzelne Volk davon abhängig ist, was bei einem andern geschieht. Sie hat ferner in allen zivilisierten Ländern die gesellschaftliche Entwicklung so weit gleichgemacht, daß in allen diesen Ländern Bourgeoisie und Proletariat die beiden entscheidenden Klassen der Gesellschaft, der Kampf zwischen beiden der Hauptkampf des Tages geworden. Die kommunistische Revolution wird daher keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, d.h. wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein. Sie wird sich in jedem dieser Länder rascher oder langsamer entwickeln, je nachdem das eine oder das andre Land eine ausgebildeterere Industrie, einen größeren Reichtum, eine bedeutendere Masse von Produktivkräften besitzt. Sie wird daher in Deutschland am langsamsten und schwierigsten, in England am raschesten und leichtesten durchzuführen sein. Sie wird auf die übrigen Länder der Welt ebenfalls eine bedeutende Rückwirkung ausüben und ihre bisherige Entwicklungsweise gänzlich verändern und sehr beschleunigen. Sie ist eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben.“* 86

Stalin rechtfertigte seine Abkehr von den theoretischen Grundlagen der internationalistischen Politik von Marx und Engels, indem er behauptete, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus hätten noch gar nicht das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung gekannt und noch gar nicht kennen können, da dieses erst in der Epoche des imperialistischen Monopolkapitalismus gelten würde und erst von Lenin im Jahre 1915 entdeckt worden sei. So sagte Stalin in einem zentralen Referat im Jahr 1926:

*„Wie entschieden die Marxisten diese Frage früher, sagen wir in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts, in den 50er und 60er Jahren, überhaupt in der Periode, als es noch keinen monopolistischen Kapitalismus gab, als das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus noch nicht entdeckt war und noch nicht entdeckt sein konnte, als infolgedessen die Frage des Sieges des Sozialismus in einzelnen Ländern noch nicht unter dem Gesichtswinkel gestellt wurde, unter dem sie späterhin gestellt wurde? Wir alle, wir Marxisten, angefangen von Marx und Engels, vertraten damals die Ansicht, daß der Sieg des Sozialismus in einem einzelnen Lande unmöglich sei, daß zum Siege des Sozialismus eine gleichzeitige Revolution in einer Reihe von Ländern, zumindest in einer Reihe der entwickeltsten und zivilisiertesten Länder notwendig sei. Und das war damals richtig. (... Danach folgt das oben angeführte Zitat aus den ‚Grundsätzen des Kommunismus‘, d. A.)*

*Das wurde in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts geschrieben, als es noch keinen monopolistischen Kapitalismus gab. Charakteristisch ist, daß Rußland hier nicht einmal erwähnt wird, daß Rußland überhaupt fehlt. Und das ist durchaus verständlich, da Rußland mit seinem revolutionären Proletariat, Rußland als revolutionäre Kraft damals noch nicht existierte, ja auch nicht existieren konnte.*

*War das richtig, was hier, in diesem Zitat, unter den Bedingungen des vormonopolistischen Kapitalismus gesagt wurde, war das in der Periode, in der Engels darüber schrieb, richtig? Ja, es war richtig.*

*Ist diese These heute, unter den neuen Bedingungen, den Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus und der proletarischen Revolution, richtig? Nein, sie ist bereits nicht mehr richtig.*

*In der alten Periode, in der Periode des vormonopolistischen Kapitalismus, in der vorimperialistischen Periode, als der Erd-*

ball noch nicht unter die Finanzgruppen aufgeteilt war, als die gewaltsame Neuauerteilung des bereits Aufgeteilten noch keine Lebensfrage für den Kapitalismus war, als die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung noch nicht so scharf ausgeprägt war und es auch nicht sein konnte, wie sie es später wurde, als die Widersprüche des Kapitalismus noch nicht jene Entwicklungsstufe erreicht hatten, auf der sie den blühenden Kapitalismus in den sterbenden Kapitalismus verwandeln und die Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einzelnen Ländern eröffnen - in dieser alten Periode war Engels' Formel unbestreitbar richtig. In der neuen Periode, in der Periode der Entwicklung des Imperialismus, da die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Länder zum entscheidenden Faktor der imperialistischen Entwicklung geworden ist, da die zwischen den Imperialisten unvermeidlichen Konflikte und Kriege die Front des Imperialismus schwächen und eine Durchbrechung dieser Front in einzelnen Ländern ermöglichen, da das von Lenin entdeckte Gesetz der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zum Ausgangspunkt der Theorie vom Sieg des Sozialismus in einzelnen Ländern geworden ist - unter diesen Bedingungen ist die alte Formel von Engels bereits nicht mehr richtig, unter diesen Bedingungen muß sie unbedingt durch eine andere Formel ersetzt werden, die besagt, daß der Sieg des Sozialismus in einem Lande möglich ist.“<sup>87</sup>

Wir haben vorher eine Reihe von Beispielen gegeben, die zeigen, daß das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung die gesamte Geschichte der Menschheit kennzeichnete und natürlich auch den vor-monopolistischen Kapitalismus. Engels Aussagen so zu interpretieren, daß Marx und Engels eine internationale Revolution nur dann für möglich hielten, wenn der Zeitpunkt der Machteroberung gleichzeitig sei, ist so kindisch, daß dies einer Verhöhnung der Intelligenz der Gründerväter des wissenschaftlichen Sozialismus gleichkommt. Natürlich meinten sie damit die Revolution im Sinne eines längerfristigen Prozesses, der in der Tat entweder international verläuft oder eben zu einer bürokratischen Diktatur und schließlich dem Zusammenbruch wie wir es 1989 in Osteuropa und der UdSSR gesehen haben, verkommt.

Auf diese Gefahr der Degeneration der Revolution im Falle ihrer Isolation wies Trotzki auch schon frühzeitig hin. Sollte sich die Revolution nicht ausweiten, so drohen die Herrschaft der Bürokratie und schließlich der Zusammenbruch des Arbeiterstaates und die Wiedereinführung des Kapitalismus. Prophetische Worte, die die Ereignisse von 1989 vorwegnahmen!

„Die Isolation der Sowjetunion hatte allerdings nicht unmittelbar jene bösen Folgen, die man hätte befürchten können: die kapitalistische Welt war zu desorganisiert und zu gelähmt, um ihre potentielle Stärke voll auszuspielen. Die 'Atempause' dauerte länger, als kritischer Optimismus zu hoffen erlaubte. Jedoch die Isolation und die Unmöglichkeit, die Hilfsquellen der Weltwirtschaft sei es auch nur auf kapitalistischer Basis auszunutzen (der Außenhandel ging seit 1913 auf ein Viertel bis ein Fünftel zurück), zogen neben riesigen Verteidigungsausgaben eine äußerst ungünstige Verteilung der Produktivkräfte und eine nur sehr langsame Zunahme des Lebensstandards der Massen nach sich. Doch das bösartigste Produkt der Isolation und der Rückständigkeit ist der Krake des Bürokratismus.

Die von der Revolution geschaffenen gesetzlichen und politischen Normen wirken einerseits progressiv auf die rückständige Wirtschaft und unterliegen andererseits selbst dem erdrückenden Einfluß der Rückständigkeit. Je länger die UdSSR in kapitalistischer Umkreisung bleibt, um so tiefer wird der Entartungs-

sprozeß das gesellschaftliche Gewebe erfassen. Eine andauernde Isolation müßte unweigerlich nicht in Nationalkommunismus, sondern in der Restauration des Kapitalismus enden.“<sup>88</sup>

Stalin und seine AnhängerInnen konnten diese Probleme gar nicht verstehen, denn sie nahmen die einzelnen Länder nicht als Teil einer weltweiten Gesamtheit, sondern als jeweils isolierte nationale Gesellschaften war, die höchstens im Falle von Kriegen aufeinander Einfluß nehmen.

Die falsche Theorie der möglichen eigenständigen nationalen Entwicklung findet sich auch bei verschiedenen maoistischen Organisationen heute, die in der Tradition des Stalinismus stehen. So schreiben z.B. die GenossInnen der österreichischen IA\*RKP in einem ihrer programmatischen Dokumente:

„Vor der Erreichung der formalen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien hatte imperialistischer Kapitaleexport dazu geführt, dass die alten feudalen Wirtschaftsformen zum Teil durch kapitalistische ersetzt wurden, die jedoch auf die Bedürfnisse der „Mutterländer“ ausgerichtet waren. Daher entwickelten sich nur geringe Grundlagen für eigenständige nationale Wirtschaften – es entstanden, abhängige, einseitig auf die Bedürfnisse des Imperialismus ausgerichtete Wirtschaften in diesen Ländern. (...)

Ein Merkmal von konsequenten Befreiungsbewegungen ist, dass sie sich nicht auf den militärischen Kampf beschränken, sondern im Kampf versuchen, Strukturen aufzubauen, die dem Volk ein Modell für ein besseres Leben zeigen. In stark agrarischen Ländern wird in befreiten Gebieten der Aufbau von Keimzellen einer eigenständigen Wirtschaft begonnen, eine Grundversorgung an Lebensmitteln und medizinischer Hilfe gewährleistet, Schulen und Bildungseinrichtungen eingerichtet, die Lage der Frauen verbessert usw. Solche Maßnahmen sind auch Messlaten für die Verankerung einer fortschrittlichen Perspektive im Volk.“<sup>89</sup>

Gebe es keine imperialistische Einmischung, könnten die ärmeren Länder eine „eigenständige nationale Wirtschaften“ aufbauen. Ja, können denn die reichen Länder – ganz zu schweigen von den ärmeren Ländern – eine „eigenständige nationale Wirtschaften“ aufbauen, fragen wir zurück? Sind denn die USA, die EU usw. nicht abhängig davon, daß sie weltweiten Handel treiben können, daß sie ihr Kapital exportieren können, daß sie die halbkoloniale Welt ausbeuten können?! Hat denn das etwa nichts mit dem internationalen, die Grenzen des Nationalstaates überwindenden Charakter der modernen Produktivkräfte zu tun?! Liegt denn nicht gerade darin die dem Kapitalismus innewohnende Gefahr der unausweichlichen Kriege, daß die einzelnen nationalen Bourgeoisien unausweichlich immer wieder in Konflikt miteinander geraten, weil sie eben ihre Produktivkräfte nur weltweit profitabel verwerten können?!

Ist es denn daher nicht absurd und die Gefahr eines primitiven „Sozialismus“ a la Nordkorea oder gar Pol-Pots Kambodscha heraufbeschwörend, wenn man die Illusion einer „eigenständige nationale Wirtschaften“ sogar in irgendwelchen von der bürgerlichen Regierung befreiten rückständigen Agrargebieten beschwört?! Natürlich erfordert der Befreiungskampf manchmal auch die Notwendigkeit, wirtschaftlich für eine gewisse Zeit zu Überleben. Dies mag auch Formen der Subsistenzwirtschaft beinhalten. Aber das ist ein Notstandsregime des Bürgerkrieges und keine „eigenständige nationale Wirtschaften“ oder gar eine Vorwegnahme des Sozialismus in einem ... Dorf!

In seiner theoretischen Schrift über die permanente Revolution wies Trotzki auf folgende Schwäche im Denken Sta-

lins hin:

„Die Stalin'sche Charakteristik der nationalen Eigenart, als einer einfachen »Ergänzung« zu dem allgemeinen Typus, steht in schreiendem und doch nicht zufälligem Widerspruch zu dem Stalin'schen Verständnis (d.h. Unverständnis) für das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus. Bekanntlich ist dieses Gesetz von Stalin als das grundlegendste, wichtigste, universellste proklamiert worden. Mit Hilfe des Gesetzes von der ungleichmäßigen Entwicklung, das er in eine Abstraktion verwandelt hat, versucht Stalin, alle Rätsel des Seins zu lösen. Erstaunlich dabei ist, wie er es gar nicht bemerkt, daß gerade die nationale Eigenart das allgemeinste Produkt der Ungleichmäßigkeit der historischen Entwicklung, ja sozusagen ihr Endergebnis ist. Man muß diese Ungleichmäßigkeit nur richtig verstehen, sie in ihrem ganzen Umfange betrachten und auf die vorkapitalistische Vergangenheit ausdehnen. Die schnellere oder langsamere Entwicklung der Produktivkräfte; der breit entfaltete oder der zusammengedrückte Charakter ganzer historischer Epochen, zum Beispiel Mittelalter, Zunftordnung, aufgeklärter Absolutismus, Parlamentarismus; die ungleichmäßige Entwicklung verschiedener Wirtschaftszweige, verschiedener Klassen, verschiedener sozialer Institutionen, verschiedener Gebiete der Kultur - das alles bildet die Basis der nationalen »Eigenarten«. Die Eigenart des national-sozialen Typus ist die Kristallisierung der Ungleichmäßigkeiten seiner Bildung.“<sup>90</sup>

Die Aussage, daß das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung erst in der Epoche des Imperialismus existieren würde, war offenkundig so strohdumm, daß dies selbst im offiziellen Programm der Kommunistischen Internationale 1928 richtig gestellt werden mußte.<sup>91</sup>

Doch dieses Eingeständnis blieb ohne Konsequenzen. Die Stalin'sche national-reformistische Korrektur der Position von Marx und Engels und der Kommunistischen Partei zur Zeit von Lenin blieb bestehen.

Es soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß Stalin seinen Weg der offenen Revision der marxistischen Theorie konsequent fortsetzte. Im Gegensatz zu Lenin und Trotzki hielt er eine die friedliche Koexistenz zwischen sozialistischen und imperialistischen Staaten für möglich. So schrieben die StalinistInnen in einer 1952 veröffentlichten Broschüre „100 Fragen und Antworten über die Sowjetunion“:

„Können das sozialistische und das kapitalistische System friedlich nebeneinander bestehen? Darüber gibt es keinen Zweifel. Seit der Sowjetstaat besteht, haben zahlreiche Politiker und

Journalisten kapitalistischer Staaten führenden Persönlichkeiten der Sowjetregierung wiederholt diese Frage gestellt und stets die gleiche Antwort erhalten: das friedliche Nebeneinander dieser beiden Systeme ist möglich und zweckmäßig.“<sup>92</sup>

Und weiter wird Stalin zitiert:

„Über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der UdSSR mit den kapitalistischen Staaten – vor allem mit den USA – im Interesse des Friedens hat Stalin am 17. Mai 1948 folgendes erklärt:

„Die Regierung der UdSSR ist der Ansicht“, schreibt Stalin, „daß trotz der Verschiedenheiten der Wirtschaftssysteme und der Ideologien das Nebeneinanderbestehen dieser Systeme und eine friedliche Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der UdSSR und den USA nicht nur möglich, sondern im Interesse des allgemeinen Friedens zweifellos notwendig ist.“<sup>93</sup>

Darüberhinaus revidierte Stalin auch die Lehre von Marx und Engels über das Absterben des Staates bei der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in Richtung Kommunismus. So meinte er, daß nicht nur der Sozialismus, sondern sogar das Stadium des Kommunismus – also jene Phase in der Menschheitsentwicklung, die von Marx, Engels und Lenin als das Stadium des Verschwindens jeglicher Klassen und des Staates definiert wurde – in einem Land möglich sei. Dazu „korrigierte“ er einmal mehr Engels und Lenin und behauptete, daß im Kommunismus eben der Staat sehr wohl weiter existiere:

„Wir schreiten weiter, vorwärts, zum Kommunismus. Wird bei uns der Staat auch in der Periode des Kommunismus erhalten bleiben? Ja, er wird erhalten bleiben, wenn die kapitalistische Umkreisung nicht beseitigt, wenn die Gefahr kriegerischer Überfälle von außen nicht überwunden wird.“<sup>94</sup>

Wir sehen also eine logische Kette revisionistischer Positionen in der Theorie des Stalinismus: ungleichmäßige Entwicklung als angeblich neues Gesetz der imperialistischen Epoche, Interpretation dieser Ungleichmäßigkeit im dem Sinne, daß sich die einzelnen Ländern unabhängig voneinander entwickeln können, Theorie des Sozialismus in einem einzelnen Land, Kommunismus mit Nachwächterstaat.

Die Theorie der kommenden Revolutionen muß sich befreien von jeglichen derartigen ideologischen Schrott. Sie muß sich auf die gesunde theoretische Basis von Marx, Engels, Lenin und Trotzki zurückbesinnen – der Theorie des intransigenten Internationalismus und der Strategie der permanenten Revolution.

## Publikationen der RKOB



## IV. Der bisherige Verlauf der Revolutionen

Im folgenden geben wir eine kurze, zusammenfassende Übersicht über den Verlauf der Revolutionen in verschiedenen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens. Diese Übersicht ersetzt natürlich keine genaue Studie des Verlaufs der Revolutionen in den einzelnen Ländern. Doch dazu existieren bereits verschiedene und ausführliche Dokumentationen, die aufgrund der permanenten neuen Entwicklungen ständig aktualisiert werden müssen. Der Anspruch dieses Buches besteht auch nicht darin, die Entwicklungen der Revolutionen in den einzelnen Ländern genau nachzuzeichnen, sondern vielmehr die wichtigsten Lehren und Schlußfolgerungen herauszuarbeiten und sie den – leider weitverbreiteten – falschen Lehren und Schlußfolgerungen gegenüberzustellen.

### Tunesien

Am weitesten fortgeschritten ist die Revolution ohne Zweifel in Tunesien. Nach wochenlangen Massendemonstrationen, Straßenschlachten und Streiks mußte der Diktator Zine El Abidine Ben Ali am 14. Jänner nach Saudi-Arabien fliehen – nicht ohne vorher noch die Goldreserven der Zentralbank in seinen Privatjet verladen zu haben. Seitdem versucht die herrschende Klasse, durch Zugeständnisse ihre Macht zu retten. Ministerpräsidenten wurden ausgetauscht, der Geheimdienst aufgelöst und die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung zuerst für Juni und schließlich für den Oktober angesetzt. Die wirklichen Probleme der Armut und Arbeitslosigkeit sowie der fehlenden Mitbestimmung der Bevölkerung bei den politischen Entscheidungen existieren jedoch nach wie vor und müssen unweigerlich solange bestehen bleiben, solange die kapitalistische Ordnung als solche nicht durch eine sozialistische Revolution gestürzt wird.

### Ägypten

Trotzdem zeigten die tunesischen ArbeiterInnen und Jugendlichen aller Welt, daß Diktatoren – auch wenn sie wie Ben Ali seit 33 Jahren mit brutaler Faust herrschen – beseitigt werden können. Dieser erste Sieg der tunesischen Revolution war ein gewaltiger Ansporn für die Massenproteste in Ägypten, dem mit 80 Millionen größten und wichtigsten arabischen Land. Dort fand am 25. Jänner der erste große „Tag des Zorns“ statt. Millionen Jugendliche und ArbeiterInnen gingen auf die Straße und Zehntausende besetzten tagelang den zentralen Tahrir-Platz in Kairo. Sie verteidigten diesen in heldenhaften Straßenschlachten gegen die Polizei sowie die Schergen des Mubarak-Regimes. Zahlreiche ArbeiterInnen traten in den Streik und am 11. Februar schließlich brach das Regime zusammen und Präsident Hosni Mubarak mußte zurücktreten.

Auch in Ägypten versucht die Kapitalistenklasse ihre Macht durch den Austausch der Figuren an der Spitze zu wahren. So übernahm der Militärrat mit Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawi an der Spitze die Macht und bildete eine neue Regierung unter Führung des früheren Transportministers Esam Sharaf. Das Regime ließ sich rasch einige kosmetische Veränderungen in der Verfassung in einem Referendum absegnen und setzte Par-

lamentswahlen für den Herbst an. Doch bald kam es zu erneuten Massenprotesten gegen die Machthaber. Angesichts des Drucks der Straße ließ die Regierung Mubarak und zwei Söhne am 12. April verhaften. Doch auch hier konnte bislang nur die oberste Spitze des alten Regimes – nicht jedoch die herrschende Klasse als solches und nicht einmal der Großteil des bisherigen Herrschaftsapparates – beseitigt werden.

Im September soll es erstmals bürgerlich-demokratische Wahlen geben. Bis dorthin hat der Militärrat Essam Sharaf an die Spitze der Regierung gesetzt. Auf dem Tahrir-Platz in Kairo gab es zuletzt immer wieder Proteste, bei denen es auch wieder zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften kam. Erst am Freitag haben sich wieder hunderttausende auf dem „Platz der Freiheit“ versammelt. Die Demokratie-Aktivisten verlangen ein energischeres Vorgehen der Justiz gegen Vertraute von Mubarak.

### Libyen

Nach ersten Protesten im Jänner und Anfang Februar fand am 17. Februar der erste landesweite „Tag des Zorns“ in Libyen statt. Das Gaddafi-Regime hatte schon zuvor die Revolution in Tunesien verurteilt und die eigene Bevölkerung vor ähnlichen Aktionen gewarnt. Als dann die Massenproteste in allen großen Städten des Landes begannen, versuchte das Regime, diese mit aller Gewalt zu unterdrücken. Die libyschen Sicherheitskräfte gingen gegen die DemonstrantInnen mit scharfer Munition und Panzern vor, 200 Menschen wurden alleine in den ersten Tagen getötet.

Der Grund für dieses scharfe Vorgehen liegt auf der Hand. Gaddafi konnte sich einerseits aufgrund der gewaltigen Erdöleinnahmen und der Ausbeutung insbesondere von einer Million billiger und rechtloser MigrantInnen aus dem Ausland – bei einer vergleichsweise kleinen Bevölkerung von 6,5 Millionen – auf eine gewisse soziale Basis von KapitalistInnen, staatlicher Bürokratie, Stammesführern und Mittelschichten stützen. Andererseits hatte er das warnende Beispiel seiner beiden Nachbarländer vor Augen und wollte nicht das Schicksal Ben Alis und Mubarak teilen.

Doch dieses brutale Vorgehen provozierte einen bewaffneten Aufstand. Während die Gaddafi-Truppen diesen Aufstand in Tripolis niederschlagen konnten, gelang den RevolutionärInnen die Befreiung der östlichen Städte. Seitdem tobt in Libyen ein Bürgerkrieg.

Die imperialistischen Großmächte setzen alles daran, um diesen Bürgerkrieg zu ihren Gunsten zu nützen. Unter dem Vorwand des „Schutzes der Zivilbevölkerung“ und mit der Rückendeckung der UNO (die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates vom 17. März) greift die NATO mit Bomben und Raketen die Gaddafi-Truppen an. Ebenso versucht sie mit einigem Erfolg, über reaktionäre Exil-Libyer Einfluß unter den Rebellen und ihren „Nationalen Übergangsrat“ – an deren Spitze ein früherer Mitstreiter Gaddafis, der ehemalige Justizminister Mustafa Abdel Jalil steht – zu gewinnen.

Dadurch wollen die Imperialisten ihren Einfluß in Nordafrika ausbauen. Insgesamt sehen wir eine Verbürgerli-

chung der Rebellenbewegung – eine Art Konterrevolution in der Revolution. Wir werden auf diese Frage weiter unten noch einmal genauer eingehen.

### Jemen

Seit dem 27. Jänner demonstrieren immer wieder hunderttausende ArbeiterInnen, Jugendliche und Bauern gegen Präsident Saleh. Dieser wollte vor kurzem – nachdem er bereits seit 33 Jahren herrscht – die Verfassung ändern, damit er auch formal Präsident auf Lebenszeit werden könne! Ähnlich wie in Libyen stehen an der Spitze wichtiger Armee und Polizeieinheiten Söhne, Cousins und andere Familienmitglieder Salehs.

Mittlerweile haben sich faktisch alle Oppositionsparteien, Gewerkschaften und auch wichtige religiöse Persönlichkeiten wie Abdulmajid Al-Zandani den Protesten angeschlossen und fordern den sofortigen Rücktritt von Saleh. Der Druck wird bereits so groß, daß sich auch viele Offiziere und Beamte des Regimes von Saleh abwenden und die Proteste unterstützen. Schließlich wurde Saleh bei einem Anschlag am 3. Juni schwer verletzt und mußte außer Landes nach Saudi-Arabien zu einer Operation gebracht werden.

Das Saleh-Regime versucht sich mit einer Mischung von brutalem Vorgehen und Versprechungen zu retten. So töteten die Sicherheitskräfte bereits hunderte DemonstrantInnen, gleichzeitig kündigt Saleh seinen Rückzug in naher Zukunft an.

### Bahrein

Seit dem 14. Februar protestierten in dem kleinen Inselstaat zehntausende Menschen. Bahrein's KapitalistInnenklasse herrscht mittels einer absoluten Monarchie, dem seit über zwei Jahrhunderten regierenden Königshaus Al-Khalifa. Sie profitiert v.a. von der Ausbeutung von mehr als einer halben Million MigrantInnen als billige Arbeitskräfte (bei einer einheimischen Bevölkerung von 530.000 Menschen!). Aber selbst unter der einheimischen bahreinischen Bevölkerung wird deren Mehrheit – die Schiiten (70%) – benachteiligt.

Bahrein ist ein wichtiger Verbündeter des US-Imperialismus. Es ist die Heimat der 5. Flotte der US-Marine, die für die Sicherung der imperialistischen Kontrolle über den Persischen Golf und damit des wichtigsten Seeweges der Erdölexporte zuständig ist. Die Obama-Regierung setzt daher alles daran, um in Bahrein eine ihren Interessen dienliche Stabilität durchzusetzen.

Ähnlich wie in Kairo besetzten die DemonstrantInnen den zentralen Perlenplatz in der Hauptstadt Manama. Ihre Hauptforderungen sind eine neue Verfassung, die Beendigung der Menschenrechtsverletzungen, die Verbesserung der Lebensbedingungen sowie die Direktwahl des Ministerpräsidenten und der Regierung.

Am Höhepunkt der Proteste nahm ein Fünftel der Bevölkerung an den Demonstrationen teil, auch der Gewerkschaftsdachverband rief dazu auf. Als das Regime kurz vor dem Sturz stand, wandte es sich an die verbündeten Königshäuser am Golf um Hilfe. Unter der Führung saudischer Militärs und mit Einverständnis der US-Regierung marschierten am 14. März 2.000 schwerbewaffnete Soldaten mit Panzern in Bahrein ein und halfen den heimischen Staatsapparat, die Proteste am Perlenplatz brutal nieder-

zuschlagen. Dabei töteten sie eine unbekannte Anzahl von DemonstrantInnen.

### Syrien

Jüngster Höhepunkt der arabischen Revolution sind die Massenproteste in Syrien. Das seit 1970 herrschende Assad-Regime hat eine lange Tradition der Unterdrückung jeglicher Opposition. Bei der Niederschlagung eines Aufstandes in der Stadt Hamah im Jahr 1982 massakrierten die Sicherheitskräfte damals über 20.000 Menschen.

Ihren Ausgang nahm die Revolution in der südlich gelegenen Stadt Dera'a, wo seit Wochen tausende Menschen auf die Straße gehen. Doch bald sprangen die Demonstrationen auf andere Städte über. Ein wichtiges Merkmal der Demonstrationen ist die Einheit der verschiedenen nationalen und religiösen Gruppen. Moslems und Christen, Araber und Kurden demonstrieren gemeinsam gegen die Unterdrückung – trotz aller Spaltungsversuche des Regimes (bis vor kurzem z.B. hatten die 200.000 KurdInnen keine Staatsbürgerrechte).

Das Regime regiert mit aller Härte. Einerseits werden zwar Reformen in Aussicht gestellt, gleichzeitig aber schießen Armee und Polizei auf die DemonstrantInnen und haben bereits mehrere hundert ermordet.

Auch in anderen Ländern begehren die Massen auf. In Jordanien, Oman, Algerien, Marokko und anderen Ländern kam es bereits auch zu Massenprotesten und es ist gut möglich, daß auch dort bald revolutionäre Situationen entstehen.

### Die Politik der imperialistischen Großmächte

Die Haltung der imperialistischen Großmächte zu den arabischen Diktatoren und den revolutionären Entwicklungen zeigt einmal mehr die Heuchelei der herrschenden Klasse. Obama, Sarkozy, Merkel u.a. reden gerne von Menschenrechten und Demokratie. Aber sie waren die engsten Unterstützer der Tyrannen Ben Ali und Hosni Mubarak. US-Außenministerin Clinton lobte noch im Frühling 2011 den syrischen Diktator als „Reformer“.

Das hindert sie natürlich nicht, sich jetzt über Gaddafi zu empören, der „seine eigene Bevölkerung massakriert“. Unzweifelhaft ist Gaddafi ein mörderischer Tyrann, gegen den sich die Revolution richten muß. Aber seit wann stoßen sich die ImperialistInnen an einem diktatorischen Regime?! Die imperialistischen Großmächte – allen voran die EU-Staaten – arbeiteten jahrelang eng mit Gaddafi zusammen. Bei den im November 2008 begonnenen Verhandlungen zwischen Brüssel und Tripolis über eine sogenannte „Framework Agreement“ ging es um wirtschaftliche Fragen. Selbst die *Brookings Institution* – eine westliche Denkfabrik („Think-Tank“) – gibt unumwunden zu: „Mit anderen Worten, Demokratie und Menschenrechte standen nie im Vordergrund der europäischen Beziehungen zu Libyen, bei denen es Brüssel darum ging, die Interessen der EU-Mitgliedsstaaten bezüglich Energie und Migration durch formelle Beziehungen zwischen der EU-Libyen zu legitimieren.“ 95

Und nur drei Tage vor der UNO-Resolution-Flugverbotszone marschierten die saudischen Truppen mit amerikanischer Unterstützung in Bahrein ein und massakrierten die DemonstrantInnen am Perlenplatz. Ähnlich verfährt der jemenitische Diktator und US-Verbündeter Saleh mit seiner Bevölkerung.

Ebensowenig störte es die Großmächte und Konzerne, als ein anderer Verbündeter, der Präsident Sri Lankas, Mahinda Rajapaksa, vor zwei Jahren 50.000 Tamilen abschlachtete und hunderttausende in Konzentrationslager sperrte. Und haben die USA und die EU nicht selber im Irak und in Afghanistan hunderttausende Menschen auf dem Gewissen?!

Natürlich versuchen die imperialistischen Großmächte, ihre Interessen durchzusetzen. Doch existieren hier sich widersprechende Kalküle und daraus folgend ein gewisser Zick-zack-Kurs. Am Beginn hofften sie, daß die revolutionäre Welle rasch verebben würde. Sie unterstützen daher ihre Statthalter weiterhin. Als jedoch Ben Ali fliehen mußte und Mubarak kurz vor dem Sturz stand, erkannten die Herrschenden in Washington, Paris und Berlin, daß die Revolution nicht zu stoppen ist. Daher drängten sie Mubarak zum Rücktritt. Dies wiederum führte jedoch zu großer Unruhe und Lobbytätigkeit bei den anderen verbündeten Regimes sowie dem wichtigsten Statthalter in der Region, Israel, die nun fürchten mußten, von Obama und Clinton auch bald fallen gelassen zu werden.

Daraus ergab sich nun eine kombinierte Politik. Einerseits verfolgt die Obama-Administration die Politik des „*regime alteration*“, des Regime-Umbaus. Darunter versteht die US-Regierung eine Politik, die die herrschenden Regimes zu gewissen, wenn auch nur kosmetischen, Reformen drängt, um so das Weiterbestehen ihrer Macht – und damit ihrer Verbündeten – abzusichern. Dadurch erhoffen sich die USA – um es in den Worten der Diplomaten zu formulieren – *„die Dynamik der Umbrüche zu verlangsamen und so weitere Gewalt verhindern zu können – die wichtigste Priorität der Regierung – und dadurch zu helfen, daß wichtige strategische Verbündete erhalten bleiben.“* 96

Andererseits suchen die Großmächte nach einem Vorwand, um gerade Regimes, die sich einen gewissen Spielraum am Parket der internationalen Politik bewahrt haben (wie eben Gaddafi oder Assad) eventuell durch willfährigere zu ersetzen. Gerade Gaddafi's Libyen ist z.B. das einzige Mittelmeer-Land, das nicht Mitglied der NATO oder einer der NATO-Vorfeldstrukturen ist. 97

Dabei würden sie es jedoch vorziehen, nicht erneut ein Land besetzen zu müssen. Angesichts der verlustreichen Besetzungen im Irak und Afghanistan und dem noch viel größeren politischen Schaden zögern gerade die USA vor einem weiteren militärischen Abenteuer. Verteidigungsminister Robert Gates meinte kürzlich nach dem Fall Mubaraks, daß jeder künftige Verteidigungsminister, der dem Präsidenten die Invasion mit Bodentruppen in Asien, dem Nahen Osten oder Afrika empfiehlt, *„sich seinen Kopf untersuchen lassen sollte.“* Daher hoffen die USA, lokale Handlanger zu finden, die den Kampf für sie vor Ort ausfechten.

Zu diesen komplexen Interessenswidersprüchen kommen noch gewisse Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten selbst. Die USA waren und sind die wichtigste Großmacht in der Region. Aber sie sind ein schwächer werdender Hegemon. Einzelne Staaten der Europäischen Union – hier v.a. Frankreich und Deutschland – möchten ihren Einfluß ausweiten. Und die westlichen Großmächte zusammen sehen sich zunehmenden Macht und Selbstbewußtsein anderer imperialistischen Mächte wie China und Rußland gegenüber. Der israelische Kommentator Ari Shavit schrieb über die Folgen der arabischen Revolution höchst beunruhigt: *„Die Dinge werden niemals wieder*

*wie vorher sein. (...) Die alte Ordnung im Nahen Osten zerbröselt. (...) Die 2011 Revolution am (Tahrir)Hauptplatz bringt die arabischen Tyrannen zu Fall, die von den USA abhängig waren. (...) [Wie sehen] eine Beschleunigung des Niedergangs des Westens. (...) Die arabische Befreiungsrevolution wird den Nahen Osten grundlegend verändern. Die alles überschattende Folge wird der Zusammenbruch der nord-atlantischen politischen Hegemonie sein – nicht in einem Zeitraum von Jahrzehnten, sondern von Jahren.“* 98

Wir können davon ausgehen, daß diese Interessengegensätze zwischen den Großmächten und die inneren Widersprüchliche ihrer Politik ein wichtiger Faktor in der Bestimmung der imperialistischen Politik gegenüber der arabischen Revolution sein werden.

### **Die ArbeiterInnenklasse betritt die Bühne**

Eine der wichtigsten bisherigen Errungenschaften der arabischen Revolution ist die Entwicklung und Stärkung der ArbeiterInnenbewegung. Eine entscheidende Rolle beim Sturz des tunesischen Diktators Ben Ali spielte die Initiative von Kräften innerhalb der Einheitsgewerkschaft UGTT, einen Generalstreik gegen das Regime zu organisieren. Während die zentrale Führung lange Zeit eng mit dem Regime verbunden war, nahmen die lokalen Gewerkschaftskomitees in Sidi Bouzid, Bouzaïen, Rgeub, Thala, Kasserine und Sfax aktiven Anteil an der Protestbewegung.

Auch nach der Flucht Ben Ali's spielten GewerkschafterInnen eine wichtige Rolle und erzwangen z.B. den Rücktritt von zwei ihrer Mitglieder, die als Minister der bürgerlichen Übergangsregierung beigetreten waren.

In Ägypten erlebte die ArbeiterInnenbewegung bereits in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung. Ein vom bürgerlichen US-Institut Carnegie Endowment veröffentlichter Bericht spricht von insgesamt 3.000 Streiks und Demonstrationen, an denen zwei Millionen ägyptischer ArbeiterInnen seit 2004 teilnahmen. Damit verzeichnet die ägyptische ArbeiterInnenbewegung ihre stärkste Entwicklung seit dem II. Weltkrieg. 99 Insgesamt sind gegenwärtig ca. 28% der Lohnabhängigen Gewerkschaftsmitglieder.

Doch auch hier zeigt sich das Problem, daß die Gewerkschaften jahrzehntelang von einer Bürokratie dominiert waren, die sich in Abhängigkeit vom Staat und daher in einer Nähe zur Diktatur befindet.

Daher gibt es nun Bestrebungen unter den klassenbewußten ArbeiterInnen in Ägypten, eine neue, unabhängige und kämpferische Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. So veröffentlichte eine „*ArbeiterInnenkoalition der 25. Jänner-Revolution*“ am 25. Februar eine Erklärung mit dem Titel *„Wandel, Freiheit, Soziale Gerechtigkeit!“*. In dieser Erklärung fordert sie die Fortsetzung der *„Revolution bis zum Sieg!“* Sie tritt darin nicht nur Sozialversicherung, das Recht auf Arbeit und andere grundlegende Rechte ein, sondern stellt auch eine Reihe politischer Forderungen auf. Darunter befinden sich die Forderungen nach Rücktritt der Regierung und der Bildung einer neuen, unabhängigen Regierung, die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Beseitigung des Repressionsapparates. 100 Auch wenn die Forderung nach einer sogenannten „unabhängigen Regierung“ falsch ist – nur eine Regierung, die sich auf von der Basis kontrollierte Organe der ArbeiterInnen, Bauern

und Unterdrückten stützt und von diesen „abhängig“ ist, kann den Sieg der Revolution sichern – so drücken diese Forderungen nichtsdestotrotz einen wichtigen Fortschritt in der Entwicklung der ägyptischen ArbeiterInnenbewegung aus.

Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit einer Vielzahl von Streiks in den letzten Monaten, bei denen die ArbeiterInnen oftmals ihre Forderungen durchsetzen konnten.

Auch in anderen Ländern beteiligen sich die ArbeiterInnen mit Streiks an den Aufständen, auch wenn die Entwicklung hier noch nicht so weit fortgeschritten ist wie in Tunesien und Ägypten.

### **Volkskomitees – Revolutionäre Komitees – Räte**

Es liegt in der Natur jeder tatsächlichen Revolution, daß sie die Frage der Macht aufwirft und die Ausgebeuteten und Unterdrückten vor die Frage stellt, wie sie ihr Schicksal in die Hand nehmen kann. Daher sahen zahlreiche Revolutionen in der Vergangenheit – beginnend mit der Pariser Kommune 1871 über die Revolutionen in Rußland, Deutschland, Österreich 1917-1920 bis in die Neuzeit – die Entstehung von selbstorganisierten Basiskomitees in den Betrieben und Stadtteilen. Wie immer auch ihr Name ist – Sowjets, Arbeiter- und Soldatenräte, Verteidigungskomitees – sie verkörpern eine alternative Macht. Sie organisieren die ArbeiterInnen und die unterdrückten Schichten unabhängig vom bürgerliche Staatsapparat, sie ermöglichen, daß diese die zentralen Frage diskutieren und entscheiden und daß sie VertreterInnen wählen können, die kontrollierbar und abwählbar sind und keinerlei Privilegien genießen. Solche Räte bieten auch die Möglichkeit, daß die ArbeiterInnen und Unterdrückten nicht im Schlepptau von abgehobenen, bürgerlichen Führungen geraten, sondern ihre Politik selber bestimmen können.

Wir Bolschewiki-KommunistInnen haben diese spontane Tendenz vieler Revolutionen nicht nur begrüßt, sondern halten es für unabdingbar, daß der Aufbau von Räten systematisch ausgeweitet und koordiniert wird. Nur eine *landesweite zentralisierte Koordination von in den Betrieben und Stadtteilen verankerten Räten* kann die Grundlage für einen von der ArbeiterInnenklasse selber kontrollierten Kampf bis hin zum bewaffneten Aufstand gegen die herrschende Klasse und schließlich der Errichtung der Macht der ArbeiterInnenklasse (der *Diktatur des Proletariats*) werden.

Eine solche „sowjetische“ Strategie – also eine Strategie, die den Aufbau und die Weiterentwicklung von Räten (der Begriff ‚Sowjet‘ bedeutet ‚Rat‘ auf russisch) zu einem zentralen Eckpfeiler der Orientierung macht – muß integraler Bestandteil des revolutionären Programms der Befreiung der ArbeiterInnenklasse sein. Sie ist ein unabdingbares Mittel der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten, um den Kampf und den gesellschaftlichen Wandel kontrollieren und gegen die unausweichlichen Versuche der Bevormundung und Unterdrückung durch eine Bürokratie Widerstand leisten zu können.

In Tunesien existieren bereits zahlreiche revolutionäre Komitees, die zumindest in embryonaler Form einen Schritt in Richtung Räte verkörpern. Sie entstanden – wie so oft – nicht aufgrund abstrakter Konzepte, sondern aufgrund der Notwendigkeit des Kampfes selber. Als die Schläger des Regimes und Plünderer Angst und Schrecken verbreiteten, bildeten sich eine Reihe von Selbstverteidigungskomitees, sogar die Gewerkschaft UGTT rief zur

Bildung solcher auf.

In zahlreichen Städten setzte die Bevölkerung die verhaßten, dem alten Ben Ali-Regime ergebenen Bürgermeister ab, vertrieb die lokalen Polizisten und übernahm selber die Kontrolle. Ein westlicher Reporter hat ausführliche Berichte über die faktische Volksmacht in einer solchen Stadt, Zarzis, in Tunesien veröffentlicht. 101 Zwei Tage nach dem Sturz des Diktators versammelte sich die Bevölkerung, wählte ein aus 20 Personen bestehendes „*Revolutionäres Komitee*“ und beschloß, den Bürgermeister unter Hausarrest zu stellen und die Verwaltung selber zu übernehmen. Das Komitee hat nun auch seine eigene lokale TV-Station und regelt das gesellschaftliche Leben.

Auch in Ägypten entstanden sogenannte *Volkskomitees*, die in den Stadtteilen das tagtägliche Leben zu organisieren versuchen. Zum Teil entstanden diese Komitees, um sich gegen die Schläger des Regimes und Plünderungen durch Kriminelle zu verteidigen. Teilweise setzen sich diese Volkskomitees Ziele, die darüber hinaus gehen. So hielt z.B. ein Volkskomitee in Ain Shams, einem der armen Viertel Kairo, eine Konferenz mit 2.000 TeilnehmerInnen ab und plante dort soziale Unterstützungsprogramme und den Bau neuer und besserer Spitäler. Ebenso wurden Schritte gesetzt, um reaktionären Versuchen entgegenzuwirken, Spannungen zwischen der moslemischen Mehrheitsbevölkerung und der christlich-koptischen Minderheit zu schüren. 102

Die besten und bewußtesten Teile der Volkskomitees haben sich zusammengeschlossen und Ende April eine erste landesweite Konferenz abgehalten. Dabei zeigten sich Unterschiede in der politischen Zielsetzung und dem Selbstverständnis dieser Komitees. Manche traten dafür ein, sich auf lokale Selbstverwaltungsaufgaben zu beschränken, andere traten für weitergehende, politische Zielsetzungen ein. Schließlich beschlossen sie eine politische Resolution, in der zur Beseitigung der vom Mubarak-Regime eingesetzten Kommunalverwaltungen, einem Ende der Gaslieferungen an sowie aller Verträge mit Israel sowie der Ersetzung des nach Mubarak regierenden Militärrates durch einen zivilen Rat aufgerufen wurde. 103 Ungeachtet der politischen Schwächen solcher Erklärungen zeigt dies, daß Teile der Volkskomitees verstehen, daß sie – wollen sie nicht untergehen und dem alten Staatsapparat die gesamte Macht überlassen – Positionen zu den zentralen politischen Fragen beziehen müssen.

### **Exkurs: Zur Herangehensweise an die demokratischen Protestbewegungen**

Wir wollen an dieser Stelle einige allgemeine Anmerkungen zu den Besonderheiten der neuen Protestbewegungen, die zentrale Hauptplätze wie z.B. in Kairo aber auch in Madrid, Barcelona oder Athen besetzten, darlegen. Sie zeichnen sich durch eine Radikalität und eine klassenspezifische Zusammensetzung und Organisationsform aus. In einem gewissen Sinnen erinnern sie an die *Assamblea Populare* in Argentinien 2001/02.

Die massenhafte Verbreitung dieser spontanen Protestbewegung zeigt, wie tief und weit verbreitet das Mißtrauen gegenüber den offiziellen bürgerlichen Institutionen und Parteien ist.

In solchen Situationen gibt es zwei wesentliche Gefahren für die revolutionäre Intervention. Einerseits ein sektierisches Abseits-stehen mit dem Argument, es handle sich

dabei um kleinbürgerliche und nicht „rein-proletarische“ Bewegungen. Die andere Gefahr besteht in einem opportunistischen Anpassen an die klassenübergreifende Politik und Organisationsformen.

Man muß anerkennen, daß diese Bewegungen einerseits unter einer kleinbürgerlichen Hegemonie stehen (StudentInnen bzw. Intellektuellen). Aber andererseits nehmen auch viele ArbeiterInnen an diesen Bewegungen teil und noch mehr schauen voller Hoffnung und Erwartung auf sie.

Man erinnere sich in diesem Zusammenhang auch an die Massenproteste in China am Pekinger Tian'anmen-Platz im Mai/Juni 1989. Auch damals spielten StudentInnen eine führende Rolle, doch nahmen auch zahlreiche ArbeiterInnen teil (sie besetzten ein eigenes Viertel am Platz) und waren in den Kämpfen gegen die Panzer am 4. Juni der entschlossenste Teil der Bewegung. 104

In einem gewissen Maße erinnert diese Situation an den Februar/März 1917. Auch damals wurde die Revolution von der ArbeiterInnenklasse getragen, doch an der Spitze der Bewegung standen kleinbürgerliche und bürgerliche Kräfte, die dann auch zuerst die Macht übernahmen. Natürlich hat diese Analogie Grenzen: damals unterstützten die kleinbürgerlichen Kräfte eine imperialistische, kriegsführende Regierung – heute kämpft die kleinbürgerliche geführte Volksbewegung gegen die imperialistischen oder pro-imperialistischen Regierungen. Aber die Gemeinsamkeit einer mehrere sozialen Klassen und Schichten umfassenden Bewegung unter kleinbürgerlicher Führung bleibt.

Lenin schrieb damals über den kleinbürgerlichen Taumel des *revolutionären Oboronzentum* (der Vaterlandsverteidigung Rußlands im I. Weltkrieg in der Zeit der bürgerlichen Provisorischen Regierung nach dem Sturz des Zaren), der die Massen erfaßt hat. Er empfahl damals den Bolschewiki: „Aus der oben geschilderten Eigenart der tatsächlichen Lage ergibt sich, die für den Marxisten – der mit den objektiven Tatsachen, mit den Massen und den Klassen, nicht aber mit Einzelpersonen u. dgl. m. rechnen muß – verbindliche Eigenart der Taktik im gegebenen Zeitpunkt. Diese Eigenart erfordert vor allem, daß 'der süßlichen Limonade revolutionär-demokratischer Phrasen Essig und Galle beigemischt wird' ... Sie erfordert Kritik, Aufklärung über die Fehler der kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten, Schulung und Vereinigung der Elemente der bewußten proletarischen, der kommunistischen Partei, Befreiung des Proletariats von dem „allgemeinen“ kleinbürgerlichen Taumel. Es scheint, als sei das 'bloß' propagandistische Arbeit. In Wirklichkeit ist es im höchsten Grade praktische revolutionäre Arbeit, denn man kann eine Revolution nicht vorwärtstreiben, die zum Stillstand gekommen ist, die in Redensarten versandet ist, die 'auf der Stelle tritt' nicht etwa äußerer Erfordernisse wegen, nicht weil die Bourgeoisie Gewalt gegen sie anwendet (...), sondern weil die Massen in blinder Vertrauensseligkeit gefangen sind.“ 105

Die Aufgabe von RevolutionärInnen besteht darin, *innerhalb* dieser Bewegungen für eine proletarische, revolutionäre Linie zu kämpfen und schließlich für die unabhängige Organisation des Proletariats und der unterdrückten Schichten, die andere Schichten wie die lohnabhängigen Mittelschichten und die Bauern mit sich zu ziehen. Das bedeutet:

\* Für ein revolutionäres Programm einzutreten, also ein Programm, daß die Machtfrage aufwirft und beantwortet (also inkl. bewaffneter Aufstand und Diktatur des Prole-

tariats)

\* Offenes Aussprechen der revolutionären Taktiken im Rahmen dieses Programms (z.B. Generalstreikslosung, Selbstverteidigungsmilizen)

\* Für das klare Eintreten von Organisationsformen – v.a. Räte – die die revolutionär-demokratische, proletarische Ausrichtung der Bewegung ermöglichen

\* Kampf für die Ausrichtung der Bewegung auf die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten

\* Kritik und Aufklärung über den wahren Charakter der gegenwärtigen kleinbürgerlichen Führungen dieser Protestbewegungen.

\* In diesem Sinne aufklärend zu wirken, Propaganda zu betreiben und Anhänger für den revolutionären Kommunismus zu gewinnen.

Auf diese Weise kann es den Bolschewiki-KommunistInnen gelingen, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die an den Kämpfen der Unterdrückten teilnimmt ohne in ihr politisch aufzugehen.

## RKOB-Broschüre zur Spanischen Revolution

# Klasse, Partei und Führung:

## Warum wurde das spanische Proletariat besiegt?

Leo Trotzki

**RKOB**  
REVOLUTIONÄR-KOMMUNISTISCHE  
ORGANISATION ZUR BEFREIUNG

# V. Die Revolution und ihre Herausforderungen.

## Zu einigen Fragen der revolutionären Strategie

Die arabische Revolution ist eine große Revolution, denn sie mobilisiert alle unterdrückten und ausgebeuteten Schichten des Volkes. Sie ist der Schrei der Unterdrückten nach dem Recht auf Leben, nach Gleichheit und Würde. Die arabische Revolution ist furchtlos und heroisch. Sie zeigt aller Welt: „Yes we can!“. Ja, die Herrschenden sind nicht unantastbar, sie können gestürzt werden.

Die arabische Revolution ist von ihrem Charakter her nicht nur eine demokratische Revolution für Rechte und Freiheiten. Sie ist auch eine Revolution gegen die Armut, gegen die reiche Elite. Sie trägt in sich den Keim der *permanenten Revolution*, einer Revolution, die sowohl die Fragen der Demokratie als auch der Klassenmacht stellt.

### Revolutionäre Kampfpartei

Wir revolutionäre KommunistInnen von der RKOÖ sagen: Dieser Keim der permanenten Revolution kann nur dann zur Entfaltung gebracht werden, wenn an der Spitze der Revolution eine Kraft steht, die die Aufgaben der Umwälzung versteht und über ein konkretes Programm des Kampfes verfügt, das die Massen hin zum bewaffneten Aufstand und der Eroberung der Macht und der Errichtung der Diktatur des Proletariats führt. 106 Diese Kraft kann nur eine revolutionäre Kampfpartei sein, die auf der Grundlage der kommunistischen Tradition von Lenin und Trotzki steht. Doch gegenwärtig üben unter den Massen und selbst auch der Avantgarde (also den politisch bewußtesten und kämpferischsten Elementen) Kräfte einen führenden Einfluß aus, die entweder bewußt die Revolution eindämmen und innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Ordnung begrenzen wollen (wie die Moslembruderschaft, sozialdemokratische Kräfte usw.) oder die die Revolution zwar in Richtung radikaler Demokratisierung und sozialer Gleichheit weitertreiben wollen, ohne jedoch dies mit einem Programm des bewaffneten Aufstandes gegen die bürgerliche Ordnung und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu verknüpfen.

Gegenwärtig kann niemand sagen, wie lange die revolutionäre Welle in der arabischen Welt andauern wird. Wahrscheinlich ist es, daß es sich um eine längere Phase mit revolutionären Aufschwüngen und konterrevolutionären Ebben handeln wird. Der Nahe Osten wird ein revolutionäres Pulverfaß wohl nicht für Monate, sondern für Jahre bleiben. Die Spanische Revolution – um einen historischen Vergleich heranzuziehen – begann 1931 und endete 1937 mit der Niederschlagung des ArbeiterInnenaufstandes in Barcelona.

Was wir jedoch aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen schon jetzt sagen können, ist folgendes: Der rechtzeitige Aufbau einer revolutionären Kampfpartei entscheidet über das Schicksal der Revolution und damit der Emanzipation der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten. Nur wenn die ArbeiterInnenklasse an ihrer Spitze eine Avantgardepartei hat, die bewußt die Lehren vergangener Revolution und Niederlagen verarbeitet und die Strategie der permanenten Revolution in der Praxis anzuwenden versteht, kann sie die Macht erobern und gegen die bürgerliche Konterrevolution und imperialistische Gefahren

verteidigen.

Die Verbreitung von Illusionen, daß sich die ArbeiterInnenklasse auch ohne revolutionäre Partei befreien kann – wie sie immer wieder von zentristischen Kräften verbreitet wird, so z.B. von der IMT – ist gefährlicher Unfug. So schreiben die IMT-GenossInnen in ihrem zentralen programmatischen Manifest zur arabischen Revolution:

*„Sagt der Marxismus, dass eine Revolution ausgeschlossen ist, wenn keine revolutionäre Partei an der Spitze der ArbeiterInnenklasse steht? Nein. Eine Revolution verläuft nach ihren eigenen Gesetzen – unabhängig vom Willen der RevolutionärInnen. Eine Revolution beginnt, wenn alle objektiven Bedingungen gegeben sind. Die breiten Massen warten nicht, bis eine revolutionäre Partei aufgebaut ist. In revolutionären Situationen macht der Faktor Führung aber sehr wohl einen entscheidenden Unterschied, nicht selten entscheidet er zwischen Sieg und Niederlage.“* 107

Diese Aussage läßt marxistische Leserinnen und Leser ungläubig die Augen reiben. *„Eine Revolution verläuft nach ihren eigenen Gesetzen – unabhängig vom Willen der RevolutionärInnen“*. Was soll das heißen? Daß der Klassenkampf seine eigenen Gesetze hat, die RevolutionärInnen nicht willkürlich – also nach Belieben und unter Außerachtlassen der gegebenen Kräfteverhältnisse und Kampfbedingungen – erzwingen können? Natürlich. Aber will uns die IMT ernsthaft einreden, daß die Revolution *siegen* kann unabhängig davon, ob an ihrer Spitze eine Partei steht, die diese Gesetze des Klassenkampfes versteht und anwendet oder ob an ihrer Spitze Kräfte stehen, die von diesen Gesetzen keine Ahnung haben und eine Politik ohne tauglichen Plan zur siegreichen Machteroberung verfolgen?! Zu sagen, daß *„der Faktor Führung nicht selten über Sieg und Niederlage entscheidet“* heißt natürlich im Umkehrschluß, daß der Faktor Führung nicht immer über Sieg und Niederlage entscheidet. Genausogut könnte die IMT sagen, „nicht selten entscheiden“ genaue Kenntnisse der Mathematik und der Geometrie über den Bau eines stabilen Hauses. Nein, ohne ein solches Wissen kann man kein solides Haus bauen und ohne revolutionäre Partei gibt es keine erfolgreiche sozialistische Revolution!

Diese völlige Verkennung des wichtigsten Faktors der Revolution – der Existenz einer Partei, welche die „objektiven Bedingungen“ in subjektive Taten umsetzt – ist ein weitverbreitetes und typisches Merkmal des Zentrismus. Die IMT wiederholt in Wirklichkeit nur die revisionistischen Theorien eines Pablo, Mandel sowie der anderen Führer der in den 1950er Jahren politisch degenerierten und organisatorisch zerfallenen Vierten Internationale.

Trotzki merkte in seiner Kritik am Programm der zentristischen Komintern im Jahre 1928 an, daß *„opportunistische Politik schon immer auf solchem undialektischen, konservativen Nachtrab-,Objektivismus‘ (basiert).“* 108 Genau dieser Nachtrab-,Objektivismus‘ wohnt dem Zentrismus auch heutzutage inne. Durch die illusionäre Hoffnung, daß der objektive Druck, der „Prozeß der permanenten Revolution“, die Massen zu einem revolutionären Bewußtsein voranstoße, die Gewerkschaftsbürokratie „zwingt“ konsequent zu kämpfen, diverse kleibürgerliche nationale Befreiungsbewegungen gegen ihre ursprünglichen Ab-

sichten dazu antreibe, den Imperialismus konsequent zu bekämpfen usw., mit all diesem Unsinn rechtfertigen die ZentristInnen, warum es nicht notwendig sei, die Wahrheit über die notwendige Strategie offen auszusprechen (vor Angst, dies wäre gegenwärtig nicht so populär) oder nicht offen die reformistischen oder kleinbürgerlichen Bündnispartner zu kritisieren. Kurz und gut, sie scheuen vor dem offenen Eintreten für die Unabdingbarkeit einer bolschewistischen Partei, die klar und offen die revolutionären Wahrheiten ausspricht und für eine Strategie des Übergangsprogramms hin zum bewaffneten Aufstand und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Ein solches Programm in die Massen hineinzutragen und im gemeinsamen Kampf zu verwirklichen, dies ist ohne eine revolutionäre Partei unmöglich. Trotzki's zentrale Lehre der Siege und Niederlagen im frühen 20. Jahrhundert sind gültiger denn je:

*„Ohne die Partei, außerhalb der Partei, unter Umgehung der Partei, durch ein Parteisurrogat kann die proletarische Revolution nicht siegen. Das ist die Hauptlehre des letzten Jahrzehnts.“*

109

### Die Losung der ArbeiterInnenpartei

Doch aufgrund des Fehlens einer revolutionären Führung ist die Revolution gegenwärtig steckengeblieben. Sie steht vor enormen Gefahren, offenen und versteckten. Dort wo die ArbeiterInnen, die Jugendlichen, die städtische und die ländliche Armut einen ersten Sieg errangen und die Tyrannen vertrieben – in Tunesien und Ägypten – stehen die RevolutionärInnen vor dem Problem, wie aus einem Wechsel der Gesichter ein Wechsel der politischen und wirtschaftlichen Ordnung werden kann.

Eine der wichtigsten Fragen ist die Notwendigkeit der *politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse*. Die ArbeiterInnen nehmen aktiv Anteil an der Revolution, aber sie sind in ihr nicht die führende Kraft. Das ist das Problem. Dadurch geraten sie unter die Führung von bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Kräften wie z.B. den Moslembrüdern, die die Interessen eines Teils der KapitalistInnen sowie der Geistlichkeit ausdrücken. Oder sie stehen unter dem Einfluß von kleinbürgerlichen, zivilgesellschaftlichen Kräften, die die bürgerliche Übergangsregierung zumindest als vorübergehende Lösung akzeptieren anstatt für eine Regierung der ArbeiterInnen und Bauern einzutreten.

Nur kämpferische Gewerkschaften, der Aufbau von Räten an der Basis, der Aufbau einer revolutionären Jugendbewegung und Frauenbewegung und vor allem die Schaffung einer unabhängigen ArbeiterInnenpartei auf der Basis eines revolutionären Programms kann eine solche Klassenunabhängigkeit gewährleisten.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung kann in Ländern, in denen keine ArbeiterInnenmassenpartei – nicht einmal eine bürgerliche, reformistische – existiert, die Taktik der ArbeiterInnenpartei sein. Bolschewiki-KommunistInnen treten dabei dafür ein, daß kämpferische Gewerkschaften und andere Organisationen der Unterdrückten eine politische Partei bilden – eine ArbeiterInnenpartei. Innerhalb einer solchen ArbeiterInnenpartei treten wir als KommunistInnen natürlich dafür ein, daß diese Partei sich auf die Grundlage eines revolutionären Programms stellt. Wir machen aber die Annahme eines solchen Programms aber nicht zur Vorbedingung, eine solche ArbeiterInnenpartei mit aufzubauen.

### Die Hauptfrage der arabischen Revolution: niederwerfen oder niedergeworfen werden

Die Hauptfrage der revolutionären Phase, in der wir uns befinden, läßt sich in folgender Formel zusammenfassen: *die ArbeiterInnenklasse muß durch eine revolutionär-kommunistische Partei für die strategische Orientierung auf den Ausbau und die Überwindung der Doppelmachtsituation durch den revolutionären Bürgerkrieg und die Errichtung der Diktatur des Proletariats gewonnen werden.*

Der Beginn der arabischen Revolution mit den Aufständen in Tunesien und Ägypten und ihre Ausbreitung auf die gesamte Region hat eine revolutionäre Phase in der arabischen Welt eröffnet. Diese Phase zeichnet sich dadurch aus, daß die Situation der Doppelmacht aus den Tagen des Aufstandes noch nicht beseitigt ist (weitere Existenz von Volkskomitees, rasche Verbreitung von kämpferischen Gewerkschaften, die z.T. vom alten Regime eingesetzte Manager rauswerfen). Insgesamt ist die Herrschaft der neuen Regierungen noch nicht gefestigt (z.B. Sturz der Regierung Ghannouchi in Tunesien, Entlassung aller regionalen Gouverneure, Verhaftung von Mubarak in Ägypten). Das bedeutet, daß einerseits die Bourgeoisie nach wie vor die Macht besitzt, gleichzeitig aber die ArbeiterInnenklasse und Unterdrückten in der einen oder anderen Form diese Macht in Frage stellen – durch den Aufbau eigener Organe (wie z.B. Räte oder räteähnliche Organisationen der Massen), durch die Besetzung von Hauptplätzen, durch Massendemonstrationen, Bürgerkriege etc.

Man kann nicht sagen, wie lange diese Phase dauern wird. Dies hängt von zahlreichen objektiven und subjektiven Faktoren ab. Die Geschichte des proletarischen Klassenkampfes kennt revolutionäre Situationen, die „plötzlich“ ausbrechen und nur einige Tage oder Wochen andauern (z.B. die Ereignisse um Hitlers Machtergreifung Anfang 1933 in Deutschland, die Tage des Justizpalastbrandes im Juli 1927 oder des Februar-Aufstandes 1934 in Österreich, der Mai 1968 in Frankreich, der Volksaufstand in Albanien im Frühjahr 1997). Sie kennt revolutionäre Phasen, die einige Monate dauerten (z.B. die russische Revolution vom Februar bis zum Oktober 1917, die Umwälzungen in Osteuropa im Herbst 1989), ein bis zwei Jahre (z.B. Frankreich vom Februar 1934 bis zum Sommer 1936). Es gibt aber auch geschichtliche Erfahrungen von Revolutionen, die mit Auf und Abs mehrere Jahre andauerten wie z.B. die spanische Revolution 1931-37.

Aber alle revolutionären Abschnitte haben gemeinsam, daß sie auf einen Entscheidungskampf zusteuern, bei dem entweder die unterdrückten Klassen die herrschende Klasse gewaltsam stürzen oder die herrschende Klasse ihre Macht gewaltsam aufrechterhält. Eine solche Entscheidungsschlacht findet nur dann nicht statt, wenn die unterdrückte Klasse aufgrund einer fehlenden Führung kampfflos kapituliert und die Bourgeoisie somit keinen Grund hat, ihre Herrschaft mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen. Solche kampfflosen Niederlagen – so z.B. der Sieg des Faschismus 1933 in Deutschland oder die konterrevolutionäre Einführung des Kapitalismus in Osteuropa nach 1989 – sind jedoch die verheerendsten Formen des Versagens, denn sie demoralisieren und schwächen die ArbeiterInnenklasse für einen längeren Zeitraum.

Auch die arabische Revolution unterliegt den Gesetzen des

Klassenkampfes. Auch hier wird das Schicksal der Völker durch Macht und Gewalt entschieden. Entweder sie uns oder wir sie. Entweder besiegt die herrschende Kapitalistenklasse mit direkter oder indirekter Unterstützung durch den Imperialismus die ArbeiterInnenklasse und Unterdrückten und stabilisiert dadurch für einen gewissen Zeitraum ihre Macht oder es gelingt dem Proletariat, seine Diktatur zu errichten, d.h. die Bourgeoisie zu stürzen, die Handlanger der imperialistischen Großmächte zu vertreiben und die Gesellschaft auf der Basis der Räteherrschaft nach den Prinzipien des sozialistischen Aufbaus zu gestalten.

Auf jeden Fall ist eine solche Phase der Doppelmacht nicht unbegrenzt aufrechterhaltbar, sie drängt zu einer Entscheidung. Ein Programm ist daher nur tauglich, wenn es diese Frage der Machtergreifung in den Mittelpunkt stellt, sie zum Angelpunkt der daraus abgeleiteten Übergangsforderungen und Minimalforderungen macht. Genau an dieser Frage scheitern jedoch die programmatischen Antworten der meisten sich als marxistisch bezeichnenden Organisationen.

Ein Programm, daß auf eine permanente Aufrechterhaltung des geschwächten Zustandes der Bourgeoisie ausgerichtet ist, auf einen politischen Abschnitt, in der die Bourgeoisie sozusagen in die Schranken gewiesen werden kann, ist daher reformistischer Unsinn. Trotzki schrieb gegen die Illusionen der sozialdemokratischen Austromarxisten a la Otto Bauer und die stalinistischen Zentristen, die einen solchen längeren Zustand des Patts zwischen Proletariat und Bourgeoisie für möglich hielten:

*„Ein Zustand, bei dem das Proletariat die Macht noch nicht ergreifen, jedoch die Bourgeoisie hindern kann, ihre Macht für einen Krieg auszunutzen, ist ein Zustand schwankenden Klassengleichgewichts in seinem schärfsten Ausdruck. Es ist eben ein Zustand, der nicht lange währen kann. Die Waage muß sich nach der einen oder der anderen Seite neigen. Entweder gelangt das Proletariat zur Macht, oder aber die Bourgeoisie schwächt durch eine Reihe einander folgender Schläge den revolutionären Druck derart, daß sie die Handlungsfreiheit, vor allem in der Frage des Krieges und Friedens, wiedergewinnt.*

*Nur ein Reformist kann sich den Druck des Proletariats auf den bürgerlichen Staat als einen permanent zunehmenden Faktor und als Garantie gegen eine Intervention vorstellen. Aus eben dieser Vorstellung entstand die Theorie des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande bei Neutralisierung der Weltbourgeoisie (Stalin). Wie eine Eule in der Dämmerung ausfliegt, so entstand auch die stalinische Theorie von der Neutralisierung der Bourgeoisie durch den Druck des Proletariats erst dann, als die Bedingungen, die diese Theorie erzeugt hatten, zu schwinden begannen.“*<sup>110</sup>

Die Schlüsselfrage für die ArbeiterInnenklasse in der arabischen Revolution – wie in jeder Revolution – läßt sich daher mit der Formel ausdrücken: *niederwerfen oder niedergeworfen werden*. Entweder gelingt es dem Proletariat im Bündnis mit den anderen unterdrückten Klassen und Schichten die herrschende Bourgeoisie gewaltsam zu stürzen und ihre eigene Macht – die Diktatur des Proletariats – zu errichten, oder umgekehrt, die herrschende Bourgeoisie wird die Revolution niederwerfen, besiegen und ihre Avantgarde zerstampfen.

Was die Kommunistische Internationale zu einer Aufnahmebedingung in ihre Reihen machte, gilt besonders auch heute in einer revolutionären Phase:

*„Von der Diktatur des Proletariats darf man nicht einfach wie*

*von einer landläufigen, eingepackten Formel sprechen, sondern muß sie so propagieren, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, jeder Arbeiterin, jedem Soldaten, jedem Bauer auf Grund der Tatsachen des täglichen Lebens klar werde, die von unserer Presse systematisch, tagaus, tagein hervorgehoben werden.“* 111

Wovon hängt der Ausgang der Revolution ab? Hauptsächlich davon, ob es gelingt in der kommenden Periode der scharfen, einer revolutionären Lösung zustrebenden Klassengegensätze zeitgerecht eine Partei aufzubauen, die über ein taugliches Programm verfügt und sich in den Klassenauseinandersetzungen in den unterdrückten Schichten verankern kann und so Masseneinfluß gewinnt.

Ein solches Programm erfüllt nur dann die Anforderungen, wenn es auf einer korrekten strategischen Prognose fußt, wenn es also die grundlegenden Parameter der Perspektive richtig erfaßt. Das bedeutet zuallererst einmal ein korrektes Verständnis von der politischen Klassenmechanik. Alle Taktiken müssen dem strategischen Ziel untergeordnet sein: dem bewaffneten Aufstand des Proletariats zur gewaltsamen Niederwerfung der herrschenden Klasse und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Denn, wie schon Karl Marx 1875 in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ anmerkte, kann die ArbeiterInnenklasse nur durch die Errichtung ihrer Diktatur zum Kommunismus gelangen:

*„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt eine Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“* 112

Daraus ergeben sich die Schlüsselkomponenten des revolutionären Programms in der arabischen Revolution:

- a) dem Aufbau von Räten der ArbeiterInnen und Unterdrückung sowie der Bewaffnung durch den Aufbau von ArbeiterInnen- und Volksmilizen
- b) der Vorbereitung auf den unvermeidlichen Bürgerkrieg mit der Bourgeoisie und dem Imperialismus
- c) der Orientierung auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats

Diese drei Fragen müssen die Grundpfeiler des revolutionären Programms sein. Gerade dazu herrscht jedoch Unklarheit in der ArbeiterInnen- und Jugendbewegung.

### **Die Irrungen des reformistischen Gradualismus. Verschiedene Wege um den Kapitalismus zu demokratisieren**

Die Schlüsselfrage einer jeden Revolution ist die Frage der Macht. Welche Klasse übt die Macht aus? Gegenwärtig konnten zwar in Tunesien und Ägypten die Diktatoren vertrieben werden, doch die herrschende Kapitalistenklasse und der alte Staatsapparat sind nach wie vor an der Macht. In anderen Ländern wie Libyen herrscht ein Bürgerkrieg, aber der Diktator ist noch an der Macht und die herrschende Klasse gespalten. Und in Syrien oder Bahrein sind herrschende Klasse und Regime noch relativ geschlossen und setzten ihren Staatsapparat ein, um die revolutionären Massen mit aller Gewalt niederzuhalten. Zahlreiche fortschrittliche Organisationen haben in den Ländern in Nordafrika und dem Nahen Osten an den Kämpfen der vergangenen Monate teilgenommen und große Opfer im Kampf gegen die Diktaturen gebracht.

Damit diese Opfer nicht umsonst sind, ist es notwendig, daß diese Organisationen dem Kampf eine revolutionäre Perspektive geben, d.h. eine realistische Perspektive der proletarischen Machteroberung durch die Organisation und Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse und schließlich dem bewaffneten Aufstand.

Doch leider sind die Programme der meisten Organisationen von einem kleinbürgerlichen Pazifismus und einem reformistischen Gradualismus geprägt. Unter Gradualismus verstehen wir die Perspektive, schrittweise, über voneinander getrennte Etappen, zum Ziel der Revolution zu gelangen.

Die kämpferischen Organisationen des Widerstandes in Ägypten beispielsweise hängen einer Perspektive der bürgerlich-demokratischen Umwälzung an. Sie propagieren die Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Republik mit einer säkularen Verfassung und einer Verbesserung der sozialen Rechte für die arbeitende Bevölkerung.

So schreibt die *Jugendbewegung 6. April* – eine Bewegung, die um Solidaritätskampagnen für streikende ArbeiterInnen entstanden ist und eine wichtige Rolle bei der Entstehung der Massenbewegung spielte – in einer Erklärung: *„Wir wollen Ägypten als ein Land mit einer demokratischen zivilen Regierung und einem gesunden politischen Klima, das die Meinungsfreiheit, die Freiheit der Bildung politischer Parteien, Gewerkschaften und Verbände sowie der Versammlungsfreiheit.“* 113

In die gleiche Richtung geht auch die *Koalition der Revolution der Jugend*, ein Bündnis besagter *Jugendbewegung 6. April*, der *Jugendorganisation der Moslembruderschaft*, der *Jugendkampagne zur Unterstützung ElBaradei's* und anderen Organisationen und Einzelpersonen. In ihrem Programm fordert sie unter anderem:

1. Die Abschaffung der alten Verfassung und Ersetzung durch eine neue Verfassung nach Bildung eines neuen Parlaments sollte der Weg einer demokratischen Verfassung des Volkes auf dem Weg hin zu einer parlamentarischen Republik sein, in der der Präsident weniger Macht besitzt, eine Gewaltenteilung existiert und es bestimmte Regeln für den Wahlprozeß gibt.

2. Aufhebung des Ausnahmezustandes, der Sondergerichte und des Kriegsrechts.

3. Neuformierung einer Übergangsregierung von Technokraten, die von einer passenden zivilen nationalen Persönlichkeit geleitet wird, die das Höchstmaß an Vertrauen und die Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit besitzt. Herabsetzung des Alter, um bei den Parlamentswahlen zu kandidieren auf 25 Jahren und für die Präsidentschaftswahlen auf 35 Jahren.“ 114

Es ist ein großer Irrglaube zu meinen, daß die Orientierung auf die Errichtung einer kapitalistischen demokratischen Republik ein Schritt in Richtung Revolution und der Überwindung der sozialen und demokratischen Aufgaben ist. Vielmehr ist die Perspektive der bürgerlich-demokratischen Republik eine Falle. Die große Gefahr der demokratischen Republik liegt darin, daß bei einer Parlamentswahl die etablierten bürgerlichen Parteien gewinnen – in Ägypten wäre dies wohl die bürgerlich-islamistische Moslembruderschaft – und der Staatsapparat mit der zentralen Rolle des Militärs erhalten bleibt. Am Ende einer solchen Entwicklung könnte ein politisches Herrschaftsmodell der Bourgeoisie stehen, wie es gegenwärtig in der Türkei existiert.

Eine solche Parlamentswahl wäre – wie alle bürgerlich-demokratischen Wahlen – eine einmalige Angelegenheit, wo die Menschen einen Stimmzettel abgeben können,

danach aber keine Möglichkeit mehr besitzen, um die Entscheidungen des Parlaments beeinflussen zu könne. Die Abgeordneten des Parlaments sind abgehoben und unkontrollierbar und dienen in der Regel den Interessen der Kapitalistenklasse.

In Wirklichkeit bedeutet die Losung der demokratischen Republik die demokratische Konterrevolution, bei der die alte herrschende Klasse ihre Macht in neuem Gewande gekleidet aufrechterhält.

Genauso problematisch sind die Rufe nach einer zivilen Übergangsregierung, d.h. einer bürgerlichen Regierung, die zudem nicht einmal auf bürgerlich-demokratische Weise durch Parlamentswahlen legitimiert ist. Eine solche Übergangsregierung wäre ein Instrument in den Händen der, nach wie vor an der Macht befindlichen, herrschenden Klasse, denn sie ist von den breiten Volksmassen weder gewählt noch abwählbar. Diese Forderung findet sich nicht nur in den vorher zitierten Forderungen der *Koalition der Revolution der Jugend*, sondern wird auch von den in der ArbeiterInnenklasse verankerten politischen Organisationen unterstützt. So wird z.B. in einer *„Erklärung der ArbeiterInnenkoalition der 25. Jänner-Revolution“* *„die Bildung einer anderen Regierung“* (anstelle der bestehenden Regierung von Ahmed Chafik) sowie die *„sofortige Bildung eines zivilen Präsidentschaftsrates, um den Übergang anzuleiten“* gefordert. Diese am 25. Februar veröffentlichte Erklärung wird bezeichnenderweise von einer Reihe von VertreterInnen unterzeichnet, die politisch von bürgerlich-islamistischen Kräften (z.B. Khalid Al-Azhari und Maher Suleiman von der Moslembruderschaft) über reformistische Parteien (z.B. Hamdi Hussein von der Arbeiterföderation der Ägyptischen Kommunistischen Partei) bis zum zentristischen Pseudo-Trotzkismus (z.B. Bissan Kassab und Hisham Fouad von den der IST (in Österreich Linkswende und in Deutschland Marx21) nahestehenden *Revolutionary Socialists* sowie Fatma Ramadan und Haitham Gabr vor der *Movement for Socialist Renewal*, einer Abspaltung der *Revolutionary Socialists*) reichen. 115

Diese gemeinsame Erklärung bürgerlich-islamistischer, reformistischer und zentristischer Kräfte ist ein gutes Beispiel dafür, wie sehr sich der Zentrismus in revolutionären Zeiten nach rechts anlehnt und Losungen für eine bürgerliche (Übergangs-)Regierung unterstützt. Gemeinsam mit offen bürgerlichen und kleinbürgerlich/reformistischen Kräften unterstützen diese „Sozialisten“ die Bildung einer bürgerlichen Regierung, die nicht der ArbeiterInnenklasse untersteht, sondern ausschließlich der herrschenden Klasse!

Doch wer glaubt, daß die *Revolutionary Socialists/IST* mit dieser Erklärung vielleicht ein einmaliges, wenn auch natürlich ungerechtfertigtes, Zugeständnis an die Moslembrüder gemacht hätten, irrt gewaltig. Dies gleiche reformistische Losung findet sich in einer Erklärung der *Revolutionary Socialists* vom 9. April: Darin rufen sie zur *„Bildung einer zivilen Regierung des Volkes, die Forderungen der Revolutionäre widerspiegelt und die Wünsche des ägyptischen Volkes nach einem Leben in Freiheit und Würde verwirklicht“* auf. 116 Nur eine Regierung, die aus dem Kampf von ArbeiterInnen- und Bauernräten hervorgeht und unter deren direkter Kontrolle und Abwählbarkeit steht, kann die *„die Forderungen der Revolutionäre“* und ein *„Leben in Freiheit und Würde“* verwirklichen. Wer das nicht klar sagt, sondern vielmehr eine klassenunspezifische und somit bürgerliche „zivile Regierung“ fordert, dient nicht den In-

teressen der ArbeiterInnenklasse, sondern der Bourgeoisie.

Eine solche Politik ist nichts anderes als volksfront'lerischer Klassenverrat! Mit seiner Politik trägt der Zentrismus – in diesem Fall die IST – dazu bei, in den Köpfen der ArbeiterInnenavantgarde Verwirrung zu stiften und die Unterordnung unter die Bourgeoisie zu predigen, statt eine klare, nur auf die Stärke der eigenen Klasse vertrauende Strategie zu entwickeln.

Einen ähnlichen Fall der Unterordnung des Reformismus und Zentrismus unter eine Volksfrontpolitik sehen wir in Tunesien. Dort bildeten alle nicht in der Regierung vertretenen Parteien und Organisationen einen gemeinsamen „Nationalen Rat zur Verteidigung der Revolution“, um die Regierung „zu kontrollieren“ und eine „Demokratisierung“ einzuleiten. An diesem Bündnis nehmen gemeinsam die stock-konservativen Islamisten der Ennahdha-Partei, die Gewerkschaftsführung sowie die „kommunistische“ PCOT und die der zentristischen „Vierten Internationale“ angehörende *Liga der ArbeiterInnen-Linken* (LGO) teil. <sup>117</sup> Das Bündnis erwies sich natürlich rasch als Quatschbude. Aber das ändert nichts daran, daß die zentristischen Kräfte mit dieser Zusammenarbeit mit Parteien der Bourgeoisie eine verheerende und die ArbeiterInnenavantgarde in die Irre führende Politik betreiben. 118

Aufgrund dieser so typischen Anpassung und Buckelei vor der Bourgeoisie bezeichnen MarxistInnen den Zentrismus als eine nicht-revolutionäre, nicht-proletarische Strömung. Der Zentrismus ist eine Kraft innerhalb der ArbeiterInnenbewegung, der – wie es Trotzki ausdrückte – ebenso wie der Reformismus „dem Klassengegner dienen“. <sup>119</sup> Die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki bezeichneten in diesem Sinne den Zentrismus in ihrem Programm von 1919/20 ebenso als „eine bürgerliche Entstellung des Sozialismus“ 120

In Tunesien verfolgt die stalinistisch-hoxhaistische *Kommunistische Partei der ArbeiterInnen Tunesiens* (PCOT), deren AktivistInnen auf eine lange Tradition des mutigen Untergrundkampfes gegen das Ben Ali-Regime zurückblicken können, ebenso eine Strategie der demokratischen Etappe. So formuliert ihr Generalsekretär Hamma Hammami das strategische Ziel mit der Losung: *„Für eine Verfassungsgebende Versammlung um die Grundlagen für eine demokratische Republik zu legen!“* <sup>121</sup>

Auch wenn die PCOT richtigerweise die Unterstützung der bürgerlichen Übergangsregierung in Tunesien ablehnt und diese mit scharfen Worten verurteilt, so hängt sie doch der illusionären Perspektive an, eine solche Übergangsregierung kontrollieren zu können. Statt jede Form der Zusammenarbeit und Unterstützung für jegliche Regierung zurückzuweisen, die nicht von Räten der ArbeiterInnen und Bauern gewählt und kontrolliert wurde, spricht sich die PCOT (und die der Vierten Internationale angehörende LGO) für die Kontrolle einer von niemanden gewählten und undemokratischen bürgerlichen Übergangsregierung durch das oben erwähnte klassenübergreifendes Volksfront-Bündnis „Nationalen Rates zur Verteidigung der Revolution“ aus:

„1. Aufrechterhaltung des Nationalen Rates zur Verteidigung der Revolution als ein Instrument der Kontrolle über die Provisorischen Präsidentschaft und der Übergangsregierung und um die Übergangsperiode zu schützen.

2. Für die Verschiebung der Wahl zur Verfassungsgebenden Ver-

*sammlung bis nach dem Sommer um den Menschen die bewußte Entscheidung und den politischen Kräften Zeit für die Vorbereitung zu ermöglichen.“* 122

Das ist nichts anderes als eine politische Bastardlösung, die den Kapitalismus mit bürgerlichen Methoden zu demokratisieren versucht. Wie sehen hier eine ähnliche Herangehensweise wie die von Khaled Abdel Shaheed von den ägyptischen Volkskomitees, bei der die bürgerliche – im übrigen nicht einmal durch Parlamentswahlen legitimierte – Regierung durch die „Komitees“ kontrolliert werden soll. Darüberhinaus wird die Losung der Verfassungsgebenden Versammlung auf reformistische Weise aufgestellt, nämlich so, daß sie von der herrschenden Klasse einberufen und kontrolliert wird anstatt vom werktätigen Volk und seinen Machtorganen.

Ähnlich auch eine andere links-stalinistische Kraft, die *Maoistische Organisation Tunesiens*. Sie verbindet radikale demokratische Forderungen und grundlegende soziale Losungen mit der Perspektive einer demokratischen Republik:

„\* Sturz (...) der gegenwärtigen Nutznießer und der Formation der nationalen Regierung und damit einhergehender Abbau der Säulen und Institutionen des Kastensystems (...). Aufnahme einer nationalen Wirtschaft und damit einhergehender Bruch der Verbindungen mit Imperialismus und Zionismus wird scheitern und in Isolation führen, wenn diese Maßnahmen nicht in Übereinstimmung mit den Bestrebungen unseres Volkes durchgeführt werden. (...)

\* Umstrukturierung der Institutionen der Armee, Sicherheits- und Entwicklungswerkzeuge zu einem Zweck, mit dem sie nicht zur Unterdrückung des Volkes genutzt werden können, wohl aber zum Schutz der Grenzen unseres Landes, seiner Leistungen und seiner Entwicklung vor jeder ausländischen Intervention oder Einmischung. (...)

\* Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Bereitstellung von Arbeit für alle die eine solche benötigen, sowie Garantierung des Rechts auf Wechsel sowie des selbst gewählten Umfangs gemäß den physischen, mentalen und bildungsmäßigen Qualifikationen (...)

123  
Wir halten das für eine vollkommen illusionäre Perspektive! Wie soll die Arbeitslosigkeit abgeschafft werden, ohne die Enteignung der Kapitalistenklasse und der Planung der Wirtschaft nach sozialistischen Zielsetzungen?! Wie soll die Armee – eine der Hauptfestungen des bürgerlichen Staatsapparates – dazu gebracht werden, nicht der herrschenden Klasse zu dienen, ohne sie zu zerschlagen und durch eine Arbeiter- und Bauernmiliz zu ersetzen?! Wir soll das alles ohne Diktatur des Proletariats, sondern durch eine bürgerliche demokratische Republik verwirklicht werden?!

Hier zeigt sich das Dilemma der stalinistischen Etappentheorie. Die maoistischen GenossInnen halten es für möglich, den kapitalistischen Staatsapparat zu kontrollieren, für die Zwecke der Revolution nutzbar zu machen, ohne ihn zu zerschlagen. Die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung beweist jedoch das Gegenteil. Selbst dort, wo der Staatsapparat enorm geschwächt und die Machtorgane der ArbeiterInnenklasse stark waren – wie z.B. in der russischen Revolution zwischen dem Februar und dem Oktober 1917 oder in den republikanischen Gebieten während des Spanischen Bürgerkrieges 1936-39 –, selbst dort diente der Staatsapparat den Interessen der KapitalistInnen und unterdrückte die ArbeiterInnenklasse.

Doch die Anpassung an den bürgerlichen Staatsapparat

und die Politik des reformistischen Gradualismus beschränkt sich keineswegs auf stalinistische Organisationen. Auch sogenannte trotzkistische Gruppen – in Wirklichkeit handel es sich um zentristische Kräfte – verfolgen eine Etappenpolitik. So nähren die *Revolutionären Sozialisten Ägyptens* – diese GenossInnen, die in den letzten Jahren im Untergrund gegen das Mubarak-Regime kämpften, sind Teil der International Socialist Tendency (in Österreich Linkswende) – Hoffnungen in die Reformierbarkeit der Armee. In einem Aufruf stellen sie die gegenwärtige Armee der Armee zur Zeit des Diktators Nassers gegenüber: *“Diese Armee ist nicht länger die Armee des Volks. Diese Armee ist nicht dieselbe, die die Zionisten im Oktober 1973 besiegt hat”* 124

In Wirklichkeit war die Armee zur Zeit Nassers keine Armee des Volkes, sondern eine Armee, die gegen das Volk eingesetzt wurde. Es war das Regime Nassers, unter dem zahlreiche KommunistInnen verfolgt und ermordet, unter dem Arbeiterstreiks mit Gewalt niedergeschlagen und unter denen unabhängige Gewerkschaften verboten wurden.

Solche politisch gefährlichen Losungen sind jedoch unausweichliches Ergebnis einer Strömung wie der IST, deren Politik sich durch eine reformistische Logik auszeichnet, die nur schlecht durch revolutionäre Phrasen kaschiert wird.

So schrieb der IST-Führer, Universitätsprofessor Alex Callinicos, in dem programmatischen Buch „Ein antikapitalistisches Manifest“ folgendes über die Perspektive der Revolution:

*„Man kann die Revolution aber auch in einem anderen Lichte sehen. Man kann sie als Erweiterung der demokratischen Selbstverwaltungsprozesse sehen, die in der Anfangsphase aus partiellen Versuchen, die Marktauswüchse zu bekämpfen, entstehen. Diese Demokratisierung könnte auf vielfältige Weise in Gang gesetzt werden: als Ergebnis von Regierungsreformen, die Volksbewegungen der Regierung abgetrotzt hätten, als Formen der Selbstorganisation, die ursprünglich geschaffen wurden, um den Massenkampf von unten wirkungsvoller zu gestalten und als Mittel, mit der katastrophalen Verschlechterung der materiellen Lage der Massen der Bevölkerung zu Rande zu kommen, wie derzeit im Fall Argentinens. (...) Die revolutionäre Entscheidung ist in Wirklichkeit diese: Sollten die demokratischen Formen von Selbstorganisation allmählich die Verwaltung der Wirtschaft in die Hand nehmen, um die Logik des Kapitals durch die Logik der Bedürfnisse zu ersetzen, oder sollten sie sich darauf beschränken, als humane Ergänzung zum Markt zu dienen?“* 125

In Wirklichkeit gab es noch niemals in der Geschichte Revolutionen, bei denen *„allmählich die Verwaltung der Wirtschaft“* in die Kontrolle der unterdrückten Klasse überging und konnte es auch nicht sein. Keine herrschende Klasse der Welt würde es zulassen, daß ihr *„allmählich“* die Macht entgleitet. Jede derartige Propaganda seitens sogenannter *„Sozialisten“* ist politisch gefährlich und führt zwangsläufig zu reformistische Losungen und Taktiken ihrer AnhängerInnen.

Eine andere Art der kleinbürgerlich-demokratischen Verwirrung finden wir beim ebenfalls zentristischen CWI. Diese GenossInnen vermengen und vermischen die Losung einer Verfassungsgebenden Versammlung mit der Losung eines bürgerlichen Parlaments. So schreibt Peter Taffee, der zentrale Führer des CWI:

*“Natürlich lebte die Masse der Bevölkerung seit Jahrzehnten*

*ohne Rechte - 60 Jahre im Falle der ägyptischen Massen. Die Verwirklichung der Demokratie wird daher als ein wichtiger Schritt vorwärts bei der Veränderung ihres Lebens gesehen. Daher müssen die ägyptischen Massen den Kampf für eine wirkliche demokratisches Parlament, eine verfassungsgebende Versammlung, auf ihre Fahne schreiben, welches nicht nur Regeln für die Wahlen ausarbeiten kann, sondern auch das Programm für die Veränderung der Bedingungen des ägyptischen Massen. Das Parlament – wenn es wirklich die Mehrheit der Bevölkerung vertreten soll – kann nur von revolutionären Massenkämpfen errungen werden mit dem Programm der Änderung aller Lebensumstände der ägyptischen Massen. Die Vertreter der ArbeiterInnen und armen Bauern sollten die Mehrheit in diesem Parlament oder verfassungsgebenden Versammlung bilden.“* 126

Doch ein demokratisches Parlament ist und bleibt ein Teil der kapitalistischen Staatsmaschinerie. Denn es ist das Gegenteil der Rätemacht – seine Abgeordneten sind nicht abwählbar und nicht kontrollierbar. Deswegen ist es für MarxistInnen eine unabänderliche Wahrheit, daß auch das demokratischste Parlament nicht den Interessen der ArbeiterInnenklasse und der unterdrückten Massen dienen kann, sondern nur der herrschenden Kapitalistenklasse:

*„Alle Sozialisten haben, wenn sie den Klassencharakter der bürgerlichen Zivilisation, der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus erläuterten, den Gedanken ausgesprochen, der mit der größten wissenschaftlichen Genauigkeit von Marx und Engels durch die Worte ausgedrückt wurde, daß auch die demokratischste demokratische Republik nichts anderes ist als eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, der Masse der Werktätigen durch eine Handvoll Kapitalisten.“* 127

Der Gipfel des Unsinn ist es dann, wenn das CWI auch noch behauptet, daß mittels eines Parlamentes (oder auch einer verfassungsgebenden Versammlung, was im übrigen zwei unterschiedliche Sachen sind) die Lebensbedingungen des ägyptischen Massen verändern könnte. Wie wir weiter unten sehen werden, hängt dies mit der reformistischen Methode des CWI zusammen. Die GenossInnen halten es für möglich, den Sozialismus friedlich und mittels Parlamentswahlen einführen zu können.

### **Die reformistische Illusion der demokratischen Überwachung der bürgerlichen Regierung**

Falsch ist auch folgende Auffassung, die von führenden Vertretern der Volkskomitees unterstützt wird. So tritt Khaled Abdel Shaheed, einer der Führer der Konferenz der Volkskomitees, für eine Mischung, eine Kombination von Volkskomitees und bürgerlicher Regierung ein. Die ägyptische Zeitung Al-Ahram zitiert ihn mit den Worten: *„Unser Endziel in der kommenden Periode ist eine gesellschaftliche Überwachung aller Teile der Regierung und aller Institutionen als Gewähr für die Vollendung der Revolution.“* 128

Diese Losung der *„Überwachung der Regierung“* durch Komitees oder gar durch ein Volksfront-Parteienbündnis wird auch von verschiedenen linken Organisationen unterstützt. Wir haben bereits weiter oben die Unterstützung der reformistischen *„Überwachung“* durch die hoxhaische PCOT und die Vierte Internationale in Tunesien bzw. die französische NPA erwähnt.

Doch sie sind damit nicht die Einzigen. Die *Liga für die Fünfte Internationale* (LFI) bejubelt die hier erwähnte *„Konferenz der Volkskomitees“* in Ägypten unkritisch als *„revolutionäre Konferenz“* und erklärt zu der hier zitierten Strat-

egie der „Überwachung aller Teile der Regierung und aller Institutionen als Gewähr für die Vollendung der Revolution“: „Das ist vollkommen korrekt.“<sup>129</sup> Eine solche Unterstützung für die illusionäre Politik der „Überwachung der bürgerlichen Regierung zur Vollendung der Revolution“ ist alles andere als „völlig korrekt“. Sie ist vollkommen falsch und reformistisch. Sie ist ein weiteres Zeichen des Abgleitens der LFI von ihrem noch existierenden revolutionären Programm in den Zentrismus, ist „reinsten Unsinn“ – wie Lenin diese Politik der „Kontrolle der bürgerlichen Regierung“ bezeichnete.

So positiv natürlich der Anspruch nach gesellschaftlicher Kontrolle der politischen Macht von Seiten der neu entstandenen Volkskomitees zu bewerten ist, so politisch falsch ist das Konzept einer solchen Einbeziehung der Volkskomitees in das bürgerliche Herrschaftssystem. Es ist ein gefährlicher Trugschluß zu meinen, durch eine solche Kombination – die Bourgeoisie und ihre Regierung behalten weiterhin die Macht und die Volkskomitees schauen ihr über die Schulter und kontrollieren, ob alles in Ordnung verläuft – könnte die Revolution vollendet werden. Einer solch gefährlichen Illusion hingen schon verschiedene zentristische und linksreformistische Kräfte an. So z.B. traten Führer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie Rudolf Hilferding oder der österreichische linke Sozialdemokrat Max Adler dafür ein, das bürgerliche Parlament mit Arbeiter- und Soldatenräten zu kombinieren. Letztere sollten ein Vetorecht bei verschiedenen politischen und kulturellen Entscheidungen haben.<sup>130</sup>

Auch der rechte Flügel innerhalb der bolschewistischen Partei im Herbst 1917 um Sinowjew und Kamenew unterstützte ein solches reformistisches Konzept, welches sie als „kombinierte Typ der staatlichen Einrichtungen“ bezeichneten. Und auch Stalin selber sprach sich im März 1917 – vor Lenin's Ankunft in Rußland – für eine solche reformistische Politik der „Kontrolle der Regierung durch die Sowjets“ aus. So argumentierte Stalin auf der Parteikonferenz der Bolschewiki am 29. März in einem Referat:

„Die Macht ist auf zwei Organe aufgeteilt, von denen aber keines die volle Macht innehat. Reibungen und Kampf zwischen ihnen bestehen und müssen bestehen. Die Rollen sind verteilt. Der Sowjet hat faktisch die Initiative revolutionärer Umgestaltungen ergriffen. Der Sowjet ist der revolutionäre Führer des aufständischen Volkes, ein die Provisorische Regierung kontrollierendes Organ. Die Provisorische Regierung dagegen hat faktisch die Rolle des Befestigers der Errungenschaften des revolutionären Volkes übernommen. Der Sowjet mobilisiert und kontrolliert die Kräfte. Die Provisorische Regierung dagegen erfüllt widerstrebend und irrend die Rolle des Befestigers jener Errungenschaften des Volkes, die dieses sich bereits faktisch genommen hat. Dieser Zustand hat positive, aber auch negative Seiten: es ist für uns jetzt nicht von Vorteil, die Ereignisse zu forcieren, indem wir den Prozeß der Abstoßung bürgerlicher Schichten beschleunigen, die sich in der Folge unvermeidlich von uns trennen müssen.“<sup>131</sup>

Lenin selber hat sich ursprünglich im Schweizer Exil – wo er über die bürgerlichen Zeitungen von der Einrichtung einer „Kontaktkommission“ durch die Sowjets zur Überwachung der Provisorischen Regierung erfuhren – zuerst positiv zu der Losung der Überwachung geäußert.<sup>132</sup> Doch nur wenige Wochen später, als er nach Rußland zurückkehrte und die konkrete Situation der Doppel-macht kennenlernte und den Unterschied zwischen der

Berichterstattung in den bürgerlichen Zeitung und der Wirklichkeit der Revolution feststellte, änderte er seinen Standpunkt.<sup>133</sup> Er trat von da an gegen die Losung der „Kontrolle der Regierung durch die Sowjets“ auf. So legte er Anfang April in einer Broschüre die gegensätzliche Haltung der kleinbürgerlichen Reformisten (Sozialrevolutionäre, Menschewiki) und der Bolschewiki zur Frage der Überwachung der Regierung durch die „Kontaktkommission“ der Sowjets folgendermaßen dar:

Frage „Soll man die Provisorischen Regierung unterstützen?“

Antwort der Sozialrevolutionäre, Menschewiki: „Ja, jedoch unter der Bedingung, daß sie das Abkommen mit dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten einhält und die Sitzungen der ‚Kontaktkommission‘ besucht.“

Antwort der Bolschewiki: „Nein; mögen die Kapitalisten sie unterstützen. Wir müssen das ganze Volk vorbereiten auf die unbeschränkte und alleinige Herrschaft der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- usw. Deputierten.“

Frage „Für Alleinherrschaft oder für Doppelherrschaft?“

Antwort der Sozialrevolutionäre, Menschewiki: „Für die Doppelherrschaft: ‚Kontrolle‘ der Provisorischen Regierung durch die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Darüber nachzudenken, ob Kontrolle ohne Macht wirksam sein kann, ist schädlich.“

Antwort der Bolschewiki: „Für die Alleinherrschaft der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten im ganzen Land, von unten nach oben.“<sup>134</sup>

Auf der Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki im April 1917 hielt Lenin den Befürwortern der „Kontroll-Losung“ entgegen:

„Kontrolle in einer revolutionären Zeit ist Schwindel. (...) In der Kontaktkommission die Wahrheit zu suchen ist unmöglich. Ohne Macht kann man nicht kontrollieren. Durch Resolutionen usw. kontrollieren wollen, ist reinsten Unsinn. Kontrolle bedeutet nicht Überwindung der kleinbürgerlichen Illusion, ist Dunst.“<sup>135</sup>

Wie Trotzki berichtet, tat es ihm Stalin bald gleich und lehnte nun die Losung der Kontrolle der Regierung durch die Sowjets“ ebenfalls ab.

„Nach der Lehre der Apriltage trat Stalin nun zum ersten Male gegen die Theorie der wohlwollenden „Kontrolle“ über die Provisorische Regierung auf, behutsam vor seinem eigenen gestrigen Tag zurückweichend.“<sup>136</sup>

Die Zurückweisung der zentristischen Theorie der Vermischung, der Kombination von Räten und bürgerlicher Regierung wurde zu einem Grundpfeiler der Bolschewiki und der Kommunistischen Internationale. In einem Artikel zur Gründung der Kommunistischen Internationale verurteilte Lenin die Politik der zentristischen USPD in Deutschland, die eine solche Verbindung der Räte und des Parlaments anstrebte:

„Dieser Aufruf beschuldigt die Scheidemänner der Bestrebung, die Räte beseitigen zu wollen, und schlägt – ohne Scherz! – vor, die Räte mit der Konstituante zu vereinigen, den Räten gewisse staatliche Rechte, einen gewissen Platz in der Verfassung einzuräumen.“

Die Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats versöhnen, sie miteinander vereinigen! Wie einfach das ist. Welche eine genial-philisterhafte Idee!

Nur schade, daß sie unter Kerenski in Rußland von den vereinigten Menschewiki und Sozialrevolutionären, diesen kleinbürgerlichen Demokraten, die sich für Sozialisten halten, schon erprobt worden ist.

Wer bei der Lektüre von Marx nicht begriffen hat, daß es in der

*kapitalistischen Gesellschaft in jedem kritischen Moment, bei jedem ernststen Zusammenstoß der Klassen allein entweder die Diktatur der Bourgeoisie oder die Diktatur des Proletariats geben kann, der hat weder von der ökonomischen noch von der politischen Lehre von Marx etwas verstanden.*

*Aber die genial-philisterhafte Idee der Hilferding, Kautsky und Co. von der friedlichen Vereinigung der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats bedarf einer besonderen Untersuchung, will man die ökonomischen und politischen Albernheiten ausschöpfen, die in diesem höchst bemerkenswerten und höchst komischen Aufruf vom 11. Februar zusammengetragen sind.“*<sup>137</sup>

In seinen „Lehren des Oktobers“, wo Trotzki 1924 die Erfahrungen der Oktoberrevolution verallgemeinerte und sie dem zentristischen Abgleiten der Stalin/Sinowjew/Kamenjew-Führung entgegenhielt, unterzog er diese menschenwistische Politik inklusive der „Kontrolle“ der bürgerlichen Regierung einer scharfen Kritik:

*„Lenins Stellung war: unentwegter Kampf mit der Vaterlandsverteidigung und mit den Vaterlandsverteidigern, Erringung der Mehrheit in den Sowjets, Sturz der provisorischen Regierung, Ergreifung der Macht durch die Sowjets, revolutionäre Friedenspolitik, sozialistischer Umsturz im Innern und internationale Revolution außen. Im Gegensatz hierzu vertrat, wie wir wissen, die Opposition den Standpunkt: Durchführung der demokratischen Revolution durch Druck auf die zeitweilige Regierung, wobei die Sowjets als „Kontrollorgane“ der bürgerlichen Regierung verbleiben sollten.“*<sup>138</sup>

Und weiter: *„Wir müssen im Block mit dem Kleinbürgertum zusammengehen, und die Kontrolle über die bürgerliche Regierung so lange ausüben, bis die bürgerliche Revolution endgültig durchgeführt ist. Dieses Schema ist rein menschenwistisch. Nach doktrinäer Begrenzung der Aufgaben der Revolution durch derartige Namengebung („bürgerliche“ Revolution) war es unmöglich, nicht zu einer Politik der Kontrolle der zeitweiligen Regierung mit der Forderung eines Friedens ohne Annektionen usw. zu gelangen.“*<sup>139</sup>

Eine ähnliche Idee wie Hilferding und Sinowjew/Kamenjew entwickelten die italienischen zentristischen KommunistInnen in den 1920er Jahren. Sie traten für eine *„Republikanische Versammlung basierend auf der Grundlage von Arbeiter- und Bauernkomitees“* ein. Trotzki wies diese unzulässige Vermischung von bürgerlichen und proletarischen Organen vehement zurück. Er schrieb:

*„Klassenorgane der Arbeiter und Bauern (...) verkörpern immer Organe des Kampfes gegen den bürgerlichen Staat, dann werden sie zu Organen des Aufstandes um schließlich, nach dem Sieg, in Organen der proletarischen Diktatur umgewandelt zu werden. Wie kann unter diesen Umständen eine Republikanische Versammlung – das oberste Organ des bürgerlichen Staates – als seine ‚Basis‘ Organe der proletarischen Staates haben?“*<sup>140</sup>

Nun könnte ein Zentrist einwenden: Aber warum haben dann Lenin und Trotzki die Losung der ArbeiterInnenkontrolle in den Betrieben mit entsprechenden Vetorechten für die Delegierten der Beschäftigten bei der Unternehmensführung gefordert? Vielleicht haben Lenin und Trotzki einen Fehler gemacht, als sie die Losung der „ArbeiterInnenkontrolle“ über die bürgerliche Regierung ablehnten? Die Antwort lautet eindeutig: Nein. Diese GenossInnen übersehen mehreres. Erstens beinhalten die zitierten Losungen der „Überwachung der Regierung“ meist eine Kontrolle durch bürgerliche und reformistische Parteien bzw. durch Komitees, die in der Regel zwar als embryo-

nale Ansätze von Räten bezeichnet werden können, aber nur in eingeschränktem Maße bzw. nur teilweise als tatsächlich entwickelte Räte.

Zweitens – und das ist der weit wichtigere, weil prinzipielle, Punkt – ist eine „Kontrolle“ des bürgerlichen Staatsapparates nicht möglich und führt unweigerlich zur kapitalistischen Korruption und Integration der Räte in den bürgerlichen Staatsapparat. Denn das Spezifische der proletarischen Revolution besteht ja gerade darin, daß ihr entscheidender und qualitativer Wendepunkt gerade in der Zerschlagung der politischen Macht der Bourgeoisie – also des politischen Staatsapparates der herrschenden Klasse – besteht. Doppelmacht bedeutet nicht, eine Kombination zweier gegensätzlicher Klassenorgane – sei es als Basis, als „Überwachung“, als Ratgeber. Denn ein solches Verständnis heißt – um es in den Worten Trotzki zu formulieren – *„das Organ der Bourgeoisie und das Organ des Proletariats sollten zu einem friedlichen System der Doppelherrschaft „kombiniert“ werden.“*<sup>141</sup>

Durch eine solche Institutionalisierung von Räten/Volkskomitees würden diese in den kapitalistischen Staatsapparat integriert werden und dadurch verbürgerlichen. Die Kommunistische Internationale unter der Führung von Lenin und Trotzki kritisierte – gestützt auf die Erfahrungen mit den Räten in den Revolutionen in Europa 1917-1920 – eine solche Strategie des „kombinierten Staatswesens“:

*„Der Versuch der Sozialverräter in Deutschland, die Sowjets (das russische Wort für Räte, d.A.) in das allgemeine bürgerlich-demokratische Verfassungssystem einzufügen, erscheint sachlich als Verrat an der Arbeitersache und als Irreführung der Arbeiter. Denn wirkliche Sowjets sind nur als Form der Staatsorganisation möglich, die die bürgerliche Demokratie ablöst, sie zerbricht und durch eine Arbeiterdiktatur ersetzt.*

*Die Propaganda des rechten Flügels der Unabhängigen (Hilferding, Kautsky u.a.), die dahin gerichtet ist, die Vereinbarkeit des ‚Sowjetsystems‘ mit einer bürgerlichen Nationalversammlung zu beweisen, bedeutet entweder völligen Mangel an Verständnis für die Entwicklungsgesetze der proletarischen Revolution, oder bewusste Irreführung der Arbeiterklasse. Sowjets bedeutet Diktatur des Proletariats. Die Nationalversammlung bedeutet die Diktatur der Bourgeoisie. Es ist unmöglich, die Diktatur der Arbeiter mit der Diktatur der Bourgeoisie zu vereinigen und zu versöhnen.“*<sup>142</sup>

Nein, die Aufgabe von Räten/Volkskomitees wäre es vielmehr, diese zu wirklichen, d.h. die unterdrückten Klassen in ihrer Breite repräsentierenden Organen des Kampfes, auszubauen. Ihre Aufgabe wäre es nicht, die bestehende bürgerliche Regierung zu „überwachen“, sondern sie zu bekämpfen und zu stürzen.

In seinem großen Buch über die Geschichte der Revolution 1917 behandelt Trotzki noch einmal die opportunistische Theorie der kombinierten Staatsform und legte die zentralen Argumente der beiden Seiten dar:

*„Prüfstein für einen revolutionären Politiker ist die Frage des Staates. In ihrem gegen den Aufstand gerichteten Brief vom 11. Oktober schrieben Sinowjew und Kamenjew: „Bei einer richtigen Taktik können wir ein Drittel und auch mehr Plätze in der Konstituierenden Versammlung bekommen ... Konstituierende Versammlung und Sowjets - das ist jener kombinierte Typus der Staatsinstitution, dem wir entgegengehen.“ „Richtige Taktik“ bedeutete Verzicht auf Machteroberung durch das Proletariat. „Kombinierter Typus“ des Staates bedeutete Verbindung der Konstituierenden Versammlung, in der die bürgerlichen Parteien zwei Drittel bilden, mit den Sowjets, in denen die Partei des*

Proletariats herrscht. Dieser Typus des kombinierten Staates lag späterhin der Hilferdingschen Idee zugrunde, die Räte in der Weimarer Verfassung zu verankern. General von Lissingen, Oberbefehlshaber in den Marken, der am 7. November 1918 die Bildung von Räten aus dem Grunde verbot, „weil diese Institutionen der bestehenden Staatsordnung widersprechen“, bewies jedenfalls unvergleichlich größten Scharfsinn als die Austromarxisten und die deutsche Unabhängige Partei.

Daß die Konstituierende Versammlung in den Hintergrund treten würde, hatte Lenin bereits seit April vorausgesagt; dennoch verzichteten weder er noch die Partei in ihrer Gesamtheit während des ganzen Jahres 1917 formell auf die Idee der demokratischen Vertretung: man konnte nicht im voraus mit Bestimmtheit sagen, wie weit die Revolution kommen würde. Man nahm an, es würde den Sowjets nach Übernahme der Macht schnell genug gelingen, Armee und Bauern zu gewinnen, so daß die Konstituierende Versammlung, vor allem bei Erweiterung des Wahlrechts (Lenin schlug insbesondere vor, das Wahlalter auf achtzehn Jahre herabzusetzen), den Bolschewiki eine Mehrheit bringen und nur die formelle Krönung des Sowjetregimes darstellen würde. In diesem Sinne sprach Lenin manchmal vom „kombinierten Typus“ des Staates, das heißt von der Anpassung der Konstituierenden Versammlung an die Sowjetdiktatur. In Wirklichkeit nahm die Entwicklung einen anderen Weg. Trotz Lenins Drängen entschloß sich das Zentralkomitee nach der Machteroberung nicht, die Einberufung der Konstituierenden Versammlung um einige Wochen zu vertagen, und anders war es unmöglich, das Wahlrecht zu erweitern und vor allem den Bauern Gelegenheit zu geben, ihre Stellung zu den Sozialrevolutionären und Bolschewiki auf neue Art festzulegen. Die Konstituierende Versammlung kam in Konflikt mit den Sowjets und wurde aufgelöst. Die in der Versammlung vorhandenen feindlichen Lager traten in den Zustand des Bürgerkrieges ein, der Jahre andauerte. Im System der Sowjetdiktatur fand sich für die demokratische Vertretung kein noch so untergeordneter Platz. Die Frage des „kombinierten Typus“ war praktisch von der Tagesordnung abgesetzt. Theoretisch jedoch behielt sie ihre ganze Bedeutung, wie nachträglich die Erfahrung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Deutschland zeigte.

Im Jahre 1924, als Stalin, den Forderungen des innerparteilichen Kampfes gehorchend, zum erstenmal versuchte, die Erfahrung der Vergangenheit selbständig zu bewerten, nahm er Sinowjews „kombinierten Staat“ unter seinen Schutz und berief sich dabei auf - Lenin. „Trotzki begreift nicht ... die Besonderheiten der bolschewistischen Taktik, wenn er gegen die Theorie der Verbindung von Konstituierender Versammlung und Sowjets wie gegen eine Hilferdingiade schnaubt“, schrieb in der ihm eigenen Manier Stalin. „Sinowjew, den Trotzki bereit ist, in einen Hilferdingianer zu verwandeln, hatte voll und ganz Lenins Standpunkt geteilt.“ Das bedeutet: sieben Jahre nach den theoretischen und politischen Kämpfen von 1917 hatte Stalin noch immer absolut nicht begriffen, daß bei Sinowjew wie bei Hilferding die Rede war von der Übereinstimmung und Versöhnung der Macht zweier Klassen, der Bourgeoisie durch die Konstituierende Versammlung, des Proletariats durch die Sowjets; während bei Lenin die Rede war von einer kombinierten Institution, die die Macht ein und derselben Klasse, des Proletariats, ausdrückt. Sinowjews Idee stand, wie Lenin schon damals auseinandersetzte, im Gegensatz zu den marxistischen Elementarlehren vom Staate. „Wenn die Macht in den Händen der Sowjets ist ...“, schreibt Lenin am 17. Oktober gegen Sinowjew und Kamenjew, „lassen alle diesen „kombinierten Typus“ gelten; aber mit dem Wörtchen „kombinierter Typus“ jetzt den Verzicht auf die Übergabe der Macht an die Sowjets einschmuggeln ... läßt sich zur

Charakterisierung dieses Verhaltens ein parlamentarischer Ausdruck finden?“ Wir sehen: zur Kennzeichnung der Sinowjewschen Idee, die Stalin für eine von Trotzki angeblich nicht begriffene „Besonderheit der bolschewistischen Taktik“ erklärt, fällt es Lenin sogar schwer, einen parlamentarischen Ausdruck zu finden, obwohl er sich in dieser Hinsicht durch übermäßige Hemmungen nicht auszuzeichnen pflegte. Über ein Jahr später schrieb Lenin unter Hinweis auf Deutschland: „... Der Versuch, die Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats zu verbinden, ist völlige Preisgabe sowohl des Marxismus wie des Sozialismus überhaupt ...“ Und hätte Lenin anders schreiben können?

Sinowjews „kombinierter Typus“ bedeutete seinem Wesen nach den Versuch, die Doppelherrschaft zu verewigen, das heißt die Wiederbelebung des von den Menschewiki restlos erschöpften Experiments. Und wenn Stalin im Jahre 1924 wie früher in dieser Frage auf gemeinsamem Boden mit Sinowjew stand, so hieß das, daß er, obwohl er sich Lenins Thesen angeschlossen hatte, noch immer, wenigstens zur Hälfte, jener Philosophie der Doppelherrschaft treugeblieben war, die er selbst in seiner Rede vom 29. März 1917 entwickelt hatte: „Die Rollen sind verteilt, der Sowjet hat faktisch die Initiative zu revolutionären Umgestaltungen ergriffen ... Die Provisorische Regierung dagegen hat faktisch die Rolle des Befestigers der Errungenschaften des revolutionären Volkes übernommen.“ Die gegenseitigen Beziehungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat werden hier als einfache politische Arbeitsteilung gedeutet.“<sup>143</sup>

Besonders abstrus, wenn auch konsequent in der Logik des Reformismus, ist der Gedanke der „Vollendung der Revolution“ durch die Kombination von bürgerlicher Regierung und „Komitees“. Wie soll eine Fusion von Diktatur des Proletariats (lassen wir den meist embryonalen Charakter der Volkskomitees einmal beiseite) und Diktatur der Bourgeoisie „die Revolution vollenden“?! Eine Revolution im Interesse welcher Klasse? Im Interesse der Bourgeoisie? Eine solche Revolution kann und darf das Proletariat nicht vollenden, denn es wird auf dessen Kosten sein. Eine Revolution im Interesse des Proletariats? Eine solche Umwälzung wiederum wird die heftigste Opposition der Bourgeoisie hervorrufen.

Entweder begreift man dieses grundlegende marxistische Prinzip oder man gleitet in den Reformismus ab. Es ist daher wenig verwunderlich, daß eine solche Idee der „Kontrolle“ bürgerlicher Regierungen durch Sowjets weder im Übergangsprogramm Trotzki noch sonst irgendeiner programmatischen Schrift der marxistischen Klassiker auftaucht.

In seinen „Lehren der Revolution“ charakterisierte Trotzki daher auch die Strategie des „kombinierten Staatswesens“ als bezeichnend für zentristische Kräfte, da diese „gegen die Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat kämpfen.“<sup>144</sup>

Doppelherrschaft im marxistischen Sinne bedeutet das zeitweilige Nebeneinanderexistieren von zwei einander feindlichen, unversöhnlichen Klassenorganen – ein Nebeneinander, daß früher oder später mit dem Sieg der einen und der Niederlage der anderen Seite enden muß. Bolschewiki-Kommunisten kämpfen für das Gegenüberstellen, für den Kampf der Sowjets gegen die bürgerliche Regierung und gegen die zentristische Entstellung der „Überwachung“, der Kombination von Sowjets und bürgerlicher Regierung.

## Zur embryonalen Etappen-Theorie der LFI

Leider ist die Unterstützung der LFI für die Losung der „Überwachung der bürgerlichen Regierung“ nicht der einzige Fehler in ihrer programmatischen Antwort auf die Arabische Resolution. Studiert man die bislang ausführlichste Resolution der LFI (knapp 7.000 Worte) zu den „*Perspektiven der revolutionären Bewegung*“ (LFI), so zeigt sich eine Vertiefung der revisionistischen Entartung dieser Organisation. So schreiben die GenossInnen in dieser Resolution über die Beziehung zwischen demokratischer und sozialer Revolution:

*„Deshalb können die demokratisch-revolutionären Aufgaben nicht aufgegeben oder übersprungen werden; sie müssen verwirklicht werden, während gleichzeitig die sofortige sozio-ökonomischen Forderungen in den Vordergrund gerückt werden. Die Massen werden, indem sie ihre demokratischen Freiheiten ausnützen, sie nie wieder freiwillig loslassen. Dies ist ein Stadium, das nur durch militante Massenaktionen abgeschlossen werden kann, bei denen die Arbeiterklasse eine führende Rolle spielen muß um Erfolg zu haben. Aber revolutionäre Sozialisten glauben nicht, daß es möglich oder wünschenswert ist, die Revolution mit dem Abschluß dieser demokratischen Etappe zu stoppen. Auf diese Frage haben uns die stalinistischen Kommunistischen Parteien weltweit eine katastrophale Hinterlassenschaft beschert, die aber leider noch immer einflußreich ist. Diese Etappen-Theorie, die vom klassischen Menschewismus übernommen wurde, bedeutet die Begrenzung und Zurückhaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse auf der demokratischen Etappe, so daß die vermeintlich liberal-demokratischen Kapitalisten die Macht übernehmen können.“* 145

Dieser Schlüsselabsatz in der LFI-Resolution zu ihren Perspektiven bringt die neue theoretische Verwirrung der LFI-Führung treffend auf den Punkt. Was wir hier vor uns haben, ist die pseudo-trotzkistische Variante einer embryonalen Etappen-Theorie. Gehen wir diesen Absatz Punkt für Punkt durch.

Als erstes fällt auf, das der Abschluß der demokratischen Revolution, der demokratischen Etappe, für möglich erachtet wird, ohne daß die ArbeiterInnenklasse den Kapitalismus durch eine proletarische Revolution stürzt und ihre Diktatur errichtet. So schreibt die LFI, daß *„demokratisch-revolutionären Aufgaben verwirklicht werden (müssen), während gleichzeitig die sofortige sozio-ökonomischen Forderungen in den Vordergrund gerückt werden.“* Das heißt, es ist laut der LFI-Führung möglich, die demokratisch-revolutionären Aufgaben (völlige demokratische Freiheiten, Enteignung des Großgrundbesitzes und Aufteilung des Bodens auf alle Hände, Abschaffung der Benachteiligung der Frauen und Jugendlichen, tatsächliche Selbstbestimmung der unterdrückten Nationen usw.) zu verwirklichen, während gleichzeitig erst die sozialen, ökonomischen Forderungen *„in den Vordergrund gerückt werden“* – also offenkundig bevor die Kapitalisten, an die man ja solche Forderungen richtet, gestürzt werden. Zur Bekräftigung dieses revisionistischen Unfugs schreibt die LFI-Führung im nächsten Satz: *„Dies ist ein Stadium, das nur durch militante Massenaktionen abgeschlossen werden kann“*. Damit sagt die LFI nicht nur fälschlicherweise, daß die demokratische Etappe abgeschlossen werden kann ohne sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats. Sie behauptet darüber hinaus, daß dazu *„militante Massenaktionen“* ausreichen würden, anstatt klar zu sagen, daß hierfür der bewaffnete Aufstand und der Bürgerkrieg zur Machtergreifung not-

wendig sind.

Diese völlig falsche Unbestimmtheit bei der Benennung der Mittel der Revolution – algebraischer „entschlossener Klassenkampf“ usw. statt Aufstand und Bürgerkrieg – findet sich auch an anderer Stelle in der gleichen Resolution. So schreibt die LFI-Führung:

*„Nur die machtvollste Entwicklung des Klassenkampfes hier und jetzt und ein kompromißloses Streben nach der vollständigen Zertrümmerung des alten Regimes kann die Revolution voranzutreiben, um dauerhafte Erfolge zu erzielen und die Macht der Werktätigen zu errichten, die für sozialistische Ziele kämpft und den westlichen Imperialismus aus der Region verdrängt.“*

Was für eine unsinnige Anpassung an den kleinbürgerlichen Pazifismus! Nicht durch die *„machtvollste Entwicklung des Klassenkampfes“* und *„kompromißloses Streben“* kann das alte Regime *„vollständig zertrümmert“* werden, sondern durch den bewaffneten Aufstand und die Ersetzung des bürgerlichen Staatsapparates durch die Diktatur des Proletariats in Form der Rätemacht. Solche unangebrachten Formulierungen dienen nicht der Klärung der Aufgaben der Avantgarde, sondern erzeugen vielmehr Unklarheit und Verwirrung. Sie verwischen die entscheidenden Unterschiede zwischen dem Bolschewismus und den vielfältigen Formen des Revisionismus und Menschewismus.

Später wiederholt die LFI-Führung noch einmal diese unglaubliche halb-pazifistische Behauptung:

*„Dies bedeutet die Fortsetzung der Streiks und Massenproteste, die Vorantreibung der demokratischen Forderungen soweit es geht, der Kampf für die Arbeiterkontrolle über Arbeitsplätze und Produktion, die Forderung nach Verstaatlichung der Schlüsselsektoren der Wirtschaft, Banken usw., um sie aus den Händen des ausländischen Kapitals zu entreißen. Dies allein garantiert die größtmöglichen Errungenschaften der demokratischen Revolution und die Vorbereitung und Konzentration der Arbeiterklasse auf die nächste Phase des Kampfes, wenn die kapitalistische Herrschaft und ihr ausbeuterisches System in Frage gestellt wird und die Möglichkeit einer sozialistischen Machtübernahme konkrete Realität werden.“*

Also durch *„die Fortsetzung des Streiks und Massenprotesten“* können laut LFI u.a. demokratische Forderungen, Arbeiterkontrolle sowie die Verstaatlichung der Schlüsselsektoren der Wirtschaft errungen werden?! Da ließe sich die herrschende Klasse aber leicht einschüchtern, wenn schon Streiks und Massenproteste zur Errichtung der Doppelherrschaft und der Verstaatlichung der Schlüsselsektoren ausreichen. Auch hier wieder zeigt sich eine sträfliche Unterschätzung der Klassengegensätze und der Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes. Nebenbei bemerkt ist es auch interessant – oder besser gesagt peinlich – daß die LFI-Führung jetzt die Errichtung der Arbeiterkontrolle sowie die Verstaatlichung der Schlüsselsektoren der Wirtschaft zu den *„größtmöglichen Errungenschaften der demokratischen Revolution“* zählt. Seit wann hat das etwas mit der demokratischen Revolution zu tun?!

Aber kehren wir zurück zur neuen embryonalen Etappen-Theorie. Die LFI-Führung schreibt: *„Aber revolutionäre Sozialisten glauben nicht, daß es weder möglich noch wünschenswert ist, die Revolution mit dem Abschluß dieser demokratischen Etappe zu stoppen.“* Hier wird der Fehler noch einmal in andere Form wiederholt. Als Menschewismus bezeichnen die GenossInnen, wenn man die Revolution mit dem Abschluß der demokratischen Etappe stoppen möchte. Ja, aber es ist auch schon Menschewismus zu behaupten, daß

## Friedlicher Weg zum Sozialismus oder bewaffneter Aufstand und Bürgerkrieg?

die demokratische Revolution ohne Diktatur des Proletariats abgeschlossen werden kann.

Warum? Weil die herrschende Kapitalistenklasse eng mit den Großgrundbesitzern verbunden ist, weil sie ihre Macht nur dadurch aufrechterhält, daß sie die Volksmassen, die unterdrückten Schichten und Nationen nicht nur ausbeutet, sondern auch politisch und gesellschaftlich unterdrückt.

Es ist die naive Hoffnung vieler kleinbürgerlicher Revolutionäre heute in den arabischen Staaten, daß die demokratische Revolution von der sozialen Revolution getrennt werden kann, daß letztere nicht notwendig ist zur Verwirklichung der demokratischen Freiheiten. Aber das ist eine trügerische Hoffnung, die durch die rauhe Wirklichkeit der Revolution der letzten hundert Jahre widerlegt wurde.

Genau deshalb hat der Führer der Oktoberrevolution, Leo Trotzki, die Erfahrungen der Klassenkämpfe verallgemeinert und in der Theorie der permanenten Revolution zusammengefaßt. Diese zentrale Lehre lautet:

*„Dies wiederum bedeutet, daß der Sieg der demokratischen Revolution nur durch die Diktatur des Proletariats denkbar ist, das sich auf das Bündnis mit der Bauernschaft stützt und in erster Linie die Aufgaben der demokratischen Revolution löst.“*<sup>146</sup>

Diesen Grundgedanken der Theorie der permanenten Revolution wiederholte er auch in seiner kurz vor seiner Ermordung verfaßten Analyse der Russischen Revolution:

*„Die Perspektive der permanenten Revolution kann folgendermaßen wiedergegeben werden: der vollständige Sieg der demokratischen Revolution in Rußland ist vorstellbar nur unter der Form der Diktatur des Proletariats, das sich auf die Bauernschaft stützt. Die Diktatur des Proletariats, die unvermeidlich nicht nur demokratische, sondern auch sozialistische Aufgaben auf die Tagesordnung setzt, wird gleichzeitig der internationalen sozialistischen Revolution einen starken Impuls verleihen.“*<sup>147</sup>

Doch in ihrer Anpassung an die vorherrschenden kleinbürgerlichen politischen Trends vergessen die LFI-Führer diese zentrale Lehre von Trozki's Theorie der permanenten Revolution und entwickeln eine embryonalen Etappen-Theorie, laut der die demokratische Revolution unabhängig von der Diktatur des Proletariats verwirklicht werden könne. Dieser Revisionismus hängt mit der offenkundigen Unterschätzung der Notwendigkeit zusammen, den Klassenkampf zum bewaffneten Aufstand und dem Bürgerkrieg vorantreiben zu müssen, um die Revolution tatsächlich zum Sieg zu führen. In diese revisionistische Denkweise fällt auch die oben dargelegte Anpassung an die reformistische Konzeption der „Überwachung der bürgerlichen Regierung“. Das Vergessen der zentralen Forderung der Verfassungsgebenden Versammlung sowie eines systematischen Aufzeigens der kleinbürgerlichen Klassenwurzeln der falschen reformistischen und zentristischen Konzepte in der besagten grundlegenden Resolution, runden das Bild der zunehmenden und höchst bedauerlichen theoretischen Verwahrlosung der LFI nur ab.

Zweifellos ist es heute der Fall, daß viele AktivistInnen in der arabischen Revolution hoffen, mit den Mitteln des Drucks und ohne notwendigerweise einem bewaffneten Aufstand zu ihrem Ziel der sozialen Gerechtigkeit und tatsächlichen Demokratie zu gelangen. Doch dies ist eine Illusion. Noch nie hat eine herrschende Klasse freiwillig ihre Macht abgegeben. Selbst der bloße Sturz eines Diktators wie Ben Ali oder Mubarak hat hunderte Tote gefordert – und dabei wurde noch nicht einmal das System als solches in Frage gestellt! Wie verbissen wird die Bourgeoisie erst ihre Militärmaschinerie einsetzen, wenn ihre Herrschaft als Klasse in Gefahr ist?!

Bei AktivistInnen, die nun neu das Feld des politischen Kampfes betreten, mögen solche Illusionen zwar falsch, aber aufgrund mangelnder Erfahrung verständlich sein. Politische Organisationen, die jedoch bereits seit Jahrzehnten existieren und ihre falschen kleinbürgerlich-pazifistischen Theorien entgegen allen Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung aufrechterhalten, müssen jedoch eines unentschuldbaren politischen Versagens schuldig gesprochen werden.

Es ist auffallend, daß in den Dokumenten von verschiedenen zentristischen Organisationen wie der IMT (in Österreich und Deutschland: Funke), dem CWI (in Österreich und Deutschland: SLP bzw. SAV) oder der IST (in Österreich und Deutschland: Linkswende bzw. Marx21) diese Frage unklar und schwammig behandelt wird. Natürlich wird geflissentlich, als Pflichtübung sozusagen, erwähnt, daß eine sozialistische Gesellschaft das Ziel sei und manchmal wird auch die Losung einer ArbeiterInnen- bzw. einer ArbeiterInnen- und Bauernregierung aufgestellt. Aber es nicht bloß eine terminologische Frage, daß in all diesen Dokumenten peinlich die Losung der „Diktatur des Proletariats“ vermieden wird.

Warum? Geht es nur um Worte? Nein, es geht darum, ob die Überwindung des Kapitalismus nur auf revolutionären oder auch auf reformistischen Weg erfolgen kann. Kann der Kapitalismus ohne bewaffneten Aufstand, ohne Bürgerkrieg und somit ohne Errichtung der Diktatur des Proletariats gestürzt werden?

Die Antwort verschiedener Zentristen und Linksreformisten lautet, daß dies möglich sei. Die Kommunistische Partei Österreich unter Stalin erklärte 1946 in ihrem Programm:

*„Der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion (...) hat in einer Reihe von Ländern zum erstenmal die Möglichkeit eröffnet, in härtestem und zähstem Kampf gegen alle Kräfte, die sich dem Fortschritt entgegenstellen, ohne die Schrecken des Bürgerkrieges zum Sozialismus überzugehen.“*<sup>148</sup>

Diese Orientierung auf einen friedlichen Übergang „ohne die Schrecken des Bürgerkrieges“ war die allgemeine Orientierung der reformistischen Kommunistischen Parteien in der Zeit Stalins, Chruschtschows und Breschnews.

Eine ähnliche pazifistische Ausrichtung finden wir auch bei zentristischen Organisationen. Es ist kein Zufall, daß sich in den zentralen Artikel des CWI zur arabischen Revolution kein Wort zur Miliz und der Frage des Bürgerkrieges findet. Ähnlichen bei der IMT: eine kurze Erwähnung von Volksmilizen in ihrem zentralen Manifest, aber selbst da werden sie nicht in einen Zusammenhang mit den bewaffneten Aufstand gebracht.

In der Tat haben Organisationen wie IMT und CWI wiederholt betont, daß eine friedliche Überwindung des Kapitalismus möglich ist. So erklärt das CWI in einem zentralen theoretischen Dokument zur Frage des Staates klipp und klar, daß ein friedlicher Weg zum Sozialismus eine realistische Möglichkeit wäre. Und zwar indem zuerst die breite Mehrheit der ArbeiterInnenklasse auf die Straße geht, dann eine „sozialistische Regierung“ an die Macht käme und diese dann mittels Druck die herrschende Klasse von der Sinnlosigkeit ihres Widerstandes überzeugen würde: *„Unser Programm vertrat die Sache der ‘sozialistischen Umwälzung der Gesellschaft’ – einer popularisierten Fassung der ‘sozialistischen Revolution’. Wir verwenden diese Formulierung um die grobe Assoziation von Revolution und Gewalt zu vermeiden, die fälschlicherweise immer von den Apologeten des Kapitalismus gemacht wird. Eine erfolgreiche sozialistische Umwälzung kann nur auf der Grundlage der überwältigenden Mehrheit der ArbeiterInnenklasse mit der Unterstützung von anderen Schichten und durch die radikalsten Formen der Demokratie erreicht werden. Auf dieser Grundlage, vorausgesetzt eine sozialistische Regierung ergreift entschlossene Maßnahmen auf der Grundlage der Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse, wäre eine friedliche Veränderung der Gesellschaft möglich. Jede Androhung von Gewalt würde nicht von einer populären sozialistischen Regierung kommen, sondern von den Kräften, die ihr Monopol des Reichtums, der Macht und der Privilegien durch die Mobilisierung der Reaktion gegen die demokratische Mehrheit wiedererrichten wollen.“*<sup>149</sup>

In einem Radio-Interview erklärte der zentrale Führer des CWI, Peter Taaffe, daß dieser friedliche Übergang, diese friedliche Entmachtung der seit Jahrhunderten herrschenden und mächtigen KapitalistInnenklasse sogar mittels Parlamentswahlen möglich wäre:

*„BBC: Glauben sie immer noch, daß die Revolution kommen wird?“*

*Peter Taaffe: Nun, was meinen sie mit Revolution?“*

*BBC: Den Sturz des Kapitalismus.*

*Peter Taaffe: Ja, ein Wandel in der Gesellschaft, herbeigeführt durch die Erringung einer Mehrheit bei den Wahlen, unterstützt durch eine Massenbewegung um die KapitalistInnen davon abzuhalten, die sozialistische Regierung zu stürzen und die sich dafür einsetzt, nicht alle kleinen Geschäfte, alle Wettbüros, oder jeden kleinen Laden – nebenbei verschwinden die sowieso durch den Aufstieg der Supermärkte, und so weiter oder jede kleine Fabrik zu verstaatlichen, aber die sich dafür einsetzt, die Handvoll von Monopolen, multinationalen Konzernen heutzutage, die 80-85% der Wirtschaft kontrollieren, zu verstaatlichen.“*<sup>150</sup>

Die gleiche reformistische Theorie des friedlichen Überganges zum Sozialismus vertritt die Internationale Marxistische Tendenz (IMT). Ihr zentraler Theoretiker, Alan Woods, schreibt in einem Ende 2008 erschienen ausführlichen Dokument zur Staatsfrage folgendes:

*„Eine friedliche Transformation der Gesellschaft wäre vollkommen möglich, wenn die Führer der Gewerkschaften und der Reformisten bereit wären, die kolossale Macht in ihren Händen einzusetzen um die Gesellschaft zu verändern.“*<sup>151</sup>

Und am Beispiel der fehlgeschlagenen Revolution in Portugal 1974 meint Woods sogar, daß eine sozialistische Umwälzung mittels des bürgerlichen Parlamentes erreicht werden könne:

*„Unter diesen Umständen gibt es nicht den geringsten Zweifel, daß nicht nur die Revolution in Portugal friedlich hätte durchgeführt werden können, sondern daß sie sogar mittels des Parlamentes durchgeführt hätte werden können.“*<sup>152</sup>

Die Geschichte des Klassenkampfes hat über solche lächerlichen Tagträumer-Theorien, die schon lange vor dem CWI und der IMT von den Revisionisten a la Bernstein, Otto Bauer und Karl Renner erfunden wurden, ein vernichtendes Urteil gefällt. Es gab bisher schlichtweg keine gewaltlose Revolution, in der die breite Mehrheit der Bevölkerung, die unterdrückten Klassen die herrschende Klasse beseitigte.

Selbstverständlich können *einzelne Episoden* der Revolution friedlich sein. Solche kurzfristigen Episoden ziehen die CWI- und IMT-Theoretiker auch gerne heran, um den angeblich friedlichen Charakter der sozialistischen Revolution zu beweisen. Aber das ist nichts anderes als eine bewußte Täuschung, im besten Fall Selbsttäuschung. Denn eine Revolution muß natürlich immer als gesamter Prozeß betrachtet werden – also vom *Beginn des Kampfes um die Macht bis hin zum endgültigen Sieg und der Vernichtung der konterrevolutionären Bedrohung*. Hier lehrt die Geschichte der sozialistischen Revolution in Rußland 1917-20, die Geschichte der ungarischen oder auch der bayrischen Räterepublik 1919 und jedes andere Beispiel des Versuches der Machtergreifung durch die ArbeiterInnenklasse, daß die herrschende Klasse niemals gewillt ist, friedlich und freiwillig ihre Macht abzugeben.

Hier geht es nicht um blutrünstige Wünsche, wie die CWI- und IMT-Theoretiker so gerne ihren marxistischen OpponentInnen vorwerfen. Doch diese selbsternannten „TrotzkistInnen“ passen sich dem Druck der bürgerlichen Öffentlichkeit mit ihrer moralisierenden Verurteilungen der Gewalt, ihrem heuchlerischen Pazifismus, der das bürgerliche Gewaltmonopol tarnt, an. Sie vergessen dabei all zu schnell, was Trotzki zur Frage der Moral im Hinblick auf die Anwendung von Gewalt gegen den Klassenfeind schrieb: *„Der Untergang der bolschewistischen Partei – eine Episode in der Weltreaktion – schmälert jedoch nicht ihre welthistorische Bedeutung. In der Periode ihres revolutionären Aufstiegs, d.h. als sie wirklich die proletarische Avantgarde repräsentierte, war sie die ehrlichste Partei in der Geschichte. Natürlich täuschte sie den Klassenfeind, wo immer sie konnte; auf der anderen Seite sagte sie den Arbeitern die Wahrheit, die ganze Wahrheit, und nichts als die Wahrheit. Nur dank dem gewann sie das Vertrauen der Arbeiter in einem Maße, wie nie zuvor eine andere Partei in der Welt.*

*Die Kommis der herrschenden Klasse nennen die Organisatoren dieser Partei »amoralisch«. In den Augen der bewußten Arbeiter trägt dieser Vorwurf den Charakter eines Kompliments. Er bedeutet: Lenin weigerte sich, die Moralvorschriften anzuerkennen, die die Sklavenhalter für ihre Sklaven aufgestellt haben, ohne sich selbst jemals danach zu richten; er forderte das Proletariat auf, den Klassenkampf auch auf die Sphäre der Moral auszudehnen. Wer sich den vom Feinde aufgestellten Vorschriften unterwirft, kann niemals diesen Feind besiegen!*

*Lenins »Amoral«, d.h. seine Verwerfung einer Moral über den Klassen, hinderte ihn nicht, sein ganzes Leben hindurch ein und demselben Ideal treu zu bleiben, sein ganzes Sein der Unterdrückten zu widmen, auf dem Gebiet der Ideen die größte Gewissenhaftigkeit und auf dem der Tat die größte Furchtlosigkeit zu entfalten, sich dem »gewöhnlichen« Arbeiter, der schutzlosen Frau, dem Kinde gegenüber ohne die geringste Spur von Überheblichkeit zu verhalten. Leuchtet es nicht ein, daß »Amoral« im gegebenen Fall nur ein Synonym für eine höhere menschliche Moral ist?“*<sup>153</sup>

Angesichts dieses Zitats von Trotzki erscheint das moralische Geheul der Pseudo-TrotzkistInnen der IMT und

des CWI zur Frage des Bürgerkriegs wie ein Witz der Geschichte. Das Hauptziel ist nicht die Vermeidung jeglicher Gewalt, sondern vielmehr das Einsetzen aller durch die Klassengesellschaft unvermeidlichen Gewalt im Dienste der unterdrückten Klasse. Keine Sekunde wird die Bourgeoisie zögern alle Mittel der brutalsten Gewalt zu mobilisieren, um das Proletariat weiterhin in Knechtschaft zu halten. Keine Sekunde lang dürfen wirkliche MarxistInnen vor dem Mittel des Bürgerkrieges gegenüber eben diesen Unterdrückern des Proletariats wie der gesamten Menschheit zögern.

Wir müssen der ArbeiterInnenklasse die Wahrheit sagen. Vergessen wir nicht Trotzki's so treffende Definition der Anforderung an revolutionäre Politik:

*„Ich glaube, daß die marxistische, die revolutionäre Politik im allgemeinen eine sehr einfache ist: ‚Die Wahrheit aussprechen! Nicht lügen! Die Wahrheit sagen!‘ Das ist eine sehr einfache Politik.“*<sup>154</sup>

In diesem Sinne haben wir in unserer Erklärung *„Das will die RKOB!“* geschrieben:

*„Die Revolution kann nicht friedlich vonstatten gehen, denn noch nie hat eine herrschende Klasse freiwillig auf ihre Macht verzichtet. Der Weg zur Befreiung verläuft über den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg gegen die KapitalistInnen.“*<sup>155</sup>

Mit einer solchen realistischen Sichtweise befinden wir uns im Unterschied zu CWI und IMT in der Tradition der marxistischen KlassikerInnen. Im Kommunistischen Manifest schrieben Marx und Engels unmißverständlich:

*„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“*<sup>156</sup>

Und in seinem Hauptwerk zur Staatsfrage – *„Staat und Revolution“* – schrieb Lenin 1917 im gleichen Sinne:

*„Wir haben schon davon gesprochen und werden in der weiteren Darstellung ausführlicher zeigen, daß die Lehre von Marx und Engels von der Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. Dieser kann durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) nicht auf dem Wege des ‚Absterbens‘ gelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution. Die Lobrede, die Engels auf die gewaltsame Revolution hält und die den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht (erinnern wir uns an den Schluß des ‚Elends der deutschen Philosophie und des ‚kommunistischen Manifests‘ mit der stolzen und offenen Erklärung, daß die gewaltsame Revolution unausbleiblich ist; erinnern wir uns an die Kritik des Gothaer Programms vom Jahre 1875 fast dreißig Jahre später, in der Marx den Opportunismus dieses Programms schonungslos geißelte) – diese Lobrede ist durchaus keine ‚Schwärmerei‘, durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in diesen, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der gesamten Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die heutzutage vorherrschenden sozialchauvinistischen und kautskyianischen Strömungen kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, daß man hier wie dort diese Propaganda, diese Agitation vergessen hat. Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich.“*<sup>157</sup>

Diese Ansicht bekräftigte er nach den Erfahrungen der

Revolutionen in Europa:

*„Natürlich vom Standpunkt einer kapitalistischen Gesellschaft, die in friedlicher Zeit auf friedliche Weise zum Sozialismus übergegangen wäre, gäbe es für uns keine vordringlicheren Aufgaben als die Hebung der Produktivität. Nur ein kleines Wörtlein muß man sagen: ‚Wenn‘. Wenn der Sozialismus so friedlich zur Welt käme, wie es die Herren Kapitalisten ihm nicht haben gestatten wollen, zur Welt zu kommen. Ein kleines Manko hat sich ergeben. Selbst wenn es keinen Krieg gegeben hätte, hätten die Herren Kapitalisten dennoch alles getan, um eine solche friedliche Entwicklung nicht zuzulassen. Große Revolutionen, selbst wenn sie friedlich anfangen, wie die große französische Revolution, haben mit erbitterten Kriegen geendet, die von der konterrevolutionären Bourgeoisie begonnen wurden. Anders kann es auch nicht sein, wenn man diese Frage vom Standpunkt des Klassenkampfes und nicht des spießbürgerlichen Wortgeklingels über Freiheit, Gleichheit, Arbeitsdemokratie und Mehrheitswillen betrachtet, jenes spießbürgerlichen stumpfsinnigen Wortgeklingels, das uns die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre, diese ganze ‚Demokratie‘ vorsezen. Eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus kann es nicht geben.“*<sup>158</sup>

Gerade darin besteht ja auch ein Kerngedanke der Theorie der permanenten Revolution: Die Unmöglichkeit, die Revolution in einzelne, voneinander separierte Etappen zu trennen, denn die herrschende Klasse zwingt die ArbeiterInnenklasse weiterzugehen oder zu kapitulieren. Die Bourgeoisie läßt nicht friedlich zu, daß die Unterdrückten ihr Stück für Stück die Macht entreißen. Sie wird den Bürgerkrieg von oben führen und den muß das Proletariat mit dem Bürgerkrieg von unten beantworten. Trotzki faßte diesen Gedanken in seiner Schrift zur Theorie der permanenten Revolution folgendermaßen zusammen:

*„Die Machteroberung durch das Proletariat schließt die Revolution nicht ab, sondern eröffnet sie nur. Der sozialistische Aufbau ist nur auf der Basis des Klassenkampfes im nationalen und internationalen Maßstabe denkbar. Unter den Bedingungen des entscheidenden Übergewichts kapitalistischer Beziehungen in der Weltarena wird dieser Kampf unvermeidlich zu Explosionen führen, d.h. im Inneren zum Bürgerkrieg und außerhalb der nationalen Grenzen zum revolutionären Krieg. Darin besteht der permanente Charakter der sozialistischen Revolution, ganz unabhängig davon, ob es sich um ein zurückgebliebenes Land handelt, das erst gestern seine demokratische Umwälzung vollzogen hat, oder um ein altes kapitalistisches Land, das eine lange Epoche der Demokratie und des Parlamentarismus durchgemacht hat.“*<sup>159</sup>

An anderer Stelle schreibt er: *„Doch auch das ist das Schlimmste noch nicht. Das Schlimmste besteht darin, daß Radek die Grenze übersprungen hat, die den Marxismus vom Opportunismus, die revolutionäre von der pazifistischen Position trennt. Es geht ja um nichts anderes, als um den Kampf gegen den Krieg, d.h. darum, wie und mit welchen Methoden man den Krieg abwenden oder ihm ein Ende machen kann: durch den Druck des Proletariats auf die Bourgeoisie oder durch den Bürgerkrieg zur Niederwerfung der Bourgeoisie? Zufällig hat Radek in dieses strittige Gebiet die Kernfrage der proletarischen Politik hineingetragen.“*<sup>160</sup>

Man könnte noch dutzende weitere solche Zitate anführen, die unsere Anschauung der Revolution bekräftigen und die Theorie von CWI und IMT als nicht-marxistisch, als revisionistisch entlarven. Denn die Unvermeidbarkeit des Bürgerkrieges in der Revolution zieht sich durch alle Werke der marxistischen Klassiker zur Staatsfrage.

## Die revolutionäre Herangehensweise und die reformistische Herangehensweise an die Losung der Verfassungsgebenden Versammlung

Sieg oder Niederlage einer Revolution entscheiden sich nicht zuletzt auch daran, ob die in ihr wirkenden politischen Organisationen ein klares Programm besitzen, das eine Reihe von richtigen, unmißverständlich dargelegte Taktiken mit einer Strategie des Sturzes des herrschenden Kapitalistenklasse und der proletarischen Machteroberung verbindet. Losungen und Taktiken, die hingegen in zweideutiger Weise ausgestellt werden, können verderblich sein, insofern sie die Massen desorientieren und von kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräften gegen das Proletariat ausgenützt werden können.

Die Frage der Verfassungsgebenden Versammlung als eine der zentralen revolutionär-demokratischen Losungen im marxistischen Programm wird von verschiedenen linken Gruppen oftmals zu einer reformistischen Losung degradiert. Unter einer reformistischen Verwendung dieser Losung verstehen wir, daß sie nicht als Taktik im Rahmen der Strategie der proletarischen Machtergreifung – des Kampfes für die Errichtung der Diktatur des Proletariats –, sondern als eine eigenständige Losung aufgestellt wird. Doch dadurch wird sie zu einer Losung des bürgerlich-demokratischen Revolution und somit der illusionären, der unmöglichen Revolution.

Wir stellen die Losung der Verfassungsgebenden Versammlung als eine revolutionäre Losung auf, das heißt, sie soll die Kampfkraft und die Selbstorganisation der ArbeiterInnenklasse und der unterdrückten Massen stärken und ihr Vertrauen in das herrschende Regime untergraben. Daher verbinden wir die Losung der *revolutionären Verfassungsgebenden Versammlung* mit dem Aufbau von Räten sowie bewaffneten Milizen der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen sowie mit der Losung der Machtergreifung – also der Losung des Aufstandes und der ArbeiterInnen- und Bauernregierung. Es geht darum, bei der Agitation für diese Losung den Massen darzulegen, daß eine Verfassungsgebende Versammlung nur dann nicht zu einer konterrevolutionären Falle verkommt, wenn sie nicht von einer Regierung der herrschenden Klasse einberufen und kontrolliert wird, sondern von den in Räten organisierten und bewaffneten ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen. Daher die Notwendigkeit, für eine durch einen Aufstand an die Macht gekommene revolutionäre Regierung zu kämpfen, die dann eine solche Versammlung einberufen könnte.

Es geht darum, die Losung der Verfassungsgebenden Versammlung nicht als Losung aufzustellen, die auf eine dauerhafte Koexistenz einer solchen Versammlung, des bürgerlichen Staatsapparates und revolutionären Organen der Unterdrückten (Räte etc.) hinausläuft. Deswegen darf die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung nicht an irgendeine Art von bürgerlicher Regierung delegiert werden. Der Führer der Bolschewiki und des ersten ArbeiterInnenstaates in der Geschichte, Wladimir Iljitsch Lenin, wies angesichts der Erfahrungen der ersten russischen Revolution 1905 darauf hin, daß die Losung der Verfassungsgebenden Versammlung in einem bürgerlichen Sinne mißbraucht und gegen das Proletariat gewendet werden kann, wenn die Macht in den Händen der konterrevolutionären Bourgeoisie bleibt:

„Die Losung der vom ganzen Volk gewählten konstituierenden

*Versammlung ist an und für sich, als solche, jetzt die Losung der monarchistischen Bourgeoisie, die Losung des Kuhhandels zwischen der Bourgeoisie und der zaristischen Regierung. Die Losung des revolutionären Kampfes kann nur der Sturz der zaristischen Regierung und ihre Ablösung durch eine provisorische revolutionäre Regierung sein, die die konstituierende Versammlung einzuberufen hat. (...) Wenn wir nicht imstande sein sollten, der bewaffneten Macht der Regierung die Macht des bewaffneten Volkes entgegenzustellen, wenn die zaristische Regierung nicht aufs Haupt geschlagen und durch eine provisorische revolutionäre Regierung ersetzt werden sollte, wird jede Versammlung von Volksvertretern, mag man sie auch vom ganzen Volk gewählt und konstituiert titulieren, in Wirklichkeit eine Versammlung von Vertretern der Großbourgeoisie zum Kuhhandel mit dem Zaren über die Verteilung der Macht untereinander sein.“<sup>161</sup>*

Wenn man also die Losung der Verfassungsgebenden Versammlung auf diese revolutionäre Weise aufstellt, dann ergibt sich daraus logisch, sie mit der Machtfrage zu verbinden. Das bedeutet, sie mit den Losungen der Organisation der ArbeiterInnen und Unterdrückten in Räten, ihrer Bewaffnung in ArbeiterInnen und Volksmilizen und schließlich mit der Frage des bewaffneten Aufstandes und der Diktatur des Proletariats zu verbinden.

Diese Herangehensweise zieht sich auch durch Trotzki's Schriften, wenn er die Frage der Verfassungsgebenden Versammlung in revolutionären Phasen aufwirft. So legte er z.B. am Beginn der Spanischen Revolution 1931 die Losung der revolutionären Verfassungsgebenden Versammlung (in Spanien hießen sie Cortes) folgendermaßen dar:

„Aber selbst bei einem Boykott der Cortes von Berenguer müssen die fortgeschrittenen Arbeiter ihnen die Losung der revolutionären gesetzgebenden Cortes gegenüberstellen. Wir müssen unnachgiebig den Betrug bei der Losung der gesetzgebenden Cortes im Munde der ‚linken‘ Bourgeoisie aufdecken, die in Wirklichkeit vermittelnde Cortes von des Königs und Berenguer Gnaden haben wollen, um mit den alten herrschenden und privilegierten Cliques zu feilschen. Eine echte gesetzgebende Versammlung kann nur von einer revolutionären Regierung einberufen werden, als Ergebnis des siegreichen Aufstandes der Arbeiter, Soldaten und Bauern.“<sup>162</sup>

Ähnlich behandelte Trotzki die Frage im Rahmen der chinesischen Revolution:

„Die Kommunistische Partei kann und muß die Forderung nach einer mit allen Vollmachten versehenen konstituierenden Versammlung aufstellen, die auf der Basis des allgemeinen, gleichen und direkten und geheimen Wahlrechts gewählt wird. Während der Agitation für diese Losung wird sie natürlich den Massen darlegen, daß eine solche Versammlung wohl kaum zustande kommen wird und daß sie, sollte sie doch zustande kommen, machtlos wäre, solange sich die materielle Gewalt in der Hand der Guomindang-Generalität befindet. Hieraus ergibt sich die Möglichkeit, die Losung der Bewaffnung von Arbeitern und Bauern erneut anzugehen.“<sup>163</sup>

Verschiedene sich als marxistisch verstehende Kräfte wenden jedoch die Losung der Verfassungsgebenden Versammlung im Rahmen der arabischen Revolution auf vollkommen andere Weise an. So z.B. die GenossInnen der maoistisch-hoxhaistischen „Kommunistischen Arbeiterpartei Tunesiens“, die die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung an eine bürgerliche Regierung delegieren. In Tunesien hat die bürgerliche Übergangsregierung bereits die Wahlen für eine Verfassungsgebende

Versammlung für Oktober angesetzt. Die GenossInnen der PCOT haben von Anfang an die Losung einer Verfassungsgebenden Versammlung aufgestellt, ohne jedoch klar zu machen, wer, welche Klasse, welche Klassenorgane diese Versammlung einberuft und kontrolliert:

*„Der demokratische Wandel, mit all seinen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Dimensionen, erfordert ein wirkliches Ende des repressiven Regimes, indem dieser einen direkten Schritt zur Bildung einer provisorischen Regierung oder eines anderen Körpers mit exekutiven Befugnissen unternimmt und die Aufgabe der Organisation freier Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung, die die Grundlagen für eine echte demokratische Republik schafft, in der die Menschen die Freiheit, soziale Gleichheit und nationale Würde genießen, in Angriff nimmt.“*<sup>164</sup>

Als die bürgerliche Übergangsregierung eine solche Verfassungsgebende Versammlung für Juni anberaumte, forderten die GenossInnen bloß die Verschiebung des Wahltermins, stellen aber nicht die Kontrolle der Bourgeoisie über die Organisation der Wahl selber in Frage. So fordert die PCOT in einer Erklärung vom 31. März:

*„Für die Verschiebung der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung bis nach dem Sommer um den Menschen die bewußte Entscheidung und den politischen Kräften Zeit für die Vorbereitung zu ermöglichen.“*<sup>165</sup>

In dieser (kleinbürgerlich)-demokratischen Logik ist auch die Erklärung des linken Bündnisses in Tunesien „Front des 14. Jänner“, indem u.a. sowohl die PCOT als auch die Sektion der zentristischen Vierten Internationale – die Liga der ArbeiterInnen-Linken – aktiv sind. Dieses Bündnis fordert in einer Resolution vom 20.1.2011:

*„Auflösung des Abgeordnetenhauses und des Senats, aller bestehenden künstlicher Institutionen, und des Hohen Rats der Richterschaft; Demontierung der politischen Struktur des alten Regimes, und Vorbereitung der Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung innerhalb von maximal einem Jahr zur Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung und eines neuen Rechtssystems, zur Schaffung eines öffentlichen Lebens mit Garantien für die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte der Menschen.“*<sup>166</sup>

Doch was ist eine „demokratische“ Verfassung? Eine Demokratie, die der ArbeiterInnenklasse dient, oder der ihr feindlich gegenüber stehenden Bourgeoisie oder eine Demokratie, in der kleinbürgerliche Schichten und Intellektuelle das Sagen haben? Und wer beruft sie ein und wer kontrolliert sie? Wird es so wie jetzt eine unkontrollierte Übergangsregierung sein – das heißt eine Regierung, die der Bourgeoisie dient? Oder eine Regierung, die von der ArbeiterInnenklasse und der mit ihnen verbündeten Schichten kontrolliert wird? In der Geschichte hat die Formel der „demokratischen“ Verfassung und der „demokratischen“ Regierung immer die Vorherrschaft der nicht-proletarischen Klassen, letztlich der Bourgeoisie oder der Bürokratie, getarnt. Wir brauchen kein Versteckspiel bei den Losungen, sondern Klarheit, die Klarheit der Klassenpolitik.

Ein ähnlich opportunistisches Abgleiten in eine Anpassung an die „klassenlose“ Demokratie sehen wir bei der sich als trotzkistisch bezeichnenden Vierten Internationale. Es sollte für MarxistInnen eigentlich zum ABC gehören, daß eine „klassenlose“ Demokratie in Wirklichkeit nicht über den Klassen steht. So etwas gibt es nicht. Jede „klassenlose“ Demokratie ist eine Demokratie gegen die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen, allen voran

das Proletariat. Ohne klar zu sagen, welche Klasse und welche Klassenorgane die Regierung kontrollieren sollen und welche Klasse dafür gestürzt werden muß, fordert die Führung der Vierten Internationale in einer Resolution vom Jänner 2011 die *„Einleitung eines Prozesses von freien Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung“* und stellt dies als Teil eines *„Programms für eine demokratische Regierung im Dienst der Arbeitenden und der Bevölkerung“* dar.

*„Abschaffung des Präsidentenamts, Einsetzung einer provisorischen revolutionären Regierung! Schluss mit der Diktatur sowie mit allen Operationen, mit denen die Macht der herrschenden Klassen gerettet werden sollen, erfordern jetzt die Einleitung eines Prozesses von freien Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung. Damit dieser Prozess nicht von einer neuen Macht der Oligarchien mit Beschlag belegt wird, muss er sich auf die Organisation von Komitees, Koordinationen und Räten des Volks stützen, die aus der Revolution hervorgegangen sind. In diesem Prozess treten die Antikapitalisten und Antikapitalistinnen für die zentralen Forderungen eines Programms des Bruchs mit dem Imperialismus und dem kapitalistischen System, zur Befriedigung der lebenswichtigen Bedürfnisse der Volksklassen ein – Brot, Löhne, Arbeitsplätze; Umstrukturierung der Wirtschaft nach den grundlegenden gesellschaftlichen Bedürfnissen – qualitativ gute und kostenlose öffentliche Dienste, Bildungswesen, Gesundheitswesen, Rechte der Frauen, radikale Landreform, Vergesellschaftung der Banken und der Schlüsselsektoren der Wirtschaft; Ausweitung des sozialen Sicherungssystems – Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Renten; Streichung der Schulden und nationale und Volkssouveränität. Dies ist das Programm für eine demokratische Regierung im Dienst der Arbeitenden und der Bevölkerung.“*<sup>167</sup>

Auf diese Weise verkommt die trotzkistische Losung einer ArbeiterInnen- und Bauernregierung – also einer Regierung, die sich auf Räte und bewaffneten Milizen der Massen stützt und im Interesse dieser den Kapitalismus bekämpft – zu einer unbestimmten und somit reformistischen Losung der *„demokratischen Regierung im Dienst der Arbeitenden und der Bevölkerung“*. Die *„Organisation von Komitees, Koordinationen und Räten des Volks stützen, die aus der Revolution hervorgegangen sind“* zum Zwecke der Überwachung des *„Prozesses von freien Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung“* ist gut und schön. Aber das wesentliche besteht darin, die Komitees zu tatsächlichen Räten auszubauen und ihnen eine Perspektive des bewaffneten Aufstandes gegen die herrschende Klasse und der Machteroberung zu geben!

Die sich als trotzkistisch bezeichnende IMT stellt zurecht die Losung der Verfassungsgebenden Versammlung auf, was angesichts der politischen Vergangenheit dieser Organisation einen Fortschritt darstellt (in den revolutionären Entwicklungen in Lateinamerika lehnten und lehnen die GenossInnen diese Losung fälschlicherweise ab).<sup>168</sup> Doch auch die IMT vermeidet es, diese Losung in einen Zusammenhang mit der Frage der Macht zu stellen, der Frage, welche Klasse soll die Macht erobern und die Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung einberufen. Sie stellen die Losung „nackt“ in den Raum und lassen es damit offen, wie, unter wessen Regierung, diese einberufen werden soll:

*„El Baradei sagt jetzt, dass er die vorgeschlagenen Abänderungen zur Verfassung ablehnt, doch anstatt die sofortige Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung zu fordern, meint er, die Wahlen sollten nach hinten verschoben werden,*

weil die Voraussetzungen für freie Wahlen noch nicht gegeben seien. Für diese Damen und Herren wird es nie einen richtigen Zeitpunkt für die Demokratie geben. Für die Massen, die für die Revolution große Opfer gebracht und ihr Blut vergossen haben, ist der Zeitpunkt für Demokratie aber jetzt gekommen! (...) Die gegenwärtige "Interimsregierung" verfügt über keine Legitimität und muss sofort aufgelöst werden – Fordern wir die umgehende Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung!"<sup>169</sup>

Oder sie präsentieren die Losung in der Form, daß eine Bewegung von unten die Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung organisieren soll:

"Doch es bleibt die Frage, wer eine solche Versammlung einberufen soll. Diese Aufgabe darf nicht der Armee überlassen werden, sondern muss von der revolutionären Bewegung, die weiterhin in den Fabriken, Universitäten, auf der Straße für den Kampf für Demokratie mobilisieren muss, übernommen werden."<sup>170</sup>

Aber wie soll das gehen? Wie kann eine Verfassungsgebende Versammlung von der Bewegung auf der Straße einberufen werden? Ist es nicht vielmehr notwendig, die Losung der Machtergreifung einer revolutionären Regierung aufzustellen und dieser die Aufgabe der Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung zu übertragen?!

### Die Gefahren der Konterrevolution

Damit kommen wir auch zu den verschiedenen Gefahren der Konterrevolution. Im großen und ganzen gilt es hier zwischen drei verschiedenen Formen der Konterrevolution zu unterscheiden, wobei zwischen diesen Varianten keine schematische, einander ausschließende Trennlinie zu ziehen ist, sondern sie in verschiedenen Kombinationen vermischt auftreten können.

In den Ländern, in denen sich gegenwärtig die alte Diktatur noch an der Macht hält – wie Jemen, Libyen, Syrien, Bahrein usw. – besteht die zentrale Gefahr klarerweise in der *bürgerlich-diktatorischen Konterrevolution*. Das heißt, dem offenen und brutalen Niederschlagen der Massenproteste.

In Ländern, wo die Diktatur gestürzt wurde, sich aber noch immer die herrschende Klasse an der Macht hält – wie Tunesien und Ägypten – besteht die zentrale Gefahr in der *bürgerlich-demokratischen Konterrevolution*. Das heißt, in den Versuchen, die Massenproteste zu kanalisieren, also in ungefährliche Bahnen zu lenken, indem die Hoffnungen der Massen auf einmal gewählt und ab dann unkontrollierbare Stellvertreter in einem Parlament o.ä. gelenkt werden.

Diese Form der Konterrevolution haben wir in Lateinamerika in den 1980er und 1990er Jahren, in Südafrika nach dem Ende Apartheid-Regimes 1994 oder auch in der Türkei in der jüngeren Vergangenheit erlebt. Die Erfahrung zeigt, daß die demokratische Konterrevolution in der Regel Hand in Hand mit Repression gegen radikalere Teile der Massenbewegung geht. Wenn wir also von der Gefahr der demokratischen Konterrevolution sprechen, schließt das ein repressives Vorgehen des Staatsapparates gegen linke Organisationen oder Teile der Volkomitees keinesfalls aus. Aber die Hauptform der Konterrevolution besteht nicht in der offenen, physischen Zerschlagung von jenen Organisationen und Parteien, in die die Massen ihre größten Hoffnungen setzen, sondern in der Neutralisierung und Inkorporierung dieser.

In Tunesien werden im Oktober Wahlen zu Verfassungsgebenden Versammlung stattfinden. Es ist gut möglich, daß auch in Ägypten und vielleicht auch in anderen Ländern noch heuer Parlamentswahlen stattfinden.

Die zentrale Gefahr dabei besteht darin, daß auf diese Weise nur die Spitzen des Staatsapparates ausgetauscht werden und vielleicht der Geheimdienst umbenannt wird. Das System des kapitalistischen Eigentums, das die weitverbreitete Armut verursacht, bleibt dann jedoch bestehen. Ebenso die Konzentration der politischen Macht in den Händen eines abgehobenen und mit der reichen Elite verbundenen Staatsapparates.

In Wirklichkeit könnte eine solche pseudo-demokratische Konterrevolution nicht einmal die gegenwärtigen Hoffnungen der Massen auf eine vollständige Säuberung des Staatsapparates von allen Schergen des alten Regimes und nach einer Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit erfüllen.

Schließlich gibt es noch die Gefahr der *direkten imperialistischen Konterrevolution*. Das heißt, dem offenen und direkten Eingreifen der imperialistischen Armeen in die Klassenkämpfe in den arabischen Ländern, um auf diese Weise die Revolution zu ersticken. Gegenwärtig sind die Angriffe der NATO in Libyen ein Beispiel dieser direkten imperialistischen Konterrevolution und ähnliche Entwicklungen könnten auch in Syrien stattfinden.

**revolta! Zeitung der Jugendorganisation Rote Antifa**

zeitung der revolutionären Jugend  
Ausgabe Nummer 1, Juni 2011 PREIS: SPENDE

**Rote Antifa**

**gegründet!**

In dieser Ausgabe:  
Rote Antifa gegründet  
Die arabische Revolution  
Spanien am Weg zur Revolution  
Was ist eine Klasse?

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

# VI. Fragen der marxistischen Theorie: Die Strategie der permanenten Revolution

Die von Leo Trotzki entwickelte Theorie der permanenten Revolution verarbeitete sowohl die Erfahrungen der siegreichen russischen Revolution 1917 als auch die von gescheiterten Revolutionen. Die Revolution kann nicht schematisch in Etappen unterteilt werden, sondern muß als ein Prozeß verstanden werden, indem die ArbeiterInnenklasse von Anfang an versucht, die Führung zu übernehmen und die Revolution weiterzutreiben. Das Ziel ist nicht – wie bei den StalinistInnen - die Errichtung einer reformierten, demokratisierten kapitalistischen Gesellschaft, sondern die Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse und der mit ihr verbündeten Schichten (Bauern, städtische Arme). Nur so kann eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden.

Weiters erkennt die Theorie der permanenten Revolution im Sinne von Marx, Engels und Lenin nur die ArbeiterInnenklasse als einzig konsequent revolutionäre Klasse an. Sie lehnt ein strategisches Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie, in der Hoffnung mit dieser gemeinsam eine Etappe des demokratisierten, national unabhängigen Kapitalismus mit substantiellen Errungenschaften für die ArbeiterInnenklasse erreichen zu können, ab. Die Bourgeoisie ist in der modernen Epoche des Imperialismus keine revolutionäre Klasse, wie das noch im 17. und 18. Jahrhundert der Fall war. Das schließt natürlich vorübergehende Konflikte zwischen Teilen der Bourgeoisie und dem Imperialismus oder zwischen Teilen der Bourgeoisie in den halbkolonialen Ländern keineswegs aus. Doch wenn die ArbeiterInnenklasse für ihre eigenen Interessen zu kämpfen beginnt, werden die verschiedenen Teile der Bourgeoisie ihre Differenzen rasch überwinden und sich gegen das Proletariat verbünden. Jegliche Hoffnung auf eine strategische Allianz mit einem Teil der Bourgeoisie im Interesse des Kampfes für den Sozialismus ist daher vollkommen unbegründet.

Das Kleinbürgertum und die Bauernschaft wiederum sind keine Klassen, die eigenständig handeln und dabei eine führende Rolle einnehmen können. Vielmehr müssen sie sich über kurz oder lang einer der beiden Hauptklassen der Gesellschaft unterordnen – dem Proletariat oder der Bourgeoisie.

Die Theorie der permanenten Revolution geht davon aus, daß wenn die Revolution nicht zur sozialistischen Machtergreifung weiter geführt wird, diese unweigerlich mit dem Sieg der herrschenden Klasse und einer Konterrevolution endet. Ebenso geht die Theorie der permanenten Revolution davon aus, daß die Revolution nicht dauerhaft in einem einzelnen Land siegreich sein kann (wie es Stalin behauptete), sondern sich international ausbreiten muß. Die moderne Wirtschaft hat gerade im Zeitalter des globalen Kapitalismus alle Ländern vom internationalen Austausch von Gütern, Technologien und Wissen abhängig gemacht. Darüber hinaus würden über kurz oder lang die imperialistische Großmächte keine siegreiche Revolution in einem einzelnen Land dulden. MarxistInnen treten daher für die Strategie der permanenten Revolution nicht deswegen ein, weil sie radikaler oder „aufregender“ ist, sondern weil sie die einzige realistische Möglichkeit

darstellt, das kapitalistische System zu überwinden und eine wirklich sozialistische Gesellschaft zu errichten.

## **Die Strategie des Stalinismus/Maoismus: Die demokratische Revolution mit der nationalen Bourgeoisie erkämpfen**

In all diesen Fragen entwickelten sich grundlegende Differenzen zwischen dem Trotzismus und dem Stalinismus. Stalin und später Mao Tse-tung gingen davon aus, daß die sogenannte „nationale Bourgeoisie“ für einen gemeinsamen Kampf mit der ArbeiterInnenklasse, für eine tatsächliche Demokratisierung, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt gewonnen werden könne. Der Stalinismus rechtfertigt diese Vorstellung damit, daß auch die nationale Bourgeoisie ein Interesse daran habe, Überreste des Feudalismus sowie die Vorherrschaft des Imperialismus zu beseitigen.

Daher müsse es das Ziel der ArbeiterInnenklasse sein, ein Bündnis mit diesem „nationalen“ Teil der Bourgeoisie bzw. dessen politische Ausdruck (der Kuomintang-Partei) anzustreben und dieses Bündnis nicht „unnötig“ durch zu radikale Forderungen zu gefährden. Stalin glaubte allen Ernstes, daß diese nationale Bourgeoisie bzw. führende Teile der Kuomintang bereit wären, ernsthaft gegen den Imperialismus und die Großgrundbesitzer zu kämpfen. Die Wirklichkeit zeigte aber, daß diese nationale Bourgeoisie die ArbeiterInnenklasse viel mehr fürchtet als den Imperialismus oder den Feudalismus. Ungeachtet zeitweiser Konflikte zwischen der Kuomintang und reaktionären Kriegsherren oder der japanischen Besatzungsmacht war für die Kuomintang-Führung das Aufbegehren der ArbeiterInnen und Bauern der größte Feind und daher verrieten sie ihr Bündnis mit der Kommunistischen Partei und richteten ihre Gewehre auf diese.

So schrieb Stalin 1927 über die Kuomintang – nachdem (!) bereits Tschiang-Kai-schek die KommunistInnen im April in Shanghai abgeschlachtet hatte –, daß Teile der Kuomintang zu einer revolutionären Politik in der Lage seien und die KommunistInnen sich auf ein Bündnis mit ihnen einstellen sollten:

*„Das bedeutet, daß die revolutionäre Kuomintang in Wuhan, die einen entschiedenen Kampf gegen Militarismus und Imperialismus führt, sich praktisch in ein Organ der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft verwandeln wird, während die konterrevolutionäre Gruppe Tschiang Kai-scheks in Nanking, die mit den Arbeitern und Bauern bricht und sich dem Imperialismus zuwendet, letzten Endes das Schicksal der Militaristen teilen wird.*

*Daraus folgt aber, daß die Politik der Erhaltung der Einheit der Kuomintang, die Politik der Isolierung der Rechten innerhalb der Kuomintang und ihrer Ausnutzung für die Zwecke der Revolution den neuen Aufgaben der Revolution bereits nicht mehr entspricht. Diese Politik muß durch eine Politik der entschlossenen Vertreibung der Rechten aus der Kuomintang ersetzt werden, durch eine Politik des entschlossenen Kampfes gegen die Rechten bis zu ihrer vollständigen politischen Vernichtung, durch eine Politik der Konzentrierung der gesamten Macht im*

*Lande in den Händen der revolutionären Kuomintang, einer Kuomintang ohne rechte Elemente, der Kuomintang als eines Blocks zwischen den linken Kuomintangleuten und den Kommunisten.*

*Daraus folgt weiter, daß die Politik der engen Zusammenarbeit zwischen den Linken und den Kommunisten innerhalb der Kuomintang in der gegenwärtigen Etappe besondere Wirksamkeit und besondere Bedeutung gewinnt, daß diese Zusammenarbeit das sich außerhalb der Kuomintang herausbildende Bündnis der Arbeiter und Bauern widerspiegelt, daß ohne eine derartige Zusammenarbeit der Sieg der Revolution unmöglich ist.“*<sup>171</sup>

Wenig später verriet auch dieser sogenannte „revolutionäre“ oder linke Flügel der Kuomintang das Bündnis mit den KommunistInnen.

Doch Stalin's Konzept der schematischen Trennung der Bourgeoisie in eine nationale und eine Kompradoren-Bourgeoisie ging von der reformistischen Idee aus, daß zumindest ein Teil der Kapitalistenklasse die Interessen „des Vaterlandes“, „der Demokratie“ o.ä. über die Interessen ihrer Profite stellen könne. Das war eine verheerende Illusion. 172 Stalin verallgemeinerte daher seine reformistische Schönfärberei der Bourgeoisie, wie seine hier dargelegten Ansichten zu Indien zeigen:

*„Das Grundlegende und Neue in den Existenzbedingungen solcher Kolonien wie Indien besteht nicht nur darin, daß die nationale Bourgeoisie sich in eine revolutionäre und eine paktiererische Partei gespalten hat, sondern vor allem darin, daß der paktiererische Teil dieser Bourgeoisie in der Hauptsache bereits mit dem Imperialismus einig geworden ist. Dieser reichste und einflußreichste Teil der Bourgeoisie, der die Revolution mehr fürchtet als den Imperialismus, der um die Interessen des eigenen Geldsacks mehr besorgt ist als um die Interessen der eigenen Heimat, dieser Teil der Bourgeoisie stellt sich mit beiden Füßen in das Lager der erbitterten Feinde der Revolution, bildet einen Block mit dem Imperialismus gegen die Arbeiter und Bauern des eigenen Landes.“*<sup>173</sup>

Der Führer der stalinistischen Partei Chinas, Mao Tse-tung, übernahm die gleiche reformistische Konzeption von der „patriotischen“ Bourgeoisie:

*„Die wenigen Elemente des rechten Flügels der nationalen Bourgeoisie, die im Schlepptau des Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus segeln und der volksdemokratischen Revolution entgegentreten, sind gleichfalls Feinde der Revolution, während die Anhänger des linken Flügels der nationalen Bourgeoisie, die sich den Werktätigen anschließen und gegen die Reaktionäre kämpfen, und die wenigen aufgeklärten Schenschi, die mit der Feudalklasse gebrochen haben, auch zu den Revolutionären gehören. Aber die ersteren können ebensowenig als Hauptkraft des Feindes betrachtet werden wie die letzteren als Hauptkraft der Revolutionäre, und keine der beiden Gruppen ist eine Kraft, die den Charakter der Revolution bestimmen kann. Die nationale Bourgeoisie ist eine in politischer Hinsicht sehr schwache und schwankende Klasse. Aber die große Mehrheit ihrer Angehörigen kann sich der volksdemokratischen Revolution anschließen oder der Revolution gegenüber eine neutrale Haltung einnehmen, weil auch sie vom Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus verfolgt und eingeschränkt wird. Diese Leute sind ein Teil der breiten Volksmassen, aber sie sind weder ihre Haupts substanz noch eine Kraft, die den Charakter der Revolution bestimmt. Wir können und müssen uns jedoch mit ihnen zusammenschließen, weil sie eine wirtschaftliche Bedeutung haben und sich am Kampf gegen die USA und Tschiang Kai-schek beteiligen oder sich in diesem Kampf neutral verhalten können.“*<sup>174</sup>

Die Strategie der sogenannten „demokratischen Revolution“ bzw. der „demokratischen Diktatur des Volkes“ bestand konsequenterweise darin, nur eine besonders reaktionäre, nämlich vom Imperialismus abhängige und von feudalen Elementen geprägte Form des Kapitalismus abzuschaffen, den Kapitalismus aber an sich beizubehalten:

*„Das Ziel der chinesischen Revolution besteht im gegenwärtigen Stadium darin, die Herrschaft des Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus zu stürzen und eine neudemokratische Republik der breiten Volksmassen mit den Werktätigen als Hauptkraft zu errichten, nicht aber den Kapitalismus im allgemeinen abzuschaffen.“*<sup>175</sup>

Mao Tse-tung hielt es sogar für möglich, „die große Mehrheit der nationalen Bourgeoisie zu gewinnen“:

*„Die nationale Bourgeoisie trat der revolutionären Bewegung von 1924-1927 bei, aber in der Zeit von 1927 bis 1931 (vor den Ereignissen des 18. September) schlossen sich ziemlich viele ihrer Angehörigen der Tschiangkai-schek-Reaktion an. Doch das kann keinesfalls Anlaß zu der Behauptung geben, daß wir während jener Periode nicht hätten versuchen sollen, die nationale Bourgeoisie politisch zu gewinnen und wirtschaftlich zu schützen, oder zu der Behauptung, daß unsere „links“ abweichlerische Politik in jener Periode gegenüber der nationalen Bourgeoisie nicht abenteuerlich gewesen wäre. Im Gegenteil, damals hätten wir weiterhin die Politik verfolgen sollen, die nationale Bourgeoisie zu schützen und zu gewinnen, damit wir unsere Kräfte auf den Kampf gegen den Hauptfeind hätten konzentrieren können. Während des Widerstandskriegs gegen die japanische Aggression war die nationale Bourgeoisie ein Kriegsteilnehmer, der zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei schwankte. Im gegenwärtigen Stadium hegt die Mehrheit der nationalen Bourgeoisie einen wachsenden Haß gegen die USA und Tschiang Kai-schek; ihr linker Flügel folgt der Kommunistischen Partei und ihr rechter Flügel der Kuomintang, während die in der Mitte stehenden Elemente eine zögernde und abwartende Haltung zwischen den beiden Parteien einnehmen. Diese Umstände machen es für uns notwendig und möglich, die große Mehrheit der nationalen Bourgeoisie zu gewinnen und die Minderheit zu isolieren. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir den wirtschaftlichen Status dieser Klasse umsichtig regeln und grundsätzlich eine Politik des Schutzes verfolgen, ohne Ausnahmen zu machen. Andernfalls werden wir einen politischen Fehler begehen.“*<sup>176</sup>

Diese Positionen von Mao zeigen, daß der Begriff des „Volkes“ im stalinistischen Wörterbuch oft auch die Bourgeoisie oder zumindest Teile von ihnen miteinschließen kann. „Alle Erfahrungen, die das chinesische Volk jahrzehntelang gesammelt hat, lehren uns, die demokratische Diktatur des Volkes oder die demokratische Alleinherrschaft des Volkes durchzusetzen - jedenfalls läuft beides auf ein und dasselbe hinaus -, das heißt, den Reaktionären das Recht auf Meinungsäußerung zu entziehen und nur dem Volk dieses Recht vorzubehalten.

Wer ist das Volk? Im gegenwärtigen Stadium setzt sich das Volk in China aus der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, dem städtischen Kleinbürgertum und der nationalen Bourgeoisie zusammen. Unter Führung der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei schließen sich diese Klassen zusammen, um ihren eigenen Staat zu bilden und ihre eigene Regierung zu wählen; sie üben eine Diktatur, eine Alleinherrschaft über die Lakaien des Imperialismus aus - über die Grundherrenklasse und die bürokratische Bourgeoisie sowie ihre Repräsentanten, nämlich die Kuomintang-Reaktionäre und deren Helfershelfer -, unterdrücken diese Leute, gestatten ihnen nur, sich gut aufzuführen, und verbieten ihnen, sich in Wort und Tat ungehörig zu benehmen. Wenn sie

sich in Wort oder Tat ungehörig benehmen, werden diese Leute sofort in ihre Schranken gewiesen und bestraft werden. Innerhalb des Volkes wird jedoch die Demokratie verwirklicht. Das Volk genießt das Recht auf Rede-, Versammlungs-, Koalitionsfreiheit und andere Freiheiten. Das Stimmrecht wird nur dem Volk, nicht aber den Reaktionären zugestanden. Diese beiden Seiten, die Demokratie für das Volk und die Diktatur über die Reaktionäre bilden zusammen die demokratische Diktatur des Volkes.“<sup>177</sup>

An anderer Stelle wiederholt Mao diesen Gedankengang: „Eine solche Ummodelung der Angehörigen der reaktionären Klassen kann nur ein Staat der demokratischen Diktatur des Volkes unter Führung der Kommunistischen Partei vollbringen. Wenn diese Arbeit mit Erfolg geleistet wird, werden die hauptsächlichsten Ausbeuterklassen Chinas - die Grundherrenklasse und die bürokratische Bourgeoisie, d. h. die Klasse der Monopolkapitalisten - ein für allemal beseitigt sein. Es verbleibt die nationale Bourgeoisie; in der gegenwärtigen Phase kann an vielen unter ihren Angehörigen schon ein gutes Stück entsprechender Erziehungsarbeit geleistet werden.“<sup>178</sup>

Auch heute halten es verschiedene MaoistInnen für möglich, daß Teile der Bourgeoisie für einen gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus gewonnen werden können. So schreibt z.B. die IA\*RKP in ihren „Thesen zum Befreiungskampf in neokolonial abhängigen Ländern“:

„Ob und welche Teile der einheimischen Bourgeoisie eines Landes im Kampf gegen den Imperialismus eine potentielle zeitweilige Bündnispartnerin des Volkes ist („national-revolutionäre Bourgeoisie“), oder ob sie an einer eigenständigen nationalen Entwicklung kein Interesse hat, zur Marionette von ausländischen Imperialisten geworden ist und deren Interessen vertritt, muss jeweils konkret untersucht werden.“<sup>179</sup>

Diese Hoffnung, eine nationale Bourgeoisie als Bündnispartnerin zu gewinnen, führt dann dazu, die „volksdemokratische“, „national-demokratische“, „neudemokratische“, „Volksfront-“, etc. Revolution als eine eigene, von der sozialistischen Revolution abgegrenzte Etappe als strategisches Ziel zu proklamieren.

„Wirkliche Befreiung vom Imperialismus ist ohne die Perspektive einer sozialistischen Revolution nicht möglich. In bestimmten Ländern kann davor eine neudemokratische Revolution zur Beseitigung feudaler Überreste notwendig sein. Wir unterstützen solche Befreiungskämpfe, die eine nationale und eine soziale Seite haben, bessere Bedingungen für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernmacht schaffen und den Imperialismus im Weltmaßstab schwächen.“<sup>180</sup>

Die Wirklichkeit hat wie gesagt gezeigt, daß weder die Bourgeoisie noch eine Fraktion von ihr gewillt oder in Lage ist, ihre Klasseninteressen den Interessen der ArbeiterInnenklasse unterzuordnen, eben weil sich diese diametral gegenüberstehen. Die Konsequenz ist, daß die Bourgeoisie – so bald sie dazu in der Lage ist – die Organisationen der ArbeiterInnenklasse offen unterdrückt. Oder sie verliert den Kampf und muß fliehen, wie dies in den von stalinistischen Parteien angeführten bürokratischen sozialen Umwälzungen in Osteuropa und China 1948-51 der Fall war. Die nationale Bourgeoisie, von der Mao noch 1948 glaubte, sie ihrer „großen Mehrheit gewinnen“ zu können, floh wenig später nach Taiwan und unterstützte den Kalten Krieg des Imperialismus gegen China. In jedem Fall erweist es sich als aussichtslos, die Bourgeoisie für eine längere Etappe des gemeinsamen Kampfes zu gewinnen. 181

So utopisch also diese Volksfront-Orientierung des Stalin-

ismus ist, so verheerend sind die Folgen für die ArbeiterInnenklasse. Denn um die nationale Bourgeoisie für einen gemeinsamen Kampf mit der ArbeiterInnenklasse, für eine gemeinsame demokratische Revolution gewinnen zu können, muß die Kommunistische Partei – nach Stalin und Mao Tse-tung – ein Programm aufstellen, daß den Interessen der Bourgeoisie gerecht wird, d.h. den Kapitalismus nicht in Frage stellt und keine Forderungen und Organisationslösungen der ArbeiterInnenklasse formuliert, die die Bourgeoisie als Bündnispartner verprellen könnte.

Daher lehnten und lehnen es die StalinistInnen ab, den Aufbau von Räten der ArbeiterInnen, Bauern und überhaupt aller Unterdrückten ins Zentrum ihrer Forderungen zu rücken. Entweder wird die Rätelösung überhaupt nicht aufgestellt oder sie werden nachträglich als Anhängsel der Bürokratie ohne inneres, demokratisches Leben gebildet. In der Periode der Zweiten chinesischen Revolution 1925-27 lehnten Stalin und Bucharin die Losung der Räte ab. Später unterbanden die stalinistischen Kommunistischen Parteien den Aufbau von Räten in revolutionären Situationen wie in Frankreich oder Spanien 1936, nach dem II. Weltkrieg oder in Frankreich 1968. Dort wo die stalinistischen Parteien die Macht eroberten und den Kapitalismus durch eine bürokratische Planwirtschaft ersetzen, setzten sie an die Stelle des politischen Überbaus des Kapitalismus – den bürgerlichen Parlamentarismus – keinen proletarischen Staatsapparat in Form von Sowjets/Räten, sondern eine stalinistische Version des Parlamentarismus. In Osteuropa wie auch in China wählte das Volk alle vier oder fünf Jahre ein Parlament (in der Regel gewannen die stalinistisch geführten Wahllisten mit 99%-Mehrheit). Diese Abgeordneten waren bzw. sind (in China) von der Basis nicht kontrollierbar geschweige denn abwählbar wie es in der Rätedemokratie der jungen Sowjetrepublik noch möglich war.

Es ist daher auch kein Zufall, daß auch heute die Rätelösung in den Programmen der maoistischen Parteien – sei es in Nepal oder in Tunesien – nicht auftaucht.

### Die revolutionäre Strategie von Lenin und Trotzki

Lenin und Trotzki und mit ihnen die junge Kommunistische Internationale zogen aus den Erfahrungen der russischen Revolutionen 1905 und 1917 sowie anderer Revolutionen Schlußfolgerungen, die denen des Stalinismus/Maoismus vollkommen entgegenstanden. Die Tatsache, daß der Kampf gegen feudal-absolutistische Herrscher den bürgerlich-demokratischen Aufgaben eine besondere Bedeutung zukommen läßt, bedeutet für Lenin nicht, daß die RevolutionärInnen die eigenständigen Forderungen, Organisationen und Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse hinten anstellen sollten (um nicht etwaige bürgerliche Bündnispartner zu verschrecken). Im Gegenteil, Lenin betonte, daß der Kampf für die demokratische Revolution nur durch den Kampf gegen die Bourgeoisie und für die unabhängige Organisierung der Unterdrückten möglich ist. Den Gedanken an eine fortschrittliche Rolle der nationalen Bourgeoisie lehnte er ab. In seinen *Briefen aus der Ferne* zu Beginn der russischen Revolution 1917 kritisierte er die von Stalin und Kamenew geführte Zeitung *Prawda* und lehnte deren Politik der „kritischen“ Unterstützung für die bürgerliche Provisorische Regierung ab:

„Nein, um wirklich gegen die Zarenmonarchie zu kämpfen, um die Freiheit wirklich zu sichern und nicht nur mit Reden oder

mit Versprechungen, wie das die Schönredner Miljukow und Kerenski tun, müssen nicht die Arbeiter die neue Regierung unterstützen, sondern diese Regierung muß die Arbeiter „unterstützen“! Denn die einzige Garantie für die Freiheit, für die restlose Vernichtung des Zarismus ist die Bewaffnung des Proletariats, die Festigung, Erweiterung und Weiterentwicklung der Rolle, der Bedeutung und der Macht des Sowjets der Arbeiterdeputierten.

Alles übrige ist Phrase und Lüge, ist Selbstbetrug der Politikaster aus dem liberalen und radikalen Lager, ist gemeine Gaunerei.

Helft den Arbeitern, sich zu bewaffnen, oder hindert sie wenigstens nicht dabei – und die Freiheit in Rußland wird unbesiegbare, die Restauration der Monarchie unmöglich und die Republik gesichert sein.

Andernfalls werden die Gutschkow und Miljukow die Monarchie wieder aufrichten und nichts, aber auch gar nichts von den „Freiheiten“ verwirklichen, die sie versprochen haben. In allen bürgerlichen Revolutionen haben alle bürgerlichen Politikaster das Volk mit Versprechungen „gefüttert“ und die Arbeiter zum Narren gehalten.

Unsere Revolution ist eine bürgerliche Revolution, deshalb müssen die Arbeiter die Bourgeoisie unterstützen, sagen die Potresow, Gwosdew, Tschcheidse – daßelbe, was gestern Plechanow sagte.

Unsere Revolution ist eine bürgerliche Revolution, sagen wir Marxisten, deshalb müssen die Arbeiter dem Volk über den Betrug der bürgerlichen Politikaster die Augen öffnen und es lehren, Worten keinen Glauben zu schenken, sich nur auf die eigenen Kräfte, auf die eigene Organisation, auf den eigenen Zusammenschluß, auf die eigene Bewaffnung zu verlassen.“<sup>182</sup>

Die Erfahrungen der russischen Revolution halfen Lenin, das alte, algebraische und somit für falsche Interpretationen offenen Schema der Bolschewiki – die „revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern“ (wir verweisen auf das obige Zitat, indem Stalin die bürgerliche Kuomintang-Regierung als eine solche Diktatur ausgibt) – aufzugeben und sich Trotzki's Konzept der permanenten Revolution anzueignen. Statt einer Strategie der bürgerlich-demokratischen, also kapitalistischen Etappe, sprach sich nun Lenin – und mit ihm die Kommunistische Internationale – für den Weg der Organisierung der Unterdrückten in Räte und den Weg zum Kommunismus „ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen“:

„Können wir die Behauptung als richtig anerkennen, daß die zurückgebliebenen Völker, die sich jetzt befreien und unter denen wir jetzt, nach dem Krieg, eine fortschrittliche Bewegung beobachten, das kapitalistische Entwicklungsstadium der Volkswirtschaft unbedingt durchlaufen müssen? Diese Frage haben wir mit einem Nein beantwortet. Wenn das siegreiche Proletariat unter ihnen eine planmäßige Propaganda treibt und wenn die Sowjetregierungen ihnen mit allen verfügbaren Mitteln zur Hilfe kommen, dann ist es falsch anzunehmen, daß das kapitalistische Entwicklungsstadium für die zurückgebliebenen Völker unvermeidlich sei. In allen Kolonien und zurückgebliebenen Ländern müssen wir nicht nur selbständige Kader von Kämpfern und Parteiorganisationen schaffen, nicht nur unverzüglich Propaganda treiben für die Organisierung von Bauernsowjets und sie den vor-kapitalistischen Verhältnissen anzupassen suchen, die Kommunistische Internationale muß auch den Leitsatz aufstellen und theoretisch begründen, daß die zurückgebliebenen Länder mit Unterstützung des Proletariats der fortgeschrittensten Länder zur Sowjetordnung und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus gelangen können,

ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen“<sup>183</sup>

Im Gegensatz zu den StalinistInnen und MaoistInnen nahmen die Räte – wir können auch von der „Sowjet-Strategie“ der Bolschewiki sprechen – einen zentralen Platz im Denken Lenins und der Kommunistischen Internationale auch und gerade für rückständige (halb)koloniale Länder ein:

„viertens die Notwendigkeit, speziell die Bauernbewegung in den zurückgebliebenen Ländern gegen die Gutsherren, gegen den Großgrundbesitz, gegen alle Erscheinungsformen oder Überreste des Feudalismus zu unterstützen und darauf hinzuwirken, daß die Bauernbewegung weitgehend revolutionären Charakter einnimmt, indem man ein möglichst enges Bündnis zwischen dem kommunistischen Proletariat Westeuropas und der revolutionären Bewegung der Bauern im Osten, in den Kolonien und überhaupt in den zurückgebliebenen Ländern herstellt. Insbesondere sind alle Anstrengungen darauf zu richten, die Grundprinzipien des Räteystems auf Länder anzuwenden, in denen vorkapitalistische Verhältnisse herrschen, und zwar durch Gründung von „Räten der Werktätigen“ usw.“<sup>184</sup>

Statt die reformistische Illusion zu verbreiten, die bürgerlich-demokratischen Aufgaben der Revolution – wie z.B. die Befreiung der Bauern vom Joch des Großgrundbesitzes – wäre in einer demokratischen Etappe mit der nationalen Bourgeoisie möglich, sprach sich die Kommunistische Internationale in ihren „Leitsätzen zur Orientfrage“ auf dem IV. Weltkongreß dafür aus, daß nur die Räteherrschaft diese Aufgaben zu lösen vermag:

„Die Sowjetordnung bildet für die rückständigen Völker die schmerzloseste Übergangsform von den primitiven Lebensbedingungen zur Hochkultur des Kommunismus, die berufen ist, in der ganzen Weltwirtschaft die kapitalistische Produktions- und Distributionsmethoden zu ersetzen. (...) Nur die Sowjetform der Regierung ist imstande, die konsequente Durchführung der bäuerlichen Agrarrevolution zu sichern.“<sup>185</sup>

Und während der revolutionären Entwicklungen in China in den 1920er Jahren nahm Trotzki die gleiche Haltung ein: „Die chinesische bürgerlich-demokratische Revolution wird in Gestalt der Rätebewegung vorwärtsschreiten und siegen oder gar nicht.“<sup>186</sup>

### **Nur durch die Diktatur des Proletariats können die demokratischen Aufgaben verwirklicht werden**

Diese Orientierung der unabhängigen Organisierung der ArbeiterInnenklasse und der Vorantreibung des Klassenkampfes hing mit dem Verständnis von Lenin und der Bolschewiki zusammen, daß eben nicht - wie es später Stalin und Mao behaupten sollten – die bürgerlich-demokratischen Aufgaben der Revolution im Rahmen des Kapitalismus verwirklicht werden können, sondern nur durch die sozialistische Revolution. In einer Bilanz zu den Lehren der Oktoberrevolution schreibt Lenin 1921:

„Wir haben die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende geführt wie niemand sonst. Wir marschieren ganz bewußt, sicher und unbeirrt vorwärts, zur sozialistischen Revolution, in dem Bewußtsein, daß sie nicht durch eine chinesische Mauer von der bürgerlich-demokratischen Revolution getrennt ist, in dem Bewußtsein, daß nur der Kampf darüber entscheiden wird, wie weit es uns (letztlich) gelingen wird, vorwärts zu kommen, welchen Teil der unermesslich hohen Aufgabe wir erfüllen, welchen Teil unserer Siege wir uns auf die Dauer sichern werden. Die Zeit wird's lehren.“<sup>187</sup>

## Antiimperialistische Einheitsfront statt bürgerlicher Volksfront

Damit zusammen hängt das marxistische Staatsverständnis, daß man nicht von „Demokratie“ allgemein und daher auch nicht von einer „demokratischen Revolution“ sprechen darf, ohne zu sagen, welchen Klassencharakter dieses Demokratie bzw. diese „demokratische Revolution“ trägt. Ist es eine proletarische Demokratie, ist es eine demokratische Revolution, die von der ArbeiterInnenklasse geführt und mit der sozialistischen ArbeiterInnenrevolution verbunden wird oder ist es eine verkappte Ausgabe einer bürgerlichen Demokratie und bürgerlichen Revolution, also im Interesse der Kapitalistenklasse?

„Vor allem operiert diese Beweisführung mit den Begriffen ‚Demokratie überhaupt‘ und ‚Diktatur überhaupt‘, ohne danach zu fragen, von welcher Klasse die Rede ist. Eine solche, außerhalb oder über den Klassen stehende, angeblich volksumfassende Fragestellung ist eine direkte Verhöhnung der Grundlehre des Sozialismus, nämlich der Lehre vom Klassenkampf, die von den in das Lager der Bourgeoisie übergegangenen Sozialisten in Worten zwar anerkannt, in der Praxis aber vergessen wird. Denn in keinem der zivilisierten kapitalistischen Länder existiert eine ‚Demokratie überhaupt‘, sondern es existiert nur eine bürgerliche Demokratie, und es ist die Rede nicht von der ‚Diktatur überhaupt‘, sondern von der Diktatur der unterdrückten Klasse, d.h. des Proletariats, über die Unterdrücker und Ausbeuter, d.h. die Bourgeoisie, zur Überwindung des Widerstandes, den die Ausbeuter im Kampf um ihre Herrschaft leisten.“<sup>188</sup>

Und weiter: „Alle Sozialisten haben, wenn sie den Klassencharakter der bürgerlichen Zivilisation, der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus erläuterten, den Gedanken ausgesprochen, der mit der größten wissenschaftlichen Genauigkeit von Marx und Engels durch die Worte ausgedrückt wurde, daß auch die demokratischste demokratische Republik nichts anderes ist als eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, der Masse der Werktätigen durch eine Handvoll Kapitalisten.“<sup>189</sup>

In seiner Schrift zur Theorie der permanenten Revolution faßt Trotzki die universelle Allgemeingültigkeit der Orientierung auf eine proletarische Revolution – also eine Revolution, die die Errichtung der Diktatur des Proletariats zum Ziel hat – folgendermaßen zusammen:

„Worin besteht dann der Unterschied zwischen den fortgeschrittenen Ländern und den zurückgebliebenen? Der Unterschied ist groß, aber er bleibt doch in den Grenzen der Herrschaft kapitalistischer Beziehungen. Die Formen und Methoden der Herrschaft der Bourgeoisie sind in den verschiedenen Ländern sehr verschieden. Auf dem einen Pol trägt die Herrschaft einen nackten und absoluten Charakter: - die Vereinigten Staaten. Auf dem anderen Pol paßt sich das Finanzkapital den überlebten Institutionen des asiatischen Mittelalters an, indem es sie sich unterwirft und ihnen seine Methoden aufzwingt: - Indien. Aber hier wie dort herrscht die Bourgeoisie. Daraus folgt, daß auch die Diktatur des Proletariats hinsichtlich der sozialen Basis, der politischen Formen, der unmittelbaren Aufgaben und des Tempos der Arbeit in verschiedenen kapitalistischen Ländern einen äußerst unterschiedlichen Charakter haben wird. Die Volksmassen jedoch zum Siege über den Block der Imperialisten, Feudalen und nationalen Bourgeois zu führen, vermag nur die revolutionäre Hegemonie des Proletariats, die sich nach der Machteroberung in die Diktatur des Proletariats verwandelt.“<sup>190</sup>

Bedeutet das, daß wir revolutionäre KommunistInnen jede Unterstützung und jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften im Kampf gegen den Imperialismus oder gegen reaktionäre Kräfte allgemein ablehnen würden? Nein, keineswegs. Aber es darf sich hier nur um streng auf Aktionen begrenzte Formen der Zusammenarbeit handeln, ohne politische Unterordnung und ohne Zurückschrauben des proletarischen Klassenkampfes und der eigenständigen Organisierung der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten. So erklärte Lenin in einem Bericht auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1920:

„Der Sinn dieser Änderung besteht darin, daß wir als Kommunisten die bürgerlichen Befreiungsbewegungen in den kolonialen Ländern nur dann unterstützen müssen, wenn ihre Vertreter uns nicht hindern, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geist zu erziehen und zu organisieren. Sind dagegen diese Bedingungen nicht vorhanden, so müssen die Kommunisten in diesen Ländern die reformistische Bourgeoisie bekämpfen, zu der auch die Helden der II. Internationale gehören.“<sup>191</sup>

Die marxistische Politik, die wir von der RKOB anwenden, ist jene der *antiimperialistischen Einheitsfront* und steht in der Tradition der Kommunistischen Internationale und Trotzki's Vierter Internationale. Diese von der Kommunistischen Internationale auf ihrem IV. Weltkongreß 1922 entwickelte Taktik beinhaltet das Eintreten für gemeinsame praktische Aktionen mit reformistischen, kleinbürgerlichen und in bestimmten Fällen sogar bürgerlichen Kräften unterdrückter Nationen oder Gruppen gegen den Imperialismus. Dies beinhaltet vor allem die Zusammenarbeit an der Basis, kann aber auch zu bestimmten Absprachen bezüglich Aktionen mit den jeweiligen Führungen führen. Gleichzeitig schließt dies jegliche politische Unterstützung für solche Kräfte aus und erfordert die vollständige Propagandafreiheit für die RevolutionärInnen.

In ihren „Leitsätzen zur Orientfrage“ von 1922 leitet die Kommunistische Internationale die Notwendigkeit der antiimperialistischen Einheitsfronttaktik aus dem fortschrittlichen Charakter des nationalen Befreiungskampfes gegen imperialistische Unterdrückung und der Möglichkeit, daß nicht-revolutionäre Kräfte an der Spitze dieses Kampfes stehen können, ab:

„Die Hauptaufgabe, die allen nationalrevolutionären Bewegungen gemeinsam ist, besteht in der Verwirklichung der nationalen Einheit und in der Errichtung der staatlichen Unabhängigkeit. Die reale und folgerichtige Lösung der Aufgabe hängt davon ab, inwieweit diese oder jene nationale Bewegung imstande sein wird, jede Verbindung mit den reaktionären feudalen Elementen abzubrechen und so breite werktätige Massen für sich zu gewinnen und in ihrem Programm den sozialen Forderungen der Massen Ausdruck zu verleihen.

In dem die Kommunistische Internationale dem Umstand vollauf Rechnung trägt, daß Träger des Willens der Nation zu staatlicher Selbständigkeit unter verschiedenen geschichtlichen Verhältnissen die verschiedenartigsten Elemente sein können, unterstützt sie jede national-revolutionäre Bewegung gegen den Imperialismus. Gleichzeitig aber läßt sie nicht außer acht, daß nur eine konsequente revolutionäre Linie, die darauf abzielt, die breitesten Massen in den Kampf hineinzuziehen, und der unbedingte Bruch mit allen Anhängern einer Aussöhnung mit dem

*Imperialismus, im Interesse der eigenen Klassenherrschaft, die bedrückten Massen zum Sieg führen kann.“* 192

Die Kommunistische Internationale betonte zurecht, daß marxistische RevolutionärInnen keinerlei Illusionen in die (klein)bürgerlich-nationalistischen Kräfte, die an der Spitze von solchen Befreiungskämpfen stehen, verbreiten dürfen, ohne sich jedoch sektiererisch abseits der Kämpfe und der daran beteiligten Bewegungen zu stellen. Ziel der anti-imperialistischen Einheitsfronttaktik ist es letztlich, durch die aktive, exemplarische Teilnahme an den Kämpfen, durch das systematische Stellen von Forderungen an die jeweilige Führung sowie die unablässige Kritik an der falschen Politik der Führung die politische und organisatorische Loslösung der ArbeiterInnenklasse und der Bauernschaft von der (klein)bürgerlichen Führung voranzutreiben.

*„Die Zweckmäßigkeit dieser Losung ergibt sich aus der Perspektive eines dauernden und langwierigen Kampfes mit dem Weltimperialismus, der die Mobilisierung aller revolutionären Elemente erfordert. Diese Mobilisierung ist um so notwendiger, als die einheimischen herrschenden Klassen geneigt sind, mit dem ausländischen Kapital Kompromisse zu schließen, die sich gegen die Lebensinteressen der Volksmassen richten. Und wie die Losung der proletarischen Einheitsfront im Westen zur Entlarvung des sozialdemokratischen Verrates an den Interessen des Proletariats beigetragen hat und weiter noch beiträgt, so wird die Losung der anti-imperialistischen Einheitsfront zur Entlarvung des Schwankens der einzelnen Gruppen des bürgerlichen Nationalismus beitragen. Diese Losung wird auch die Entwicklung des revolutionären Willens und die Klärung des Klassenbewußtseins der werktätigen Massen fördern und sie in die vordersten Reihen der Kämpfer nicht nur gegen den Imperialismus, sondern auch gegen die Überbleibsel des Feudalismus stellen.“* 193

Klassenunabhängigkeit ergibt sich nicht durch die bloße Proklamation derselben, sondern die Teilnahme von Revolutionären an den Kämpfen, so wie sie sich konkret entwickeln, dort und mit jenen politischen Kräften, unter denen sie sich konkret abspielen. Wenn also ein nationaler Befreiungskampf unter einer reaktionären, bürgerlichen Führung stattfindet (wie das heute in vielen Ländern der Fall ist), dann dürfen sich RevolutionärInnen nicht davon mit gerümpfter Nase verabschieden, sondern müssen die Kämpfe unterstützen, so wie sie sich konkret darstellen. Ansonsten können sie nicht die ArbeiterInnenklasse und die werktätigen Massen dort treffen, wo sie konkret sind, also in einer Bewegung, an deren Spitze nicht-revolutionäre Kräfte stehen.

Aus diesen Gründen haben die KommunistInnen und später die TrotzkiInnen an verschiedenen nationalen oder demokratischen Befreiungskämpfen teilgenommen auch wenn diese unter einer bürgerlichen Führung stattfanden, welche oft sogar offen revolutionäre Kräfte unterdrückte. (so z.B. unterstützen die KommunistInnen den Kampf der kemalistischen Türkei gegen den britischen Imperialismus, oder die TrotzkiInnen den Kampf der chinesischen Kuomintang gegen reaktionäre Feudalherren und später gegen den japanischen Imperialismus).

Dies gilt heute genauso: Wenn bürgerliche Oppositionskräfte in Jemen, Syrien, Libyen oder Ägypten gegen diese oder jene Äußerung reaktionärer Herrschaft kämpfen, sich für diese oder jene demokratische Reform einsetzen, dann kann es durchaus gerechtfertigt sein, mit ihnen gemeinsame Aktionen zu setzen.

Ebenso kann es auch legitim sein, die praktische Aktionen selbst von offen bürgerlichen Kräften (wie z.B. islamistischen Parteien) gegen eine imperialistische Großmacht oder einen Diktator zu unterstützen, selbst wenn diese eine reaktionäre Position gegenüber der ArbeiterInnenbewegung beziehen. Deswegen trat Trotzki auch für die Unterstützung des reaktionären Generals Tschiang Kai-schek gegen die imperialistischen Mächte ein, obwohl dieser kurz zuvor im Jahre 1927 zehntausende KommunistInnen ermorden ließ!

*„Ganz richtig: Gegen den Imperialismus muß man selbst den Henker Tschiang Kai-schek unterstützen.“* 194

Aber, und das ist der springende Punkt dabei, praktische Unterstützung und Einheitsfront ist etwas völlig anderes als politische Unterordnung, Zurückstellen der Forderungen und Organisationsformen der ArbeiterInnenklasse und Unterdrückten, um einen bürgerlichen Bündnispartner nicht zu verprellen. Ersteres ist antiimperialistische Einheitsfronttaktik, letzteres reformistische Volksfrontpolitik.

Völlig im Gegensatz dazu steht die Volksfrontpolitik der stalinistischen Parteien. Diese bildeten wiederholt politische Allianzen mit bürgerlichen Kräften und ordneten den unabhängigen Klassenkampf und die unabhängige Organisation des Proletariats diesen Volksfrontzielen unter. So z.B. befindet sich die Syrische Kommunistische Partei seit Jahrzehnten und bis heute in der seit 1972 bestehenden Bündnisstruktur der Assad-Diktatur.<sup>195</sup> Eine Partei, die das Regime unterstützt und mit ihm eine politische Allianz bildet, kann unmöglich eine vorantreibende Rolle im Kampf gegen eben jenes Regime einnehmen.

Ebenso entlarvend ist die Unterstützung der Kommunistischen Partei im Libanon für diese Politik der syrischen KP. In einem Interview legt Khaled Hadadah, der Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei, die Strategie seiner Partei dar. Diese besteht nicht darin, die sich anbahnende Revolution zu unterstützen, sich an die Spitze der Massenbewegung zu stellen, um sie zum Aufstand und dem Sturz des Regimes zu führen, sondern vielmehr darin, daß bürgerliche Assad-Regime zu beraten und zu Reformen zu drängen, damit es eben nicht zu einer Revolution kommt. Reformismus in Reinkultur!

*„Dort besteht die Gefahr, daß die Kluft zwischen den Massen und der Regierung unüberwindlich wird und religiöse Kräfte neuen Einfluß gewinnen. Ich habe im März 2011, nur wenige Tage vor den ersten Demonstrationen, am Kongreß der Syrischen Kommunistischen Partei teilgenommen. Dort waren auch Vertreter der Regierung. Es wurde gesagt, daß kein arabisches Land den Revolten entgehen kann und die einzige Lösung in demokratischen Reformen und einem Ende der Privatisierungen besteht. Leider hat man den Weg der militärischen Repression eingeschlagen. Meines Erachtens gibt es noch Raum für Verhandlungen, wobei man allerdings auch die heute inhaftierten Oppositionellen einbeziehen und eine echte Demokratie akzeptieren sollte. Wenn das nicht geschieht, ist das Ende unvermeidlich.“*

<sup>196</sup>

Bezeichnenderweise kann sich die stalinistische Partei Griechenlands (KKE), die enge Beziehungen mit der Syrischen KP unterhält, nicht zu einer Kritik an deren reaktionären Unterstützung des Assad-Regimes durchringen. Verschiedene zentristische Kräfte lehnen die antiimperialistische Einheitsfronttaktik entweder offen oder versteckt ab. Das CWI und die IMT beispielsweise haben in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt nationalen Befreiung-

skämpfen die Unterstützung verweigert und in Kriegen imperialistischer Großmächte gegen halbkoloniale Staaten eine neutrale Position eingenommen. Dies war z.B. im jahrzehntelangen Bürgerkrieg zwischen dem republikanischen Widerstand und der britischen Besatzungsmacht in Nordirland der Fall, im britischen Eroberungskrieg gegen Argentinien um die Malvinas-Inseln 1982, im imperialistischen Angriffskrieg in Afghanistan seit 2001 oder beim israelischen Überfall auf den Libanon 2006. Immer und überall verweigert das CWI den Kräften des unterdrückten Volkes seine Unterstützung und bezieht eine neutrale Position. 197

Diese Anpassung geht sogar soweit, daß das CWI nicht für die Zerschlagung des rassistischen Siedlerstaates Israel und einen gemeinsamen palästinensisch-jüdischen ArbeiterInnenstaat eintritt, sondern vielmehr die Ergebnisse des Kolonialismus akzeptiert und ein „sozialistisches Israel neben einem sozialistischen Palästina“ fordert. Diese Losung ist nichts anderes als eine Akzeptierung der Vertreibung und des Völkermordes an den PalästinenserInnen durch den rassistischen Siedlerstaat Israel. 198

### **Sozialismus in einem Land oder Ausrichtung auf Weltrevolution**

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die Revolution auf Dauer nur dann als Diktatur des Proletariats überleben kann, wenn sie sich ausbreitet, sich also internationalisiert. Sie bedarf dieser Ausbreitung, um die Bedrohung durch den Imperialismus zu beseitigen und um tatsächlich die Produktivkräfte in einem solchen Ausmaß vorwärtsentwickeln zu können, daß die ArbeiterInnenklasse dem „Reich der Freiheit“ – also dem Absterben der Klassen und des Staates – näherkommt.

Schon Marx und Engels gingen vom internationalen Charakter der Revolution aus. Wir haben bereits zuvor Engels Anschauungen über das Wesen der proletarischen Revolution als Weltrevolution dargelegt. Dieses Zitat war keine Ausnahme, sondern charakteristisch für die Sichtweise von Marx und Engels. Marx schrieb – eine Bilanz des Revolutionsjahres 1848 ziehend:

*„Der Junikampf zu Paris, der Fall Wiens, die Tragikomödie des Berliner November 1848, die verzweifelten Anstrengungen Polens, Italiens und Ungarns, Irlands Aushungerung - das waren die Hauptmomente, in denen sich der europäische Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse zusammenfaßte, an denen wir nachwiesen, daß jede revolutionäre Erhebung, mag ihr Ziel noch so fernliegend dem Klassenkampf scheinen, scheitern muß, bis die revolutionäre Arbeiterklasse siegt, daß jede soziale Reform eine Utopie bleibt, bis die proletarische Revolution und die feudalistische Kontrerevolution sich in einem Weltkrieg mit den Waffen messen. In unserer Darstellung, wie in der Wirklichkeit, waren Belgien und die Schweiz tragikomische karikaturmäßige Genrebilder in dem großen historischen Tableau, das eine der Musterstaat der bürgerlichen Monarchie, das andre der Musterstaat der bürgerlichen Republik, beides Staaten, die sich einbilden, ebenso unabhängig von dem Klassenkampf zu sein wie von der europäischen Revolution.“* 199

In einem Statut für eine revolutionäre Weltpartei hielten Marx und Engels ihre Überzeugung fest:

*„Das Ziel der Assoziation ist der Sturz aller privilegierten Klassen, ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Proletarier, in welche die Revolution in Permanenz erhalten wird bis zur Verwirklichung des Kommunismus, der die letzte Organisations-*

*form der menschlichen Familie sein wird.“* 200

Diese Anschauungen war kein Ausdruck des Überschwanges der damals noch jungen Revolutionäre Marx und Engels. Als Engels nach dem Tode von Marx über die Geschichte des Bundes der Kommunisten schrieb, verteidigte er deren grundlegende internationalistischen Prinzipien.

*„...so nahm auch der geheime Bund (der spätere Bund der Kommunisten, d. A.) bald einen mehr internationalen Charakter an; zunächst noch in einem beschränkten Sinn, praktisch durch die verschiedenen Nationalität der Mitglieder, theoretisch durch die Einsicht, daß jede Revolution, um siegreich zu sein, europäisch sein müsse. Weiter ging man noch nicht, aber die Grundlage war gegeben.“* 201

Diese Grundüberzeugung der notwendigen Orientierung auf die Weltrevolution anstatt der reformistischen Illusion des „Sozialismus in einem Land“ nachzulaufen, bekräftigten die KommunistInnen zur Zeit von Lenin und Trotzki. Dies zeigen alle wesentlichen Dokumente der damaligen Zeit. So schrieben die Verfasser der populären Erläuterung des 1919 angenommenen Programms der Bolschewiki:

*„Der Internationalismus der Arbeiterbewegung als Bedingung für den Sieg der kommunistischen Revolution*

*Die kommunistische Revolution kann nur als Weltrevolution siegen. Wenn z.B. die Arbeiterklasse in irgendeinem Land sich der Macht bemächtigte, in anderen Ländern aber das Proletariat, nicht aus Furcht, sondern aus Überzeugung dem Kapital ergeben bliebe, würden schließlich die großen räuberischen Staaten dieses Land erwürgen. In den Jahren 1917, 1918 und 1919 suchten alle Mächte Sowjetrußland zu stürzen; im Jahre 1919 erdrosselten sie Sowjetungarn. Sie konnten aber Sowjetrußland nicht erwürgen, weil die innere Lage bei den Großmächten selbst eine derartige war, daß sie befürchten mußten, unter dem Drucke der Arbeiter, die die Entfernung der Heere aus Rußland forderten, gestürzt zu werden. Die Existenz der proletarischen Diktatur nur in einem einzigen Lande ist ständig bedroht, wenn die Unterstützung der Arbeiter in den anderen Ländern ausbleibt. Außerdem ist in einem solchen Lande der wirtschaftliche Aufbau sehr erschwert. Ein solches Land erhält aus dem Auslande nichts oder beinahe nichts: von allen Seiten blockiert.“* 202

Das 1919 angenommene Programm der Kommunistischen Partei Rußlands kam gar nicht auf den Gedanken, vom isolierten Aufbau des Sozialismus in einem Land zu sprechen. Natürlich, die Diktatur des Proletariats muß in einem einzelnen Land verteidigt und gefestigt werden, solange die Revolution isoliert bleibt. Aber der Prozeß der sozialen Revolution als tatsächliche Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus, das war klar eine internationale Frage. Als ein Delegierter am VIII. Parteitag dagegen protestierte, daß in dem Programm trotz der Oktoberumwälzung von der sozialen Revolution noch immer in Zukunftform gesprochen wird, wies Lenin ihn darauf hin, daß die soziale Revolution – trotz des Sieges in Rußland eininhalb Jahre zuvor – eine internationale Angelegenheit sei und daher im Programm über die Revolution als etwas bevorstehendes gesprochen werden müsse.

*„(Genosse Podbelski meint:) Wir stehen mitten in einer sozialen Revolution, und da spricht man von ihr als etwas Bevorstehendem! Ein solches Argument ist offenkundig nicht stichhaltig, denn in unserem Programm handelt es sich um die soziale Revolution im Weltmaßstab.“* 203

Schon vor der Beschlußfassung des Programms machte Lenin klar, daß er das Programm als ideologische Grund-

lage für die III. Internationale – also als ein internationales Programm – sah:

*„Unsere Partei ist verpflichtet, mit diesem Programm hervorzutreten und so werden wir nicht in Worten, sondern in der Tat die III. Internationale voranbringen.“* <sup>204</sup>

Im gleichen Sinne sprach sich auch Bucharin – der ebenfalls an der Erarbeitung des Programms beteiligt war – aus: *„Das Programm unserer Partei ist in einem hohen Maße das Programm des Weltproletariats.“* <sup>205</sup>

Ebenso unterstreicht auch das Programm der Kommunistischen Jugendinternationale – bevor die stalinistische Degeneration auch sie erfaßte – den internationalen und permanenten Charakter der Revolution:

*„Das soziale Gleichgewicht und die Bestrebungen zur Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft werden dauernd durch die außerordentliche Verschärfung der Klassegegensätze gestört. Der Kapitalismus hat die Menschheit in eine Sackgasse geführt, aus der es für sie nur einen Ausweg gibt: die sozialistische Weltrevolution. Die Befreiung der Menschheit vom Joche des Kapitalismus ist zur unmittelbaren Kampfaufgabe des internationalen Proletariats geworden. Das Proletariat muß die Macht der Bourgeoisie stürzen, die proletarische Diktatur und Räte-macht aufrichten, den Kapitalisten Grund und Boden, Transport und Industrie fortnehmen und auf diesem Weg fortschreiten bis zur völligen Aufhebung des Privateigentums und der Klassen, zum Aufbau der kommunistischen Wirtschaftsordnung und Gesellschaft.“* <sup>206</sup>

Der gleiche Grundgedanke prägte daher auch das Programm des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands Komsomol. Im 1921 beschlossenen Programm (das davor auch im Politischen Büro der KPR(B) mit Lenin und Trotzki diskutiert und befürwortet wurde), erklärte der Komsomol:

*„Rußland besitzt zwar ungeheure Naturreichtümer, ist aber in industrieller Hinsicht ein rückständiges Land, in dem die kleinbürgerliche Bevölkerung überwiegt. Es kann zum Sozialismus kommen nur durch die proletarische Weltrevolution, deren Entwicklungsepoche wir beschritten haben“* <sup>207</sup>

Der Einwand, daß die Bedingungen in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich sind, bedeutet nur, daß die Verbindung der verschiedenen Kämpfe wichtig ist und keine Trennung stattfinden darf. Der rückständige und daher vom Imperialismus besonders unterdrückte und abhängige Charakter der kapitalistisch weniger entwickelten Länder kann gar nicht bedeuten, daß diese alleine und isoliert zum Sozialismus vorwärts marschieren können. Sie bedeutet eben vielmehr, daß ein Bündnis dieser Befreiungsbewegungen in den rückständigeren Ländern mit dem Proletariat der fortgeschrittenen Länder unabdingbar ist.

*„Die soziale Revolution kann nicht anders vor sich gehen als in Gestalt einer Epoche, in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer ganzen Reihe demokratischer und revolutionärer Bewegungen verbunden ist, darunter auch mit nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen.*

*Und warum? Weil sich der Kapitalismus ungleichmäßig entwickelt und die objektive Wirklichkeit uns neben hoch entwickelten kapitalistischen Nationen eine ganze Reihe von Nationen zeigt, die ökonomisch sehr schwach oder gar nicht entwickelt sind. P. Kijewski hat über die objektiven Bedingungen der sozialen Revolution vom Standpunkt der ökonomischen Reife der einzelnen Länder absolut nicht nachgedacht.“* <sup>208</sup>

Gelingt diese Ausbreitung nicht, so droht die Degeneration der Revolution – eben jener Prozeß, den wir in der Sowjetunion seit den 1920er Jahren gesehen haben und der schließlich zur völligen Diskreditierung des Systems in der eigenen Bevölkerung und dem Zusammenbruch der degenerierten ArbeiterInnenstaaten führte. Auf diese Gefahr wies Trotzki bereits 1929 hin:

*„Würde sich die Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern um Jahrzehnte verzögern, so würde die Diktatur des Proletariats in der Sowjetrepublik unweigerlich den eigenen wirtschaftlichen Widersprüchen zum Opfer fallen, möglicherweise in Verbindung mit einer militärischen Intervention.“* <sup>209</sup>

Was nur wenige Anhänger Stalins und Maos wissen, ist die Tatsache, daß Stalin ursprünglich auch diese Ansicht von Lenin und Trotzki teilte, sie aber später zwecks Rechtfertigung seiner Politik im Interesse der mächtig gewordenen Bürokratie revidierte. So schrieb er im April 1924:

*„Aber die Macht der Bourgeoisie stürzen und die Macht des Proletariats in einem Lande aufrichten, heißt noch nicht, den vollen Sieg des Sozialismus sichern. Die Hauptaufgabe des Sozialismus – die Organisation der sozialistischen Produktion – steht noch bevor. Kann man diese Aufgabe lösen, kann man den endgültigen Sieg des Sozialismus in einem Lande erreichen ohne die gemeinsamen Anstrengungen der Proletarier mehrerer fortgeschrittener Länder? Nein, das kann man nicht. Zum Sturz der Bourgeoisie genügen die Anstrengungen eines Landes – davon zeugt die Geschichte unserer Revolution. Zum endgültigen Siege des Sozialismus, zur Organisation der sozialistischen Produktion, genügen nicht die Anstrengungen eines Landes, zumal eines Bauernlandes wie Rußland – dazu sind die Anstrengungen der Proletarier mehrerer fortgeschrittener Länder notwendig.“* <sup>210</sup>

Doch ein halbes Jahr später revidierte er diese Ansicht und stellte nun eine entgegengesetzte Theorie auf, um auf das heftigste gegen die Ansichten Trozki und der permanente Revolution zu polemisieren. So schrieb Stalin auf die oben dargelegte Formulierung Bezug nehmend:

*„Aus diesem Grunde habe ich diese Formulierung in meiner Schrift „Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten“ (Dezember 1924) abgeändert und richtig gestellt, indem ich diese Frage in zwei Fragen zerlegte: in die Frage der vollständigen Garantie gegen die Restauration der bürgerlichen Ordnung und in die Frage der Möglichkeit der Errichtung der vollendeten sozialistischen Gesellschaft in einem Lande. Das wurde erreicht, erstens dadurch, daß der „vollständige Sieg des Sozialismus“ im Sinne der „vollständigen Garantie gegen die Wiederherstellung der alten Ordnung“ behandelt wurde, die nur durch die „gemeinsamen Anstrengungen der Proletarier mehrerer Länder“ erreicht werden kann, und zweitens dadurch, daß auf Grund der Leninschen Schrift „über das Genossenschaftswesen“ die unbestreitbare Wahrheit ausgesprochen wurde, daß wir alles haben, was notwendig ist, um die vollendete sozialistische Gesellschaft zu errichten („Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten“). (In den nachfolgenden Auflagen der Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus“ wurde diese neue Formulierung der Frage an die Stelle der alten gesetzt.) Diese neue Formulierung wurde denn auch der bekannten Resolution der XIV. Parteikonferenz „Über die Aufgaben der Komintern und der KPR(B)“ zugrunde gelegt, die die Frage des Sieges des Sozialismus in einem Lande in Verbindung mit der Stabilisierung des Kapitalismus behandelt (April 1925) und die Errichtung des Sozialismus mit den Kräften unseres Landes für möglich und notwendig hält.“* <sup>211</sup>

Man sieht, als Stalin noch nicht offen den Kampf gegen

Trotzki und das Programm der permanenten Revolution führte, mußte er selber eingestehen, daß der Sozialismus nicht vollständig in einem einzelnen Land aufgebaut werden kann. Zurecht merkte Trotzki zu diesem Sinneswandel an: „Im Verlaufe eines Jahres unterschiebt Stalin Lenin zwei direkt entgegengesetzte Ansichten über die Kernfrage des Sozialismus.“<sup>212</sup>

Später ließ Stalin gar verkünden, daß der Aufbau der Sozialismus bereits abgeschlossen sei und die Sowjetunion befinde sich bereit im Übergang zum Kommunismus:

„Die Sowjetmenschen haben den Sozialismus erreicht und befinden sich heute in der Periode des allmählichen Übergangs zum Kommunismus.“<sup>213</sup>

Trotzki schlußfolgert dagegen aus seiner Analyse der Erhebung der Weltwirtschaft über ihre nationalen Teile:

„Die sozialistische Gesellschaft muß in produktionstechnischer Hinsicht im Vergleich zu der kapitalistischen Gesellschaft ein höheres Stadium darstellen. Sich das Ziel zu stecken, eine na-

tional isolierte sozialistische Gesellschaft aufzubauen, bedeutet, trotz aller vorübergehenden Erfolge, die Produktivkräfte, sogar im Vergleich zum Kapitalismus, zurückzerren zu wollen. Der Versuch, unabhängig von den geographischen, kulturellen und historischen Bedingungen der Entwicklung des Landes, das einen Teil der Weltgesamtheit darstellt, eine in sich selbst abgeschlossene Proportionalität aller Wirtschaftszweige in nationalem Rahmen zu verwirklichen, bedeutet, einer reaktionären Utopie nachzujagen. Wenn die Verkünder und Anhänger dieser Theorie trotzdem an dem internationalen revolutionären Kampfe teilnehmen (mit welchem Erfolg ist eine andere Frage), so deshalb, weil sie als hoffnungslose Eklektiker den abstrakten Internationalismus mit dem reaktionären utopischen Nationalsozialismus mechanisch vermengen.“<sup>214</sup>

In der Tat: der Sozialismus wird international sein oder gar nicht. Das ist eine wesentliche Lehre für unsere künftigen Kämpfe.

## VII. Die Intervention der imperialistischen Großmächte in Libyen, der Kampf der Volksmassen gegen die Gaddafi-Diktatur und die Taktik der revolutionären KommunistInnen

Der Verlauf der Revolution in Libyen verdeutlicht die Gefahren, die das Fehlen einer revolutionären Führung mit sich bringt. Sie zeigen auch, wie unabdingbar eine klare Analyse der Klassenkräfte sowie eine prinzipienfeste Haltung zum Imperialismus sind.

Die libysche Revolution begann – wie in den anderen arabischen Ländern – als spontaner Aufstand der Massen. Zahlreiche Berichte bezeugen, daß die Volksmassen in Bengasi, Tripolis und anderen Städte auf die Straße gingen und dort, wo sie die Gaddafi-treuen Truppen vertreiben konnten, auch Schritte in Richtung Aufbau von Volkskomitees unternahmen. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete Ende Februar nach der Befreiung Bengasis über Volkskomitees, die die öffentliche Ordnung übernahmen.<sup>215</sup>

Doch die Revolution in Libyen entwickelte sich anders als zuvor in Tunesien und Ägypten. Das Gaddafi-Regime versuchte mit allen Mitteln, die Aufstände niederzuschlagen und an der Macht zu bleiben. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Erstens ist das Gaddafi-Regime in der Lage, aufgrund des außergewöhnlichen Rohstoffreichtums des Landes – bei zahlenmäßig relativ kleiner Bevölkerung – eine gewisse privilegierte soziale Basis in den kleinbürgerlichen Schichten des Landes zu wahren. Dazu kommt, daß auch das Gewicht der einheimischen ArbeiterInnenklasse geringer ist, da ein großer Teil des Proletariats aus rechtlosen MigrantInnen besteht. Darüberhinaus hat das Regime über viele Jahre hinweg einen Repressionsapparat aufgebaut, dessen Spitze personell eng mit dem Gaddafi-Clan und dessen Stamm verwoben ist. Die starke, seit mehr als 42 Jahren währende, Dominanz des Gaddafi-Clan innerhalb der herrschenden Klasse hat auch verhindert, daß diese Gaddafi zum Rücktritt zwingen konnte wie das in Tunesien und Ägypten geschehen ist.

Die sich dadurch ergebene rasche Eskalation der Proteste in einen offenen Bürgerkrieg schuf einen Vorwand für

die offene militärische Intervention der imperialistischen Großmächte. Mittlerweile bombardiert die NATO täglich Ziele in Libyen. Alleine zwischen dem 31. März und dem 20. Juni hat das von den USA dominierte Militärbündnis fast 11.000 Luftoperationen und mehr als 4.000 Kampfeinsätze durchgeführt. Bereits davor fanden Hunderte Luftangriffe statt und mehr als 160 Angriffe mit Cruise Missiles (Marschflugkörpern) wurden von Schiffen aus gestartet. Ende Mai gab ein Sprecher der libyschen Regierung bekannt, daß durch die NATO-Luftangriffe zwischen dem 19. März und dem 26. Mai seien bereits 718 Zivilisten getötet und 4.067 verletzt worden seien.<sup>216</sup> Gleichzeitig setzt sie alles daran, um führende Funktionäre des Gaddafi-Regime zum Überlaufen zu bewegen.

Die angebliche Sorge um die Menschenrecht und die Tötung von ZivilistInnen durch die Gaddafi-Truppen sind natürlich nur ein vorgeschobener Deckmantel für den imperialistischen Angriff. Die NATO-Truppen ermorden selber täglich unschuldige ZivilistInnen in Afghanistan und Pakistan. Es ist vollkommen absurd anzunehmen, daß mit Hilfe der NATO Demokratie und Menschenrechte nach Libyen gebracht können. Im Irak und in Afghanistan, bei ihrem engen Verbündeten Saudi-Arabien und vielen anderen arabischen Staaten hatten die NATO-Staaten über viele Jahre die Möglichkeit, die Segnungen der Demokratie und Menschenrechte zu bringen. Aber die Demokratie haben nicht die Imperialisten gebracht – im Gegenteil, sie haben die Diktaturen gestützt und finanziert. Die Diktaturen ins Wanken und tatkräftige Schritte in Richtung Demokratie und Menschenrechte eigeleitet haben nicht die NATO-Bomber, sondern die revolutionären Erhebungen der arabischen Volksmassen!

Die wirklichen Gründe für das militärische Eingreifen der NATO liegen ganz woanders. Die herrschenden Klassen in Washington, Paris und London haben begriffen, daß die Welle der arabischen Revolution die alte Ordnung

zu zerstören droht und damit den Einfluß der westlichen Großmächte in dieser geo-strategisch wichtigen Region gefährdet. Daraus ergab sich der Entschluß, durch eine militärische Intervention direkt in die Geschehnisse einzugreifen und dadurch einerseits sich als Verteidigerin der Demokratie und Menschenrechte zu präsentieren – ein angesichts der historischen und engen Verbindungen zu den alten, korrupten Diktaturen nicht leichtes, darum umso dringlicheres Unterfangen. Andererseits versprechen sich Obama, Sarkozy und Cameron, durch die NATO-Intervention Einfluß auf die Rebellen zu erlangen und somit gute Voraussetzungen für die Errichtung eines künftigen pro-westlichen Nachfolgeregimes zu besitzen. Ein starkes politisches, militärisches und ökonomisches Standbein in Libyen wiederum verbessert den Zugriff auf den gesamten afrikanischen Kontinent sowie den Nahen Osten. Dies steht natürlich im Zusammenhang mit dem Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Großmächten, die hoffen auf Kosten der anderen und natürlich auch Chinas und Rußlands ihren Einfluß auszuweiten.

Damit einher geht natürlich auch der erhoffte direkte Zugriff auf das libysche Erdöl. Der belgische Journalist und Historiker Michel Collon merkte dazu zurecht an: „*Das libysche Öl macht nur 1-2 Prozent der Weltproduktion aus? Einverstanden, aber es ist von bester Qualität, einfach zu gewinnen und folglich hoch rentabel. Zudem liegt das Land in unmittelbarer Nähe von Italien, Frankreich und Deutschland. Öl aus dem Vorderen Orient, Schwarzafrika oder Lateinamerika zu importieren, ist mit viel höheren Kosten verbunden. Wir haben es also ganz offenkundig mit einem Kampf um das schwarze Gold Libyens zu tun.*“<sup>217</sup>

Insbesondere für den europäischen Imperialismus besitzen die libyschen Erdölvorkommen große Bedeutung. Über lange Zeit hinweg war Libyen der größte Erdöl- und der drittgrößte Erdgaslieferant für Italien. Gegenwärtig bezieht Europa 14% seines Energiebedarfs aus Libyen. Italien importiert 22%, Frankreich 16% und Spanien 13% seines Erdölverbrauches aus Libyen.<sup>218</sup>

### Verbürgerlichung der Rebellenbewegung

Aufgrund des Fehlens einer revolutionären Führung der ArbeiterInnenklasse in Libyen kam es daher zu einer raschen *Verbürgerlichung der Revolution*. Dies wird auch ersichtlich, wenn man sich die führenden Vertreter im sogenannten Übergangsrat ansieht. Dort dominieren pro-westliche Figuren sowie ehemalige Funktionsträger des Gaddafi-Regimes. Zu den wichtigen Mitgliedern dieses Rates zählen: 219

\* *Mustafa Abdoljalil*, Präsident des Rates und ehemaliger Justizminister unter Gaddafi

\* *Ali al-Eesavi*, Minister für Wirtschaft, Handel und Investitionen unter Gaddafi zwischen 2007 und 2009, danach libyscher Botschafter in Indien

\* *Mahmud Jebril*, zuerst Professor in den USA, ab 2007 Vorsitzender des National Economic Development Council, einer Agentur des Gaddafi-Regimes, um ausländische Investitionen in Libyen anzulocken.

\* *Khalifa Hifter*, früherer Offizier in der Armee Gaddafi's, desertierte in den späten 1980er Jahren, lebte danach in den USA und arbeitete für die CIA. War an Putschversuchen gegen Gaddafi beteiligt, so z.B. 1996.

\* *Abd Al Fattah Yunis*, Innenminister unter Gaddafi

\* *Omar Al-Hariri*, ein ehemaliger Offizier, der zuerst 1969

mit Gaddafi gemeinsam putschte und dann 1973 an einem gescheiterten Putsch gegen Gaddafi teilnahm.

\* *Abdolrahman Shalgham*, bis vor kurzem Botschafter Libyens bei der UNO

Die Vorherrschaft von ehemaligen führenden Bürokraten des Gaddafi-Regimes sowie pro-imperialistischen Exil-Libyrern verdeutlichen die enorme Verbürgerlichung der Rebellenbewegung. Dadurch wurde der starke Einfluß der imperialistischen Großmächte ermöglicht. Kurz und gut, die Entwicklungen in Libyen unterstreichen die Gefahr, die einer demokratischen Revolution unter nicht-revolutionärer Führung droht: nämlich der *Konterrevolution innerhalb der Revolution*.

Welche Haltung ergibt sich daraus für die Taktik von RevolutionärInnen? Unsere Haltung beruht auf der Erkenntnis, daß der Aufstand in Libyen als Teil der arabischen Revolution, als tatsächliche demokratische Erhebung begonnen hat. Gaddafi demonstrierte seinen bürgerlichen Klasseninstinkt, indem er zu Beginn der Revolution in Tunesien seine Solidarität mit Ben Ali erklärte und den Volksmassen Dummheit vorwarf. Dies zeigte deutlich die Solidarität der reaktionären Diktatoren. Der vorgebliche „Sozialist“ und „Antimperialist“ erklärte in einer in der typischen Art eines arroganten Diktators gehaltenen Rede an das tunesische Volk: „*Zine (so nennt Gaddafi Ben Ali, d.A.) ist der Beste für Tunesien. Er ist derjenige, der Tunesien einen Ehrenplatz gab. Es ist mir egal, ob ihr ihn mögt oder nicht, ob ihr für oder gegen ihn seid... Keiner ist gegenwärtig besser als Zine. Was ich mir wünsche ist, daß Zine nicht bis 2014 an der Macht bleibt, sondern daß er sein ganzes Leben lang an der Macht bleibt.*“<sup>220</sup>

Ebenso eindeutig zeigten die Massen in Libyen, die auf die Straße gingen und für demokratische Rechte eintraten, daß sie sich als Teil der arabischen Revolution sehen.

Die unter einer Reihe von stalinistischen und zentristischen Kräften verbreitete Annahme, der bewaffnete Aufstand gegen Gaddafi – oder auch die Proteste gegen das Assad-Regime in Syrien – sei eine imperialistisch gesteuerte Verschwörung gegen fortschrittliche, antiimperialistische Regimes, ist eine komplett reaktionärer Unfug.

Das Gaddafi-Regime war immer eine staatskapitalistische, bürokratische Diktatur. So wie verschiedene andere Regimes in der halbkolonialen Welt befand sich auch Tripolis zeitweise in Konflikten mit den imperialistischen Großmächten. Das ändert aber nichts an dessen bürgerlichen Charakter. Ähnlich änderte auch der Krieg zwischen dem Westen und dem Taliban-Regime in Afghanistan oder der Diktatur von Saddam Hussein im Irak nichts an dem bürgerlichen, kapitalistischen Klassencharakter letzterer. Besonders lächerlich erscheint die Behauptung von Gaddafi's „Antimperialismus“ angesichts der Tatsache, daß das Regime in Tripolis gerade in den letzten Jahren eng mit dem Westen zusammenarbeitete und das Land für das imperialistische Kapital öffnete.

Bezeichnend für den reaktionären Charakter des Gaddafi-Regimes ist auch die Tatsache, daß es den unzähligen MigrantInnen – sie machen in etwa ein Drittel aller Arbeitskräfte des Landes aus – verboten ist, einer Gewerkschaft beizutreten. Faktisch ist es somit einem Großteil der Arbeiterklasse per Gesetz verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Was für ein Hohn, daß trotzdem viele StalinistInnen vom fortschrittlichen oder gar quasi-sozialistischen Charakter der Gaddafi-Diktatur sprechen!

## **Sozialimperialismus, Pazifismus und kleinbürgerlicher „Antiimperialismus“**

Unter den Massen existierte eine breite antiimperialistische Stimmung. Symbolisch dafür hißten AktivistInnen der Aufstandsbewegung in Bengasi ein riesiges Transparent (von dem auch ein Photo um die Welt ging) mit der englisch-sprachigen Aufschrift: „*No foreign intervention, Libyan people can do it alone.*“ („*Nein zu einer ausländischen Intervention. Das libysche Volk schafft es alleine.*“). Selbst westliche Medien zitierten libysche Intellektuelle in diesem Sinne. So meinte eine Universitätsprofessorin in Bengasi, Abeir Imneina: „*Wir wollen nicht, daß die Amerikaner hierher kommen und das wir dann das Ende der Herrschaft Gaddafis bedauern müssen.*“ 221

Diese antiimperialistische Stimmung war so stark, daß selbst die bürgerlichen Führer der Rebellen sich offiziell gegen eine westliche Militärintervention aussprechen mußten.

Doch das Fehlen einer entschlossenen, die Volksmassen mitreißenden, Führung unter den Rebellen, das Fehlen einer antiimperialistischen internationalen Solidaritätsbewegung, die den Widerstand in Libyen mit Waffen versorgt und mit Boykottaktionen gegen das Gaddafi-Regime unterstützt, all das lieferte den bürgerlichen Kräften in Bengasi einen Vorwand dafür, den Volksmassen einzureden, daß die einzige Rettung gegen die militärisch überlegenen Gaddafi-Truppen durch die NATO-Bomben erfolgen könne.

Die klare Parteinahme für den Aufstand der Massen und gegen das reaktionäre Gaddafi-Regime muß jedoch mit einer ebenso klaren Parteinahme gegen die imperialistische Intervention verbunden werden. Es mag verständlich sein, daß Aufständische Hoffnungen in die Großmächte setzen. Doch die Großmächte wollen die Revolution entwaffnen, befrieden und abwürgen. Sie wollen sie ausnützen, um ihre Handlanger in Tripolis an die Macht zu bringen.

Letztlich wollen die imperialistischen Herrscher ein Marionettenregime an die Macht bringen, wie sie es in Kabul oder Bagdad nach 2001 bzw. 2003 eingesetzt haben. Doch daran können weder die libyschen noch die arabischen Massen ein Interesse haben.

Daher gilt es für AktivistInnen, mehrere Aufgaben des revolutionären Kampfes miteinander zu verbinden:

\* Am Kampf der Massen gegen das reaktionäre Gaddafi-Regime auf der Grundlage eines revolutionären Programms der proletarischen Machtergreifung teilnehmen.

\* Innerhalb der aufständischen Massen gegen die bürgerliche Rebellen-Führung um Abdoljalil, al-Eesavi und Jebril kämpfen.

\* Für den Aufbau von Räten der ArbeiterInnen, Bauern und Unterdrückten eintreten.

\* Für den Aufbau von eigenständigen ArbeiterInnen- und Volksmilizen eintreten, um den Kampf gegen Gaddafi eigenständig von der bürgerlichen Führung der Rebellen vorantreiben zu können.

\* Für internationale Solidarität mit den Aufständischen in Libyen. Für internationale Brigaden und Waffenlieferungen für den Kampf gegen die Gaddafi-Truppen.

\* Gleichzeitig jedoch Kampf gegen die NATO! Für die Niederlage der NATO-Streitkräfte! Für direkte Aktionen der ArbeiterInnenbewegung gerade in den NATO-Staaten und jenen Ländern, in denen die imperialistischen Truppen und ihre Helfershelfer Stützpunkte haben, um deren Kriegsaktionen zu behindern und wenn möglich verhindern! 222

Zahlreiche reformistische und zentristische Organisationen der ArbeiterInnenbewegung nehmen jedoch in dem Bürgerkrieg und NATO-Krieg in Libyen eine unzureichende oder offen reaktionäre Position ein. Teile der Linken sprachen sich zumindest in der ersten Phase für oder zumindest nicht gegen den NATO-Krieg in Libyen aus.

So unterstütze z.B. die links-reformistische Rot-Grüne Allianz (RGA) in Dänemark – die auch mit vier Abgeordneten im Parlament vertreten ist - in der ersten Phase das NATO-Bombardement mit dem Argument, daß diese zum Schutz der ZivilistInnen beitragen würden. Später zog sie diese Unterstützung zurück, allerdings mit durch und durch reaktionären Argumenten. Erstens sei eine weitere Unterstützung der NATO-Angriffe nicht mehr notwendig, denn diese haben glücklicherweise ihr Ziel bereits erreicht. Zweitens überschreite die NATO nun das in der UNO-Resolution festgelegte Ziel. Und drittens widerspreche es den Zielen der Rot-Grünen Allianz, Partei in einem Bürgerkrieg in einem anderen Land zu ergreifen. „*Die Rot-Grüne Allianz wird sich dafür einsetzen, daß die Operation (der NATO, d.A.) wieder so bald wie möglich die Ziele der UNO verfolge.*“ 223. Daß InternationalistInnen sehr wohl Partei in Konflikten außerhalb der eigenen nationalen Grenzen ergreifen, daß AntiimperialistInnen keine Kriege herrschenden imperialistischen Klasse unterstützen können – diese alten Erkenntnisse der ArbeiterInnenbewegung scheinen Früchte zu sein, von denen die Rot-Grünen Sozialimperialisten noch nicht gekostet haben. Ein Kongreß der Partei Ende Mai unterstützte im Nachhinein die Entscheidung der RGA-Parlamentsabgeordneten. 224

Diese offen reformistische, sozial-imperialistische Rot-Grünen Allianz ist Teil der sogenannten *European Anticapitalist Left* – einem seit dem Jahr 2000 bestehenden informellen Bündnis von linksreformistischen und zentristischen Organisationen in Europa. Teil dieses sich halb-jährlich treffenden Bündnisses sind u.a. die NPA (Frankreich), die SWP (britische Mutterorganisation der IST), die SP (britische Mutterorganisation des CWI), des Linken Blocks (Portugal), der ÖDP (Türkei), der Deutschen Kommunistischen Partei und der Sinistra Critica (Italien). Die opportunistische, zentristische Natur dieses Bündnisses zeigt sich gerade angesichts des NATO-Krieges in Libyen, wo jetzt innerhalb der *European Anticapitalist Left* zu einer der wichtigsten Fragen der Gegenwart völlig entgegengesetzte Klassenpositionen – Befürworter und Gegner des NATO-Krieges – vertreten sind.

Die dänische Sektion der IV. Internationale, die seit vielen Jahren Teil der Rot-Grünen Allianz ist, kritisierte zwar die NATO-Unterstützung durch die Parteiführung. Trotzdem sind die offene Ergreifung der Partei der NATO-Krieger durch die Rot-Grüne Allianz sowie der davon unberührte weitere Verbleib der IV. Internationale innerhalb dieser sozial-imperialistischen Kraft bezeichnend für den nicht-revolutionären Charakter der beiden Organisationen.

Die sozial-imperialistische Anpassung an die NATO ist jedoch kein auf Dänemark beschränktes Phänomen. Die französische Neue Antikapitalistische Partei (NPA) spricht sich zwar mehrheitlich gegen die Militärintervention aus. In ihre Reihen befinden sich jedoch auch der linke Schriftsteller und NATO-Kriegsbefürworters Gilbert Achcar und

seine UnterstützerInnen, dessen Positionen die NPA auch auf ihrer Homepage veröffentlicht. 225 Achcar vertritt den Standpunkt, daß „wir die auf Wunsch der libyschen Rebellen erfolgte Flugverbotszone und ihre ursprüngliche Durchsetzung nicht ablehnen können“ 226 Ein weiterer bekannter fortschrittlicher Intellektueller mit einem ähnlichen Standpunkt ist der US-amerikanische Nahost-Experte Juan Cole. Eine ähnliche Spaltung wie in der NPA zieht sich auch durch die US-amerikanische Organisation Solidarity, die mit der IV. Internationale in Verbindung steht. In zwei gesonderten öffentlichen Stellungnahmen dokumentieren die beiden Flügel in der Führung von Solidarity, warum der eine Teil für die Losung „No to UN/NATO/U.S. Intervention!“ ist und der andere dagegen. 227

Verschiedene andere linke Organisationen lehnen zwar die NATO-Intervention ab. Aber die Art ihrer Ablehnung nimmt oft die Form des kleinbürgerlichen Pazifismus an. „Krieg sei keine Lösung“, „Schluß mit dem Bombardement“, „Nein zur NATO-Intervention“ usw. sind die landläufigen Losungen. Doch kaum jemand geht über die Ablehnung des imperialistischen Krieges hinaus und tritt für die klassische Politik des von Lenin und den Bolschewiki entwickelten und von der IV. Internationale unter Leo Trotzki fortgesetzten *revolutionären Defaitismus* ein. 228 Die Bolschewiki erklärten unumwunden:

*„Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht umhin, die Niederlage ihrer eigenen Regierung zu wünschen. Das ist ein Axiom. Und nur von überzeugten Anhängern oder hilflosen Lakaien der Sozialchauvinisten wird dieses Axiom bestritten.“* 229

Eine solche Herangehensweise müssen Bolschewiki-Kommunisten auch heute verfolgen. Wir lehnen nicht nur den NATO-Krieg ab, wir befürworten auch Demonstrationen, Streiks bis hin zu Sabotage-Aktionen, die zur Niederlage der NATO in diesem Konflikt führen. Die RKOB hat daher auch von Beginn an ihre Unterstützung für den libyschen Volksaufstand mit dem strikten Eintreten für die Niederlage der NATO-Truppen verbunden:

*„Nein zum NATO-Krieg! Für Demonstrationen, Streiks und direkte Aktionen in den NATO-Staaten, um deren Militär zu stoppen! Für die Niederlage der NATO-Truppen in Libyen!“* 230

Andere sektiererische und stalinistisch-geprägte Linke wiederum drehen den Spieß um und begehen den 180-Grad entgegen gesetzten Fehler der Opportunisten. Sie degradieren den Volksaufstand zu einer imperialistischen Verschwörung und stellen sich im libyschen Bürgerkrieg auf die Seite des Gaddafi-Regimes. Beispielfähig dafür sind die sogenannten Spartakisten der IKL, die Internationalist Group/LFI von Jan Norden oder stalinistische Gruppen wie die Communist Party of Great Britain (Marxist-Leninist). 231

Wir haben bereits dargelegt, wie wenig fortschrittlich das seit 1969 an der Macht befindliche Gaddafi-Regime war. Alle Versuche, den Diktator von Tripolis als einen „Antiimperialisten“ oder gar „Sozialisten“ hinzustellen, entbehren jeder Grundlage. Gaddafis Solidarisation mit Ben Ali und seine Ablehnung des tunesischen Volksaufstandes waren daher nur folgerichtige Konsequenzen seiner Klassenlage als Vertreter der herrschenden Bourgeoisie.

Hinzu kommt auch noch das Unvermögen der kleinbürgerlichen „AntiimperialistInnen“ zu verstehen, daß vor dem Hintergrund einer kämpferischen Massenbewegung eine Vorantreibung des antiimperialistischen Kampfes

sich *nur aus der Mitte* dieser Massenbewegung entwickeln kann und niemals abseits von dieser oder gar gegen diese! Illusionen der Massen in (klein)bürgerliche Führungen werden nicht mit den Knüppeln von Polizeischergen ausgetrieben, sondern durch die geduldige Aufklärung und den gemeinsamen Kampf mit dieser Massenbewegung für demokratische und soziale Rechte.

Natürlich gibt es nicht nur fortschrittliche Massenbewegungen, sondern auch reaktionäre. Die rechten Mobilisierungen gegen Chavez in Venezuela oder nationalistische Bewegungen gegen unterdrückte nationale Minderheiten sind Beispiele dafür. Doch etwaige Vergleiche der demokratischen revolutionären Bewegungen in Libyen, Syrien oder dem Iran mit solchen rückschrittlichen Massenbewegungen sind haarsträubender Unsinn. Ja, in manchen Fällen gelingt es reaktionären Eliten, eine Massenbasis zu rekrutieren, um so effektiver als Rammbock gegen die Massenbewegungen von unterdrückten Nationen oder fortschrittlichen Klassen zu fungieren. Doch der demokratische Massenaufstand in Libyen oder Syrien gegen Diktaturen, die keine Basis unter den unterdrückten Klassen besitzt, sondern bestenfalls mit den Mitteln des bürokratischen Drucks die staatliche Bediensteten oder befreundete, mit Privilegien ausgestattete, Stämme mobilisieren kann, darf unter keinen Umständen mit den Anti-Chavez-Mobilisierungen oder der sogenannten „orange Revolution“ verglichen werden. Die Aufstände in Bengasi, in Hama, in Dar'a sind Teil einer internationalen revolutionären Welle gegen unterdrückerische und korrupte, mit den reichen Eliten verbandelte, Diktaturen.

Es ist in diesem Zusammenhang notwendig, auf die Besonderheiten des Krieges in Libyen einzugehen, ohne deren Berücksichtigung man leicht in politische Fehler tappt. Grundlage der marxistischen Taktik in Libyen ist die Erkenntnis des *Doppelcharakter dieses Krieges*. Der Krieg in Libyen enthält einerseits den Aspekt, daß die imperialistischen Großmächte das halb-koloniale Land Libyen bombardieren. Und andererseits jenen, daß die libyschen Volksmassen – analog zu ihren Brüdern und Schwestern in der gesamten arabischen Welt – einen Bürgerkrieg gegen das Gaddafi-Regime führen. Gleichzeitig hat sich eine bürgerliche Führung an die Spitze dieses Volksaufstandes gehievt. In diesem Sinne besitzt der gegenwärtige Krieg in Libyen einen doppelten Charakter – und insofern existiert eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Kosova-Krieg 1999. Damals kämpften die AlbanerInnen im Kosova für ihre Unabhängigkeit und gleichzeitig versuchte die NATO dies für ihre Ziele auszunützen und bombardierte das vom Milosevic-Regime beherrschte Serbien.

Den Fehler, den viele linke Organisationen machen, besteht darin, daß sie einen unabhängigen Klassenstandpunkt, einen Standpunkt, der die internationalen Interessen der Befreiung des Proletariats und der unterdrückten Völker als Leitfaden hat, gegen eine banale, schematische Herangehensweise eintauschen: *„Der Feind meines Feindes ist mein Freund“*. Für die einen ist der Hauptfeind Gaddafi und daher ordnen sie ihre grundsätzliche Ablehnung der NATO dem Kampf gegen das Regime in Tripolis unter. Die anderen wiederum ordnen den Kampf für demokratische Rechte dem Kampf gegen den Imperialismus unter. Wie wir schon 1999 während des Kosova-Krieges schrieben *„Doch das Motto ‚Der Feind meines Feindes ist mein Freund‘ hat nichts mit konsequentem, proletarischem Internationalismus und viel mit kleinbürgerlicher Anpassung an klassenfremde*

Kräfte zu tun.“<sup>232</sup>

Was diese Linken nicht verstehen können oder wollen, ist folgendes: Ein Sieg der NATO in Libyen bedeutet einen schweren Rückschlag für die Befreiungsbestrebungen sowohl der libyschen ArbeiterInnen und Bauern als auch ihrer Klassenbrüder und –schwestern in der gesamten arabischen Welt. Ein Sieg der NATO bedeutet eine Stärkung des imperialistischen Zugriffs auf die gesamte Region. Eine Niederlage des Volksaufstandes durch die Schergen Gaddafis zugefügt bedeutet wiederum einen Rückschlag für die gesamte arabische Revolution. Es ist eben kein Zufall, daß sich Gaddafi von Anfang an mit Ben Ali und Mubarak solidarisierte und die libyschen DemonstrantInnen in Bengasi mit ihren Brüdern und Schwestern auf den Straßen von Tunis und Kairo.

### Die Haltung von Trotzki IV. Internationale

Der komplexe, doppelte Charakter des Krieges in Libyen ist nur für jene verwirrend, die die zentralen Lehren der revolutionären ArbeiterInnenbewegung nicht verinnerlicht haben. Verschiedene Revolutionen kannten und kennen die Vermischung revolutionärer und reaktionärer Kräfte. Man nehme nur die Februar-Revolution 1917 in Rußland. Dem Aufstand der ArbeiterInnen und Soldaten in Petrograd gingen Machtkämpfe innerhalb der herrschenden Klasse und Putschpläne gegen den Zaren voraus – angeblich sogar mit Einbeziehung des Botschafters des verbündeten britischen Imperialismus. Auch wenn sich die Historiker über die genauen Ausmaße der Vorbereitungen eines Sturzes von Zar Nikolaus durch bürgerliche Kreise nicht ganz einig sind, so ist es klar, daß solche Pläne existierten. Und ebenso klar ist, daß als die Revolution im Februar 1917 erfolgreich den Zaren stürzte, die imperialistischen, pro-Entente Kreise die Macht an sich rissen und die Revolution für ihre Kriegspolitik auszunutzen versuchten.<sup>233</sup> Den Bolschewiki fiel es aber natürlich nicht ein, sich deswegen gegen die Februar-Revolution und die aus ihr hervorgegangene Rätebewegung zu stellen, auch wenn diese für eine gewisse Zeit von sozialdemokratischen pro-imperialistischen Kreisen beherrscht war. Im Gegenteil, sie arbeiteten innerhalb der Rätebewegung gegen die reformistische Führung und für den Sturz der Provisorischen Regierung.

Die IV. Internationale unter Leo Trotzki hat die dialektische, den konkreten Widersprüchen in gegebenen Kriegen entsprechende Taktik gegenüber schematischen, kleinbürgerlichen Verfälschungen verteidigt. Die Haltung der TrotzkiInnen gegenüber solchen Argumenten legte die IV. Internationale 1938 in einem Artikel von Rudolf Klement, einem Sekretär Trotzki und führenden Mitglied der Vierten Internationale, dar.<sup>234</sup> Klement entwickelte in diesem grundlegenden Artikel zur Kriegstaktik die notwendige kombinierte Taktik der revolutionären KommunistInnen in bestimmten Typen von Kriegen. Angesichts einer Kritik des Führers der belgischen Trotzkiisten, Georges Vereeken an Trotzki differenzierter Formulierung der verschiedenen Varianten des revolutionären Defaitismus in imperialistischen Staaten, verteidigte Klement die marxistische Methode:

„Klassenkämpfe und Kriege sind internationale Phänomene, die international entschieden werden. Aber seitdem jeder Kampf nur zwei Lager duldet (Block gegen Block) und seitdem der imperialistische Kampf mit Klassenkrieg verflochten ist (Welt-

imperialismus – Weltproletariat) entstehen mannigfaltige und komplizierte Fälle. Die Bourgeoisie eines halb-kolonialen Landes oder die liberale Bourgeoisie, bedroht durch ihren ‚eigenen‘ Faschismus, bittet einen ‚sympathisierenden‘ Imperialismus um ‚Hilfeleistungen‘; die Sowjetunion versucht z.B. die Gegensätze zwischen den Imperialismen durch die Schließung von Allianzen mit einer gegen die andere Gruppe auszunutzen usw. Das Proletariat aller Länder, die einzig internationale solidarische (...) Klasse findet sich in Kriegszeiten in einer komplizierten Situation: den revolutionären Defaitismus gegenüber der eigenen Bourgeoisie mit der Unterstützung des fortschrittlichen Krieges zu verbinden.“<sup>235</sup>

Klement verteidigt ein dialektisches Konzept und argumentiert, daß „das Proletariat, besonders in den imperialistischen Ländern, in dieser scheinbar widersprüchlichen Situation ein besonders klares Verständnis dieser kombinierten Aufgaben und der Methoden (benötigt), um sie zu bewältigen.“<sup>236</sup> Gegen Ende seines Artikels streicht er dann noch einmal heraus: „Auf diese Art und Weise sehen wir, wie unterschiedliche Kriegssituationen vom revolutionären Proletariat in den verschiedenen imperialistischen Ländern unterschiedliche Kampfformen erfordern, wenn es sich selbst und seine Ziel treu bleiben will. Dies mag schematischen Geistern als ‚Abweichung‘ von den Grundprinzipien des revolutionären Defaitismus erscheinen, in Wirklichkeit jedoch resultiert dies nur aus einer Kombination des revolutionären Defaitismus mit der Verteidigung eines fortschrittlichen Lagers.“<sup>237</sup>

### Einige geschichtliche Beispiele

In der Tat kennt die Geschichte verschiedene dermaßen komplexe Kriegssituationen, die eine doppelte Kriegstaktik erforderten. So zum Beispiel war der II. Weltkrieg nicht bloß, nicht ausschließlich ein imperialistischer Krieg, sondern beinhaltete auch andere Kriege mit anderen Klassenmerkmalen. So z.B. der Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion oder der chinesische nationale Befreiungskrieg gegen den japanischen Imperialismus oder jener der Völker in Osteuropa und am Balkan gegen die deutschen Besatzer. Diese waren Kriege, in denen es ein klares fortschrittliches Lager gab mit rückschrittlichen Führungen an der Spitze (die stalinistische Sowjetunion, die bürgerliche und stalinistische chinesische Nationalbewegung, die stalinistischen Partisanenarmeen), welches die Vierte Internationale kritisch aber bedingungslos unterstützte.

Die trotzkistische Bewegung hat diesen Standpunkt auch immer vertreten und z.B. während des II. Weltkrieges trotz seines imperialistischen Charakters die Sowjetunion verteidigt, die chinesische Nationalbewegung unterstützt sowie die griechische und andere Widerstandsbewegungen gegen die deutschen Besatzer. Es blieb solch schematischen Zentrismen wie z.B. der US-amerikanischen Workers Party von Max Shachtman überlassen, den II. Weltkrieg in ein schematisches theoretisches Korsett zu pressen und daraus abzuleiten, daß weder die Sowjetunion noch die chinesische Nationalbewegung unterstützt werden könne.<sup>238</sup>

Natürlich verfolgen die kleinbürgerlichen oder bürgerlichen Führungen, die an der Spitze von fortschrittlichen Bewegungen stehen, stets ihre eigenen materiellen und politischen Interessen. So hat die Tito-Führung die inner-imperialistischen Konflikte für ihre eigenen Interessen auszunutzen versucht, genauso wie die Stalin-Bürokratie,

die arabische Nationalbewegung während des 1. Weltkrieges (Lawrence von Arabien!) und viele andere nationalen Befreiungsbewegungen. Das gleiche tat die UCK-Führung 1999 während des NATO-Bombardements gegen Serbien.

Dabei nahmen z.B. die Partisanen in Jugoslawien, China usw. Militär- und Finanzhilfe von den imperialistischen Alliierten an, die Alliierten hatten offizielle Verbindungssoffiziere im Generalstab z.B. der Tito-Partisanen. Im Falle der chinesischen Nationalbewegung unter Tschiang-Kaischek war sogar der US-amerikanische General Joseph Stillwell der Oberkommandierende der Armee und die Flugzeuge der Chinesen wurden von US-amerikanischen Piloten geflogen.

Der verheerende Einfluß der ImperialistInnen zeigte sich dann klar am Ende des Krieges, als diese entweder ihre Waffen auf die Partisanen richteten und diese vernichteten (Griechenland) oder sie – mit Hilfe der stalinistischen Bürokratie – zur Entwaffnung und Unterordnung zwangen (z.B. Italien, Frankreich). Nichtsdestotrotz wäre es grundfalsch gewesen, hätten die MarxistInnen damals nicht an den antifaschistischen Partisanenbewegungen teilgenommen.

### Im Falle einer NATO-Invasion

Kommen wir zu folgender Frage: Kann sich der Charakter des Krieges ändern und kann dies eine Änderung der Kriegstaktik der Bolschewiki-Kommunisten notwendig machen? Gerade weil wir das schematische Denken ablehnen, gehen wir davon aus, daß sich der Charakter

eines Krieges durch die Veränderung bestimmter Bedingungen verändern kann. Wir sind der Meinung, daß eine breite, massive Bodenintervention die Bedingungen des Befreiungskampfes in Libyen grundlegend verändern würde. 239

Anläßlich des Kosova-Krieges 1999 schrieben wir in unserer LRKI-Resolution damals: „In solch einem Bodenkrieg würden die Kosovaren alle wirkliche Unabhängigkeit vom Imperialismus verlieren. Jede albanische Kosova-Regierung, ob unter Rugova oder der UÇK (oder einer Koalition von beiden), wäre einfach ein Marionettenregime der NATO. Wenn sich die UÇK diesem reaktionären Ziel und den imperialistischen Kräften, die es ausführen, unterordnen würde, so müßte die Arbeiterbewegung der UÇK ihre Unterstützung entziehen.“ 240

Auch heute würde ein Bodenkrieg der NATO in Libyen eine Veränderung des Charakters des Krieges nach sich ziehen. Es wäre ein Umschlagen der Quantität in die Qualität. Durch die direkte militärische Intervention der NATO-Soldaten würde dem Volkaufstand der Rebellen jegliche Unabhängigkeit geraubt werden. In einem solchen Fall wäre dann die Rebellen tatsächlich ein „NATO-Anhängsel“. Wir würden daher unter solch veränderten Bedingungen unsere Kriegstaktik ändern. Wir würden den demokratischen Kampf gegen das Gaddafi-Regime der Verteidigung Libyens gegen die drohende imperialistische Besatzung unterordnen. Wir würden also die Einheitsfronttaktik mit den Rebellen beenden und stattdessen eine Einheitsfronttaktik mit jenen Kräften entwickeln, die gegen die imperialistischen Invasoren kämpfen (was auch pro-Gaddafi-Kräfte miteinschließen kann).

## VIII. Das Programm der arabischen Revolution

### Zentrale Losung der Sowjets/Räte/Komitees

Die Gefahr der bürgerlich-demokratischen Entartung der Revolution macht für kommunistische RevolutionärInnen die Losungen der konsequenten Demokratie und der Forderungen nach sozialen Reformen keineswegs überflüssig. Im Gegenteil, sie behalten ihre volle Gültigkeit. Doch es gilt, sie so zu stellen, daß sie einen Übergangsscharakter bekommen, daß sie die unabhängige Organisation der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten sowie ihr Selbstbewußtsein stärken, anstatt sie in eine passive Haltung der Hoffnung auf andere Kräfte zu versetzen.

Im Zentrum der Propaganda muß daher die Losung der *Selbstorganisation an der Basis durch den Aufbau von Räten/Sowjets* – in den Betrieben, den Stadtteilen, den Kasernen, den Schulen und Universitäten – stehen. Was immer auch ihr Name sei – Räte, Sowjets, Volkskomitees, revolutionäre Komitees – ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß solche Räte die ArbeiterInnen und die anderen unterdrückten Schichten zusammenfassen, ihnen ein Forum zur Diskussion und Entscheidungsfindung geben, daß sie kontrollierbare und abwählbare Delegierte wählen und diese Delegierte sich in den Städten, den Regionen und landesweit zu einem Zentralrat zusammenschließen. Nur auf diese Weise können die ArbeiterInnen und die Unterdrückten über ihr Schicksal mitbestimmen anstatt zum Spielball von Übergangsregierungen oder abgehobener bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Parteien der Recht-

sanwälte und Ärzte oder Militärs oder der Politik der Gewerkschaftsbürokratie zu werden.

Es ist daher wichtig, daß RevolutionärInnen innerhalb der bereits existierenden Komitees – die oft nur eine embryonale Vorform der Räte verkörpern – für den Ausbau und die Weiterentwicklung dieser Komitees in Richtung tatsächlicher Sowjets/Räte eintreten.

Wie können solche Räte geschaffen werden? Mit die Organisierung von Streiks und anderen Formen des Klassenkampfes. Oft entstehen Räte aus Streikkomitees oder Komitees zur Organisierung einer Besetzung heraus.

Der Aufbau solcher Räte ist keine Aufgabe, die auf einen späteren Zeitpunkt – eventuell erst kurz vor dem Aufstand (wie es die StalinistInnen in den 1920er und 1930er Jahren behaupteten) – verschoben werden darf. Die Räte sind jetzt für die Weiterführung des Klassenkampfes von entscheidender Bedeutung. Sie können dann auch zur Ausgangsbasis des Aufstandes, der ArbeiterInnen- und Bauernregierung und schließlich der Diktatur des Proletariats werden.

Damit verbunden ist der Kampf für den Aufbau von *Selbstverteidigungskomitees*. Solche Komitees können die ArbeiterInnen und Unterdrückten gegen den nach wie vor bestehenden Repressionsapparat schützen. Zu einem späteren Zeitpunkt können sie die Grundlage für voll entwickelte *ArbeiterInnen- und Volksmilizen* bilden, die zum bewaffneten Arm der Revolution wird.

## Revolutionär-demokratische Losungen

Solche Räte, Basiskomitees, sind ein Schlüssel, um die Forderungen der radikalen Demokratie tatsächlich vorantreiben können. *Für eine komplette Säuberung des Staatsapparates!* Die Massen in Tunesien setzen vielerorts die alten Bürgermeister und Polizisten ab. Das ist ein hervorragender erster Schritt. Dieses Beispiel sollte verbreitet und in allen Bereichen angewandt werden. *Für die völlige Durchleuchtung aller staatlicher Beamter und ihrer Taten unter dem alten Regime – v.a. bei Polizei, Armee, Geheimdienst, Verwaltung, Gericht, Betriebsdirektoren usw. – unter Kontrolle von Räten!*

Eine weitere wichtige demokratische Frage ist die der nationalen und religiösen Minderheiten. In Ländern wie Algerien, Tunesien und Libyen ist die Losung des *nationalen Selbstbestimmungsrechts* für das Volk der Berber wichtig. In Syrien, dem Irak und dem Iran ist das nationale Selbstbestimmungsrecht der KurdInnen zentral. Ebenso wichtig sind die Rechte der unterdrückten Religionsgruppen wie der Kopten in Ägypten oder der Schiiten in Bahrein oder dem Libanon.

Ebenso sind die *vollständige Trennung von Staat und Religion* und der Kampf gegen die reaktionäre Einmischung des Klerus in gesellschaftliche Fragen (z.B. Bekleidungs-vorschriften für Frauen) wichtige Losungen.

Einen besonderen Platz nimmt das nationale Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes ein, daß durch den zionistischen Apartheidstaat Israel seit 1948 unterdrückt und vertrieben wird. Die arabische Revolution muß ihre palästinensischen Brüder und Schwestern im Gaza und der Westbank gegen die Angriffe der israelischen Kriegsmaschinerie verteidigen und ihnen auch mit der Waffe in der Hand beistehen. Ebenso muß sie sich an die jüdische ArbeiterInnenklasse in Israel wenden und sie zum gemeinsamen Kampf gegen den Zionismus und Kapitalismus auffordern. Die Losung der arabischen Revolution muß das vollständige Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, die Zerschlagung des Staates Israel und die Errichtung einer *gemeinsamen, arabisch-jüdischen ArbeiterInnen- und Bauernrepublik in Palästina* sein.

Aufgrund der jahrzehntelangen Diktaturen sind Hoffnungen in eine bürgerliche Demokratie weitverbreitet. Es reicht nicht aus, wenn KommunistInnen solche Illusionen einfach nur denunzieren. Die Massen müssen ihre Erfahrungen mit den verschiedenen Formen der Demokratie selber machen. Deswegen stellen wir die Losung der *revolutionären Verfassungsgebenden Versammlung* auf. Eine solche Versammlung sollte kein Parlament sein, sondern ausschließlich für den Zweck der Ausarbeitung einer neuen Verfassung gewählt werden. KommunistInnen würden innerhalb einer solchen Verfassungsgebenden Versammlung für eine sozialistische Gesellschaftsordnung eintreten.

Doch damit eine solche Verfassungsgebenden Versammlung nicht leicht zu einem Instrument der herrschenden Klasse wird – eine Gefahr, die aktuell in Tunesien gegeben ist – darf sie nicht von den gegenwärtigen, bürgerlichen Regierung einberufen werden, sondern muß von einer revolutionären Regierung der ArbeiterInnen- und Bauernräten selber einberufen werden.

Nur eine solche Herangehensweise macht die Losung der Verfassungsgebenden Versammlung zu einer revolutionären Losung und verhindert, daß sie zu einem Instrument der herrschenden Klasse wird.

Welche Taktik sollten RevolutionärInnen verfolgen, falls in Ländern wie Tunesien oder Ägypten Wahlen für Verfassungsgebende Versammlungen oder Parlamente stattfinden? Natürlich muß eine solche Frage anhand der konkreten Bedingungen beantwortet werden. Aber allgemein muß man davon ausgehen, daß die Massen große Illusionen in die neugewonnen bürgerlich-demokratischen Freiheiten haben werden und deswegen massenhaft an diesen Wahlen teilnehmen. Eine Boykott-Taktik – also der Aufruf, nicht zu den Wahlen zu gehen und die Weigerung, mit eigenen KandidatInnen daran teilzunehmen – wäre unter solchen Bedingungen eine falsche, ultralinke Taktik. RevolutionärInnen sollten vielmehr KandidatInnen aufstellen und versuchen, innerhalb des Parlamentes gegen die Politik der herrschenden Klasse Propaganda und Aufklärung zu betreiben. Gleichzeitig muß in dieser Agitation klar gestellt werden, daß eine sozialistische Umwälzung nicht durch die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, sondern nur durch die Revolution und die Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse erreicht werden kann.

### Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle

Die zentrale Bedeutung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit und die zahlreichen Streiks für höhere Löhne zeigen die vorrangige Bedeutung, wer, also welche Klasse, die Kontrolle über die Wirtschaft ausübt. Bislang war dies die kleine Minderheit der KapitalistInnenklasse. Das muß sich ändern! Die *Schlüsselbetriebe in Industrie, Transport, Dienstleistungen und Banken müssen entschädigungslos verstaatlicht und unter Kontrolle der Beschäftigten* gestellt werden.

Von besonderer Bedeutung ist hier natürlich die *Erdöl- und Erdgasindustrie*, die in zahlreichen Ländern der arabischen Welt einen Großteil der Exporteinnahmen ausmacht. Gerade diese Schlüsselindustrien müssen im staatlichen Eigentum und unter Kontrolle der Beschäftigten sein.

Dies mindert nicht die zentrale Bedeutung des heutigen *Kampfes für höhere Löhne, für eine umfassende Sozial- und Krankenversicherung und gegen Entlassungen*.

Um die Preissteigerungen in den Griff zu bekommen, bedarf es *Preiskomitees der ArbeiterInnen und der KonsumentInnen, die die Preisentwicklung überwachen* und gegebenenfalls eine Herabsetzung der Preise erzwingen können. – Die Löhne müssen an die Preisentwicklung angekoppelt werden, um so eine schleichende Verarmung zu verhindern.

Um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, bedarf es eines *öffentlichen Beschäftigungsprogramms*, daß die Wirtschaft modernisieren und von den imperialistischen Konzernen unabhängiger machen könnte und unter Kontrolle der Gewerkschaften stehen muß.

Ebenso muß der gestohlene Reichtum der Tyrannen dem Volk zurückgegeben werden. *Für die Beschlagnahmung des Eigentums der herrschenden Familien und ihre Nutzbarmachung im Rahmen eines staatlichen Wirtschaftsplanes! Für die Enteignung der Superreichen!*

### Kampf für die Umwandlung der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften waren in der Vergangenheit zumeist Regime-nahe, durch und durch verbürokratisiert und ein Instrument der Befriedung der ArbeiterInnen. Sie müssen aber zu einem Instrument des Kampfes der ArbeiterInnen werden. Dazu müssen die Gewerkschaften radikal

verändert werden. *Kein Funktionär darf mehr als das Durchschnittsgehalt der Mitglieder verdienen! Alle Funktionäre müssen kontrollierbar und abwählbar sein.*

Die Gewerkschaften müssen für die breite Masse der ArbeiterInnen geöffnet werden. Sie müssen eine Vorreiterrolle bei den Kämpfen für die Rechte der ArbeiterInnen spielen. Streik- und Betriebskomitees stehen hier nicht im Gegensatz, sondern können – ähnlich wie die Fabrikdelegierten und Basiskomitees in Italien in den späten 1960er Jahren – zum Ausgangspunkt des Aufbaus einer *Basisbewegung in den Gewerkschaften* werden.

Dort wo es nicht möglich ist, für die Umwandlung der Gewerkschaften zu kämpfen, kann auch der Aufbau *neuer, unabhängiger Gewerkschaften* sinnvoll sein.

### **Für die Rechte der Frauen, der MigrantInnen und der Jugend!**

Die Frauen haben gerade bei den revolutionären Ereignissen gezeigt sie, daß sie den Männern in Einsatz und Mut um nichts nachstehen. Die patriarchale Unterdrückung der Frau und die traditionelle Rolle der Frau konnten z.B. während der Besetzung des Tahrir-Platzes in Ägypten und bei den Streiks zurückgedrängt werden.

Eine implizite Anerkennung dieser zentralen Rolle der Frau in der Revolution ist ein von der Übergangsregierung in Tunesien kürzlich erlassenes Gesetz, wonach bei allen Parteien, die bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung antreten, mindestens die Hälfte der KandidatInnen Frauen sein müssen. Ein solches Gesetz haben die angeblich „aufgeklärten“ westlichen Demokratien bisher nicht zustande gebracht! Notwendig ist der Kampf für die *vollständige gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frau*, für die *Vergesellschaftung der Hausarbeit*, für die *breite Einbeziehung der Frauen in die Erwerbstätigkeit* und das *Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit* in der Berufswelt. Kampf gegen jede Benachteiligung der Frauen in ihrer gesellschaftlichen Stellung – egal ob dies durch Religion oder andere Ideologie gerechtfertigt wird.

In vielen Ländern stellen die MigrantInnen einen bedeutenden Anteil der ArbeiterInnenklasse und sind dabei aber meistens völlig rechtlos. Die arabische Revolution hat das Schicksal der MigrantInnen bislang weitgehend ignoriert. Die muß jedoch deren Forderungen auf ihre Fahnen schreiben und sie selber in die Bewegung miteinbeziehen. Wichtig wird hier vor allem der Kampf für die *vollständigen Staatsbürgerrechte für alle MigrantInnen* sowie für das *Prinzip Gleicher Lohn für gleiche Arbeit* sein. Ebenso zentral ist der Kampf für die *Öffnung der Gewerkschaften für die MigrantInnen* und die aktive Organisierung dieser.

Die Jugend hat in der Revolution eine Vorreiterrolle gespielt. Der Kampf für die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit, für *volle demokratische Rechte* sowie für *gleichen Lohn für gleiche Arbeit* ist hier vorrangig.

### **Nieder mit dem Imperialismus und seiner Handlanger!**

Der Imperialismus bleibt der größte Feind der Völker. Niemand hat vergessen, daß die Großmächte über Jahrhunderte hinweg die unterdrückten Völker als Kolonialsklaven hielten. War es nicht der italienische Imperialismus, der in Nordafrika mit den brutalsten Methoden – inklusive Giftgas – die einheimischen Völker unterwarf? War es nicht der französische und der spanische Imperialismus, der

in den 1920er Jahren die heldenhafte Widerstand leistenden Rif-Kabylen massakrierte? Wer kann vergessen, wie die Großmächte – allen voran die USA - die Völker in Irak und Afghanistan einer brutalen Besatzungspolitik unterwerfen?! Wer vergißt all die Sparprogramme, die der Internationale Währungsfond (IWF) den arabischen Ländern aufzwang, und die Massen damit in den Hunger trieben?! Für die Streichung aller Abkommen mit dem IWF und anderen Finanzinstitutionen! Für die Enteignung der imperialistischen Konzerne!

Keine militärische Zusammenarbeit mit den Großmächten und der NATO! Für die Auflösung aller imperialistischen Militärstützpunkte wie z.B. in Bahrain!

Keine Zusammenarbeit mit der EU bei der Flüchtlingspolitik! Öffnet die Grenzen für alle Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Nahen Osten!

### **Für die Niederlage der NATO in Libyen! Hände weg von Syrien!**

Die NATO versucht, die Wirren des Bürgerkrieges ausnützend und unter dem Vorwand der humanitären Intervention ihren Einfluß in Libyen und der ganzen Region auszuweiten. Wir sagen: *Für den Sieg der libyschen ArbeiterInnen und Bauern gegen das Gaddafi-Regime!* Aber gleichzeitig müssen die pro-imperialistischen Kräfte im Lager der Rebellen politisch bekämpft und ihr Einfluß zurückgedrängt werden. Keine Zusammenarbeit mit der NATO! Im Gegenteil: *Für die Niederlage der NATO-Truppen in Libyen!* Die internationale ArbeiterInnenbewegung muß mit allen nötigen Mitteln – inklusive direkter Aktionen – gegen die NATO-Kriegsmaschinerie vorgehen! *Im Falle des Einsatzes von imperialistischen Bodentruppen in Libyen sagen wir: Der Hauptfeind sind die NATO-Truppen! Ebenso lehnen wir Sanktionen sowie mögliche imperialistische Angriffe auf Syrien ab!* Für die aktive Unterstützung durch die internationale ArbeiterInnenbewegung und v.a. die RevolutionärInnen in den arabischen Nachbarländern. *Für internationale Solidaritätsbrigaden und Waffenlieferungen an die libyschen Revolutionäre!*

### **Die Revolution permanent machen und zur Machtergreifung vorantreiben!**

Die zentralen Fragen – konsequente Demokratie, Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit usw. – können nur dann gelöst werden, wenn die ArbeiterInnenklasse, im Bündnis mit den anderen unterdrückten Klassen und Schichten, die herrschende KapitalistInnenklasse stürzt und ihre eigene Macht errichtet (die Diktatur des Proletariats). Das ist die objektive Basis der von Trotzki entwickelten Strategie der permanenten Revolution – eine Strategie, zu deren Verwirklichung es einer revolutionären Avantgardepartei bedarf.

So schrieb Trotzki 1929:

*„Wie verschieden die ersten episodenhaften Etappen der Revolution in den einzelnen Ländern auch sein mögen, die Verwirklichung des revolutionären Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft ist nur denkbar unter der politischen Führung der proletarischen Avantgarde, die in der Kommunistischen Partei organisiert ist. Dies wiederum bedeutet, daß der Sieg der demokratischen Revolution nur durch die Diktatur des Proletariats denkbar ist, das sich auf das Bündnis mit der Bauernschaft stützt und in erster Linie die Aufgaben der demokratischen Rev-*

olution löst.“<sup>241</sup>

Eine Trennung der Etappe der Erkämpfung demokratischer Rechte und der proletarischen Machteroberung – wie es von den stalinistischen Parteien betrieben wird – ist falsch und entwaffnet politisch die ArbeiterInnenklasse. Die demokratische Revolution muß in die sozialistische Revolution übergehen.

„Die Diktatur des Proletariats, das als Führer der demokratischen Revolution zur Herrschaft gelangt ist, wird unvermeidlich und in kürzester Frist vor Aufgaben gestellt sein, die mit weitgehenden Eingriffen in die bürgerlichen Eigentumsrechte verbunden sind. Die demokratische Revolution wächst unmittelbar in die sozialistische hinein und wird dadurch allein schon zur permanenten Revolution.“<sup>242</sup>

Beim Kampf für die Revolution kann die Losung der ArbeiterInnen- und Bauernregierung eine zentrale Rolle spielen. Eine solche Regierung wäre eine, die sich auf die Organe der ArbeiterInnenklasse und der Bauernschaft stützt – in erster Linie von Räten und Milizen. Eine solche Regierung müßte zur Enteignung der KapitalistInnenklasse voranschreiten.

In jedem Fall wird der Sturz der herrschenden Klasse nicht friedlich vonstatten gehen. Alle Erfahrungen bisheriger Revolutionen lehren: die Bourgeoisie gibt ihre Macht nie freiwillig ab. Wer – wie diverse SozialdemokratInnen, StalinistInnen und ZentristInnen – die Illusion eines möglichen friedlichen Übergangs zum Sozialismus in Aussicht stellt oder diese Frage auch nur offen läßt, schadet der ArbeiterInnenklasse anstatt sie auf die bevorstehenden Aufgaben vorzubereiten. Die unterdrückte Klasse muß die Macht gewaltsam, mit der Waffe in der Hand, erobern. Dazu sind der bewaffnete Aufstand und der revolutionäre Bürgerkrieg unausweichlich. Aufgabe der revolutionären Partei ist es, die ArbeiterInnenklasse für diese Herausforderungen zu bewaffnen.

### **Die Revolution internationalisieren!**

Sollte die proletarische Revolution in einem Land siegen, werden die gestürzte KapitalistInnenklasse sowie die imperialistischen Großmächte alles daran setzen, um die Revolution einzudämmen und schließlich zu zerschlagen. Dies war das Schicksal der Oktoberrevolution und der Sowjetunion. Daraus müssen wir die Lehren ziehen. Deswegen muß es das Ziel der an die Macht gekommenen ArbeiterInnen und Bauern/BäuerInnen sowie der internationalen ArbeiterInnenbewegung sein, sich nicht auf eine längerfristige Konsolidierung der Revolution im nationalen Rahmen zu orientieren, sondern vielmehr die Ausweitung der sozialistischen Revolution anzustreben. Die Losung der arabischen Revolution muß die permanente Revolution hinführen zu den *Vereinigten Sozialistischen Staaten des Maghreb und Maschrek!*

Die arabische Revolution ist ein Fanal, der Beginn eines neuen historischen Abschnittes. Ein Zeitalter der Revolutionen hat begonnen und die internationale ArbeiterInnenbewegung muß aus den Erfahrungen unserer arabischen Brüder und Schwestern lernen.

Die ArbeiterInnenbewegung in Europa muß die arabische Revolution unterstützen. Dies kann in Form von materieller und organisatorischer Hilfe stattfinden. Aber die größte Unterstützung können wir dadurch geben, in dem wir den Klassenkampf gegen die kapitalistischen Sparprogramme, gegen den imperialistischen Krieg in Europa sel-

ber vorantreiben. Die Massendemonstrationen und Generalstreiks in Griechenland und Spanien sind bereits ein erster Schritt in diese Richtung. *Unser Motto muß lauten: Tragen wir die Fackel der Revolution nach Europa!*

Eine wichtige Rolle können dabei die MigrantInnen spielen. Gerade die MigrantInnen aus den arabischen Ländern könnten dabei als Verbindungsglied eine entscheidende Rolle einnehmen.

Aber wir wiederholen: Ansätze in diese Richtung können spontan stattfinden. Doch um aus diesen Tendenzen eine bewußte Strategie, einen bewußten Plan der Vorantreibung des Klassenkampfes hin zur sozialistischen Revolution zu machen, dafür ist der Aufbau einer revolutionären Kampfpartei national und international dringend erforderlich. Diesem Ziel haben wir uns von der RKOB verschrieben. Schließ dich uns an!

*Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!*

*Keine Zukunft ohne Sozialismus!*

*Kein Sozialismus ohne Revolution!*

*Keine Revolution ohne revolutionäre Partei!*

# Anmerkungen

- 1 Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven der chinesischen Revolution. Ihre Lehren für die Länder des Ostens und für die gesamte Komintern (1928); in: Schriften 2.1 (Über China), S. 335
- 2 W. I. Lenin: Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus (1910); in: LW 17, S. 23
- 3 Leo Trotzki: Mein Leben (1929), Berlin 1990, S. 441
- 4 Siehe u.a. Linda Herrera and Peter Mayo: Growing Disparities. Digital Youth, Arab Revolution and the Challenge of Work, 4-6. März 2011, <http://www.counterpunch.org/herrera03042011.html>; Rannie Amiri: Egypt and Tunisia: Dignity Revived. The End of Humiliation, 11-13. Februar 2011, <http://www.counterpunch.org/amiri02112011.html>
- 5 Siehe Ernesto Londono: Egyptian man's death became symbol of callous state; Washington Post, February 8, 2011; <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2011/02/08/AR2011020806421.html>
- 6 Leo Trotzki: Geschichte der Russischen Revolution (1930), Frankfurt a.M. 1973, S. 576
- 7 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 9
- 8 Barry Eichengreen, Kevin H. O'Rourke: A Tale of Two Depressions (Update 1 September 2009), <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/3421> bzw. Karl Aiginger: The Great Recession versus the Great Depression: Stylized Facts on Siblings That Were Given Different Foster Parents; in: Economics, Vol. 4, 2010-9, February 15, 2010, <http://www.economics-ejournal.org/economics/journalarticles/2010-9>, S. 11
- 9 Eine Analyse der Weltwirtschaftsentwicklung in den letzten Jahrzehnten findet sich u.a. in Michael Pröbsting: Imperialismus, Globalisierung und der Niedergang des Kapitalismus; in: Revolutionärer Marxismus Nr. 39 (2008) sowie Michael Pröbsting: Vor einem neuen Wirtschaftsaufschwung?; in: Revolutionärer Marxismus Nr. 41 (2010)
- 10 Für 1971-2000 siehe World Bank: Global Economic Prospect 2002, S. 234; für 2001-2009 siehe United Nations: World Economic Situation and Prospects 2008, S. 1f. bzw. World Economic Situation and Prospects 2011, S. 5. Die Zahlenreihe zwischen 1971-2000 beruht auf Weltbank-Berechnungen des GDP zu konstanten Preisen und Wechselkursen von 1995. Die Zahlenreihe zwischen 2001-2010 beruht auf UN-Berechnungen des GDP zu konstanten Preisen und Wechselkursen von 2005. Die 2.48% ergeben sich aus dem arithmetischen Mittel der Angaben für die Jahre 2001-2010 (1.6%, 1.9%, 2.7%, 4.0%, 3.5%, 4.0%, 3.9%, 1.6%, -2.0% sowie 3.6%)
- 11 EUROPEAN COMMISSION: Statistical Annex of European Economy, Spring 2011, S. 53. Da in der angeführten EU-Statistik keine Angaben für die EU-15 für die Jahresreihe 1961-70 und 1971-80 haben wir in diesen Fällen das arithmetische Mittel von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien verwendet.
- 12 European Commission: Statistical Annex of European Economy, Spring 2011, S. 69
- 13 Karl Marx: Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 120
- 14 OPEC: Annual Statistical Bulletin 2009 (2010), S. 22f.
- 15 Institut für Weltwirtschaft: Weltkonjunktur im Frühjahr 2011, in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 488/489 (März 2011), S. 6
- 16 Allen Sinai: Seismic Shifts in the Global Economy, Finance and Financial Markets, in: Forum Futures 2009, S. 32
- 17 Gilles Moëc/Laure Frey: Global Imbalances, Saving Glut and Investment Strike; Banque De France: Occasional Papers No. 1, February 2006, S. 5
- 18 World Bank: World Development Report 2010, S. 384ff. Die Zahlen der Weltbank in der angeführten Tabelle beziehen sich auf das Jahr 2008 mit Ausnahme der Angaben zu den Auslandsinvestitionen und den Auslandsschulden, die sich auf das Jahr 2007 beziehen. Unter dem Nettofluß von Auslandsinvestitionen versteht man den Wert der ausländischen Investitionen im Inland minus den Investitionen des betreffenden Landes im Ausland. Im Falle Saudi-Arabiens ergibt sich eine negative Zahl, da die saudischen Kapitalisten einen großen Teil ihrer Profite im Ausland- v.a. auf den amerikanischen Banken - investieren (die sogenannten Petro-Dollars). Die Angaben bzgl. der Wirtschaftskraft dieser Länder sind insofern mit Vorsicht zu beachten, da es in den letzten Jahren einerseits zur schwersten Wirtschaftskrise seit 1929 und andererseits zu starken Wechselkursschwankungen kam. Nichtsdestotrotz vermitteln die Angaben ein Bild von den Verhältnissen zwischen der nationalen Wirtschaftsleitung und den einzelnen Wirtschaftssektoren.
- 19 The Economist: A special report on Egypt, 17.7.2010, S. 5
- 20 International Labour Office: Trade and Employment in the Global Crisis (2010), S. 116
- 21 United Nations: World Economic Situation and Prospects 2008, S. 69, World Economic Situation and Prospects 2009, S. 62, United Nations: World Economic Situation and Prospects 2010, S. 73 sowie United Nations: World Economic Situation and Prospects 2011, S. 71
- 22 Jean Ziegler: Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, München 2008, S. 235
- 23 Umberto Mazzei: Yet Another Reason to Drop the Dollar. International Speculation and Rising Food Prices, February 14, 2011, <http://www.cipamericas.org/archives/3968>
- 24 Robert Alvarez: Soaring Prices, Growing Destabilization. Food, Egypt and Wall Street, 4.-6. Februar 2011, [http://www.huffingtonpost.com/robert-alvarez/food-egypt-and-wall-stree\\_b\\_818434.html](http://www.huffingtonpost.com/robert-alvarez/food-egypt-and-wall-stree_b_818434.html)
- 25 Michel Chossudovsky: Global Famine, Global Research, 2. Mai 2008, <http://www.globalresearch.ca/index.php?context=va&aid=8877>
- 26 Siehe Interview mit Jean Ziegler „Ich bin ein weißer Neger“, in: DIE ZEIT, 3.1.2011, Nr. 1/2011, <http://www.zeit.de/2011/01/DOS-Ziegler?page=1>
- 27 World Bank: Tunisia - Country Brief, <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/MENAEXT/TUNISIAEXTN/0,,menuPK:310022-pagePK:141132~piPK:141121~theSitePK:310015,00.html>
- 28 World Bank: Research: Broad-based Youth Programs Needed, 15. Jänner 2011, [http://arabworld.worldbank.org/content/awi/en/home/featured/youth\\_programs.html](http://arabworld.worldbank.org/content/awi/en/home/featured/youth_programs.html)
- 29 Walter Armbrust: The Revolution Against Neoliberalism,, 23.2.2011, <http://www.jadaliyya.com/pages/index/717/the-revolution-against-neoliberalism>
- 30 The Economist: A special report on Egypt, July 17th 2010, S. 2
- 31 Leigh Phillips: EU Socialists, conservatives, play 'dictator badminton' over Tunisia, EUOBSERVER, 18.01.2011, <http://euobserver.com/?aid=31663>; Joshua Keating: Socialist International finally kicks out Mubarak, 3.2.2011, [http://blog.foreignpolicy.com/posts/2011/02/03/socialist\\_international\\_finally\\_kicks\\_out\\_mubarak](http://blog.foreignpolicy.com/posts/2011/02/03/socialist_international_finally_kicks_out_mubarak)
- 32 U.S. Foreign Aid Summary, <http://www.vaughns-1-pagers.com/politics/us-foreign-aid.htm>
- 33 Siehe SIPRI YEARBOOK 2011. Armaments, Disarmament and International Security - Summary, S. 9
- 34 Siehe dazu auch unsere Analysen der Kriege im Libanon sowie im Gaza. Zum Libanon-Krieg: *Der israelische Terrorkrieg gegen das libanesischen und palästinensischen Volk. Fragen und Antworten zur Position des ArbeiterInnenstandpunkt* bzw. *Stoppt Israel's barbarische Aggression! ArbeiterInnen, Jugendliche und unterdrückte Völker der ganzen Welt - unterstützt den palästinensischen und libanesischen Widerstand!* Erklärung der Liga für die Fünfte Internationale, 13. Juli 2006 (beide in ArbeiterInnenstandpunkt Nr. 144, August 2006). Zum Gaza-Krieg: *Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand! Die Position der Liga der Sozialistischen Revolution zum israelischen Terrorkrieg gegen das palästinensische Volk - Fragen und Antworten* 2006 (in BEFREIUNG Nr. 172, Jänner 2009).
- 35 Das völlige Unverständnis dieser Revolutionen beschränkt sich nicht auf stalinistische Kreise. Auch kleinbürgerliche post-modernistische, autonome Theoretiker wie Michael Hardt und Antonio Negri lehnen es bezeichnenderweise ab, die Entwicklungen in der arabischen Welt als „Revolutionen“ zu bezeichnen. Das zeigt, daß wer die Klassenanalyse zugunsten der Fata Morgana einer „multitude“ ablehnt schließlich auch den Klassenkampf und selbst die Existenz von Klassenkämpfen bestreiten muß. siehe den Artikel von Michael Hardt und Antonio Negri: Arabs are democracy's new pioneers. The leaderless Middle East uprisings can inspire freedom movements as Latin America did before,, 24 February 2011, [www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/feb/24/arabs-democracy-latin-america](http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/feb/24/arabs-democracy-latin-america). Ein weitaus besseres Verständnis als diese linken Kleinbürger zeigen dagegen strategische Vordenker des Kapitals. So schrieb kürzlich George Friedman, der Direktor der imperialistischen Denkfabrik Stratfor: *„Es gibt Augenblicke in der Geschichte, da verbreiten sich Revolutionen in einer Region oder rund um die Welt wie ein Lauffeuer. Solche Augenblicke kommen nicht oft. In den Sinn kommen einem 1848 (...) oder 1968. Dies findet nun 2011 statt und dauert an.“* (George Friedman: Revolution and the Muslim World, 22. Februar 2011, [www.stratfor.com/weekly/20110221-revolution-and-muslim-world](http://www.stratfor.com/weekly/20110221-revolution-and-muslim-world)) Denker einer Klasse, die die reale Macht hat, wissen, was eine Revolution ist und was nicht. Denker einer Klasse, die bestenfalls der Illusion von Macht nachlaufen, haben dagegen keinen blassen Schimmer von Revolution. Friedman gehört als Denker der Bourgeoisie zur ersten, Negri und Hardt als Denker des fortschrittlichen Kleinbürgertums zur zweiten Kategorie.
- 36 Siehe UNCTAD: Handbook of Statistics 2010, S. 444ff.
- 37 International Labour Office: Global Employment Trends 2011: The challenge of a jobs recovery (2011), S. 65
- 38 Siehe UNCTAD: Handbook of Statistics 2010, S. 467f. sowie International Labour Office: World Social Security Report 2010/11. Providing coverage in times of crisis and beyond (2010), S. 177ff

- 39 International Labour Office: World Social Security Report 2010/11. Providing coverage in times of crisis and beyond (2010), S. 28
- 40 Autorenkollektiv unter Leitung von Lothar Rathmann/Manfred Voigt: Arabische Staaten. Bilanz, Probleme, Entwicklungstendenzen, Berlin 1988, S. 33. Siehe dazu auch Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Barthel/ Günter Nötzhold: Die arabischen Länder. Eine wirtschafts-geographische Darstellung, Gotha 1987, S. 72
- 41 International Labour Office: Global Employment Trends 2011: The challenge of a jobs recovery (2011), S. 61f.
- 42 International Labour Office: Global Employment Trends 2011: The challenge of a jobs recovery (2011), S. 61f.
- 43 United Nations Development Programme: Human Development Report 2010. The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development (2010), S. 188ff
- 44 International Labour Office: Global Employment Trends 2011: The challenge of a jobs recovery (2011), S. 69
- 45 International Labour Office: Global Employment Trends 2011: The challenge of a jobs recovery (2011), S. 67f.
- 46 International Organization for Migration: World Migration Report 2010. The Future of Migration: Building Capacities for Change (2010), S. 134 bzw. 209f. Bei den Angaben für Bahrain habe ich Zweifel bezüglich der Richtigkeit. Der von der IOM angeführte Anteil der MigrantInnen mit 39,1% liegt deutlich unter den von anderen Institutionen angeführten Zahlen. Die UNO gibt z.B. für Bahrain einen MigrantInnenanteil von 49% an der Gesamtbevölkerung an. (United Nations: World Economic Situation and Prospect 2010 (2010), S. 135)
- 47 International Organization for Migration: World Migration Report 2008. International Labour Mobility in the Evolving Global Labour Market (2008), S. 474
- 48 Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Barthel/ Günter Nötzhold: Die arabischen Länder. Eine wirtschafts-geographische Darstellung, Gotha 1987, S. 73
- 49 International Organization for Migration: World Migration Report 2010. The Future of Migration: Building Capacities for Change (2010), S. 134 bzw. 209f.
- 50 Michael Pröbsting: Rassismus, Migration und revolutionäre Integration; in: Der Weg des Revolutionären Kommunismus (WeRK), Nr. 7 (Das WeRK ist das theoretische Journal der RKOB); eine Kurzfassung dieser Studie findet sich auf unserer Homepage unter dem link <http://www.rkob.net/gegen-unterdr%C3%BCkung/migrantinnen/zur-revolution%C3%A4ren-integration/>. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß einer der zentralen Streitpunkte, weswegen uns die LFI-Führung unter dem Vorwand von „Verstoßen gegen die Disziplin“ ausschloß, eben deren Ablehnung unserer Analyse der Unterdrückung der MigrantInnen war. Unsere Feststellung, daß MigrantInnen eine national unterdrückte und überausgebeutete Schicht der ArbeiterInnenklasse sind, wurde verurteilt und führende Kräfte in der LFI erklären die Assimilation – die Anpassung und das Aufgehen der nationalen Minderheiten der MigrantInnen in die nationale Mehrheitsbevölkerung – als etwas fortschrittliches.
- 51 Frierdrich Pollack: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927, Leipzig 1929 (Reprint Frankfurt 1971), S. 8
- 52 Eric Hobsbawm: Das imperiale Zeitalter 1875-1914, Frankfurt a.M. 1989, S. 367
- 53 M. Pokorowski: Russische Geschichte, Berlin 1930, S. 244
- 54 Leo Trotzki: Die Russische Revolution 1905 (1909), (Reprint Berlin 1972), S. 41
- 55 Helmut Altrichter: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst, Paderborn 1997, S. 566
- 56 Die Zitate wurden entnommen aus: Autorenkollektiv unter Leitung von Lothar Rathmann/Manfred Voigt: Arabische Staaten. Bilanz, Probleme, Entwicklungstendenzen, Berlin 1988, S. 3 sowie Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Barthel/ Günter Nötzhold: Die arabischen Länder. Eine wirtschafts-geographische Darstellung, Gotha 1987, S. 315
- 57 Ted Grant: The Colonial Revolution and the Deformed Workers States (1978); in: Ted Grant: The Unbroken Thread. The Development of Trotskyism over 40 Years, London 1989, S. 350. Laut Grant sei der Kapitalismus in den 1970er Jahren darüberhinaus nicht nur in Vietnam, Laos und Kambodscha, sondern auch in Angola, Mozambique, Äthiopien, Benin, sowie Burma beseitigt und durch degenerierte ArbeiterInnenstaaten – oder wie Grant es auch gerne bezeichnete: Staaten des „proletarischen Bonapartismus“ – ersetzt worden. Wir haben die falsche Theorie des „proletarischen Bonapartismus“ in einem Artikel in unserem damaligen theoretischen Journal „Revolutionärer Marxismus“ einer Kritik unterzogen (Marcus Gassner und Fritz Haller: Ted Grant und der Stalinismus; RM Nr. 23, 1997/98).
- 58 Resolution des Political Committee der Workers Revolutionary Party vom 11. Dezember 1981. Zitiert in: The ICFI defends Trotskyism 1982-1986. Documents of the Struggle against the WRP Renegades, Fourth International Vol. 13, No. 2 (Autumn 1986), S. 23 bzw. S. 44. Healy's „Internationales Komitee der Vierten Internationale“ propagierte auch das Grüne Buch von Gaddafi und verteidigte auch das Regime von Saddam Hussein im Irak. Dabei gingen diese Zentristen sogar so weit, daß sie die Hinrichtungen von 21 Mitgliedern der Irakischen Kommunistischen Partei durch das Baath-Regime im Jahre 1979 rechtfertigte! (siehe News Line: „A Conspiracy Exposed“, 2. Februar 1979); zitiert in: Statement of the International Committee of the Fourth International: How The Workers Revolutionary Party Betrayed Trotskyism 1973 -1985, in: Fourth International, Vol. 13, No. 1 (Summer 1986), S. 46
- 59 Antonio De Bonis: Italy and the Libyan crisis, 5.4.2011, <http://www.antoniodebonis.com/2011/04/italy-and-libyan-crisis.html>
- 60 Zur Schuldenkrise siehe u.a. Washington Post: Debt crisis threatens Italy, one of euro zone's biggest economies, 12.7.2011, [http://www.washingtonpost.com/world/europe/europes-debt-crisis-threatens-massive-italy/2011/07/12/gIQA0M05AI\\_story\\_1.html](http://www.washingtonpost.com/world/europe/europes-debt-crisis-threatens-massive-italy/2011/07/12/gIQA0M05AI_story_1.html)
- 61 Mit Rentner-Staaten meinen wir jene Länder, deren herrschende Klasse kaum eine Mehrwert produzierende Industrie besitzt, sondern hauptsächlich von den Einkünften der über die Rohstoffgewinnung erzielten Grundrente sowie den Zinsen ihres – meist im Ausland angelegten – Geldkapitals lebt.
- 62 World Bank: World Development Report 1979, S. 46, 162f.; International Labour Office: Global Employment Trends 2011: The challenge of a jobs recovery (2011), S. 68 sowie eigene Berechnungen. Bei der Kategorie „Länder mit hohem Einkommen“ sind die halb-kolonialen EU-Staaten dazugezählt. Für das Jahr 2008 werden die verschiedenen Regionen, die in die Gruppen „Länder mit niedrigen bzw. mittleren Einkommen“ fallen zusammengezogen.
- 63 Der Begriff „Erwerbstätige“ umfaßt alle im Arbeitsprozeß stehenden, d.h. sowohl ArbeiterInnen, Bauern, Kleingewerbetreibende als auch Kapitalisten.
- 64 World Bank: World Development Report 1995, S. 9, International Labour Office: Global Employment Trends 2011: The challenge of a jobs recovery (2011), S. 68, Directorate-General for Economic and Financial Affairs of the European Commission: Labour market and wage developments in 2009; in: EUROPEAN ECONOMY Nr. 5/2010, S. 188ff. sowie eigene Berechnungen. Die Kategorie „Entwickelte Industriestaaten“ umfaßt nicht die ost- und südosteuropäischen EU-Staaten sowie Malta und Zypern. Diese Länder wurden der Kategorie „Osteuropa und ehem. UdSSR“ zugerechnet.
- 65 Quellen: International Labour Office: Global Employment Trends 2011: The challenge of a jobs recovery (2011), S. 68 sowie eigene Berechnungen
- 66 Autorenkollektiv: Handbuch Entwicklungsländer. Sozioökonomische Prozesse, Fakten und Strategien, Berlin 1987, S. 160
- 67 World Bank: World Development Report 1995, S. 9, International Labour Office: Global Employment Trends 2011: The challenge of a jobs recovery (2011), S. 68, Directorate-General for Economic and Financial Affairs of the European Commission: Labour market and wage developments in 2009; in: EUROPEAN ECONOMY Nr. 5/2010, S. 188ff. sowie eigene Berechnungen. Als „halb-koloniale EU-Staaten“ wurden gerechnet die ost- und südosteuropäischen EU-Staaten sowie Malta und Zypern.
- 68 Der verbürgerlichte, bestochene Charakter der ArbeiterInnenaristokratie wird von zahlreichen „marxistischen“ Organisationen entweder gelehnet (z.B. LFI) bzw. überhaupt die Existenz einer solchen Oberschicht in Frage gestellt (z.B. CWI, IMT, IST). Einer der politischen Konfliktpunkte, wegen denen uns die LFI-Führung ausschloß, war unser Festhalten an der marxistischen Einschätzung der ArbeiterInnenaristokratie. Die ArbeiterInnenaristokratie ist laut der Definition von Lenin, auf die auch wir uns berufen, folgende:  
*„Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen Extraprofit (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres „eigenen“ Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie bestechen kann. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der „fortgeschrittenen“ Länder bestochen - durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte.“* (W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß (1917). Vorwort von 1920, in: LW 22, S. 198)
- Leo Trotzki hat im Jahre 1940, kurz vor seiner Ermordung durch die Agenten Stalins, noch geschrieben: *„Für die Gewerkschaften – soweit sie auf reformistischem Boden bleiben, das heißt soweit sie sich dem Privateigentum anpassen – entspringt hieraus die Notwendigkeit, sich auch dem kapitalistischen Staate anzupassen und die Zusammenarbeit mit ihm zu erstreben.(...) Diese Einstellung entspricht vollkommen der sozialen Lage der Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie, die beide um einen Abfallbrocken aus den Überprofiten des imperialistischen Kapitalismus kämpfen.“* (Leo Trotzki: Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs (1940) in: Die

Bedeutung der Arbeit in den Gewerkschaften im Kampf für die Revolution, S. 36)

Wir bezeichnen daher die ArbeiterInnenaristokratie als eine relativ schmale, verbürgerlichte Oberschicht in der ArbeiterInnenklasse. Führende LFI-GenossInnen meinen dagegen, daß die ArbeiterInnenaristokratie in den imperialistischen Ländern die Kernschicht der ArbeiterInnenklasse – also ihren wichtigsten Bestandteil – darstellt und deswegen keine Revolution ohne die führende Teilnahme dieser Schichten möglich ist. An anderer Stelle wurde sogar argumentiert, daß die Schicht der ArbeiterInnenaristokratie in Großbritannien 1/3 oder mehr der ArbeiterInnenklasse umfassen könne. Wir halten das für einen vollkommenen Unsinn und ein schlichtes Auf-den-Kopf-Stellen der klassischen Imperialismus-Theorie, wie sie von Lenin und Trotzki vertreten wurde.

Damit verbunden war auch eine weitere Differenz: während wir das oben im Zitat angeführte Lenin'sche Konzept verteidigten, daß die ArbeiterInnenaristokratie von der KapitalistInnenklasse bestochen wird, stellen führende LFI-GenossInnen dies in Frage. Sie meinen hingegen, daß die ArbeiterInnenaristokratie ihre hohen Löhne und Privilegien in erster Linie wegen ihrer gewerkschaftlichen Kampfkraft hätten und lassen den Faktor der Bestechung durch die KapitalistInnen gerne unter dem Tisch fallen. Zwar gelang es uns, in einer von einem führenden RKO-Genossen verfaßten Resolution am letzten LFI-Kongreß in Asien im Jänner dieses Jahres für die Bestechungs-These eine Mehrheit zu gewinnen. Aber in der Propaganda der LSR/LFI widerspiegelt sich dieses Festhalten an der klassischen Position von Lenin und Trotzki dann selten.

69 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 7

70 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1858); in: MEW 42, S. 95 (Hervorhebung im Original)

71 Karl Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 156

72 Karl Marx: Brief an Friedrich Engels (8.10.1858); in: MEW 29, S. 360

73 N. Bucharin und E. Preobraschenski: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), 1920, S. 186f.

74 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 7

75 Lenin wies in einem – in seiner gedanklichen Tiefe und Kreativität außergewöhnlichen und hervorragenden – Artikel über die Dialektik auf dieses Grundmerkmal der materialistisch-dialektischen Auffassung der Entwicklung hin: „Die beiden grundlegenden (oder die beiden möglichen? oder die beiden in der Geschichte zu beobachtenden?) Konzeptionen der Entwicklung (Evolution) sind: Entwicklung als Abnahme und Zunahme, als Wiederholung und Entwicklung als Einheit der Gegensätze (Spaltung des Einheitlichen in einander ausschließende Gegensätze und das Wechselverhältnis zwischen ihnen).

Bei der ersten Konzeption der Bewegung bleibt die Selbstbewegung, ihre treibende Kraft, ihre Quelle, ihr Motiv im Dunkel (oder diese Quelle wird nach außen verlegt – Gott, Subjekt etc.) Bei der zweiten Konzeption richtet sich die Hauptaufmerksamkeit gerade auf die Erkenntnis der Quelle der ‚Selbstbewegung‘.

Die erste Konzeption ist tot, farblos, trocken. Die zweite lebendig. Nur die zweite liefert den Schlüssel zu der ‚Selbstbewegung‘ alles Seienden; nur sie liefert den Schlüssel zu den ‚Sprüngen‘, zum ‚Abbrechen der Allmählichkeit‘, zum ‚Umschlagen in das Gegenteil‘, zum Vergehen des Alten und der Entstehung des Neuen.“ (W.I. Lenin, Zur Frage der Dialektik (1916); in: LW 38, S. 339 (Hervorhebung im Original))

76 Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution (1930); Frankfurt a.M. 1973, Band 1, S. 15

77 George Novack: Uneven and Combined Development in World History, New York 1972; in: Understanding History, S. 99

78 Leo Trotzki: Rede auf dem 7. EKKI-Plenum (1926); in: Trotzki Schriften Band 3.1., Hamburg 1997, S. 611

79 Angus Maddison: World Development and Outlook 1820-2030, S. 5 sowie Angus Maddison: The World Economy, 1–2001, S. 262

80 W.I. Lenin: Karl Marx (Kurzer biographischer Abriß mit einer Darlegung des Marxismus); in: LW 21, S. 41f.

81 Siehe UNCTAD: Handbook of Statistics 2010, S. 424ff.

82 W. I. Lenin: Brief an die amerikanischen Arbeiter, LW 28, S. 52

83 Josef W. Stalin, Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR, Rede auf dem Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU (1927); Stalin Werke, Bd. 10, S. 45

84 J. W. Stalin: Zu den Fragen des Leninismus (1926), in: J. Stalin Werke Band 8, Berlin 1953, S. 56

85 J. W. Stalin: Zu den Ergebnissen der Arbeiten der XIV. Konferenz der KPR(B). (1925); in: J. Stalin Werke Band 7, Berlin 1952, S. 100

86 Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus (1847); in:

MEW 4, S. 374f.

87 J. W. Stalin: Über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei. Referat auf der XV. Unionskonferenz der KPdSU(B) (1926); in: J. Stalin Werke Band 9, Berlin 1953, S. 221ff.

88 Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die UdSSR und wohin treibt sie? (1936); in: Schriften 1.2, Hamburg 1988, S. 1000f.

89 IA\*RKP: Thesen zum Befreiungskampf in neokolonial abhängigen Ländern; in: Programmatische Dokumente der IA\*RKP (Mai 2010), S. 46ff.

90 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 9f.

91 So schreibt die Komintern, daß dieses Gesetz schon vorher existierte und sich in der Epoche des Monopolkapitalismus nur noch verschärft: „Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, das durch die imperialistische Epoche noch verschärft wird, macht dauerhafte und feste internationale Vereinigungen imperialistischer Mächte unmöglich.“ (Das Programm der Kommunistischen Internationale, angenommen vom VI. Weltkongreß der Komintern, 1928; in: Hermann Weber: Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation, Hannover 1966, S. 178)

92 Sowjetischer Informationsdienst: 100 Fragen und Antworten über die Sowjetunion; Wien 1952, S. 36f.; (Hervorhebungen im Original)

93 Sowjetischer Informationsdienst: 100 Fragen und Antworten über die Sowjetunion; Wien 1952, S. 36f.; (Hervorhebungen im Original)

94 J. W. Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag (1939), in: J. Stalin Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 722ff.

95 Siehe Ruth H. Santini / Arturo Varvelli: The Libyan Crisis Seen from European Capitals, The Brookings Institution, 1.6.2011, [http://www.brookings.edu/papers/2011/0601\\_libya\\_santini.aspx](http://www.brookings.edu/papers/2011/0601_libya_santini.aspx)

96 Siehe Adam Entous And Julian E. Barnes: U.S. Wavers on ‚Regime Change‘, Wall Street Journal, 5. März 2011, <http://online.wsj.com/article/SB10001424052748703580004576180522653787198.html>

97 Siehe Pepe Escobar: The US / Saudi Deal on Libya and Bahrain, 1. April 2011, [http://atimes.com/atimes/Middle\\_East/MD02Ak01.html](http://atimes.com/atimes/Middle_East/MD02Ak01.html)

98 Ari Shavit: The Arab revolution and Western decline, 03.02.2011, <http://www.haaretz.com/print-edition/opinion/the-arab-revolution-and-western-decline-1.340967>

99 Siehe Joel Beinin, Kamal Abbas, Sarah Whitson, Michele Dunne: Labor Protest Politics and Worker Rights in Egypt, February 17, 2010, <http://www.carnegieendowment.org/events/?fa=eventDetail&id=2816>

100 Siehe Workers coalition of 25th January: Egypt: Declaration of the Workers' Coalition of the January 25 Revolution; in International Viewpoint Online magazine, Nr. 435, April 2011, <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article2102>

101 Siehe z.B. die Berichte von Doug Saunders: In Tunisian Towns, It's Students Teaching Lessons in Democracy, March 1, 2011, <http://doug-saunders.net/2011/03/tunisia-democracy-arab-revolution/> sowie Uprising in Tunisia. A self-taught democracy emerges from Tunisia's classrooms, Globe and Mail, Feb. 28, 2011, <http://www.theglobeandmail.com/news/world/africa-mideast/article1924367.ece>

102 Yassin Gaber: Popular committees hold first general conference, 22 Apr 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContentPrint/1/0/10556/Egypt/0/Popular-committees-hold-first-general-conference.aspx>

103 Yassin Gaber: Popular committees hold first general conference, 22 Apr 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContentPrint/1/0/10556/Egypt/0/Popular-committees-hold-first-general-conference.aspx>

104 Siehe dazu u.a. Michael Fathers and Andrew Higgins: Tiananmen. The rape of Peking, London 1989. Ein besonders beeindruckendes Zeugnis hat Steve Jolly: Eyewitness in China – the events in Tiananmen Square May-June 1989, Parramatta 1989, hinterlassen. Denn der damals im CWI aktive Genosse berücksichtigt im Unterschied zu meistens nur auf die StudentInnen fixierten Berichterstatern den enormen Anteil der ArbeiterInnen an den Kämpfen. Unsere politische Einschätzung der Ereignisse findet sich in der MRCI-Resolution „China: revolution and repression“ (in: Trotskyist International, Nr. 3, Sommer 1989). Die MRCI war die Vorläuferin der LFI.

105 W. I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (1917), LW 24, S. 47 (Hervorhebung im Original)

106 Unter „Diktatur des Proletariats“ verstehen wir MarxistInnen die Herrschaft der ArbeiterInnenklasse (Proletariat) als der Mehrheit der Gesellschaft (bzw. die Mehrheit der Gesellschaft anführend) über die Minderheit der gestürzten und enteigneten KapitalistInnen. Wir sprechen von einer „Diktatur“, weil der Übergang von der bürgerlichen Klassengesellschaft hin zur klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft unausweichlich auf den entschlossenen Widerstand der Klasse der ehemaligen AusbeuterInnen und ihre Helferhelfer sowie der imperialistischen Mächte stoßen wird. Dieser konterrevolutionäre Widerstand

muß – im Interesse der Befreiung der Menschheit – mit allen zur Verfügung stehenden politischen, militärischen und ideologischen Mitteln unterdrückt werden. Lenin schrieb in seinem Entwurf für den 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale:

„Bei einer solchen Sachlage ist die Diktatur des Proletariats nicht nur völlig gerechtfertigt als Mittel zum Sturz der Ausbeuter und zur Unterdrückung ihres Widerstandes, sondern auch durchaus notwendig für die ganze Masse der Arbeitenden als einziger Schutz gegen die Diktatur der Bourgeoisie, die zum Krieg geführt hat und neue Kriege vorbereitet.

Was die Sozialisten vor allem nicht verstehen und was ihre theoretische Kurzsichtigkeit, ihre Abhängigkeit von den bürgerlichen Vorurteilen, ihren politischen Verrat am Proletariat darstellt, ist, daß in der kapitalistischen Gesellschaft bei einiger Verschärfung des ihr zugrunde liegenden Klassenkampfes es kein Mittelelding geben kann zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats. Jeder Traum von irgend einem Dritten ist eine reaktionäre Lamentation des Kleinbürgers. Dafür zeugt die Erfahrung einer mehr als hundertjährigen Entwicklung der bürgerlichen Demokratie und der Arbeiterbewegung in allen fortgeschrittenen Ländern und besonders die Erfahrung der letzten fünf Jahre. Dafür spricht auch die ganze Lehre der Nationalökonomie, der ganze Inhalt des Marxismus, welcher die wirtschaftliche Notwendigkeit der Diktatur der Bourgeoisie bei jeder Warenwirtschaft darlegt, der Diktatur, welche von niemand als von der Klasse, die sich durch die Entwicklung des Kapitalismus selbst immer mehr entwickelt, vermehrt, zusammenschließt und kräftigt, nämlich von der Klasse der Proletarier, beseitigt werden kann.“ (W. I. Lenin: Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, in: LW 28, S. 477f.)

107 Manifest der Internationalen Marxistischen Strömung: Die Arabische Revolution, 24. März 2011, S. 16 (siehe auch <http://www.derfunke.at/html/index.php?name=News&file=article&sid=1805>)

108 Leo Trotzki: Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale. Dritter Teil: Ergebnisse und Perspektiven der chinesischen Revolution. Ihre Lehren für die Länder des Ostens und die gesamte Komintern (1928); in: Trotzki Schriften Band 2.1., Hamburg 1997, S. 343

109 Leo Trotzki: Die Lehren des Oktober (1924); in: Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Band II, S. 244

110 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 150f.

111 Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale. Resolution des II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band I, Köln 1984, S.162

112 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms (1875); in: MEW 19, S.28

113 6th April Youth Movement, <http://shabab6april.wordpress.com/%D8%B9%D8%B5%D8%B1-%D8%A7%D9%84%D8%AD%D8%B1%D9%8A%D8%A9-%D8%AD%D8%B1%D9%83%D8%A9-6-%D8%A7%D8%A8%D8%B1%D9%8A%D9%84/>

114 Coalition of Youth Revolution (Egypt), <http://www.facebook.com/Coalition.Of.Youth.Revolution?sk=info>

115 Siehe Egypt - Declaration of the Workers' Coalition of the January 25 Revolution, 25.2.2011; in: International Viewpoint, Nr. 435, April 2011, S. 73f. (unsere Übersetzung)

116 The Military Council is the guardian of dictatorship and corruption. A statement from the Revolutionary Socialists of Egypt on the state attacks on protesters in Tahrir Square, 9 April 2011, <http://www.socialistworker.co.uk/art.php?id=24469>

117 Die Liste der UnterstützerInnen sowie die Gründungserklärung des „Nationalen Rates zur Verteidigung der Revolution“ findet sich in der Presseerklärung des Rates: Tunisia: National Council To Safeguard The Revolution, Press Statement, <http://www.cpiml.in/Periodicals/Statements%20Tunisia%20National%20Council%20to%20safeguard%20revolution.html>

118 Zum Scheitern des Bündnisses siehe u.a. Commission Maghreb der NPA: Tunisia - „Work is a right, gang of thieves!“, in: International Viewpoint, Nr. 436, Mai 2011, S. 61. In diesem Artikel bekundet auch die zentristische NPA ihre Unterstützung für die „Überwachungs“politik ihrer tunesischen Freunde.

119 Leo Trotzki: Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition (1929); in: Trotzki Schriften Band 1.1., Hamburg 1988, S. 104f.

120 Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) (1919); in: Boris Meissner: Das Parteiprogramm der KPdSU 1906-1961, Köln 1962, S. 124. Es ist bezeichnend für den Weg der zentristischen Entartung, den die LFI seit kurzem eingeschlagen hat, daß sie uns deswegen ausschlossen, weil wir gerade diese Klassendefinition des Zentrismus und den daraus sich ergebenden notwendigen politischen Kampf gegen den Zentrismus verteidigten. Für die LFI-Führer ist unsere Verteidigung der bolschewistischen Herangehensweise „sektiererisch“. Dabei „vergessen“ die GenossInnen, daß unsere Herangehensweise unserer Tradi-

tion entspricht, diese sie selber früher verteidigte haben. So schrieben wir in einem der Gründungsdokumente der LFI: „Alle Varianten des Zentrismus widerspiegeln gerade das gesellschaftliche Gewicht des Kleinbürgertums, eine Schicht, die zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat hin und her schwankt.“ (Workers Power/Irish Workers Group: The Death Agony of the Fourth International and the Tasks of Trotskyists today (1983), S. 82). Heute hingegen verteidigen führende GenossInnen der LFI den Standpunkt, daß der Zentrismus „eine (wenn auch nicht-revolutionäre) Strömung des Marxismus“ sei und daß der Zentrismus in zwei Lager geteilt werden müsse – in das Lager des Reformismus und das Lager des Marxismus. Unseren inner-parteilichen Kampf gegen diesen menschewistischen Unsinn beantwortete die LFI-Führung nicht mit Argumenten, sondern ... mit einem raschen Ausschluß.

121 Hamma Hammami (PCOT): For a Constitutional Assembly to Lay the Foundations of a Democratic Republic, 15. Jänner 2011, <http://mrzine.monthlyreview.org/2011/hammami190111.html>

122 Tunisia: Communist Workers' Party warns, 'Great dangers threaten the revolution; power is not in the hands of the people', 31.3.2011, English translation first appeared at Tlaxcala. Original source: <http://www.albadil.org/spip.php?article3753>

123 Maoistische Organisation Tunesiens: Nationale Front für die Volksdemokratische Republik gegründet! 23.1.2011, Übersetzung aus dem Arabischen: Revolutionär-Kommunistischer Jugendverband (RKJV); [www.rkjv.wordpress.com](http://www.rkjv.wordpress.com)

124 Statement of the Revolutionary Socialists Egypt: Glory to the martyrs! Victory to the revolution! <http://internationalsocialists.org/wordpress/2011/02/statement-of-the-revolutionary-socialists-egypt/>; Auf deutsch: Revolutionary Socialists (Egypt): Sieg der Revolution! Ehre den Getöteten!, <http://www.links-wende.org/4842-5/Statement-der-Revolutionaeren-Sozialisten-Aegypten>

125 Alex Callinicos: Ein antikapitalistisches Manifest, Hamburg 2003, S. 150

126 Peter Taaffe: Egypt: Revolution must continue, editorial from 'The Socialist', paper of the Socialist Party (CWI England and Wales), 15/02/2011 <http://www.socialistworld.net/doc/4847>

127 W. I. Lenin: Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, in: LW 28, S. 472

128 Yassin Gaber: Popular committees hold first general conference, 22 Apr 2011, <http://english.ahram.org.eg/NewsContentPrint/1/0/10556/Egypt/0/Popular-committees-hold-first-general-conference.aspx>

129 siehe Markus Halaby/Jeremy Drinkall: Egypt: the struggle for freedom continues (Workers Power Nr. 354, Mai 2011, <http://www.workerspower.co.uk/2011/04/egypt-struggle-for-freedom/>; deutsche Übersetzung in BEFREIUNG, Nr. 195, S. 20). Die deutsche Sektion der LFI, die GAM, merkte wohl, daß die Einschätzung der Konferenz als „revolutionär“ wohl doch politisch etwas peinlich ist und änderte in ihren Publikationen die Zwischenüberschrift im Artikel in „Linke Konferenz“ (siehe <http://www.arbeitermacht.de/ni/ni159/aegypten.htm>). Die LFI hat die Gründungsmitglieder der RKOB am 1. April 2011 auf bürokratische Weise ausgeschlossen.

130 Siehe dazu u.a. Raimund Löw: Theorie und Praxis des Austromarxismus; in: Raimund Löw/Sigfried Mattl, Alfred Pfabigan: Der Austromarxismus – eine Autopsie, Frankfurt a.M. 1986, S. 69ff.

131 Josef Stalin: Referat über unsere Haltung zur Provisorischen Regierung auf der Parteikonferenz der Bolschewiki (29.3.1917); siehe das Protokoll der Parteikonferenz, das unter Stalin's Herrschaft in Rußland nie veröffentlicht wurde. Es wurde herausgegeben in: Leo Trotzki: The Stalin School of Falsification (1932), London 1974, S. 186f. Das Zitat findet sich auf deutsch in Leo Trotzki: Stalin. Eine Biographie, München 1952, S. 283 sowie in Leo Trotzki: Geschichte der Russischen Revolution, Frankfurt a. M., 1973, Band 1, S. 258.

Trotzki merkte dazu treffend ironisch an: „Dies Zitat ist ein ganzes Programm wert.“ (Leo Trotzki: Stalin. Eine Biographie, München 1952, S. 283) Selbst in bereits unter der Herrschaft Stalin's veröffentlichten Geschichtsbüchern (allerdings vor dem Terror der 1930er Jahre) wurde zugegeben, daß die Führung der bolschewistischen Partei im März – also noch vor Lenin's Ankunft und als Stalin noch eine zentrale Rolle in der bolschewistischen Führung in Petrograd spielte – eine gemeinsame Regierung mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären anstrebte. (siehe z.B. M. Pokorowski: Russische Geschichte, Berlin 1930, S. 321)

132 Siehe W. I. Lenin: Briefe aus der Ferne. Brief 2 (1917), in: LW 23, S. 332

133 Siehe z.B. Lenin's Bemerkung auf der Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki am 14. März 1917: „Im Ausland, wohin keine Zeitung gelangt, die links von der ‚Retsch‘ (der Zeitung der bürgerlichen Kadetten, d.A.) steht, und wo die englisch-französischen bürgerlichen Zeitungen von der unumschränkten Macht der Provisorischen Regierung sprechen und dem ‚Chaos‘, das der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten darstelle, hat niemand eine klare Vorstellung von der Doppelherrschaft. Erst hier an Ort und Stelle

- erfahren wir, daß der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Macht an die Provisorische Regierung abgetreten hat“ (W. I. Lenin: Referat über die politische Lage und die Stellung zur Provisorischen Regierung. (1917), in: LW 24, S. 128)
- 134 W. I. Lenin: Die politischen Parteien in Rußland und die Aufgaben des Proletariats. (1917), in: LW 24, S. 84f.
- 135 W. I. Lenin: Zwei Entgegnungen in der Diskussion zur Resolution über die Stellung zur Provisorischen Regierung (1917), in: LW 24, S. 138f.
- 136 Leo Trotzki: Geschichte der Russischen Revolution, Frankfurt a. M., 1973, Band 1, S. 301
- 137 W. I. Lenin: Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte (1919), in: LW 29, S. 301f.
- 138 Leo Trotzki: Die Lehren des Oktober (1924); in: Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Band II, S. 210
- 139 Leo Trotzki: Die Lehren des Oktober (1924); in: Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Band II, S. 211
- 140 Leo Trotzki: Problems of the Italian Revolution (1930); in: Writings 1930, S. 221f.
- 141 Leo Trotzki: Geschichte der Russischen Revolution, Frankfurt a. M., 1973, Band 2.2, S. 820
- 142 Leitsätze über die Bedingungen der Bildung von Arbeiter-räten. Resolution des II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band I, Köln 1984, S.196f.
- 143 Leo Trotzki: Geschichte der Russischen Revolution, Frankfurt a. M., 1973, Band 2.2, S. 995f.
- 144 Leo Trotzki: Die Lehren des Oktober (1924); in: Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Band II, S. 220
- 145 League for the Fifth International: The revolutionary wave in the Middle East and North Africa, 29.4.2011, <http://www.fifthinternational.org/content/revolutionary-wave-middle-east-and-north-africa>. (unsere Übersetzung). Alle Zitate in diesem Kapitel beziehen sich auf diese Resolution und wurden von uns übersetzt. Symbolträchtig beschloß die LFI-Führung diese politisch bedenkliche Resolution auf der gleichen internationalen Leitungssitzung, bei der sie am Tag davor die Gründungsmitglieder der RKOB ausschloß.
- 146 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 158f.
- 147 Leo Trotzki: Drei Konzeptionen der russischen Revolution (1939); in: GRM: rotfront-Texte Nr. 1, Wien 1975, S. 53
- 148 Kommunistische Partei Österreichs: Programmatische Leitsätze der Kommunistischen Partei Österreichs (1946); nachgedruckt in: Programme der österreichischen revolutionären Arbeiterparteien 1888-1946, Wien 1976, S. 58. Wir haben 2002 als ArbeiterInnenstandpunkt dieses Programm sowie das Programm der revolutionären KPÖ aus dem Jahr 1921 mit einer Einleitung von Michael Pröbsting („*Revolution und Reformismus. Programme in der Geschichte der KPÖ*“) neu aufgelegt.
- 149 Lynn Walsh: The State: A Marxist Programme and Transitional Demands; in: Marxism and the State. An Exchange, By Michael Wainwright and Lynn Walsh, <http://www.socialistalternative.org/literature/state/> (unsere Übersetzung)
- 150 Interview mit Peter Taaffe; in: The Socialist, 29 June 2006, The Socialist Party's history. The Militant Tendency, [http://www.socialistparty.org.uk/html\\_article/2006-446-militant](http://www.socialistparty.org.uk/html_article/2006-446-militant) (unsere Übersetzung)
- 151 Alan Woods: Marxism and the State, December 2008, [www.marxist.com](http://www.marxist.com) (unsere Übersetzung)
- 152 Alan Woods: Marxism and the State, December 2008, [www.marxist.com](http://www.marxist.com) (unsere Übersetzung)
- 153 Leo Trotzki: Ihre Moral und unsere (1938); Voltaire Verlag Berlin, Oktober 1967, S. 43f.
- 154 The Case of Leon Trotsky. Report of Hearings on the Charges Made Against Him in the Moscow Trials by the Preliminary Commission of Inquiry into the Charges Made Against Trotsky in the Moscow Trials (1937), New York 1968, S. 384
- 155 Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung: DAS WILL DIE RKOB! Siehe [www.rkob.net](http://www.rkob.net)
- 156 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (1847), MEW 4, S.
- 157 W. I. Lenin: Staat und Revolution (1917); in: LW 25, S. 412f.
- 158 W. I. Lenin: Rede über den Volksbetrug mit den Losungen Freiheit und Gleichheit (19. Mai 1919); in: LW 29, S. 351f.
- 159 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 161f.
- 160 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 148f.
- 161 W. I. Lenin: Die demokratischen Aufgaben des revolutionären Proletariats (1905); in: LW 8, S.519
- 162 Leo Trotzki: Die Revolution in Spanien (1931); in: Leo Trotzki: Revolution und Konterrevolution in Spanien 1931-39, Frankfurt a.M. 1986, S. 68 /Hervorhebung im Original)
- 163 Leo Trotzki: Die chinesische Frage nach dem VI. Weltkongreß (1928); in: Trotzki Schriften Band 2.1., Hamburg 1997, S. 417f.
- 164 Hamma Hammami (Parti communiste des ouvriers de Tunisie): Tunisia: For a Constitutional Assembly to Lay the Foundations of a Democratic Republic, 15 January 2011, <http://mrzine.monthlyreview.org/2011/hammami190111.html> (unsere Übersetzung)
- 165 Tunisia: Communist Workers' Party warns, 'Great dangers threaten the revolution; power is not in the hands of the people', March 31, 2011, English translation first appeared at Tlaxcala. Original source: <http://www.albadil.org/spip.php?article3753>
- 166 Tunisia - The Founding Statement of the January 14th Front (20.1.2011); in: International Viewpoint, Nr. 434 Special Supplement on the Arab Revolutions, March 2011, S. 1 (unsere Übersetzung)
- 167 Statement of Bureau of the Fourth International: Tunisia/Egypt - In Tunisia and Egypt the revolutions are underway, 30th of January 2011, in: International Viewpoint, Nr. 432, January 2011, S. 18; auf deutsch: Tunesien und Ägypten – Revolutionen sind in Gang gekommen. Erklärung des Büros der Vierten Internationale vom 30. Januar 2011, Online-Ausgabe von Inprekorr Nr. 472/473 (März/April 2011), <http://www.inprekorr.de/472-fi-maghreb.htm>
- 168 Zur Losung der revolutionären Verfassungsgebenden Versammlung in der argentinischen Revolution 2001/02 siehe u.a. Michael Pröbsting: Wahlmanöver in Argentinien: Eine neue Etappe hat begonnen! (2002); in: ArbeiterInnenstandpunkt: Krise, Revolution und Repression
- 169 Die Arabische Revolution – Manifest der Internationalen Marxistischen Strömung (IMT), 24. März 2011, S. 19
- 170 Die Arabische Revolution – Manifest der Internationalen Marxistischen Strömung (IMT), 24. März 2011, S. 26
- 171 J. W. Stalin: Fragen der chinesischen Revolution. Thesen für Propagandisten, gebilligt vom ZK der KPdSU(B) (1927); in: J. Stalin Werke Band 9, Berlin 1953, S. 196
- 172 Später wurde dieses Konzept von der Bürokratie verallgemeinert und fand Eingang im stalinistischen Theoriearsenal mit Begriffspaaren wie eine pro-imperialistische und eine „patriotische“ Bourgeoisie, eine faschistische und eine „antifaschistische“, eine monopolistische und eine „nicht-monopolistische“ usw. Damit wurden dann auch alle Arten von Wahlbündnissen und gemeinsamen Regierung gerechtfertigt. so z.B. die Volksfrontregierungen in Frankreich und Spanien 1936 oder die gemeinsamen Regierungen mit sozialdemokratischen und konservativen Parteien nach dem II. Weltkrieg (so auch in Österreich). Siehe dazu u.a. unsere Broschüren von Michael Pröbsting: Faschismus. Was ist er und wie bekämpfen wir ihn? (2006) sowie Michael Pröbsting: Die Gründung der II. Republik - eine marxistische Analyse. Der Aufbau des Kapitalismus in Österreich nach 1945, die Rolle von SPÖ und KPÖ und der Kampf der ArbeiterInnenklasse (2005).
- 173 J. W. Stalin: Zu den Ergebnissen der Arbeiten der XIV. Konferenz der KPR(B). (1925); in: J. Stalin Werke Band 7, Berlin 1952, S. 100
- 174 Mao Tse-tung: Zur Frage der nationalen Bourgeoisie und der aufgeklärten Schenschi (1948); in: Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke Band IV, Peking 1969, S. 218f.
- 175 Mao Tse-tung: Zur Frage der nationalen Bourgeoisie und der aufgeklärten Schenschi (1948); in: Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke Band IV, Peking 1969, S. 217f.
- 176 Mao Tse-tung: Zur Frage der nationalen Bourgeoisie und der aufgeklärten Schenschi (1948); in: Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke Band IV, Peking 1969, S. 219f.
- 177 Mao Tse-tung: Über die demokratische Diktatur des Volkes (1949); in: Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke Band IV, Peking 1969, S. 444f.
- 178 Mao Tse-tung: Über die demokratische Diktatur des Volkes (1949); in: Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke Band IV, Peking 1969, S. 447
- 179 IA\*RKP: Thesen zum Befreiungskampf in neokolonial abhängigen Ländern; in: Programmatische Dokumente der IA\*RKP (Mai 2010), S. 49
- 180 IA\*RKP: Thesen zum Befreiungskampf in neokolonial abhängigen Ländern; in: Programmatische Dokumente der IA\*RKP (Mai 2010), S. 48
- 181 Eine genauere Analyse dieser bürokratischen sozialen Revolutionen unter stalinistischer Führung findet sich in der Broschüre „Degenerated Revolution“ (1983) von Workers Power/Irish Workers Group.
- 182 W. I. Lenin: Briefe aus der Ferne (1917); in: LW 23, S. 320 (Hervorhebung im Original)

- 183 W. I. Lenin: Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage (II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 1920), in: LW 31, S. 232
- 184 W. I. Lenin: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage (1920); in: LW 31, S. 137
- 185 Leitsätze zur Orientfrage (IV. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 1922), in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band II, Köln 1984, S.46f.
- 186 Leo Trotzki: Zweite Rede auf dem 8. Plenum des EKKI (1927); in: Trotzki Schriften Band 2.1., Hamburg 1997, S. 261
- 187 W. I. Lenin: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution (1921), in: LW 33, S. 31.f
- 188 W. I. Lenin: Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, in: LW 28, S. 471
- 189 W. I. Lenin: Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, in: LW 28, S. 472
- 190 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 136
- 191 W. I. Lenin: Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage (II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 1920), in: LW 31, S. 230
- 192 Kommunistischen Internationale: Leitsätze zur Orientfrage (Resolution des IV. Weltkongreß, 1922); in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band II, Dortmund 1978, S. 44
- 193 Kommunistischen Internationale: Leitsätze zur Orientfrage (Resolution des IV. Weltkongreß, 1922); in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band II, Dortmund 1978, S. 48
- 194 Leo Trotzki: Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition (1929); in: Schriften 1.1., S. 81
- 195 Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Barthel/ Günter Nötzhold: Die arabischen Länder. Eine wirtschafts-geographische Darstellung, Gotha 1987, S. 316. Siehe auch KKE: Front against imperialist wars and interventions. Interview of Eliseos Vagenas, member of the CC and responsible for the International Relations Section of the CC of the KKE, concerning the developments in Syria and the wider region, 14.05.2011, <http://inter.kke.gr/>
- 196 Arabische Revolten sind Folge der neoliberalen Politik. Ein Gespräch mit Khaled Hadadah (KP Libanon); in: Junge Welt, Nr. 144, 25./26. Juni 2011
- 197 Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dieser Methode des „imperialistischen Ökonomismus“ (Lenin) von CWI und IMT findet sich u.a. in dem Artikel von Michael Pröbsting „Der Tschad-Konflikt und die Linke: Schein-Antiimperialismus mit marxistischen Phrasen getarnt“. Der Artikel wurde im theoretischen Organ der LSR „Unter der Fahne der Revolution“ Nr. 2/3 (April 2008) veröffentlicht. Mit der neutralen, verätherischen Haltung des CWI während des israelischen Angriffskrieges gegen den Libanon haben wir uns in dem Artikel von Michael Pröbsting „Europäische Linkspartei, CWI und der Libanon-Krieg: Kleinbürgerliche Linke als verkleidete Diener des Imperialismus“ (Revolutionärer Marxismus Nr. 36, 2006) auseinandergesetzt.
- 198 Siehe dazu das Kapitel „Der ‚sozialistische‘ Zionismus des CWI“ in „Europäische Linkspartei, CWI und der Libanon-Krieg: Kleinbürgerliche Linke als verkleidete Diener des Imperialismus“ (Revolutionärer Marxismus Nr. 36, 2006, S. 69-73). Die Haltung der revolutionären IV. Internationale bei der Gründung des Staates Israel findet sich in der Resolution „Vorläufige Thesen zur Judenfrage heute“ (1947). Darin bekunden die Trotzkiisten klar und eindeutig ihre Ablehnung des Zionismus und des Staates Israel. Diese Resolution haben wir 2001 in unserer ArbeiterInnenstandpunkt-Broschüre „Marxismus, Antisemitismus und Zionismus“ neu abgedruckt
- 199 Karl Marx: Lohnarbeit und Kapital (1849), MEW 6, S. 397f.
- 200 Artikel eins der Statuten der Weltgesellschaft der revolutionären Kommunisten (1850), in: MEW 7, S. 553
- 201 Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten (1885), in: MEW Band 21, S. 210
- 202 N. Bucharin und E. Preobraschenskij: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), 1920, S. 252
- 203 W. I. Lenin: Schlußwort zum Bericht über das Parteiprogramm am VIII. Parteitag der KPR(B) (1919); in: LW, Bd. 29, S. 173
- 204 W. I. Lenin: Zur Frage des Parteiprogramms (1917); in: LW 25, S. 309 (Hervorhebung im Original); siehe auch W. I. Lenin: Brief an das Auslandsbüro des Zentralkomitees (1917); in: Lenin-Briefe 1914-1917, S. 446
- 205 Zitiert in Alexander Vatlin: The Programme Discussion in the Communist International; in: Revolutionary History Vol 8, Nr. 4, S. 202
- 206 Das Programm der Kommunistischen Jugendinternationale (Neue Fassung des Programms vom I. Kongreß der KJI 1919. Neuer Entwurf, im Prinzip angenommen auf dem 3. Weltkongreß der KJI im Dezember 1922 in Moskau); in: Kommunistische Internationale: Materialien zur Frage des Programms der Kommunistischen Internationale (1924), S. 280. Der Kerngedanke der sozialistischen Weltrevolution findet sich auch der ersten Fassung des Programms von 1919. Siehe: Das erste Programm der Kommunistischen Jugendinternationale; in: Alfred Kurella: Gründung und Aufbau der KJI. (Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale, Band II), S. 193.
- 207 Zitiert in: Leo Trotzki: Geschichte der Russischen Revolution (1930), Frankfurt a.M. 1973, Band 2.2, S. 1033
- 208 W. I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus (1916); in: LW 23, S. 53
- 209 Leo Trotzki: Zum 12. Jahrestag der Oktoberrevolution (1929); in: Trotzki Schriften Band 1.1., Hamburg 1988, S. 132
- 210 J. W. Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus (erste Ausgabe, April 1924); zitiert in J. W. Stalin: Zu den Fragen des Leninismus (1926), in: J. Stalin Werke Band 8, Berlin 1953, S. 55
- 211 J. W. Stalin: Zu den Fragen des Leninismus (1926), in: J. Stalin Werke Band 8, Berlin 1953, S. 56
- 212 Leo Trotzki: Geschichte der Russischen Revolution (1930), Frankfurt a.M. 1973, Band 2.2, S. 1034
- 213 Sowjetischer Informationsdienst: 100 Fragen und Antworten über die Sowjetunion; Wien 1952, S. 116; (Hervorhebungen im Original)
- 214 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 7
- 215 Sarah Mikhail: People in Libya's Benghazi hand back weapons- residents, 23. Februar 2011, <http://uk.reuters.com/article/2011/02/23/uk-libya-benghazi-witness-idUKTRE71M24E20110223>
- 216 Siehe Rick Rozoff: NATO Incorporates Libyan Experience For Global War Template, Global Research, 18. June 2011, <http://www.global-research.ca/index.php?context=va&aid=25314>
- 217 Michel Collon: Understanding the war in Libya, 27. April 2011, <http://www.michelcollon.info/Understanding-the-war-in-Libya.html?lang=fr>. Eine deutsche Übersetzung findet sich auf der Homepage [www.forumaugsburg.de](http://www.forumaugsburg.de)
- 218 Siehe Ruth H. Santini / Arturo Varvelli: The Libyan Crisis Seen from European Capitals, The Brookings Institution, 1.6.2011, [http://www.brookings.edu/papers/2011/0601\\_libya\\_santini.aspx](http://www.brookings.edu/papers/2011/0601_libya_santini.aspx)
- 219 Siehe dazu u.a. Barak Barfi: Who Are the Libyan Rebels? Inside their leadership structure; 30. April, 2011, <http://www.tnr.com/article/world/87710/libya-rebels-gaddafi-ntc-saif>
- 220 Zitiert bei Nouri Gana: Libya's tragedy, Gaddafi's farce, The Electronic Intifada, 22.2.2011, <http://electronicintifada.net/content/libya-stragedy-gaddafis-farce/9814>
- 221 AFP/de: We'll oust Gaddafi ourselves, Libyans tell West, 1. März 2011, [http://www.channelnewsasia.com/stories/afp\\_world/view/1113581/1/html](http://www.channelnewsasia.com/stories/afp_world/view/1113581/1/html)
- 222 Siehe dazu auch den Artikel von Johannes Wiener: Imperialismus und Revolution in Libyen; in: REVOLUTIONÄRE BEFREIUNG Nr. 195 (April 2011). Die REVOLUTIONÄRE BEFREIUNG ist das Zentralorgan der RKOB.
- 223 Red-Green Alliance, Denmark: Red Green Alliance withdraws support for Libya intervention, 30. März 2011, <http://links.org.au/node/2250>
- 224 Siehe Dick Nichols: Denmark: Red-Green Alliance congress debates elections, Libya, 29. Mai 2011, Green Left Weekly, <http://links.org.au/node/2345>
- 225 Siehe z.B. Interview de Gilbert Achcar sur les événements en Libye..., 20.3.2011, <http://www.npa2009.org/content/interview-de-gilbert-achcar-sur-les-%C3%A9v%C3%A8nements-en-libye>
- 226 Siehe Gilbert Achcar: Libya intervention: A legitimate and necessary debate from an anti-imperialist perspective, 25. März 2011, ZNet, <http://www.zcommunications.org/libya-a-legitimate-and-necessary-debate-from-an-anti-imperialist-perspective-by-gilbert-achcar> sowie Gilbert Achcar: The Libyan Insurrection Between Gaddafi's Hammer, NATO's Anvil and the Left's Confusion: Results and Prospects, 23. April 2011, <http://www.zcommunications.org/the-libyan-insurrection-between-gaddafis-hammer-natos-anvil-and-the-lefts-confusion-results-and-prospects-by-gilbert-achcar>
- 227 Siehe Solidarity National Committee: Libya: revolution, intervention and crisis, <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article2144>
- 228 Siehe dazu auch Michael Pröbsting: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Die Strategie Lenins und der Bolschewiki (2009); in: Revolutionärer Marxismus Nr. 40. Der RM ist das theoretische Journal der damals noch konsequent-revolutionären

Liga für die Fünfte Internationale, aus der die Gründungsmitglieder der RKOB im April 2011 ausgeschlossen wurden.

229 W.I. Lenin: Über die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg (1915); LW Bd. 21, S. 273

230 Siehe dazu auch den Artikel von Johannes Wiener: Imperialismus und Revolution in Libyen; in: *REVOLUTIONÄRE BEFREIUNG* Nr. 195 (April 2011). Die *REVOLUTIONÄRE BEFREIUNG* ist das Zentralorgan der RKOB.

231 Siehe Internationale Kommunistische Liga: Verteidigt Libyen gegen imperialistische Angriffe! 20.3.2011; Internationalist Group: Defend Libya – Defeat U.S./U.N./NATO War! "Antiwar" Social-Democrats Back Pro-Imperialist Rebels, Paving the Way for Bombing, 8.4.2011, <http://www.internationalist.org/imperialistmaraudersnorthafrica1104.html>; Communist Party of Great Britain – Marxist-Leninist: Victory to the Libyan Revolution; Victory to Gaddafi! 11.5.2011; Eine abgemilderte Form der Parteinahme zugunsten des Gaddafi-Regimes hat die Kommunistische Initiative bezogen: Hände weg von Libyen! Stellungnahme der Kommunistischen Initiative zum imperialistischen Krieg gegen Libyen, 20.3.2011, <http://www.kommunisten.at/article.php?story=20110320231539823>

232 Siehe dazu Michael Gatter: Über die Bedeutung und die Folgen des Balkankrieges für die weltpolitische Lage und die revolutionäre Kriegstaktik: Marxismus, Imperialismus und der Balkankrieg (1999); in: ArbeiterInnenstandpunkt Nr. 98. Der ArbeiterInnenstandpunkt war die Zeitung der gleichnamigen Organisation und Vorläuferorganisation der RKOB.

233 Siehe dazu u.a. Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution (1930); Frankfurt a.M. 1973, Band 1, S. 63-75; M. Pokorowski: Russische Geschichte, Berlin 1930, S. 311-320; Die Anmerkungen in W. I. Lenin: Sämtliche Werke, Band XX, 1. Halbband (1928), S. 531f. Die Sämtlichen Werke waren die erste deutsche Auflage der Lenin-Werke. Da damals, in den späten 1920er Jahren, die stalinistische Herrschaft noch nicht so vollkommen und alle publizistischen Bereiche durchdringend war, enthält diese erste Ausgabe Formulierungen in den Schriften Lenins sowie reichhaltige Anmerkungen und Dokumente, die in den späteren Ausgaben der Lenin-Werke unterdrückt wurden.

234 Rudolf Klement: Principles and Tactics in War" (1938); in New International (Dies war das theoretische Journal der Socialist Workers Party, der US-amerikanischen Sektion der IV. Internationale) Die LRKI hat diesen, höchst lesenswerten Artikel, später wieder veröffentlicht. („Prinzipien und Taktiken im Krieg“, in: RM 8) Im folgenden zitieren wir aus dieser im RM veröffentlichten Version.

235 Rudolf Klement: Prinzipien und Taktiken im Krieg, in: RM 8, S.43f (Hervorhebung im Original)

236 Rudolf Klement: Prinzipien und Taktiken im Krieg, in: RM 8, S.44

237 Rudolf Klement: Prinzipien und Taktiken im Krieg, in: RM 8, S.45 (Hervorhebung im Original)

238 Shachtman war ein Mitbegründer und Führer des US-amerikanischen Trotzkismus, kapitulierte jedoch zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes vor dem Druck des kleinbürgerlichen Demokratismus und entsagte der Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus. Wegen dieser und anderer Fragen spaltete sich die von ihm, Burnham und Abern angeführte Minderheit der US-amerikanischen Sektion der Vierten Internationale, der Socialist Workers Party, im Frühjahr 1940 ab und bildete die Workers Party.

239 Es ist im Übrigen interessant, daß die Führung der chinesischen Sektion der Vierten Internationale um Peng Shu-tse eine ähnliche Position im anti-japanischen nationalen Befreiungskrieg während des 2. Weltkrieges vertrat. Sie argumentierten, daß die Bolschewiki-Leninisten am Kampf des chinesischen Volkes unter der reaktionären Führung von Tschiang-Kai-Chek gegen den japanischen Imperialismus trotz der alliierten Unterstützung und des Krieges der USA gegen Japan aktiv teilnehmen müßten. Dies würde sich allerdings dann ändern, wenn der US-Imperialismus direkt am Boden in China eingreifen würde. (siehe Wang Fanxi: Erinnerungen eines chinesischen Revolutionärs 1919-1949 (1957), Frankfurt a.M. 1983, S. 282f.)

240 Resolution des Internationalen Sekretariats der Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (LRKI): Stoppt die NATO-Angriffe! Unabhängigkeit für Kosovo! (16.5.1999). Der Autor dieser Broschüre, Michael Pröbsting, war damals Mitglied der internationalen Leitung der LRKI. Wir veröffentlichten diese Resolution in unserer damaligen Zeitung ArbeiterInnenstandpunkt Nr. 100

241 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 158f.

242 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 160

## **DAS WILL DIE RKOB!**

*Die Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung – RKOB – ist eine Kampforganisation für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten. Die ArbeiterInnenklasse ist die Klasse all jener, die gezwungen sind, als Lohnabhängige den KapitalistInnen ihre Arbeitskraft zu verkaufen (sowie deren Familien). Die RKOB stützt sich auf die Theorie und Praxis der revolutionären ArbeiterInnenbewegung, die mit den Namen Marx, Engels, Lenin und Trotzki verbunden sind.*

*Der Kapitalismus gefährdet unsere Lebensbedingungen und die Zukunft der Menschheit. Arbeitslosigkeit, Krieg, Umweltkatastrophen, Hunger, Ausbeutung gehören ebenso zum Alltag des Kapitalismus wie die nationale Unterdrückung der MigrantInnen und Nationen und die Unterdrückung der Frauen, Jugendlichen und Homosexuellen. Daher wollen wir den Kapitalismus beseitigen.*

*Die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten ist nur in einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung möglich. Eine solche Gesellschaft kann nur international geschaffen werden.*

*Deswegen kämpft die RKOB für eine sozialistische Revolution im eigenen Land und weltweit.*

*Diese Revolution muß von der ArbeiterInnenklasse getragen und geführt werden, denn sie ist die einzige Klasse, die nichts als ihre Ketten zu verlieren hat.*

*Die Revolution kann nicht friedlich vonstatten gehen, denn noch nie hat eine herrschende Klasse freiwillig auf ihre Macht verzichtet. Der Weg zur Befreiung geht über den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg gegen die KapitalistInnen.*

*Die RKOB kämpft für den Aufbau von ArbeiterInnen-Republiken, wo sich die Unterdrückten in Basisversammlungen in den Betrieben, Stadtteilen und Schulen – in Räte – organisieren. Diese Räte wählen und kontrollieren die Regierung und alle anderen Verwaltungen und können sie jederzeit abwählen.*

*Der wirkliche Sozialismus und Kommunismus hat nichts mit dem sogenannten "real existierenden Sozialismus" in der Sowjetunion, China, Kuba oder Osteuropa zu tun. In diesen Staaten beherrschte und unterdrückte eine Bürokratie das Proletariat.*

*Die RKOB unterstützt alle Anstrengungen, um die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen und Unterdrückten zu verbessern. Wir verbinden dies mit einer Perspektive des Sturzes des Kapitalismus.*

*Wir arbeiten in den Gewerkschaften und treten dort für Klassenkampf, Sozialismus und ArbeiterInnendemokratie ein. Doch Gewerkschaften und Sozialdemokratie werden von einer Bürokratie beherrscht. Diese Bürokratie ist eine Schicht, die durch Posten und Privilegien mit Staat und Kapital verbunden ist. Sie steht den Interessen und Lebensbedingungen der Mitglieder fern. Diese Bürokratie stützt sich v.a. auf die obersten, privilegierten Schichten der ArbeiterInnenklasse – der ArbeiterInnenaristokratie. Der Kampf für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse muß sich auf die breite Masse des Proletariats stützen statt auf ihre Oberschicht.*

*Die RKOB strebt die Einheit in der Aktion mit anderen Organisationen an. Doch wir sind uns bewußt, daß die Politik der Sozialdemokratie und der pseudo-revolutionären Gruppen schädlich ist und sie letztlich ein Hindernis für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse darstellen.*

*Wir unterstützen Befreiungsbewegungen gegen nationale Unterdrückung. Ebenso unterstützen wir die antiimperialistischen Kämpfe unterdrückter Völker gegen die Großmächte. Innerhalb dieser Bewegungen treten wir für eine revolutionäre Führung als Alternative zu nationalistischen oder reformistischen Kräften ein.*

*Nur mit einer revolutionären Kampfpartei an der Spitze kann die ArbeiterInnenklasse siegen. Der Aufbau einer solchen Partei und die Durchführung einer erfolgreichen Revolution wie es die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki in Rußland vormachten, sind auch im 21. Jahrhundert ein Vorbild für die revolutionäre Parteien und Revolutionen.*

*Für eine neue, revolutionäre ArbeiterInnenpartei! Für eine 5. ArbeiterInnen-Internationale auf revolutionärer Grundlage! Schließ dich der RKOB an!*

*Keine Zukunft ohne Sozialismus! Kein Sozialismus ohne Revolution! Keine Revolution ohne revolutionäre Partei!*

